# Kursbuch

Rowohlt · Berlin · März 1992 · Heft 107 · DM 13 · A20281F

## *Die Unterwanderung Europas*

*Tilman Spengler*, Alle glückliche Familie
*Christian Bommarius*, Neue Bürgerrechte
*Mario Erdheim*, Fremdeln
*Werner Schiffauer*, Fremde in der Stadt
*Otto Kallscheuer* Grenzen der Toleranz
*Rainer Joedecke*, In Hoyerswerda
*Alexander Smoltczyk*, Rasta-Marseillaise
*Emilio Galli Zugaro*, Das Lehrstück Bari
*Richard Wagner*, Nationale Wanderstiefel
*Barbara Kerneck*, Pension Olympia
*Barbara Dietz*, Der Drang aus dem Osten

*extra*:
*Nadežda Čačinovič-Puhovski*, Jugoslawien
*Harald Schumann*, Die Krise der EG

Kursbuch
Begründet von Hans Magnus Enzensberger
Herausgegeben von Karl Markus Michel und Tilman Spengler
Redaktion: Ingrid Karsunke

05
Kurs

107 Die Unterwanderung Europas März 1992

Goethe-Institut e.V.
Bibliothek
ausgeschieden am:

*Tilman Spengler*, Alle glücklichen Völker 1
*Christian Bommarius*, Neue Rechte für neue Bürger 8
*Mario Erdheim*, Fremde, Kinder und Unverträglichkeit und Anziehung 19
*Werner Schiffauer*, Die Fremden in der Stadt. Modelle sozialer Organisation 35
*Otto Kallscheuer*, Fremde Götter oder die Grenzen der Toleranz. Ein Vexierbild 51
*Rainer Joedecke*, Willkommen in Hoyerswerda 69
*Alexander Smoltczyk*, Der Rasta und die Marseillaise. Frankreich und seine Ausländer 111
*Emilio Galli Zugaro*, »Die Barbaren kommen«. Ein Gespräch mit Piero Bassetti über Einwanderung und Invasion 120
*Richard Wagner*, Der nationale Wanderstiefel. Minderheiten in Osteuropa 133
*Barbara Kerneck*, Pension Olympia – zwischen Heimat und Heimat 143
*Barbara Dietz*, Der Drang aus dem Osten. Völkerbewegung in der ehemaligen Sowjetunion 156

*extra:*
*Nadežda Čačinović-Puhovski*, Jugoslawien – ein Nachruf 171
*Harald Schumann*, Selbstentmachtung der Politik. Die programmierte Krise des EG-Systems 177

Das Kursbuch erscheint einmal im Vierteljahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 10, im Einzelverkauf DM 13. Verlag: Rowohlt · Berlin Verlag GmbH, Einsteinufer 63a, 1000 Berlin 10, Telefon 030-342 00 11. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Markus Michel und Tilman Spengler.
Anzeigenverwaltung: Runze & Casper Verlagsservice OHG, Schöneberger Ufer 65, 1000 Berlin 30, Telefon 030-2 50 08 30, Fax: 030-25 00 83 83.
Copyright © 1992 Rowohlt · Berlin Verlag GmbH, Berlin. Alle Rechte für sämtliche Beiträge, auch das der Übersetzung und der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendungen und alle elektronischen Übermittlungen vorbehalten.
Gesamtherstellung Druckerei Wagner GmbH, Nördlingen
ISBN 3-87134-107-x
ISSN 0023-5652
Beilagen: Argument-Verlag, »Kirschkern«-Buchversand (Teilbeilage), Neuthor-Verlag (Teilbeilage)

# Tilman Spengler
# Alle glückliche Familie

Mit den jungen Köchen hat es schon häufiger Krach gegeben. Die beiden sind aus Hunan und streitsüchtig. So etwas wie Respekt vor dem Alter kennen die überhaupt nicht. Als Yongxin ihnen einmal sagte, nicht jeder deutsche Gast sei glücklich über den Haufen Glutamat, den sie in Suppen und Fleischsoßen rührten, hatten sie ihn nur verächtlich angeblickt.
»Mach's doch mit deiner Mutter«, hatte der ältere gesagt, der mit den gekrüllten Haaren und der platten Nase.
»Katholikenfurz«, fügte sein breitschultriger Kollege hinzu, ohne von der Petersilie auf dem Hackbrett aufzusehen.
Typisch für Leute aus Hunan. Frech, ungehobelt, unfähig, einen Satz zu sagen, ohne gleich zu ferkeln. Seit genau zwölf Monaten sind die Köche jetzt hier in Hamburg, niemand im Restaurant kann sich erinnern, von den beiden ein freundliches Wort gehört zu haben. Wenn der Chef sie morgens mit zur Großmarkthalle nimmt, stehen sie bereits starr vor der Tür wie zwei Wachsoldaten, die die Nacht auf ihrem Posten verbracht haben, dann steigen sie grußlos in seinen Lieferwagen. Später sieht man sie genauso verschlossen die Gemüse- und Obststeigen abladen. Als würden sie Granaten verladen und nicht frischen Kohl, zarte Salate und duftende Mandarinen. Vor nicht allzu langer Zeit hat Yongxin sie in ihrem Zimmer, oben in der Mansarde, besucht: Ein grauer Spind aus Sperrholz, zwei eiserne Pritschen, die Wände blank bis auf zwei Handtücher an Nägeln. Die Einrichtung eines Militärlagers, ohne die geringste Spur von Kultur. Und genauso würde es da oben auch noch das ganze nächste Jahr bis zu ihrer Rückreise nach China aussehen.
Allerdings, der Chef ist sehr mit ihnen zufrieden. Der würde ja auch kaum verstehen, was sie reden, wenn sie redeten. Der Chef ist aus Surinam, jedenfalls ist seine Familie da gelandet, nachdem es in Malaysia zu Schwierigkeiten gekommen war. Malaysia ist oft schwierig, doch nie so schwierig wie Kalkutta. Ursprünglich kommt die Familie des Chefs wohl von der Insel Hinan. Mandarin hat der Chef nie richtig gelernt, er beherrscht nur ein paar Kommandos und natürlich die Gerichte auf der Speisekarte. Für den Chef

kommt es vor allem darauf an, daß die Köche spuren und nichts beiseiteschaffen. Wenn sie viel Glutamat benutzen, kann ihm das nur recht sein. Glutamat spart schließlich Geld, und die echte chinesische Küche kennt sowieso kaum ein deutscher Gast.
Ob man dem Chef sagen soll, daß einer der beiden Hunanesen neulich einmal als Spitzel tätig geworden ist? Als einer von denen, die alles aufschreiben und an ihre Behörde auf dem Festland melden. Damit die dann etwas in der Hand haben gegen die Freunde und Verwandten der im Ausland Beschäftigten.
Direkt beweisen kann das selbstverständlich niemand. Es gibt ja bei denen »von drüben« sowieso kaum fest angestellte Spitzel. Alles wird immer von Fall zu Fall neu betrieben. Aber die kleine Wu, die an drei Abenden in der Woche zum Bedienen kommt, hat Andeutungen gemacht, die diesmal kaum einen Zweifel gestatten. Ihre Tante in Shanghai sei vor ein paar Wochen von so einem merkwürdigen Vogel des Amtes für öffentliche Sicherheit heimgesucht worden, der sie darauf angesprochen habe, daß auch das Verhalten von Verwandten im Ausland nicht ohne Folgen bleiben könne für diejenigen, die noch unter dem Schutz der sozialistischen Ordnung stünden. So, oder so ähnlich, habe das der merkwürdige Vogel in der bekannten Zwielichtsprache gesagt. Jene Tante der kleinen Wu hatte das natürlich nicht so direkt wiedergeben können, beim Briefschreiben muß man vorsichtig sein, dem Tiger streicht man nicht über den Schwanz.
Yongxin jedenfalls wird nie mehr über Politik reden, wenn sich das Personal zum Nachtessen zusammensetzt. Das gebietet einfach die Rücksicht auf die anderen am Tisch. Ihm selbst kann es ja gleichgültig sein, was irgendein Spitzel über ihn verbreitet. Seine Familie lebt schon seit mehr als zwei Generationen auf Taiwan. Deswegen wurde er auch katholisch getauft. Eigentlich heißt er Albert, doch in einem Chinarestaurant kann ein Kellner nicht Albert gerufen werden. Albert klingt nicht exotisch.
Die vom taiwanesischen Geheimdienst haben sich eigentlich nie um die politischen Meinungen ihrer Landsleute gekümmert. Soweit man weiß, hatten sie Wichtigeres im Kopf: Konstruktionspläne für U-Boote, die Beschaffung von Großrechnern, Daten über Importquoten. Der taiwanesische Geheimdienst war einfach zivilisierter.
Das Reden über Politik hat sowieso keinen Sinn. Davon wird man nicht reich, und das Essen schmeckt auch nicht besser. Bei einem Essen sollte man überhaupt nur über Essen reden. Yongxins Onkel war darin ein Meister gewesen. Dieser Onkel, der zweitälteste Bruder seiner Mutter, hatte ihm auch seine erste Anstellung verschafft. Im »Großen China«, in Kalkutta, Ende der fünfziger Jahre. Für einen Chinesen, der ins Ausland geschickt

wurde, galt Kalkutta als eine besonders schwierige Adresse. Hier hielten nur die Tapfersten aus. Aber Yongxin hatte seinen Vertrag erfüllt, und zum Abschied hatte ihm der Onkel noch zweihundert Dollar in einem kleinen roten Umschlag zugesteckt – und ein kleines Buch, das zu allen wichtigen Gerichten die angemessenen Gesprächsstoffe vermerkte. Das etwas gewagte Märchen aus den Westländern etwa, wenn Melonen aus Hami gereicht werden. Die lustige Geschichte der kaiserlichen Konkubine, die so gut zur Schwalbennestsuppe paßt. Gesprächsstoffe, die wie ein gutes Aroma die vorgesetzten Speisen anreichern.

Die beiden Köche vom Festland können davon keine Ahnung haben. Das wird schon klar, wenn man ihre Vornamen hört. Männer, die »Feurige Lokomotive« oder »Fester Bohrturm« heißen, stammen von Eltern ab, die auch mit der Geburtsurkunde ein politisches Bekenntnis ablegen wollen. Und die über Namen auch Charaktere prägen. Albert zum Beispiel, steht für Milde und Harmonie. Deutschland ist milder als Indien, doch nicht einmal in Kalkutta hätte ein Landsmann Yongxin je als »Katholikenfurz« beschimpft.

Die kleine Wu bedient heute abend wieder sehr schleppend. Wenn man sie schon etwas länger beobachtet hat, sieht man sofort, daß sie das linke Bein nachzieht. Sie hat hübsche, schlanke Beine, und diese gemusterten Strumpfhosen mit dem Kunstperlenbesatz können nicht billig gewesen sein. Aber wenn sie so schlurft wie jetzt, bedeutet das, daß sie wieder ihre rosa Pillen nimmt. Der zweite Neffe ihrer Mutter schickt sie ihr aus Manila. Angeblich helfen sie gegen Trübsal. Seitdem Yongxin die kleine Wu kennt, leidet sie unter Trübsal. Mal weniger, mal mehr. Erst war es die Erinnerung an ihren Vater, den berühmten Journalisten aus Wuhan, dem sie während der Kulturrevolution die Finger plattgeschlagen haben. Als er aus dem Umerziehungslager zurückkam, hatte ihm ein Kollege gesteckt, daß seine Tochter mit einem Ausländer schlief. Daraufhin hatte er sie fortgejagt.

Wahrscheinlich hat die kleine Wu an ihrem freien Wochenende wieder ihre Freundin besucht, die in Leipzig Gesang studiert hat. Hoffentlich geht es der langsam besser. Noch vor drei Wochen soll die Freundin nicht einmal in der Lage gewesen sein, mit den Augen zu rollen. Hat immer nur, wie ein Karpfen auf Eis, hoch zur Zimmerdecke gestarrt. Der Mann, der sie umgefahren hat, wird angeblich immer noch gesucht. Fünfzig Meter lang hat er sie mitgeschleift, und auf dem Asphalt war keine Bremsspur zu erkennen. Die Freundin hatte eine schöne Stimme gehabt, kein besonders wohlproportioniertes Gesicht, eher fette Bäckchen, dafür aber eine wirklich schöne Stimme. Doch Opernsängerin würde sie nach diesem Unfall bestimmt nicht werden. Nicht einmal in Deutschland.

Den zwei Stahlköpfen aus der Küche ist das Schicksal der Freundin von der kleinen Wu natürlich völlig egal. Als alle damals ein wenig Geld zusammenlegten, haben die nur gelacht und gesagt, in Leipzig müsse man als Ausländer eben besonders vorsichtig sein. Das könne man doch schon in der Zeitung lesen. Als ob diese beiden je Zeitung läsen. Sprachen es und beugten sich wieder über ihre Glutamatportionen.
Die kleine Wu hat sich ihre Enttäuschung über das Verhalten der Köche nicht anmerken lassen. Sie hat kurz ihre Straßbrosche zurechtgerückt und ganz einfach gesagt, Schicksal sei unerforschbar, deswegen auch nicht zu kontrollieren. Obwohl ein deutsches Sprichwort lautet: Jeder ist seines Glückes Schmied.
Unter den katholischen Chinesen in Kalkutta ist man anders mit dem Schicksal umgegangen. Nicht nur unter den Katholiken, eigentlich galt das für alle, die aus Taiwan kamen, egal, welchem Glauben sie anhingen. Wer aus Taiwan war, der verehrte Sun Yatsen und Chiang Kaishek, der spendete für die Nationalisten und verachtete die chinesischen Kommunisten. Das galt als eiserne Regel. Jedenfalls bis zu dem verhängnisvollen Grenzkrieg zwischen China und Indien im August 1962. Da mußten alle Chinesen plötzlich zusammenhalten, Kommunisten und Nationalisten, denn die Inder machten ja auch keine Unterschiede zwischen ihnen, wenn sie sie verhafteten, verprügelten und mit Steinen bewarfen. Als an einem dieser unerträglich heißen Wochenenden eine der kleinen Schulen in Brand gesetzt wurde, in denen die Kommunisten ihre Kinder unterrichten ließen, durften montags darauf diese Schüler selbstverständlich in die feineren und besser geschützten Gebäude ihrer nationalistischen Landsleute. Das Essen war umsonst, sogar Kleider hat man ihnen geschenkt. Gut, einige Eltern sahen es nicht gern, daß ihre Kinder in den Schuluniformen der »Landesverräter« herumliefen. Vielleicht hatten sie auch Angst, man könne ihr Verhalten als einen »Kniefall vor dem Klassenfeind« deuten, als das »Schlecken am Schokoladenüberzug einer Patrone des Gegners«, oder wie man das damals nannte. Spitzel und die Angst vor Spitzeln gab es in jenen Jahren ja auch schon zur Genüge.
Es kann sich natürlich auch ganz einfach so verhalten, daß die beiden Köche aus Hunan überhaupt kein Geld für Mildtätigkeit übrig haben und deswegen so schroff reagierten. Als sie hier ankamen, wurde ihnen erst einmal der Flugpreis vom Lohn abgezogen. Das war gegen die Vorschriften, doch was sollten sie tun? Und keiner weiß, wieviel sie jeden Monat für Essen und Unterkunft zahlen müssen – außer natürlich der Chef, doch der behauptet sowieso immer, daß sich das ganze Lokal nicht rentiere. Weil sich keiner der Angestellten vorstellen könne, welche Kosten ihm entstünden, die nicht in den Büchern auftauchten.

So schlimm wie in New York kann es hier aber auf keinen Fall sein. Deutschland ist nicht Kalkutta, Deutschland ist auch nicht New York. In New York, hat der Neffe von Yongxin erzählt, treiben die Bruderschaften, die die jeweilige Straße kontrollieren, ihr Schutzgeld ein; dann tauchen in letzter Zeit immer mehr vietnamesische Banden auf, die gleichfalls abkassieren wollen, das sind ganz besonders üble Typen, die sofort zustechen und Feuer legen. Schließlich erwarten diese ganzen beamteten Sanitäts- und Sicherheits- und Feuerwehrinspektoren noch ihren kleinen Umschlag. In New York kann von Zivilisation keine Rede sein. Selbst in den schwärzesten Zeiten von Kalkutta war es für ein Lokal nicht so schwarz wie in New York. Deutschland ist dagegen ein Glücksfall. Relativ gedacht.

Die Verwandten in New York müssen zum Glücksspiel auch immer raus aus der Stadt und nach Atlantic City. Jedenfalls wenn es sich um legales Glücksspiel handelt. Da hat man es in Deutschland doch sehr viel leichter – vielleicht mit der Ausnahme von Bayern. Hier in Deutschland drehen sich sogar die Walzen der Spielautomaten viel länger. Irgendwie hat das mehr Kultur, die Farben schillern prächtiger, die Bilder stehen länger, Musik ertönt, gut, manchmal blitzt und kracht es. Doch in aller Regel vollzieht sich das Spielgeschehen so angenehm unaufgeregt, und auch der kleine Einsatz erfährt seine höfliche Würdigung.

Eigenartig dagegen, wie unterschiedlich Deutschland riecht. In Kalkutta, in Hongkong und selbst in Surinam – jedenfalls behauptet das die Frau des Chefs – kann man sofort riechen, in welchem Viertel man sich gerade befindet. Ein Blinder kann sich in allen Straßen ganz hervorragend zurechtfinden, hier ein wenig den Duft der einen Küche aufnehmen, dort die Gewürze der anderen, dann wieder die Beize einer dritten Kultur. Deutschland riecht auf eine machtvolle Weise einheitlich, doch nicht besonders stark. In diesem Land sind aber auch die Abfalltonnen sehr dicht verschlossen. In allen Küchen werden ganz spezielle Apparate zum Absaugen von Gerüchen eingebaut. Selbst dafür gibt es Gesetze. Daher ist jeder verloren, der sich in Deutschland allein auf die Kraft seiner Nase verläßt.

Die Frau des Chefs hat die beiden Köche zum letzten Neujahrsfest auf einen Ausflug mitgenommen. In den Zoo. Dieser deutsche Zoo ist ein hervorragendes Beispiel für die Überlegenheit von Kultur über Natur. Man erkennt die Macht des Wilden und erlebt gleichzeitig den Triumph der Zivilisation. Selbst auf den Spazierwegen gibt es kein Unkraut. Die Tiere können die Kraft zeigen, die in ihnen steckt, doch durch das Raffinement der gesamten Anlage ist es ihnen verwehrt, ihre tierische Gefährlichkeit angriffslustig auszuspielen. Eigentlich besteht darin das Geheimnis von Kultur.

Die beiden Köche werden sich die Tiere nur unter praktischen Gesichts-

punkten angeschaut haben. Was ihre Jagd, was ihr Transport gekostet hat, wie man sie häuten, gerben, braten kann. Wieviel verwertbares Fleisch auf ihren Knochen sitzt. In Hunan hat man über Natur schon immer sehr rückständig gedacht. Da waren selbst die in Kalkutta weiter.
Für Frauen scheinen sich die beiden Köche auch nicht besonders zu interessieren. Für die Frau des Chefs sowieso nicht, das versteht sich von selbst, doch auch nicht für die kleine Wu, deren Freund sie manchmal wochenlang allein läßt, und genauso wenig rührt sich einer von den zweien, wenn die jugoslawische Maria, die hinter der Bar bedient, spät nachts fragt, ob noch irgendwer mit der Trambahn in ihre Richtung fährt.
Vielleicht gehen sie am späten Nachmittag in das Pornokino am Hauptbahnhof. Das haben früher die Köche immer gemacht. Zwei oder drei Mann auf eine Eintrittskarte, wenn's dem ersten gekommen ist, überläßt er die Karte dem Kollegen. Für die Deutschen sehen die Chinesen ja ohnehin alle gleich aus. Fast genauso wie in Kalkutta. Die Köche mußten nicht einmal die Mäntel wechseln, obwohl sie es sicherheitshalber dann doch immer taten. Dabei ist Kalkutta wirklich nicht Deutschland.
Die Frau des Chefs steht fast den ganzen Tag hinter dem Tresen, schenkt Getränke aus und spült Gläser. Sie hat weiße Haare, doch ihre Zunge ist noch nicht spitz. Vor ihr haben alle Respekt, selbst die beiden aus der Küche. Denen steckt sie bisweilen Briefmarken zu, gebrauchte und frische. Mit den gebrauchten Marken aus Deutschland kann man in China ein kleines Geschäft machen, und die frischen braucht man, um die Waren dorthin zu befördern. Eigentlich steht den Hunanesen vertraglich pro Woche nur das Porto für einen einzigen Brief in die Heimat zu. Doch die schreiben, was das Zeug hält. Dabei können sie in der Küche nicht viel mehr erleben, als was auf eine Postkarte passen würde. Von Deutschland kriegen die so gut wie nichts mit. Außer vielleicht in der Nachmittagspause am Fernsehgerät. Natürlich verstehen die beiden kein Deutsch, aber das Werbefernsehen fasziniert sie. Da kriegen sie richtiggehende Elsternaugen und könnten stundenlang zusehen.
Die kleine Wu hat ihr Deutsch im Werbefernsehen gelernt. Die hat am Anfang auch nie ein anderes Programm verfolgt. Wenn ein Gast besorgt fragt, ob irgendein Gericht zu scharf oder zu süß oder zu fett sei, lacht die kleine Wu und sagt: »Keine Sorge, Volksfürsorge.« Das macht immer einen ganz speziellen Eindruck.
Irgendwann wird die kleine Wu einen Deutschen heiraten. Sie hat sich das fest vorgenommen, weil sie schon als kleines Mädchen für das Exotische schwärmte. Als sie das letzte Mal auf dieses Thema zu sprechen kam, hat Yongxin eingewendet, hier in Deutschland seien die Deutschen nicht beson-

ders exotisch. Exotisch seien Afrikaner, besonders die aus dem Herzen von Afrika.
»Afrikaner sind Affen«, hatte darauf einer der Köche gesagt.
Dem widersprach die kleine Wu heftig. Sie machte das sehr geschickt, denn sie berief sich auf Mao. »Die Welt schreitet vorwärts, die Zukunft ist glänzend, und niemand kann diese allgemeine Tendenz der Geschichte ändern«, zitierte sie. »Ausgewählte Werke, Band IV. Gilt das nicht auch für die schwarzen Menschen?«
Darauf schwiegen die Köche. Gegen einen Spruch von Mao sind sie machtlos. Sie liebe die Deutschen, hat die kleine Wu noch hinzugefügt, weil es hier ganz anders und doch ohne große Unruhe zugehe. Beim Einkaufen merke man das besonders.
»Wir sind alle eine Gemeinschaft«, hatte daraufhin die Frau des Chefs gesagt. Es war nicht klar, ob sich dieser Satz auf die Tischrunde, die Afrikaner oder die ganze Welt bezog. Die Frau des Chefs sagt manchmal Dinge, die direkt vom Himmel herabzusinken scheinen. Wie zum Beispiel neulich, vor zwei, drei Wochen muß das gewesen sein, als im Restaurant diese Kantonesen aus Amsterdam auftauchten. Alle trugen sie Sonnenbrillen und mit Gold verzierte Jadekettchen. Natürlich kamen sie von irgendeiner »Bruderschaft«, wollten also entweder Schutzgebühren erpressen oder Drogen loswerden. Die Frau des Chefs hat sie unglaublich kühl empfangen. Nicht gezittert und auch keine Extraspeisen auffahren lassen. Sie tat einfach so, als verstünde sie überhaupt kein Kantonesisch. Dabei lebt sie schon dreißig Jahre mit ihrem Mann zusammen. Die Kantonesen aus Amsterdam konnten dagegen Nordchinesisch nur radebrechen.
»Meine Herren«, hatte die Frau des Chefs zum Abschied nur gesagt, »wir sind hier in Deutschland, nicht in Kalkutta und auch nicht in Kanton.«

# Christian Bommarius
# Neue Rechte für neue Bürger

»Act global, think local.«
(Maxime des Eurozentrikers)

West-Europa droht der Welt mit Kündigung der Gemeinschaft. Die privilegierten Mitglieder der globalen Kommune fühlen sich in der Hausruhe gestört, seit immer mehr Bewohner überschwemmter Kellergeschosse Zuflucht in den behaglichen Salons der oberen Etagen suchen. Die Regierungen der EG-Staaten reagieren gereizt. Zutritt wird nur noch gewährt, wenn die Bittsteller den Türstehern die Parole »Asyl« zurufen. Pläne für eine »Festung Europa« werden herumgereicht, die hinter Mauern und Zugbrükken ein Leben in der »splendid isolation« ermöglichen und bis Mitte der neunziger Jahre bezugsfertig sein soll. Den Auszug aus der Welt versuchen die Regierungen ihren Bevölkerungen mit den vertrauten Standardbegriffen moderner apokalyptischer Visionen schmackhaft zu machen: Massenansturm, Flüchtlingsflut, Unterwanderung, Überfremdung. Das Verblüffende an diesem Modell ist bestimmt nicht seine Originalität – das Urheberrecht am Begriff »Festung Europa« liegt bei Joseph Goebbels. Verwunderlich ist jedoch der Versuch der West-Europäer, eine alte Erscheinung als neue Idee auf die politische Bühne zu schleppen, die selbst an Stamm- und Kabinettstischen seit Jahrzehnten als Sehfehler, Knick in der Optik, als Verengung der Perspektive diagnostiziert worden war – der Eurozentrismus.

Historische Abschweifung Ein halbes Millennium rundet sich auf Tag und Stunde. 12. Oktober 1492, zwei Uhr: Geburtsstunde des Eurozentrismus. An der planetarischen Peripherie, vor den Küsten der Bahamas, erscheint Admiral Cristóbal Colón (dt. Neubesiedler), die mappa mundi seiner Zeit im Kopf und darum Briefe an den Kaiser von China in der Westentasche – geographisch im Irrtum, doch historisch bedeutend. Seit jener Nacht ist die Welt geschlossen, mit dem ersten Schritt des Admirals auf dem Strand von Guanahani fiel sie Europa zu. »Der Admiral ... sagte, sie sollten bestätigen und rechtlich bezeugen, daß er vor aller Augen von der Insel Besitz ergriff, wie er es dann auch im Namen des Königs und der Königin, seiner Herren, tat.« (Zitiert nach Urs Bitterli, *Die Entdeckung*

*Amerikas*, München 1991, S. 59.) Entdeckt wurde keine neue Welt, sondern ein Kontinent, der der Europäisierung harrte, begegnet wurde Menschen, die nicht als gleich-gültige Andere, vielmehr als Gleiche mit Zivilisationsdefizit begriffen wurden, es begann eine Epoche, die »für die Europäer die Werke der Schöpfung verdoppelt hat« (Alexander von Humboldt). Die alten Kulturen und ihre Götter sanken in den Staub, die Konquistadoren schickten ihnen die Menschen hinterher – nach 100 Jahren Kolonisation war die Bevölkerung Amerikas um 70 Millionen geschrumpft, die übrigen 10 Millionen hockten in den Kirchen und später in den Reservaten (Tzvetan Todorov, *Die Eroberung Amerikas*, Frankfurt 1985, S. 161).
Der größte Völkermord in der Geschichte der Menschheit und der gewaltigste Assimilationsprozeß fielen in eins. Der europäische Blick wurde zur globalen Perspektive: Welthandel, Weltmächte, Weltsprachen – das Andere am anderen wurde zum Schweigen gebracht.

Seit 500 Jahren ergießen sich die europäischen Ideen in die Erdteile, sie unterspülten Traditionen, rissen die alten Idole weg und boten auf dem Weltmarkt Werte und Waren an: das Christentum und die Waschmaschine, den Pazifismus und die Zündkerze, die Menschenrechte und das Fernsehprogramm. Der Egalitarismus der europäischen Zivilisation verkündet seinen Triumph aus den Transistor-Radios in den Suks von Bagdad, jede lokale Ereiferung von Timbuktu bis zum Feuerland bezieht ihre Stichworte aus dem ideologischen Repertoire europäischer Anbieter. Keine Revolution ohne Automobile, keine Nationale Front ohne die »Nationale Frage« in den europäischen Parlamenten des 19. Jahrhunderts.
Doch längst sind jedem Zeitungsleser die bedrohlichen Folgen dieses globalen Erfolgs bewußt. »Klimaerwärmung«, »Atomkatastrophe« und »Bevölkerungsexplosion« sind Standardformeln, Gemeinplätze für die Bezeichnung einer Entwicklung, die nicht Nationen und Erdteile, nicht einzelne Rassen oder politische Systeme betrifft, sondern die gesamte Menschheit. »Die Welt ist klein« – die erfreute Feststellung des Entdeckers Colón ist heute eine hochbrisante Binsenweisheit. Sie besagt: Die Aufteilung der Welt in Nationen und Territorien, die standardisierten Mythen von Blut und Scholle als Urgrund und Hochsitz des Ich, die völkische Fruchtblase als Stigma oder Privileg – das sind Gassenhauer einer vergangenen Epoche, die die Volksgenossen in die Schlachten schickte, die heutige aber verlangt nach Sinfonien, d. i. Zusammenklang der lauten und der leisen, der kräftigen und der schwachen Stimmen. Das Ozonloch weitet sich nicht über Staatsgebieten und fragt nicht nach Herkunft und Pässen, Kataklysmen nehmen keine Rücksicht auf rassische Kontinuitäten, subkontinentale Hungersnöte pral-

len nicht vor Schlagbäumen zurück. Der Planet steht vor der größten Völkerwanderung der Geschichte, die Menschheit tritt ein in das Jahrtausend der Migrationen: Das feingesponnene Netz territorialer Grenzen, das fast jeden Fußbreit der Erde überzieht, wird zum Gewand des Nessos – tödlich für den, der sich nicht rechtzeitig davon befreit.

Vor diesem Hintergrund verrät das Festungsprojekt der West-Europäer soviel Realitätssinn wie die Hoffnung eines Fußballspielers, durch Verlassen des Feldes einen Abbruch des Spiels zu erreichen. In Jahrhunderten haben sie die Regeln der (Kultur-)Begegnung diktiert, nun, da die Partie ihre eigene Gesetzmäßigkeit bekommt, sind sie verstimmt – sie fürchten um ihre Privilegien. Überwältigt von den fatalen Folgen des globalen Triumphs des Eurozentrismus, der in den Völkern der sogenannten Dritten Welt seine ehrgeizigsten Bewunderer und Nachahmer hat, versuchen die Regierungen der alten Welt eine Rehabilitierung des Eurozentrismus in neuem Gewande – Europa in Zukunft nicht mehr der Kopf, nur noch der Nabel der Welt. Die Botschaft lautet: Die Welt ist *ein* Markt und *eine* Monade, doch auf ihr leben zwei Menschheiten, die eine diesseits, die andere jenseits der Wohlstandsgrenze. »Alles dreht sich um mich«, so spricht der Ptolemäus des 20. Jahrhunderts – nachdem er zu tief ins Glas geschaut hatte, weil er die Wirklichkeit nicht mehr ertragen konnte.

Die von den EG-Staaten gezogene Wohlstandsgrenze ist der vergebliche Versuch, die Weltkarte nach einem (eigennützigen) verbindlichen Maßstab zu zeichnen, den sie im Zeitalter der zu einer Welt verwebten Menschheit längst verloren hat. Natürlich fehlt dieser Demarkationslinie zwischen arm und reich jede moralische Legitimation, das wissen auch die Kartographen in den west-europäischen Regierungszentralen. Mit bewährten Beschwörungsformeln versuchen sie, dem Publikum die Angst vor dem schlechten Gewissen zu nehmen. Am Wühlstand der Parolen kann jeder sein Schnäppchen machen: »Bedrohung des christlichen Abendlandes« für den Traditionalisten, »Bekämpfung der Fluchtursachen in der Dritten Welt« für den Sensiblen, »das Boot ist voll« für den vermögenden Egoisten und den verunsicherten Arbeitslosen. Die Angebote richten sich jedoch an die falsche Kundschaft. Eurozentristische Rhetorik wird nicht die Ohren der 50 Millionen Menschen erreichen, die – auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen – ihre angestammten Wohngebiete bereits verlassen haben, juristische Sperriegel an den Grenzen der EG haben die Wirkung eines Kirchenbanns im säkularisierten Zeitalter. Der Verzicht auf eine europäische Migrationspolitik, die die Einwanderung nicht verhindern, sondern steuern soll, ist der Versuch, der Geschichte über die Hintertreppe zu entkommen.

»Ah! Ah! der Herr ist Perser? Wie schrecklich aufregend! Wie kann man nur Perser sein?« (Montesquieu, *Perserbriefe*)

Was ist Überfremdung? Beginnt sie mit der mexikanischen Folkloregruppe in der Fußgängerzone, mit den amerikanischen Pop-Songs aus dem koreanischen Hifi-Turm oder erst mit einem eurasisch-negroiden Bundeskanzler, der morgens die Suren liest und abends zu einem Kasatschok durch die Flure steppt? Ist das teutonische Stammeskollektiv in Gefahr, wenn italienische Konzerne marode Betriebe in den neuen Bundesländern kaufen, oder bedeutet erst die Verpflichtung zur Anthropophagie in den Werkskantinen von Daimler-Benz das Ende des nationalen Erbes? Anders gefragt: zeugt der Wahlspruch »Hab das Deutsche im Blut und den Japaner in der Tiefgarage« von persönlicher Überfremdung oder nur von mittlerem Lebensstandard? Je nach Rolle oder Profession fallen die Antworten aus: Der Unternehmer wird von »Folgen des internationalen Wirtschaftsverkehrs« sprechen, der Konsument von den Vorzügen eines preiswerten Pkw, der Politiker von den Segnungen der freien Marktwirtschaft. Mit anderen Worten: Überfremdung als Vielsprachigkeit in den Supermärkten (»Litschis aus Madagaskar – jetzt wieder günstig«) und Internationalität der Börsenkurse ist den Deutschen – »uns« – willkommen. Nur die Fremden sind es nicht.
Von ihnen fühlen wir uns bedroht – zumal, wenn sie ungerufen kommen. Sie machen uns angst, wenn sie als anonyme Menge in Asyllagern hocken und Zeitungen jeden Tag neue Zahlen über die »Flüchtlingsflut« melden. Von ihren Schicksalen wissen wir nichts, ihre Namen sind uns nicht geläufig, nur eines ist sicher – sie sind uns nicht willkommen. Darum werden gegen sie Dämme aus Vorschriften und Mauern aus Gesetzen errichtet, Politiker heben Schützengräben aus zum Schutz vor ihrem »Ansturm«, Leitartikler geben Deckungsfeuer. Doch die in der Bundesrepublik seit Jahren mit Verbissenheit geführte »Asylrechtsdebatte« ist nur das Spiegelbild der westeuropäischen Ignoranz im nationalen Maßstab. Den Armuts- und Umweltflüchtlingen wird bewußt verweigert, was sie gar nicht begehren – Asyl. Sie suchen keine Zuflucht, sondern eine neue Heimat, sie berufen sich nicht auf Artikel 16 (Asylrecht), sondern auf Artikel 1 Grundgesetz: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Aber der Gesetzgeber zwingt sie in das aussichtslose Asylverfahren, sinnt unter dem Eindruck der jährlich wachsenden Zahl von Flüchtlingen über Beschleunigungsmodelle nach und reagiert – statt mit einem Einwanderungsgesetz und darin festgesetzten Länderquoten zu regulieren. Die seit Jahren beschworene »Krise des Asylrechts« ist in Wahrheit eine Krise der deutschen Politik, die sich am Ausgang dieses Jahrtausends noch von der Weltkarte der fünfziger Jahre leiten läßt, als Asylbe-

werber vereinzelt aus Sibirien kamen und die Verwüstung der Sahel-Zone sich hierzulande allenfalls als Posten im Etat der Entwicklungshilfe niederschlug. Der Blick auf veraltetes Kartenmaterial ist bestimmt durch eine idée fixe – die Nation. An der Vorstellung von der metaphysischen Gemeinschaft, die frei ist von »blutschänderischer« Neigung, ein völkischer Brutschrank, wird unverdrossen festgehalten. Ursprünglich nicht mehr als ein ökonomisches Organisationsprinzip zur Zeit des Freihandelsliberalismus, erst später hochgezüchtet zum rauschhaften Kollektiverlebnis, besteht sie – als Illusion zwar, doch zäh – auch im Zeitalter der Europäischen Gemeinschaft und des Satellitenfernsehens fort. Verflechtung der Weltwirtschaft, Vernichtung der Räume, Bevölkerungsexplosion, globale Umweltprobleme – schön und gut, doch über das Bier in der Kneipe und die Zeitungsberichte über Flüchtlinge beugt sich der Vollgermane.

500 Jahre nach der Entdeckung der Neuen Welt bestimmt noch immer die Perspektive Cristóbal Colóns das Bild vom Fremden: »Allein mir schien es, als litten sie Mangel an allen Dingen« (Todorov, S. 48). Der Fremde ist definiert durch sein Defizit – an gleicher Kultur, Sprache, Religion, Hautfarbe. Diese Vorstellung hat es den Deutschen mehr als 30 Jahre lang erleichtert, die Tatsache zu ignorieren, daß sie in einem Vielvölkerstaat, in einem Einwanderungsland leben. Die meisten der fünf Millionen in der Bundesrepublik lebenden Ausländer werden von den Einheimischen unter einem euphemistischen Begriff subsumiert, der jedoch die ihnen zugewiesene Rolle und den Wunsch nach begrenztem Aufenthalt hinreichend beschreibt – Gastarbeiter. Obwohl von Anfang an eher ein rhetorischer Trick zur Beruhigung des nationalen Gemüts (*Stuttgarter Nachrichten* vom 7. März 1961: »Der baden-württembergische Arbeitsminister Schüttler würde es begrüßen, wenn besonders tüchtige ausländische Arbeitskräfte künftig auch ihre Familien in die Bundesrepublik mitbringen könnten, da dies zu einer Hebung ihrer Arbeitsmoral beitragen würde. Außerdem würden dadurch echte Dauerarbeitsverhältnisse zustandekommen...«), entsprach der Begriff den Intentionen des Gesetzgebers. Zum Aufbau der Wirtschaft wurden keine Einwanderer, sondern »Arbeitskräfte« (Präambel des Anwerbevertrages mit Italien 1955) ins Land geholt, nicht für neue Bürger, sondern für Fremd-Arbeiter öffneten sich die Grenzen. Sie waren nur Gast auf deutscher Erde und sollten sich hier keinesfalls heimisch fühlen – die Entscheidung über die Aufenthaltserlaubnis wurde im Gesetz »dicht an den Rand des Gnadenaktes gerückt« (W. Kanein, *Das Ausländergesetz und die wesentlichen fremdenrechtlichen Vorschriften. Kommentar,* München/Berlin 1966, S. 42). Vor allem aber verweigerte der Hausherr jeden Dialog mit seinen Gästen, erteilte ihnen zwar (wenn dies seine »Belange« nicht störte)

Genehmigungen zum weiteren Verbleib, nicht aber das Wort – die Fremden blieben von jeder politischen Mitwirkung ausgeschlossen. Daran hat sich bis heute nichts geändert, obwohl mittlerweile Hunderttausende ausländischer Jugendlicher in Deutschland geboren wurden, hier aufgewachsen und allenfalls noch am Teint oder an ihrer Zweisprachigkeit von Deutschen zu unterscheiden sind. So kam es, daß die Bundesrepublik ein Einwanderungsland wurde, ohne Notiz davon zu nehmen; ein Vielvölkerstaat, der nichts von seinen Völkern wissen will. So kam es, daß in den Grenzen des republikanischen, demokratischen, sozialen Rechtsstaats seit Jahrzehnten Menschen leben, die wie ein Relikt aus vorkonstitutionellen Tagen herüberragen – Untertanen. Und so kam es auch, daß die Ausländer den Einheimischen stets fremd geblieben sind – das Defizit an Mit-Sprache konnten (und sollten) sie nicht ausgleichen.
Natürlich hat es seine Gründe, daß der bestimmende Teil der bundesdeutschen Politik unverdrossen an der regierungsamtlichen Falschmeldung festhält: »Deutschland ist kein Einwanderungsland.« Das Eingeständnis des Gegenteils würde nicht nur zum Nachdenken darüber ermuntern, warum Zuwanderer vom Gesetzgeber zum »Mißbrauch des Asylrechts« gezwungen werden, statt die Gelegenheit zu erhalten, von ihrer Heimat aus das Einwanderungsverfahren zu betreiben. Schlagartig würde vielmehr offenbar, daß der Rechtsstaat Bundesrepublik einem bedeutenden Teil der Bevölkerung seit Jahrzehnten sämtliche Rechte vorenthält, die zur Artikulation im politischen Diskurs erforderlich sind. Ein demokratischer Vielvölkerstaat hält sich jedoch nicht die Ohren zu, wenn seine ausländischen Bürger mit ihm sprechen wollen – der nationale Adam hat ausgespielt.

Linguistische Abschweifung Die Fremden schweigen in den Sprachen der Welt: Für die Slawen sind die Deutschen *nemci*, d. h. Stumme; die Griechen nannten Fremde *barbaroi*, d. h. Stumme; die Azteken bezeichneten die Menschen südlich von Vera Cruz als *nonoualca*, d. h. Stumme; die Tolteken wurden von den Mayas von Yucatan *nunob* gerufen, d. h. die Stummen. Die Spanier schließlich setzten dem Nicht-Verstehen des Fremden – unbewußt – ein beredtes Denkmal. Auf ihre Zurufe bei der ersten Begegnung antworteten die Mayas: *Ma çubah than*, wir verstehen eure Worte nicht. Da die Spanier diese Worte ebenfalls nicht verstanden, benannten sie einfach die Provinz danach – Yucatan.

Noch aber ist das Redeverbot für Ausländer im politischen Leben Deutschlands höchstrichterlich sanktioniert. Das Bundesverfassungsgericht erklärte am 31. Oktober 1990 zwei Gesetze der Länder Hamburg und Schleswig-

Holstein für verfassungswidrig, die zumindest einem Teil der ausländischen Bürger das Kommunalwahlrecht gewähren wollten. Einstimmig entschieden die Richter, daß »für das Wahlrecht, durch dessen Ausübung das Volk in erster Linie die ihm zukommende Staatsgewalt wahrnimmt, nach der Konzeption des Grundgesetzes die Eigenschaft als Deutscher vorausgesetzt« wird. Ist das Ausländerwahlrecht damit also »politisch tot«, wie damals der Justitiar der klagenden CDU/CSU-Bundestagsfraktion triumphierend bemerkte, von acht Karlsruher Richtern zu Grabe getragen – requiescat in pace? Die Trauermienen können abgelegt werden. Das Urteil war zwar deutlich, aber letztlich bedeutungslos, bestenfalls Stoff für Leitartikel und ein Knochen für juristische Seminare, an dem nun Generationen von Examenskandidaten nagen. Warum das so ist, und wie es dazu kam? Also, das war so.

Jener bereits zitierte christdemokratische Justitiar, Manfred Langner, hatte am 25. Juni 1990 einen großen Auftritt. Nicht als Parlamentarier, nicht als Jurist, so schien es, war er in der mündlichen Verhandlung vor das Bundesverfassungsgericht getreten, sondern als Vertreter und aufmerksamer Wächter der »nationalen Identität«. Die sah er durch das Ausländerwahlrecht nicht nur preisgegeben, schlimmer noch, es drohe »die Aushöhlung demokratischer Selbstbestimmungsrechte des deutschen Volkes«. Das war ein eindrucksvolles Plädoyer für den völkischen Brutschrank, glänzend inszeniert – aber eben inszeniert. Natürlich kannte auch Langer den damals schon seit zwei Jahren vorliegenden »Richtlinienvorschlag« der EG-Kommission »über das Wahlrecht der Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten bei den Kommunalwahlen im Aufenthaltsstaat«. Als CDU-Parlamentarier war ihm bestimmt auch nicht verborgen geblieben, daß seine Fraktion sich ebenfalls für das kommunale Ausländerwahlrecht in der EG ausgesprochen hatte. Nur – man wollte nicht vorpreschen, die nationale Identität nicht vor den anderen Mitgliedstaaten opfern, bei der Aushöhlung der demokratischen Selbstbestimmungsrechte nicht vorgreifen.

Preisgabe, Opfer und Aushöhlung sind nunmehr jedoch beschlossene Sache: Die Bundesregierung stimmte im vergangenen Jahr auf dem EG-Gipfel in Maastricht der Einführung des kommunalen Ausländerwahlrechts für Bürger der Mitgliedstaaten ab Mitte der neunziger Jahre zu. Nachdem sich die CDU/CSU-Fraktion einer entsprechenden Grundgesetzänderung stets widersetzt hatte, ist jetzt freudige Zustimmung zu erwarten. Ist dies das konkludente Eingeständnis der Bundesrepublik, ein Vielvölkerstaat zu sein, eine Einladung an die Ausländer zur Teilnahme am politischen Diskurs? Keineswegs. Es ist nur die Wiedereinführung des Dreiklassenwahlrechts.

Wie läßt sich begründen, daß in Deutschland künftig zwar ein Franzose, nicht aber ein Pole bei Gemeindewahlen mitstimmen darf? Hierzu ein bemerkenswertes Zitat aus dem bereits erwähnten Richtlinienvorschlag der EG-Kommission: »Die tatsächliche Zugehörigkeit zu einer Gemeinde ergibt sich aus der Abhängigkeit von Fragen des täglichen Lebens, die Entscheidungen des Organs unterworfen sind, das die Gemeinde verwaltet. Dies gilt für schulische Probleme, für Fragen des Städtebaus, für den Ausbau der Gemeindeinfrastruktur und die Entscheidung über kommunale Abgaben, denen die Angehörigen anderer Mitgliedstaaten ebenso unterliegen wie Inländer.« Offenbar gilt etwas anderes für Ausländer aus Nicht-EG-Staaten, die ihre Kinder bekanntermaßen nicht in die Schule schicken und auch kommunale Abgaben traditionell verweigern.
Die Verletzung der Wahlrechtsgleichheit wird gerechtfertigt mit dem Hinweis auf eine europäische Identität als »Ergebnis einer über Jahrhunderte gemeinsam gelebten Geschichte und gemeinsamer kultureller Werte sowie gemeinsamer Grundwerte«. An dieser identitätsstiftenden Entwicklung, die ihren tiefsten geistigen Ausdruck in der Vollendung des Binnenmarktes findet, waren demnach Tschechen und Slowaken, Ungarn und Schweizer, Österreicher und Schweden nicht beteiligt? Im geplanten EG-Ausländerwahlrecht manifestiert sich das Bewußtsein einer Exclusivgesellschaft, die, vor dem Anderen nach außen durch Errichtung einer Festung vermeintlich geschützt, ihn im Innern zum Schweigen bringt.

Colonistische Abschweifung Wer war Cristóbal Colón? Behauptet wurde: Er war Portugiese, Jude, Spanier, Engländer, Genuese, Grieche. Bewiesen wurde: Im Sommer oder Herbst des Jahres 1451 wurde Christóbal Colón als Sohn eines Webermeisters in Genua geboren. Tatsache ist: Die Spanier halten ihn für einen Landsmann, denn im Auftrag ihrer Könige entdeckte Colón die Neue Welt. Möglich ist: Colón war der erste Amerikaner (aus der alten Welt). Was wahrscheinlich ist: Wer so viele Vaterländer hat, ist überall der Fremde.

Wenn also die Deutschen nur sich selbst und – beschränkt – EG-Ausländern das Wort erteilen – warum nicht Deutscher werden? Ist nicht zum 1. Januar 1991 ein neues Ausländergesetz in Kraft getreten, das die Einbürgerung als Abschluß eines »gelungenen Integrationsprozesses« (Erläuterungen des Bundesministers des Innern zum neuen Ausländerrecht, S. 29) wesentlich erleichtert? Nun gut, bisher wollten die Deutschen unter sich bleiben und verlangten für die Aufnahme ins völkische Kollektiv die »freiwillige und dauernde Hinwendung zu Deutschland« (Nr. 3.1. Einbürgerungsrichtli-

nien). Dazu waren jährlich nur etwa 14 000 Ausländer bereit – die Einheimischen durften sich über die niedrigste Einbürgerungsquote aller vergleichbaren Nachbarstaaten freuen. Hat sich das aber nicht grundsätzlich geändert, seit der Gesetzgeber beschlossen hat, die Ausländer zur Mutation vom »Mitbürger im gesellschaftlichen Sinne zum Mitbürger im staatsrechtlichen Sinne« (Erläuterungen des BMI, S. 29) zu ermutigen? Geändert hat sich einiges, verbessert wenig – der völkische Brutschrank bleibt intakt.

Wer kann Deutscher werden? Nach § 86 Ausländergesetz jeder, der bis zum 31. Dezember 1995 einen Einbürgerungsantrag stellt, sich seit 15 Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhält, nicht vorbestraft ist, keine Sozial- und Arbeitslosenhilfe bezieht und – seine bisherige Staatsangehörigkeit aufgibt oder verliert. Deutscher werden kann demnach nur, wer den Makel fremdländischer Herkunft restlos beseitigt. Es genügt nicht, daß ein Ausländer die Aufnahme in die demokratische Gesellschaft als Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten begehrt, er soll darin aufgehen. Das Fremde als grippaler Infekt: Der einbürgerungswillige Ausländer wird unter die nationale Bettdecke gesteckt, bis alle Rückstände fremder Kultur ausgeschwitzt sind. Die Fachbezeichnung für diese Therapie: Ent-fremdung. Die Weigerung des Gesetzgebers, mit dem Angebot der Doppelstaatsangehörigkeit die fremde Identität neuer Bürger zu respektieren, legt die Vermutung nahe, der von ihm mit der Einbürgerung verfolgte Zweck sei nicht Integration, sondern Assimilation. Sie ist der zweite Arm des nationalen Adam, sein erster die Xenophobie.

Deutsch sein von Geburt – ist das ein freundliches Zwinkern von Mutter Natur, eine Folge günstiger genetischer Substanz? Beginnt die Deutschwerdung schon mit der Nidation oder erst nach dem dritten Monat? Woran erkennt ein Neugeborenes seine Zugehörigkeit zur deutschen Nation, woher weiß die Mutter, daß der Säugling in der Wiege nicht nur ihr Kind ist, sondern ein deutsches obendrein? Verrät ihr das der Arzt oder der Instinkt? Diese Fragen erscheinen nur dem abstrus, der die Antwort des deutschen Gesetzgebers nicht kennt – das *jus sanguinis*. Nach diesem »Abstammungsrecht« erwirbt ein Kind mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil Deutscher ist. (Das Hineinwachsen in die deutsche Rechtsgemeinschaft setzt jedoch schon vorher ein – der *nasciturus* kann auf Unterhalt und Schadensersatz klagen.) Handelt es sich umgekehrt um Kinder ausländischer Eltern, möchte der deutsche Staat – die besondere Erbsubstanz kleiner Teutonen bedenkend – nichts von ihnen wissen. Erst »nach Vollendung des 16., aber vor Vollendung des 23. Lebensjahres« ist ihnen Gelegenheit gegeben, ihre Einbürgerung zu beantragen, natürlich nur, wenn sie »ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben oder verlieren«.

Die vom Gesetzgeber bei der Auswahl staatsbürgerlichen Nachwuchses bevorzugte Abstammungslehre hat für viele ausländische, in Deutschland geborene Kinder bemerkenswerte Folgen: Die ersten sechzehn Lebensjahre verbringen sie, obwohl ohne Erinnerung an das Land der Eltern und Großeltern, in ihrer Heimat als Fremde. Der Staat verweigert ihnen die Aufnahme, die sie in der Gesellschaft in aller Regel längst gefunden haben. Meint der Gesetzgeber, denken die Politiker im Ernst, die »Hinwendung« zum demokratischen, sozialen Rechtsstaat Bundesrepublik lasse sich per Einbürgerungsbescheid zum 16. Geburtstag auf verwaltungstechnischem Wege nachholen? Das Festhalten am *jus sanguinis* ist ebenfalls nur mit der kollektiven Lebenslüge zu erklären, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Würde sie aufgegeben, wäre nicht mehr begründbar, warum hier geborenen Kindern zumindest der »dritten Ausländergeneration« nicht schon an der Wiege ein Angebot gemacht wird – sie erhalten automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft, können sie jedoch bei Eintritt der Volljährigkeit rückwirkend ausschlagen, wenn sie eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen. Dann wäre die Erklärung, »Deutscher« zu sein, keine Auskunft mehr über Blut und Substanz, sondern über die Bereitschaft, hier zu leben.

Klassische Abschweifung »Wir sehen meist die Ausgewanderten ihre Fehler und albernen Gewohnheiten mit sich in der Irre herumführen und wundern uns darüber. Doch wie den reisenden Engländer der Teekessel in allen vier Weltteilen nicht verläßt, so wird die übrige Masse der Menschen von stolzen Anforderungen, Eitelkeit, Unmäßigkeit, Ungeduld, Eigensinn, Schiefheit im Urteil, von der Lust, ihrem Nebenmenschen tückisch etwas zu versetzen, überallhin begleitet. Der Leichtsinnige freut sich der Flucht wie einer Spazierfahrt, und der Ungenügsame verlangt, daß ihm auch noch als Bettler alles zu Diensten stehe. Wie selten, daß uns die reine Tugend irgend eines Menschen erscheint, der wirklich für andere zu leben, für andere sich aufzuopfern getrieben wird.« (Johann Wolfgang Goethe, *Unterhaltungen deutscher Ausgewanderten*, 1795)

Migrationspolitik, Ausländerwahlrecht, Abschied von der Abstammungslehre im Einbürgerungsrecht – hätte der Verfasser sich nicht kürzer fassen und sich von Anfang an als Anhänger des Projekts »Multikulturelle Gesellschaft« zu erkennen geben können? Dem Leser hätte das Mühe erspart, dem Autor ebenfalls, denn Referate, Thesen und Aufrufe unter dieser Parole sind seit Jahren im Umlauf. Mit der Beliebtheit dieses Begriffs hat jedoch auch die Beliebigkeit seiner Verwendung zugenommen, der eine bezeugt damit

seine Hochachtung vor dem edlen Wilden, der andere meint lediglich einen ewig wiederkehrenden Programmpunkt evangelischer Akademien. Fast immer schwingt ein optimistischer Unterton mit, der den unklaren Begriff zu einer unergründlichen Verheißung steigert, die dem Dunstkreis einer Zigarettenwerbung zu entstammen scheint: »Come together«. Deren Realitätsgehalt wird angesichts brennender Flüchtlingsheime, randalierender Neo-Nazis und natürlich auch angesichts der mit unverminderter Verbissenheit geführten Debatte über Beschränkungen des Asylrechts schnell erkennbar.

Die Diskussion über eine stärkere Rechtsstellung von Ausländern ist nicht trotz, sondern wegen dieser Übergriffe und staatlichen Maßnahmen zur Fremdenabwehr zu führen. Nicht die Verbrüderung der Rassen auf deutschem und west-europäischem Boden steht auf dem Spiel (sie wird es nie geben), sondern das Selbstverständnis Deutschlands und West-Europas. Sie gebärden sich, als hätten sie im Welttheater einen Logenplatz gebucht, vor dem sich das dramatische Spiel unter den Blicken des distinguierten Publikums ereignet. Sie erkennen nicht, daß sie schon längst zu Mitspielern geworden sind. Die Einkreisung des Menschen durch den Menschen läßt keine Außenseiter mehr zu, die Vorstellungen von Zentrale und Peripherie, von Nation und staatlicher Souveränität gehören zur Epoche der Epauletten und Kanonenboote. Die globale Wanderungsbewegung – die bisher zu 80 Prozent innerhalb der sogenannten Dritten Welt zirkuliert – wird für West-Europa zur ernsten Bedrohung, wenn sich seine Regierungen dieser Einsicht verschließen, ihre Staaten als National-Parks anlegen und die Menschenrechte vor Inanspruchnahme schützen.

Es ist kein Zufall, daß Plädoyers für eine liberale Migrationspolitik vor allem aus der bundesdeutschen Wirtschaft kommen, die – wie in der Vergangenheit, so auch in Zukunft – auf ausländische Arbeitnehmer angewiesen ist. Verstärkte Einwanderung bedeutet jedoch auch Zunahme sozialer Konflikte (Wohnungsnot) und kulturelle Konkurrenz. Will die polyethnische Bundesrepublik diese Spannungen als Rechtsstaat aushalten, muß sie die neuen Bürger integrieren – nicht assimilieren, sondern rechtlich und tatsächlich gleichstellen, nicht ent-fremden, sondern als Fremde mit gleichen Rechten anerkennen. Die Ungleichheit in der Gleichheit zu leben, ist Aufgabe der Individuen und der Gesellschaft. Die Aufgabe des Staates ist es, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

# Mario Erdheim
# Fremdeln

## Kulturelle Unverträglichkeit und Anziehung

### *1. Die Fremdenangst*

In Diskussionen über Fremdenangst und Aggression gegen Fremde wird oft aufs Biologische, aufs genetische Programm rekurriert. Manche Theoretiker versuchen eine Entwicklungslinie zu ziehen von den Schleimpilzen bis zur Nation. Robert Ardrey zum Beispiel schreibt in seinem Buch *Adam und sein Revier. Der Mensch im Zwang des Territorismus*:

»Ganz vor kurzem gelang einem amerikanischen Biologen namens John Tyler von der Princeton-Universität der Nachweis, daß die Größe des sozialen Territoriums bei jeder Art von Schleimpilzen konstant ist. Und er bewies auch, was man bereits vermutet hatte, daß sie zur Verteidigung ein Gas verwenden, welches fremde Gruppen in einer bestimmten Entfernung hält, aber die eigene anzieht ...
Ich kenne kein älteres Beispiel einer Gesellschaft des extravertierten Antagonismus, isoliert und geeint durch die Verteidigung eines sozialen Territoriums. Ameisen und Termiten verhalten sich ähnlich. Seit Anfang unseres Jahrhunderts, als das Studium sozialer Insekten in Mode kam, weiß man, daß jede Kolonie ihren bestimmten Geruch besitzt und daß zum Beispiel eine Arbeiterin, die zu einer falschen Kolonie zurückkehrt, von den Wachen sofort am Geruch erkannt und angegriffen wird.« (1966:201)

Daß der Fremde ausgestoßen wird, erscheint in dieser Argumentation als eine völlig »natürliche« Reaktion: der Mensch ist so vorprogrammiert. Kann man das genetische Programm nicht verändern, dann muß sich die Kultur diesen Gegebenheiten anpassen. Tut sie es nicht, so drohen Anomie, Anarchie, Chaos. Aus diesem Denkmodell resultiert eine bestimmte Art von Zivilisationskritik. Dieter E. Zimmer kommt in seinem Buch *Unsere erste Natur. Die biologischen Ursprünge menschlichen Verhaltens* auf die »ursprüngliche« Lebensweise des Menschen, als er noch Jäger und Sammler war, zu sprechen:

»Da der Mensch seine Vergangenheit in individualisierten Verbänden von etwa 40 bis 90 meist verwandten Personen verbracht hat, in denen jeder einzelne wertvoll war, die ihm also ein unmittelbar erfahrenes Gefühl von Menschenwürde vermittelten, ist ihm die Anonymität des Lebens in der heutigen Zivilisation wahrscheinlich zutiefst unangemessen.« (1979:272)
Diese heutigen Verhältnisse machen ihn möglicherweise krank: »Er lebt heute in Gruppen von mehr als hundert Individuen, in denen die Zugehörigkeitsverhältnisse unklar sind; er hat mehr Kontakte mit Fremden als mit Vertrauten; er hat mehr Kontakte mit Medien (Fernsehen, Rundfunk, Zeitungen, Büchern) als mit Menschen ... Er hat des weiteren mehr passive als

aktive Erfahrungen; die Lebensverhältnisse verändern sich so rasch, daß ›die Erfahrungen und Haltungen einer Generation für die nächste irrelevant‹ werden. Und schließlich macht er immer weniger direkte Erfahrungen mit seinen ökologischen Lebensvoraussetzungen.« (ebenda)

Die Aggressionen gegenüber den Fremden erklärt man also aus der archaischen Erbschaft. Damit die Gemeinschaften überleben konnten, mußten sie mißtrauisch all jenen gegenüber sein, die nicht dazugehörten:

»Eine Neigung zur Fremdenreaktion ist dem Menschen vermutlich angeboren. Die Enge der Bindung innerhalb der eigenen Gruppe wird gefestigt von einem nach draußen gerichteten Mißtrauen, das bei Begegnungen jeweils erst beschwichtigt werden muß. Die Neigung des Menschen zur Bildung sich gegenseitig ausschließender Gruppen, die man geradezu Pseudo-Speziation nennen könnte, eine scheinbare Artenbildung, bei der die Angehörigen fremder Gruppen nicht als Artgenossen angenommen werden, ist so universal, daß sie wahrscheinlich eine genetische Basis hat.« (a. a. O.: 275-76)

Die »ursprüngliche« Gesellschaft wird als eine Art Familie gedacht: fremd ist, wer nicht zur Verwandtschaft gehört. Solche Vorstellungen können auch noch psychoanalytisch untermauert werden durch den Hinweis auf die von René Spitz beschriebene Achtmonatsangst des Säuglings:

»Zwischen dem sechsten und dem achten Monat tritt im Verhalten des Kindes gegenüber anderen Menschen eine entscheidende Wandlung ein. Nun reagiert es nicht mehr mit einem Lächeln, wenn ein zufälliger Besucher lächelnd und nickend an sein Bettchen tritt. Auf dieser Altersstufe ist die diakritisch wahrnehmende Unterscheidungsfähigkeit schon gut entwickelt. Das Kind unterscheidet jetzt deutlich zwischen ›Freund‹ und ›fremd‹. Nähert sich dem Kind ein Fremder, so löst dies ein unverkennbares, charakteristisches und typisches Verhalten in ihm aus; es zeigt individuell verschiedene Grade der Ängstlichkeit, ja sogar Angst und lehnt den Fremden ab.« (1965:167)

Zu Zeiten, da in der Gesellschaft die Fremdenangst sich zu Fremdenhaß steigert, versucht man, durch Hinweis auf solche »natürliche« Reaktionen die Wellen zu glätten. Denen, die empört und entsetzt sind über den ausbrechenden Haß, versucht man so zu sagen, es sei lediglich eine Frage der Quantität, es seien einfach zu viele Fremde im Land, die zudem ihr Fremdsein zur Schau trügen, statt sich um Unauffälligkeit zu bemühen. Die anderen hofft man dadurch zu beruhigen, daß man ihre Reaktion als eine »gesunde«, »natürliche« hinstellt, weil doch »die Familie« tatsächlich bedroht sei. Man kann dann noch über Maßnahmen diskutieren, die man ergreifen muß, um die Anzahl der Fremden zu reduzieren. Ist man erst wieder »unter sich«, werden die Probleme schon verschwinden.
Aber auch der Bezug auf »die Natur« schafft letztlich keine Eindeutigkeit. Angst ist nämlich nur die eine mögliche Reaktion auf das Fremde. Die andere, die, wenn man so will, ebenso »vorprogrammiert« ist, ist die Anziehung, ja sogar die Faszination vor dem Fremden. Norbert Bischof schreibt dazu:

»Daß im Fremdelalter [also ungefähr um den 8. Monat herum] der Neuigkeitswert sozialer Objekte zum Anreiz für motiviertes Verhalten wird, zeigt sich auch daran, daß nunmehr erstmals Manipulationen beobachtet werden, die als soziales Neugierverhalten gelten dürfen ... Erst ab dem 7. Monat richtet sich das explorative Interesse auch gezielt gegen *Menschen*.« (1985:434)

Fremdeln ist ein ambivalentes Verhalten. In der Regel betont man die Angst, aber es umschließt auch eine Art Fensterln, ein Anklopfen am Fremden, um zu sehen, »ob's geht«. Aufgrund dieser Ambivalenz wird die Kultur entscheidend: sie ist es, die bestimmt, welche der Reaktionen, die ängstlich-negative oder die positiv-faszinierende, sozial erwünscht ist. Das Bild des Fremden spielt eine außerordentlich wichtige Rolle im psychischen Haushalt des Individuums, steht in Wechselwirkung mit seinen Grenzen und legt fest, ob sie unüberwindbar oder durchlässig sind und ob das, was noch unbekannt ist, in die Nähe gelassen oder sofort vernichtet wird.

## *2. Das Bild des Fremden*

Das Bild dessen, was fremd ist, entsteht im Subjekt schon sehr früh, fast gleichzeitig mit dem Bild dessen, was uns am vertrautesten ist, der Mutter. In seiner primitivsten Form ist das Fremde die Nicht-Mutter, und die bedrohliche Abwesenheit der Mutter läßt Angst aufkommen. Angst wird immer, mehr oder weniger, mit dem Fremden assoziiert bleiben, und es bedarf stets einer Überwindung der Angst, damit man sich dem Fremden zuwenden kann. Diese Angst bildet sicher auch eine der Wurzeln für spätere Gewalttätigkeiten, denn das, wovor man Angst hat, wird leicht zum Bösen, das man – solange man schwach ist – fliehen, später aber, wenn man sich stark fühlt, bekämpfen muß. Gewalt war immer schon ein probates Mittel gegen Angst, aber sicher nicht das einzige. Die Angst vor dem Fremden kann auch überwunden werden dank der Faszination, die das Fremde ebenfalls ausübt. Unser Verhältnis zum Fremden ist nämlich ambivalent: wir haben Angst vor ihm, und gleichzeitig vermag er uns auch zu faszinieren. In gewissen Situationen ist diese Faszination sogar lebensnotwendig. Das Kind ist ja nicht einzig und allein auf die Mutter fixiert – wäre es das, so wären seine Überlebensmöglichkeiten stark eingeschränkt; wenn der Mutter etwas zustoßen würde, müßte auch das Kind sterben. Das Bild des Fremden – die Fremdenrepräsentanz – bietet eine Alternative an, indem es dem Kind die Möglichkeit gibt, eine Beziehung zu der Person aufzunehmen, die nicht seine Mutter ist. Die Fremdenrepräsentanz erhöht somit die psychische Anpassung, und sie eröffnet die Chance, sich beim Fremden das zu holen, was zum Beispiel die Mutter nicht geben kann. Das ist natürlich leichter gesagt als

getan. Und als ein schweres Hindernis erweist sich, was auch ein wesentlicher Vorteil der Fremdenrepräsentanz ist: die psychohygienische Funktion.

Eine der wichtigen Funktionen der Fremdenrepräsentanz besteht darin, die Spannungen zu neutralisieren, die das Verhältnis des Kindes zuerst zu seiner Mutter, dann zum Vater und den Geschwistern und schließlich zu sich selbst bedrohen könnten. Im Bild des Fremden sammelt sich allmählich all das an, was bedrohlich ist bzw. war an den Eltern, an Brüdern und Schwestern und an sich selber. Das Bild der Mutter wird wieder makellos, aber der Fleck taucht nun im Bild des Fremden auf: nicht die Mutter ist böse, man sah nicht die Wut und den Haß in ihren Augen, sondern der Fremde ist es, und in ihm erkennt man den Haß. Ebenso ergeht es den eigenen verpönten Wünschen: man hat sie nicht mehr selber, sondern die anderen, die fremden Menschen haben sie, und die sind es, die einen betrügen, bestehlen und bedrohen. So vermag sich die Fremdenrepräsentanz zu einer Art Monsterkabinett des verpönten Eigenen zu entwickeln. Der Gewinn ist beachtlich, denn das Eigene wird zum Guten und das Fremde zum Bösen. Der Nachteil drängt sich aber unabsehbar dann auf, wenn das Eigene keine Entwicklungsmöglichkeiten mehr bietet, der Zugang zum Fremden vermauert ist und man am Eigenen allmählich verdorrt. Genau das ist auch der Moment, in welchem man am leichtesten gewalttätig wird. Mit Gewalt versucht man seine Angst zu beruhigen – man ist ja aktiv, kämpft gegen das Böse, merkt aber nicht, daß es gar nicht im anderen, sondern in einem selbst liegt. Dieser Kampf ist immer vergeblich, und die Aggression kommt nie an ihr Ziel: das Böse zu vernichten, sondern muß es sich immer neu erschaffen, immer neue Verfolgungsziele setzen.

### *3. Ödipus und das Fremde*

Bereits der Mythos verweist darauf, daß die Gestalt des Fremden in ihren verschiedenen Ausprägungen von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des Individuums ist. Der Diener, der sich weigert, den kleinen Prinzen zu töten, übergibt ihn einem Fremden, der ihn nach Korinth bringt: der rettende Fremde und die Rettung in der Fremde. Ödipus weiß aber nicht, daß er in Korinth ein Fremder ist, und als er von der schrecklichen Prophezeiung hört, flieht er in die vermeintliche Fremde, die die eigentliche Heimat ist, und dort nimmt das Unglück seinen Lauf: das verhängnisvolle Eigene. Die Sphinx, das fremde, rätselaufgebende Wesen, halb Frau, halb Tier, bedroht Theben. Sie verkörpert das Andere der Mutter, also deren aggressive Anteile, und als Ödipus das Rätsel löst und die Sphinx sich um-

bringt, gewinnt er folgerichtig auch seine Mutter. Aber die Verletzung des Inzesttabus bringt die Pest ins Land, und Ödipus muß, nachdem er sein Geheimnis – die Liebe zur Mutter – erkannt hat, in die Fremde ziehen und dort Buße tun.

Im ödipalen Drama, das jedes Individuum für sich inszenieren muß, bekommt die Gestalt des Fremden eine neue Qualität: das Inzestverbot, das Verbot also, sich sexuell mit Angehörigen der Familie zu verbinden, lenkt die Liebe nach außen und macht die Fremden begehrenswert. Diese Umlenkung ist nicht selbstverständlich, sondern das Produkt schmerzhafter Prozesse: die Kastrationsdrohung bezeichnet den gewalttätigen Anteil, der die Loslösung antreibt, und die Trauer um die geliebten Personen, die man nun wird verlassen müssen, drückt das Leid aus, das unvermeidlich ist, um sich neuen, eben fremden Menschen zuzuwenden. Zur Fremdenfeindlichkeit gehört immer auch der Inzest: die Gruppe, der man sich zugehörig fühlt, wird zu einer Art symbolischer Familie, die es einem unmöglich macht, die Fremden zu lieben. Es ist schließlich die Adoleszenz die Lebensphase, in der sich entscheidet, wie man sich gegenüber den Fremden verhalten wird: Das Exotische verlockt zur Flucht vor dem Eigenen, und man hofft, in der Fremde die Probleme lösen zu können, die man nur zu Hause angehen kann; die Xenophobie, die Angst vor dem Fremden andererseits macht den Inzest zur einzig möglichen Form der Bindung. Man wird sich deshalb immer fragen müssen, welche Chancen eine Gesellschaft den männlichen und weiblichen Adoleszenten gibt, Fremdes kennenzulernen und dessen faszinierender Anziehung nachzugeben, ohne die Spannung zum Eigenen zu verleugnen.

### *4. Die Kultur und das Fremde: Unverträglichkeit und Anziehung*

Die psychohygienische Funktion ist nicht nur auf das Individuum beschränkt, ihre verheerende Wirkung rührt eigentlich daher, daß sie auch auf der Ebene der Gruppe bedeutsam wird. Die fremde Ethnie kann dann zum Inbegriff von all dem werden, was man in der eigenen Kultur verleugnen muß. Der Fremde erscheint dann als Antipode, als Vertreter einer Gegenwelt:

»Im südlichen Winkel des Westpols liegt ein Land«, heißt es in einem taoistischen Text aus dem dritten nachchristlichen Jahrhundert, »von dem man nicht weiß, wie weit es reicht. Es heißt das Ku-mang-Land. Dort treffen sich nicht die Kräfte der beiden Urelemente, des dunklen, weiblichen Yin und des hellen, männlichen Yang, und so gibt es auch nicht den Gegensatz von Kalt und Warm; Sonne und Mond scheinen nicht ... Die Leute essen nicht und kleiden sich nicht, sondern schlafen fast immer ... Sie halten das, was im Traum vorgeht, für wirklich, und das, was sie im Wachen sehen, für Schein. – Inmitten der Vier Meere liegt das Reich der Mitte ...

Trüb und klar sind dort klar geschieden, und so lösen Kälte und Wärme einander ab. Dunkel und hell sind klar getrennt, und so folgen einander Tag und Nacht. Im Volk gibt es Kluge und Dumme ... Fürst und Untertan stehen einander gegenüber, Sittlichkeit und Recht stützen einander ... Was man im Wachen tut, hält man für wirklich, was man im Traum sieht, für Schein. – Im nördlichsten Winkel des Ostpols liegt ein Land, das heißt Fu-lo-Land. Das Klima ist dort immer heiß, Sonne und Mond scheinen ständig in grellem Licht. Die Erde bringt kein gutes Getreide hervor, so daß die Menschen von Wurzeln und Baumfrüchten leben müssen ... Von Natur aus sind sie hart und grausam. Die Starken lassen keine Gelegenheit aus, um die Schwachen zu unterdrücken, man ehrt nur den Sieger und kümmert sich nicht um Gerechtigkeit. Die Leute laufen meist geschäftig umher und ruhen wenig. Sie sind immer wach und schlafen nie.« (zit. nach Bauer 1980:8)

Das Eigene und das Fremde werden so zu Kategorien, die das Gute und das Schlechte, das Schöne und das Häßliche, den Freund und den Feind, kurz die Gegensätze säuberlich auseinanderhalten und damit auch als unverträglich erscheinen lassen. Besonders fest verankert sind die Gegensätze dann, wenn sie am Körper festgemacht sind. Es gibt kaum einen Körperteil, der von der Kultur nicht benutzt worden wäre, um eine ästhetische Differenz zu markieren: Von der Verkrüppelung der Füße über die Bearbeitung der Geschlechtsorgane, die Ziernarben an Brust und Rücken, abgeschliffene Zähne, Lippen-, Nasen- und Ohrenpflöcke zu den künstlichen Schädeldeformationen – die eigene Verunstaltung galt als Vorbild des Schönen und Begehrenswerten und die fremde als Inbegriff des Häßlichen und Perversen. Eine Vereinigung scheint ausgeschlossen.

Aber offenbar gibt es in der Kultur auch etwas, was die Kulturen zu immer neuen Kombinationen treibt und sie daran hindert, sich – trotz der gewaltigen Anstrengungen – vollständig voneinander zu isolieren und gegeneinander abzuschließen. Zwar versuchen sie es immer wieder, bauen chinesische und andere Mauern, grenzen sich polizeilich, sprachlich und ästhetisch ab, aber in der Regel, und wenn die Kulturen ihre Lebendigkeit behalten wollen, überschreiten sie die Grenzen. Zimmer verwies auf die »Pseudo-Speziation«, also auf die Tendenz, die kulturellen Differenzen zu maximieren. Doch die Gegentendenz ist ebenso wirksam: Es entstehen zum Beispiel Mischsprachen, wie die *lingua franca* im Mittelmeerraum oder die *lingua geral* in Brasilien, die von verschiedenen, an ihren Sprachen festhaltenden Kulturen benützt werden können. Mythenkomplexe wandern ebenso wie Eßgewohnheiten und technische Geräte. Es müssen nicht unbedingt harte ökonomische oder politische Notwendigkeiten sein, die zur Grenzüberschreitung zwingen. Bereits in den Kulturen der Frühzeit waren es Luxuswaren ebenso wie die schlichte Neugier und die Sehnsucht nach der Fremde, die die gesetzten Grenzen überwindbar machten. Es lohnt sich deshalb, den Begriff der Kultur einmal vom Fremden aus zu durchdenken. Statt Kultur

mit dem Bekannten, Vertrauten, schon immer Familiären gleichzusetzen, sollte man sie aufs Fremde beziehen: Kultur ist das, was in der Auseinandersetzung mit dem Fremden entsteht, sie stellt das Produkt der Veränderung des Eigenen durch die Aufnahme des Fremden dar.
Unsere Kultur umfaßt nicht alles. Sie ist begrenzt, und jenseits der Grenzen befindet sich das, was wir nicht kennen. Genügt uns unsere Welt, oder reizt es uns, ihre Grenzen zu überschreiten? Das Fremde ist (im Unterschied etwa zum Begriff des Anderen) ein Konzept für all das, was zwar nicht zu uns gehört, uns aber doch auf eine spezifische Art und Weise betrifft. Nie läßt das Fremde uns gleichgültig. Wir verhalten uns gegenüber diesem Fremden ambivalent: Es erweckt Angst und treibt uns in unsere Welt zurück, zugleich aber vermag es zu faszinieren und uns aus unserer Welt herauszulocken. Lassen wir uns auf das Fremde ein, so kommt es zu Grenzverschiebungen, und wir müssen uns ändern. Gehorchen wir der Angst, so werden wir die Grenzen verstärken und befestigen. Das Fremde wird dann zum Feind, der mit Gewalt abgewehrt werden muß und dessen Gegenwart uns ängstlicher und starrer macht.
Jede Kultur verfügt über vielfältige Mittel, um sich mit dem Fremden auseinanderzusetzen. Kunst und Wissenschaft, aber auch Religion versuchen jede auf ihre Weise, ins Fremde vorzudringen und es für die Kultur fruchtbar zu machen. Die Kunst, die Literatur lassen sich vom Fremden herausfordern und schaffen die neuen Formen, die notwendig sind, um die kulturellen Grenzen weiterzutreiben. Die Religion thematisiert das Unerklärliche und Unfaßbare, den Zufall, das Glück und den Tod, also das, was den Voraussetzungen der Kultur fremd ist, und versucht es zur Grundlage einer Lebensordnung zu machen. Schließlich ist auch die Natur das Fremde, das überlebensnotwendig zur Auseinandersetzung herausfordert. Solange der Mensch auf sie nur projizierte, was in ihm selber war, bewegte er sich auf der Ebene der Magie und blieb in der Realität ohnmächtig. Die Naturwissenschaften als ein Produkt der Kultur entwickelten sich erst, als der Mensch die Fremdheit der Natur in ihrer Eigengesetzlichkeit anerkannte.
Neben Kunst, Wissenschaft und Religion spielen aber auch die Gesetze der Gastfreundschaft eine hervorragende Rolle in der Auseinandersetzung mit dem Fremden. Diese Gesetze sind ebenso universal und fundamental für das Funktionieren einer Kultur wie das Inzesttabu. Das Inzesttabu umschreibt diejenigen Verbote, welche das Individuum aus seinem Verwandtschaftssystem herauslösen und ihm die Verbindung mit Individuen, die nicht zu seiner Familie gehören, nahelegen. Das Inzesttabu treibt das Individuum gleichsam in die Fremde, in die, welche jenseits der Grenzen der Familie anfängt. Die Gesetze der Gastfreundschaft garantieren den Fremden den

Zugang zur Kultur der Eingeborenen und bringen zum Ausdruck, daß sie, um fortbestehen zu können, auf die Beziehungen zum Fremden angewiesen sind. Von Rom hieß es, es verdanke seine Größe dem Asylrecht, das es Fremden angedeihen ließ, und die mittelalterlichen Städte hätten sich ohne den Grundsatz »Stadtluft macht frei« niemals entfalten können. Die Mißachtung der Gesetze der Gastfreundschaft galt deshalb als ebenso schwerwiegend wie die Übertretung des Inzesttabus.
Im *Unbehagen in der Kultur* entwarf Freud 1930 einen Kulturbegriff, der ein neues Verständnis der Kultur ermöglicht. Er schrieb, Kultur

»sei ein Prozeß im Dienste des Eros, der vereinzelte Individuen, später Familien, dann Stämme, Völker und Nationen zu einer großen Einheit, der Menschheit zusammenfassen wolle. Warum das geschehe, wissen wir nicht, das sei eben das Werk des Eros. Die Menschenmengen wollen libidinös aneinander gebunden werden; die Notwendigkeit allein, die Vorteile der Arbeitsgemeinschaft werden sie nicht zusammenhalten. Diesem Programm der Kultur widersetzt sich aber der natürliche Aggressionstrieb des Menschen, die Feindseligkeit einer gegen alle, aller gegen einen.« (a. a. O.: 481)

Freud stellte hier nicht einen Gegensatz her zwischen Sexualität und Kultur, sondern zwischen Aggression und Kultur. Kultur, die immer mehr Menschen miteinander verbindet, wurde ihm zu einem Werk des Eros, während die Aggression die Menschen voneinander isoliert. Aus dieser Sicht erscheint die Fremdenfeindlichkeit als eine die Kultur als Ganzes bedrohende Tendenz. Gewalt gegen Fremde wird zu einem Symptom, das auf eine Erschöpfung der Kultur in ihrem Veränderungspotential verweist. Es handelt sich um ein ernst zu nehmendes Symptom, und man muß seinen Voraussetzungen nachforschen.

### *Exkurs: Wie familiär muß einem die Kultur sein? Oder: Über das Verhältnis von Kultur und Familie*

In meinen Ausführungen versuchte ich, das Un-heimliche an der Kultur zu verdeutlichen. Wenn Kultur tatsächlich dort entsteht und sich entwickelt, wo es zur Begegnung mit dem Fremden kommt, dann wird ihr immer etwas Fremdes und Unheimliches anhaften. In der Musik und den Bildern der Avantgarde findet diese Seite der Kultur ihren Ausdruck. Man tut falsch daran, diese Bereiche als elitär abzuwerten, in ihnen kommt vielmehr ein elementarer Zug der Kultur zum Vorschein.
Unsere Denkgewohnheiten sind jedoch anders. In der Regel nehmen wir an, Kultur sei etwas Vertrautes, das bereits in der Intimität zwischen Mutter und Kind seinen Anfang nimmt. Der englische Psychoanalytiker Winnicott bezeichnet in seinem Aufsatz »Die Lokalisierung des kulturellen Erlebens«

das Spiel zwischen Mutter und Kind als Kern des kulturellen Erlebens: »Will man das Spielen und damit das kulturelle Erleben des einzelnen Menschen betrachten, so muß man sich dem Schicksal des potentiellen Raumes zwischen dem Kind und der (als Mensch fehlbaren) Mutterfigur zuwenden...« – »Zu Hause muß beginnen, was leuchten soll im Vaterland«, schrieb Jeremias Gotthelf und umschrieb so die Überzeugung, daß Familie und Kultur ein Kontinuum bilden. An dieser Überzeugung hielt auch noch die antiautoritäre Bewegung fest, wenn sie annahm, durch Veränderung der familiären Erziehungspraktiken kulturrevolutionär wirken zu können. In Freuds Denken taucht aber noch ein anderes Modell auf, das neue Perspektiven eröffnet. Daraus möchte ich zwei Momente hervorheben: 1. die Theorie von der Zweizeitigkeit der sexuellen Entwicklung und 2. die Theorie vom Antagonismus zwischen Familie und Kultur.

Es herrscht heute ein Konsens darüber, daß die sexuelle Entwicklung des Individuums in zwei Schüben (zweizeitig) erfolgt. Der erste Schub findet in der frühen Kindheit statt, und der zweite setzt mit der Pubertät ein. In beiden Lebensphasen kommt es zu außerordentlichen körperlichen und geistigen Veränderungen. Wir können annehmen, daß der erste Schub zur Anpassung des Individuums an die Familie führt, während der zweite seine Fähigkeiten zur Kulturentwicklung befördert. Im *Unbehagen in der Kultur* schreibt Freud:

»Die Familie will aber das Individuum nicht freigeben. Je inniger der Zusammenhalt der Familienmitglieder ist, desto mehr sind sie oft geneigt, sich von den anderen abzuschließen, desto schwieriger wird ihnen der Eintritt in den größeren Lebenskreis ... Die Ablösung von der Familie wird für jeden Jugendlichen zur Aufgabe, bei deren Lösung ihn die Gesellschaft oft durch Pubertäts- und Aufnahmeriten unterstützt.« (a.a.O.: 462)

Freuds These vom Antagonismus zwischen Familie und Kultur ist von den Psychoanalytikern unbeachtet geblieben. Die strukturale Ethnologie hingegen hat diesen Antagonismus in den Mittelpunkt ihrer Kulturtheorie gestellt und damit die Allgemeingültigkeit des Inzestverbotes erklärt: Die Kultur sprengt durch das Inzestverbot die Familie, zwingt sie, Angehörige freizugeben, um durch Ehebündnisse die gesellschaftliche Bewegung in Gang zu halten. Lévi-Strauss schrieb in seinem Aufsatz »Die Familie«: »... die Kernfamilie ist nicht das Grundelement der Gesellschaft [›Gesellschaft‹ wird hier in einem ähnlichen Sinn verwendet wie ›Kultur‹], und sie ist auch nicht deren Produkt. Richtiger wäre zu sagen, daß die Gesellschaft nur existieren kann, indem sie in Gegensatz zu ihr tritt, wenn sie ihre Zwänge auch respektiert ...« Lévi-Strauss verweist auf das Mißtrauen der Gesellschaft gegenüber der Familie:

»Die Gesellschaft erlaubt den Kernfamilien den Fortbestand nur für einen befristeten Zeit-

raum, der je nach den Umständen kurz oder lang sein kann, aber unter der gebieterischen Bedingung, daß ihre Elemente, das heißt, die sie konstituierenden Individuen, ohne Unterlaß ersetzt . . ., abgetreten oder eingefordert werden, und zwar so, daß sich aus den abgesplitterten Familienfragmenten neue bilden können, bevor sie ihrerseits wieder auseinanderbrechen.« (1956:102)

Der Blick auf die fremde Kultur ermöglichte es der Ethnologie, die Idylle, in welche sich das Verhältnis der Familie zur eigenen Kultur so wirksam hüllt, zu zerreißen und den grundlegenden Konflikt zwischen den beiden Instanzen zu erkennen. Diese ethnopsychoanalytische Konstruktion des Verhältnisses von Familie und Kultur könnte man wie folgt zusammenfassen: Die Familie ist der Ort des Aufwachsens, der Tradition, der Intimität im Guten und im Bösen, der Pietät und der Verfemung. Die Kultur hingegen ist der Ort der Innovation, der Revolution, der Öffentlichkeit und der Vernunft. Der Antagonismus zwischen diesen beiden Ordnungen ist eine Weiterentwicklung der Ambivalenz. Während die Ambivalenz notwendig ist, um unsere Autonomie aufzubauen, indem sie Fixierungen verhindert, zwingt uns der Antagonismus, unseren Geist lebendig zu erhalten. Der Antagonismus schafft den objektiven Raum, in welchem die Adoleszenz sich erfüllen kann. Der zweite Triebschub ist eine der Voraussetzungen für den Kulturwandel: eben weil das Individuum nicht in dem aufgeht, was die Familie ihm vorgegeben hat, ist ein Wandel möglich, der nicht in der Biologie der Menschen ansetzen muß.

### *5. Zur Problematik der ethnischen Identität*

Mit »Identität« ist hier eine psychische Struktur gemeint, die Orientierungshilfen anbietet, indem sie die Kategorien des Eigenen und Fremden in ein Verhältnis zueinander bringt. »Geschlechtsidentität« heißt demnach, daß das eigene Geschlecht vom fremden anderen abgegrenzt und zur Orientierung innerhalb sozialer Beziehungen eingesetzt wird; man verhält sich dann »wie eine Frau bzw. wie ein Mann«. Von ebenso wichtiger, meistens aber übersehener Bedeutung für das Individuum ist die ethnische Identität. Diese umschreibt die Zugehörigkeit der eigenen Familie zu einem größeren über mindestens drei Generationen existierenden Verband.

Über ethnische Identität zu sprechen ist schwer wegen der nationalsozialistischen Verbrechen, die im Namen des »Volkes«, des »Ethnos« begangen wurden. Man gerät immer in den Verdacht, die blutige Vergangenheit beschönigen und alte rassistische Vorurteile soziobiologisch neu aufbereiten oder aber weltfremde romantisierende Vorstellungen von idyllischen und ursprungsnahen Gemeinschaften verbreiten zu wollen. Erst wenn der Be-

griff des Ethnischen von dem (biologischen) der Rasse ebenso wie von dem (politischen) der Nation bzw. des Staates getrennt wird, können die entsprechenden ideologischen Verzerrungen erkannt werden. Das Ethnische hat mit Rasse nichts zu tun, insofern kulturelle Merkmale ebensowenig wie die dazugehörigen Symbole vererbt werden. Sie müssen vielmehr erlernt werden, wobei sich ein beträchtlicher Teil der Lernprozesse unbewußt und mehr handelnd als reflektierend abspielt. Es ist die ethnische Identität, die bestimmt, was ein Volk ist, und nicht umgekehrt. Versucht man, vom »Volk« auszugehen, so landet man in der Biologie und im Rassismus und wird immer die reinen Elemente von den unreinen trennen wollen.
Das Ethnische hat aber auch nichts mit dem Staat zu tun, im Gegenteil. Die Institution des Staates, zumal des neuzeitlichen Staates, tendierte immer dazu, das Ethnische aufzulösen, da es sich mit der Idee des Zentralismus nicht vertrug. Am offensichtlichsten zeigte sich dieser Anspruch in der Durchsetzung der einen Nationalsprache und der Entwertung sei es der anderen Sprachen oder der regionalen Dialekte im Staatsgebiet. Wo sich das Ethnische rassistisch oder nationalistisch verstand, war es stets Ausdruck imperialistischer Zielsetzungen, die letztlich die Zerstörung ethnischer Ordnungen anstrebten. Und das mit gutem Grund: Eine ethnische Ordnung schließt immer einen staatlichen Zentralismus aus.
Je zentralistischer und das heißt heute auch: je bürokratisierter eine Gesellschaft ist, desto mehr wird sie dazu neigen, die ethnische Vielfalt zu reduzieren und höchstens als Folklore zuzulassen. Auch das mit gutem Grund: ethnische Kämpfe um einen eigenen Staat werden in bestehenden Staatsverbänden mit blinder Gewalt geführt und finden kein Ende, weil die Wunschvorstellung einer reinen Nation nicht erfüllbar ist. Der Kampf um die Staatsmacht wird zum Hauptgrund für die Unverträglichkeit der Kulturen.

### *6. Adoleszenz, Ethnizität und Kulturwandel*

Wenn man nicht mehr annimmt, daß das Wesentliche an der Entwicklung durch die Familie und in der frühen Kindheit für alle Zukunft festgelegt wird, bekommt man den Blick frei auf die Adoleszenz in ihrer Beziehung zum Kulturwandel. Nur solche Kulturen, in denen der Wandel möglichst eingefroren wird, heben den Antagonismus zur Familie weitgehend auf, beachten aber auch dann noch die Inzestschranke, die als die ursprünglichste Form des Antagonismus gelten kann. Hier wird der Ablauf der Adoleszenz durch die Initiationsriten mehr oder weniger streng reglementiert. Der Geschichtsprozeß wird als (voraussehbare) Wiederholung erlebt, und deshalb ist es möglich,

»daß Großeltern sich für ihre neugeborenen Enkel keine andere Zukunft vorstellen können als ihre eigene Vergangenheit. Die Vergangenheit der Erwachsenen ist die Zukunft einer jeden neuen Generation; ihr Leben bildet ihren Grundplan. Die Zukunft der Kinder wird so gestaltet, daß sie nach Abschluß ihrer Kindheit das erleben werden, was die Vorfahren nach Abschluß ihrer Kindheit erlebt haben.« (Mead 1971:27)

Hier ist nun auch der Bereich, wo wir das Ethnische orten können. In gewisser Hinsicht stellt das Ethnische den Versuch dar, den das Subjekt quälenden Antagonismus zwischen Familie und Kultur zu versöhnen. Das Ethnische deckt sich weder mit der Familie noch mit der kulturellen Dynamik, versucht aber beide, indem es deren Gegensätzlichkeit mildert, einander näherzubringen. Entwicklungspsychologisch ist es die sogenannte Latenzzeit (zwischen dem fünften und dem zehnten Lebensjahr), in welcher sich die ethnische Identität zusammen mit dem Überich herausbildet.

»Das Kind«, schreibt Rotmann, »entwickelt Interesse an sachlichen Dingen, an Zahlen und Größenverhältnissen, an Entdeckungen und Abenteuern; kurz, es entwickelt Fähigkeiten der Beschäftigung und Auseinandersetzung mit konkreten Dingen im Gegensatz zum Interesse an phantastischen Vorgängen der Kindheit, den kindlichen Phantasiegebilden und Tagträumen, wie sie in der Welt des Märchens fixiert sind. In der Auseinandersetzung mit der Außenwelt, der Schule und der Gruppe der Gleichaltrigen, erweitert das Kind seinen Lebensbereich über die Familie hinaus ... Das Kind beginnt, sich mit Personen außerhalb der Familie zu identifizieren. Identifizierung bedeutet: so zu werden wie ein anderer oder genauer, bestimmte Eigenschaften oder Einstellungen eines anderen Menschen zu übernehmen und damit zu den eigenen zu machen. Die Identifizierung mit Lehrern, Freunden, Vorbildern aus der Literatur, dem Film und dem Fernsehen tritt nun an die Stelle der engen Bindung an die frühen Beziehungspersonen... Die Forderungen der Außenwelt sind zu einem Bestandteil seines eigenen Moralsystems geworden.« (1973:87-88)

In der Latenzzeit verinnerlicht man die für die Ethnie spezifischen Formen des Umgangs mit den Objekten; es wird festgelegt, wie man sich bewegt und verhält, welche Geschmacksrichtungen man gut findet und vor welchen Speisen man sich zu ekeln hat, mit welchen Kindern man spielen darf, mit welchen nicht. Autoritätspersonen außerhalb der Familie umschreiben den Kreis dessen, was erlaubt und was verboten ist. Die Umgestaltungen und Triebdurchbrüche, welche mit der Pubertät ihren Anfang nehmen, bringen dieses relative Gleichgewicht durcheinander. Norbert Bischof beschreibt den Wandel folgendermaßen:

»Mit dem Fortschreiten vom infantilen zum juvenilen Alter wird das Sicherheitsbedürfnis abgebaut, und komplementär dazu steigt der Wunsch nach Erregung an. Man beobachtet nun immer häufiger eine positive Appetenz nach allen möglichen erregungssteigernden Situationen. Das Abenteuer beginnt zu locken, Kampfspiele und Erkundungszüge erfreuen sich steigender Beliebtheit, und nicht mehr die behütete Mutter, sondern der irgendwo aufgegabelte Kumpan, von dem man sozusagen nicht einmal den Nachnamen weiß, wird der bevorzugte Umgang. Bis in die Adoleszenz hinein werden die Jugendlichen zunehmend neugierig und vorwitzig, und zwar immer ausgeprägter auch im sozialen Bereich.« (1985:434)

Dieser Umbruch betrifft auch die ethnische Identität. Jugendliche neigen dazu, die Traditionen, in welchen sie aufgewachsen sind, zu kritisieren. Das Fremde, worauf sie nun so neugierig sind, relativiert den Wert des Eigenen, und die verstärkt fließende Libido macht die Fremden auch noch begehrenswert. Eine wesentliche Funktion der Initiationsrituale besteht darin, diese adoleszentären Bewegungen unter Kontrolle zu bringen. Im Bereich des Ethnischen muß der Umbruch der Adoleszenz auf ein Minimum reduziert werden. Die den Verlauf der Adoleszenz regelnden Rituale errichten im Subjekt Tabus, begründungs- und reflexionslose Verbote, welche die ethnische Identität erstarren lassen und den psychohygienischen Spaltungsmechanismus fixieren: Das Eigene, das einem gewalttätig eingebleut wurde, ist das Gute, und das Fremde, das so verlockend schien, ist das zu bekämpfende Böse.

In der modernen multikulturellen Gesellschaft gerät die ethnische Identität von zwei Seiten unter Druck. Erstens relativiert der Kulturkontakt die Initiationsrituale, welche die Adoleszenz reglementieren; dadurch kommt es zu einer Aufweichung der Ethnizität. Zweitens führt aber die durch die industrielle Gesellschaft erzwungene Mobilität zu einem Zusammenfallen von Familie und Ethnie. In der Emigration fängt das »Ausland« schon an der Grenze der Wohnung an, und es fehlt der die (Kern-)Familie umgebende Ring sozialer Beziehungen, durch welche das Ethnische über familienfremde Individuen vermittelt wird. Ethnische Identität verkümmert gleichsam zu einer nur familiären Identität, und dadurch wird der Prozeß der Ablösung von der Familie außerordentlich erschwert. Sich von der Familie abzulösen bedeutet gleichzeitig, sich von seiner Ethnie abzuwenden, also eine Art Kulturverrat zu begehen. Verzichtet man auf die Ablösung, so nimmt man eine fortdauernde Infantilität in Kauf, und die nichtfamiliäre Kultur wird zum Hort des Bösen. Hier können Rassismus und Nationalismus ansetzen, sie sind Produkte einer gescheiterten ethnischen Identität. Der Rassismus macht die ganze »Volksgemeinschaft« zur Familie und bringt den antagonistischen Pol der Kultur zum Verschwinden; der Nationalismus wird zu einer phantasmagorischen Wiedereinsetzung der Familie in die verlorenen Machtverhältnisse, und verfolgt wird, wer nicht dazugehört. Die Ambivalenz gegenüber dem Fremden zerfällt – erlebt werden nur dessen negative Valenzen. Die Unverträglichkeit zwischen den Kulturen resultiert aus dem unverarbeiteten Antagonismus zwischen Familie und Kultur: Verkümmert dem Individuum die eigene Kultur zur Familie, so erlebt es die fremde Kultur als den ihn bedrohenden Gegensatz.

# Literatur


Ardrey, R. (1966): *Adam und sein Revier. Der Mensch im Zwang seines Territoriums*. München 1972.

Bauer, W. (1980): *China und die Fremden. 3000 Jahre Auseinandersetzungen in Krieg und Frieden*. München.

Bischof, N. (1985): *Das Rätsel Ödipus. Die biologischen Wurzeln des Urkonfliktes von Intimität und Autonomie*. München.

Freud, S. (1930): »Das Unbehagen in der Kultur«, in: *Gesammelte Werke*, Bd. XIV, S. 419-506. London.

Lévi-Strauss, C. (1956): »Die Familie«, in: *Der Blick aus der Ferne*. München 1985, S. 73-104.

Mead, M. (1970): *Der Konflikt der Generationen. Jugend ohne Vorbild*. Olten und Freiburg i. B. 1971.

Rotmann, M. (1973): »Latenzzeit und Adoleszenz in psychoanalytischer Sicht«, in: Ohlmeier, D. (Hg.), *Psychoanalytische Entwicklungspsychologie*, Freiburg, S. 85-106.

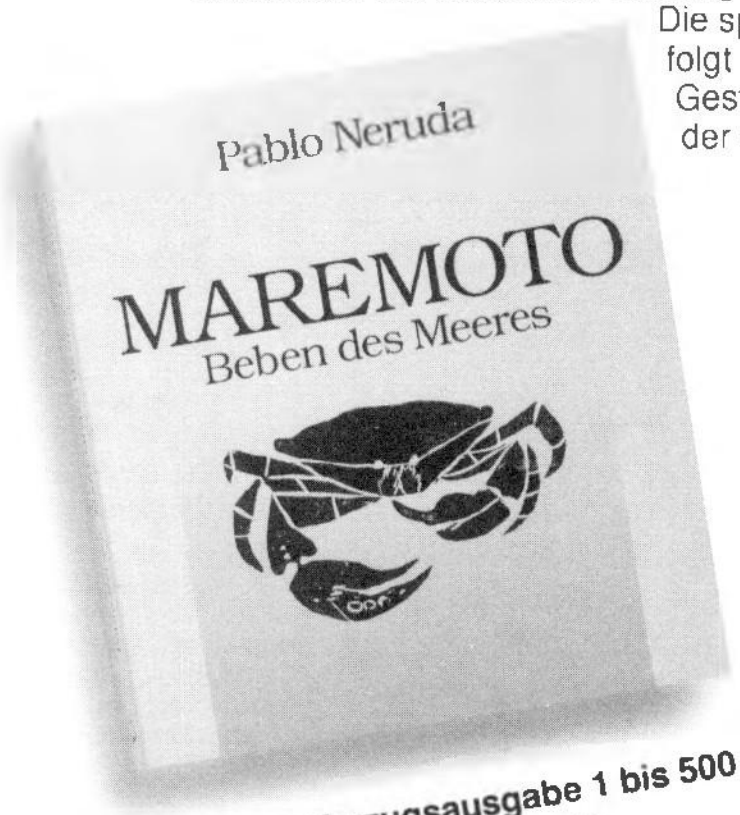
Spitz, R. (1965): *Vom Säugling zum Kleinkind. Naturgeschichte der Mutter-Kind-Beziehungen im ersten Lebensjahr*. Stuttgart 1973.

Winnicott, D. W. (1966): »Die Lokalisierung des kulturellen Erlebens«, in: *Psyche*, 24. Jg. 1970, S. 260-269.

Zimmer, D. E. (1979): *Unsere erste Natur. Die biologischen Ursprünge menschlichen Verhaltens*. München.

# MAREMOTO
# BEBEN DES MEERES

Dieses Werk wurde von Pablo Neruda mit Holzschnitten der schwedischen Künstlerin Carin Oldfelt Hjertonsson im Handverfahren in einer winzigen Auflage für seine Freunde gedruckt.
Jetzt 20 Jahre später wird es der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.
Zunächst in der deutschen Fassung von Tias.
Die spanische Fassung folgt auf der Gestaltungsbasis der deutschen Ausgabe.




**Limitierte Vorzugsausgabe 1 bis 500**
signiert und numeriert mit Lithografie
84 Seiten · 16 Abbildungen · Format: 34 x 30 cm
Preis: DM 298,– · ISBN: 3-922619-07-X

**Normalausgabe**
84 Seiten · 16 Abbildungen · Format: 34 x 30 cm · Hardcover
Preis: DM 148,– · ISBN: 3-922619-10-X

**Zeigebuch**
84 Seiten · 16 Abbildungen · Format: 15 x 20 cm · Hardcover
Preis: DM 18,– · ISBN: 3-922619-06-1

DA Verlag Das Andere

# Migration in Geschichte und Gegenwart

»Anschaulich und in der oft einfachen Sprache der Befragten, von denen sechs ihre Lebensgeschichte selbst aufschrieben, vermittelt das Buch einen Eindruck von den Schicksalen der sogenannten kleinen Leute.« FAZ

1991. 344 S. Ln. DM 48,–

Das Gespenst einer neuen »Völkerwanderung« weckt Alpträume in Deutschland. Als bedrohliche Ausnahmesituation erlebt die Gegenwart aber nur, wer die Geschichte nicht kennt. Dieses grundlegende Werk analysiert erstmals umfassend und anschaulich die historischen Bedingungen von Ein- und Auswanderungsbewegungen und zeigt Perspektiven für die Gestaltung der Zukunft.

1992. 542 S. mit ca. 96 Abb., Karten und Tab. Geb. DM 68,–

»Bei der gegenwärtigen Polarisierung ist das von Lehmann kenntnisreich, menschlich anrührend und nicht selten sogar amüsant dargestellte Beispiel der Flüchtlinge und ihrer Lebensbewältigung wichtiger denn je.« FAZ

1991. 266 S. mit 28 Abb. und Karten. Geb. DM 39,80

# Verlag C.H.Beck

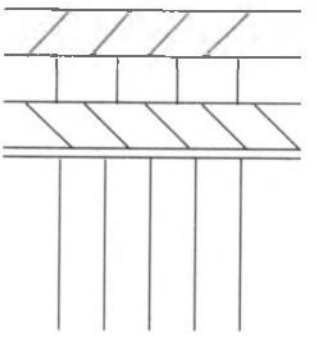
# Werner Schiffauer
# Die Fremden in der Stadt

## Modelle sozialer Organisation

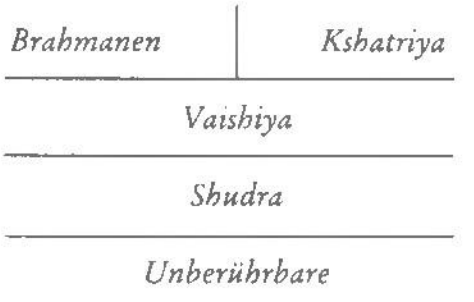
In der europäischen Kultur hat sich eine Form sozialer Organisation, die zivile Gesellschaft, entfaltet, die im Vergleich mit der klassischen Form der Organisation komplexer Gesellschaften weit lohnender, aber auch weit riskanter ist. Das Leben in dieser Gesellschaft gibt dem Einzelnen eine bislang nicht dagewesene Entfaltungsmöglichkeit; gleichzeitig verlangt sie ihm in einem besonderen Ausmaß Opfer ab. Eine der Folgen davon ist eine besondere Labilität dieser Form der Vergesellschaftung. Sie drückt sich vor allem im Verhältnis zum Fremden aus.
Bei dem Versuch, diese These zu belegen, beschränke ich mich auf die Stadt – und zwar deshalb, weil die städtische Gesellschaft der Ort war, wo der spezifisch europäische Typ der Vergesellschaftung sich herausbildete, um dann auf die Gesamtgesellschaft übertragen zu werden. Ich beginne mit der Rekonstruktion der klassischen Organisation urbaner Gesellschaften (mit einem besonderen Augenmerk auf die Organisation von ethnischer Vielfalt); damit erhalte ich eine Folie, auf der sich die Spezifika der europäischen städtischen Kultur darstellen lassen. In einem dritten Schritt soll die Transformation der klassischen urbanen Gesellschaften erörtert werden.

### *Die klassische multikulturelle Stadt*

Die klassische – und vor dem 19. Jahrhundert mit Ausnahme Europas universale – soziale Organisation der städtischen Gesellschaft läßt sich mit Weber als Herrschaftsstadt beschreiben. Ihre zentrale Institution ist der Herrschaftssitz und/oder der Tempel, in deren Schatten sich eine ethnisch-religiös meist heterogene Bevölkerung angesiedelt hat. Ihre sozialstrukturellen Merkmale sind in dem folgenden Schema erläutert:
Grundlegend ist eine scharfe Zweiteilung der Gesellschaft in Herrschende und Beherrschte. Die ethnisch-religiös homogene Schicht der Herrschenden gliedert sich wiederum in verschiedene Strata – in der Regel in Militär, Priester und Verwaltungsbeamte. Sie dominiert die eigentlich produzieren-

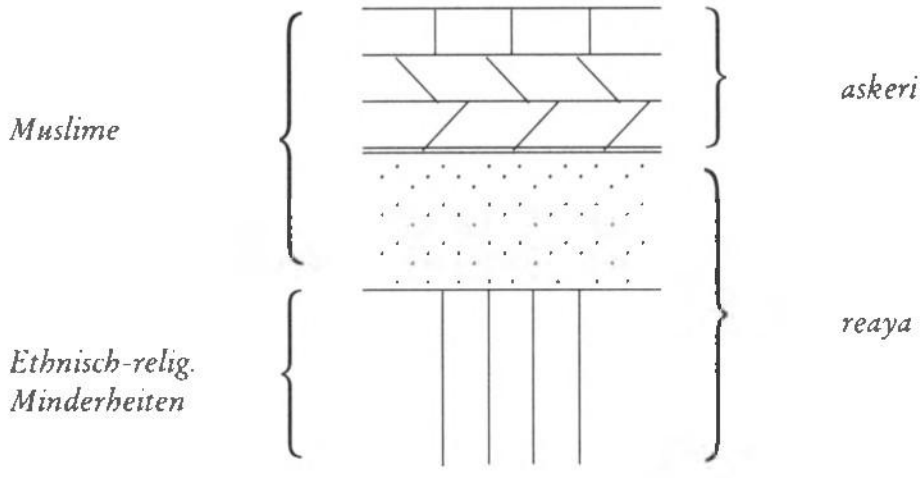



den Gruppen. Zwei Varianten mögen zeigen, wie unterschiedlich diese Grundstruktur sich ausdifferenziert. Die indische Variante läßt sich, stark vereinfacht, folgendermaßen wiedergeben:




In der Skizze ist die Ordnung der *varna* dargestellt, die sich als Gliederungsprinzip durchgesetzt haben, um die nicht ganz einfache Zuordnung der Kasten zueinander zu erlauben. Für alle praktischen Zwecke scheint es so zu sein, daß die *varna* als Kategorien gelten, in die die Kasten eingefügt werden.[1] Dieses hierarchische Schema ergibt sich aus einer wiederholten Anwendung der Opposition von Oben und Unten. Die Unberührbaren stehen den anderen Kasten gegenüber; die Shudra (Diener) wiederum der Kaste der Zweimalgeborenen; die Vaishiya (Kaufleute) den Herrschenden, den Brahmanen und Kshatriya. Bei den beiden letzteren Gruppen ist an die Stelle einer Trennung von Oben und Unten ein egalitäres und komplementäres Verhältnis getreten.

Der soziale Raum der osmanischen Stadt transformiert das Schema der Herrschaftsstadt auf eine andere Weise. Die Struktur der osmanischen Stadt nimmt das Modell auf, indem sie in ihrer Ideologie scharf zwischen dem *askeri*(»Militär«)- und dem *reaya*(»Herde«)-Stand unterscheidet; was die produzierende Bevölkerung betrifft, so gliedert diese sich einerseits in die mit größeren Rechten ausgestattete islamische Bevölkerung, die in sich wiederum (nach ethnischen bzw. regionalen Kriterien) unterteilt ist, und andererseits in die übrigen ethnisch-religiösen Minderheiten – also Juden, Armenier, Griechen etc. –, die »gleich unberechtigt« (Wirth 1966: 413) nebeneinander stehen.




Bei aller Unterschiedlichkeit im Einzelnen hatten diese Städte doch viele Gemeinsamkeiten:

1. Wenn die herrschende Klasse überhaupt wirtschaftlich tätig wurde, dann als eine Handelsaristokratie, die der von Weber sehr schön als »Abenteuerkapitalismus« charakterisierten Tätigkeit nachging: einer Art Mischform von ebenso riskantem wie gewinnträchtigem Fernhandel, der sich nicht immer klar von kriegerischen Expeditionen unterschied.

Ansonsten gehörten Händler und Handwerker zur unteren, dominierten Hälfte der Gesellschaft. Die Logik der Produktion hatte sich den politisch orientierten Interessen der herrschenden Schicht unterzuordnen – sie diente der Finanzierung von Militär, Repräsentation und staatspolitisch erforderlicher Redistribution (Mardin 1969). Die Wirtschaftspolitik dieser Gruppen war letztlich an Konsum und Abschöpfung orientiert.

Die produzierenden Schichten hatten in diesem System nur einen sehr geringen politischen Einfluß: In der Regel beschränkte sich die Meinungsäußerung auf »Murren oder Konspirieren« (Wirth 1966: 407); die schärfste Waffe, auf die zurückgegriffen wurde, war das Schließen des Basars (ebda.). Alles dies waren Formen passiven Widerstands: Eine Art Veto wurde eingelegt, wenn der Hof zu weit ging – wenn er über die Maßen konsumierte.

Der Kontakt der verschiedenen ethnisch-religiösen Gruppen zueinander beschränkte sich auf den Markt. Es handelte sich um rein wirtschaftliche Austauschbeziehungen. Nicht immer, aber häufig bildete sich eine ethnische Arbeitsteilung[2] heraus – was ökonomisch nichts anderes ist als eine Form der Monopolbildung. Dies bedeutete ebenfalls die Entfaltung ökonomischer Nischen für die diversen ethnischen Gruppen.

2. Die Logik der politischen Kontrolle in diesem Kontext war die des *divide et impera*. Dies hatte mehrere Implikationen: Zum einen lag die Segregation der verschiedenen ethnisch-religiösen Gruppen unmittelbar im Herrschafts-

interesse: Oft – etwa im Fall der osmanischen Stadt, aber auch der klassischen indischen Stadt – war es eine wesentliche Aufgabe der herrschenden Schicht, die Grenzen zwischen den Gruppen aufrechtzuerhalten. Nora Seni (1984) beschreibt etwa die Kleiderordnungen, die mit staatlicher Gewalt durchgesetzt werden; in Indien war die Vermeidung der Durchmischung von Kasten eine der zentralen Aufgaben des Königs (Dumont 1976: 206). Dabei war das Prinzip Segregation im Fall Indiens weit radikaler ausgeprägt: Man kann dort von einer Abkapselung der Gruppen gegeneinander sprechen.

Minderheiten hatten in diesem Kontext offenbar oft eine herrschaftssymbolisierende Funktion. Gerade die Rechtssicherheit des Schwächsten konnte als Maßstab für die Stärke eines Herrschers gelten. So wurde über den im 18. Jahrhundert in Marokko herrschenden Mulay Ismail gesagt, daß unter seiner Herrschaft selbst eine Frau oder ein *dhimmi* – also ein Angehöriger einer nicht-islamischen Gruppe – unbeeinträchtigt von Oujida nach Wad Nul hätte gehen können (Goldberg 1990: 38).

3. Beruhte die Kontrolle auf dem *divide et impera*, so beruhte die Verwaltung auf *indirect rule* und die Entscheidungsfindung auf Netzwerken.

Die Kasten in Indien und die ethnisch-religiösen Gruppen im osmanischen Reich hatten interne Gerichtsbarkeit und waren kollektiv für das Steueraufkommen verantwortlich. Bezeichnend und allgemein gültig scheint die Struktur gewesen zu sein, die Goldberg (1990) für Tripolis beschreibt. Dort war der *quaid* dem Hof gegenüber für das Steueraufkommen der jüdischen Gemeinde verantwortlich. In der Regel wurde er wohl aus den angesehensten Kreisen der jüdischen Minderheit bestimmt. Er war gleichzeitig der einzige Angehörige der Minderheit, der Zugang zum Hof des Statthalters hatte. Damit sind Patronagestrukturen angelegt: Man brauchte Beziehungen zu ihm und über ihn, wenn man ein Anliegen an den Statthalter hatte.

Dem korrespondierte auf der anderen Seite eine Entscheidungsfindung, die primär Gruppenloyalitäten berücksichtigt. Annegret Nippa (1982) hat diese Struktur in einem sehr plastischen Modell beschrieben: Sie schildert die Entscheidungsfindung eines Amtmanns in Dair az-Zor (Syrien). In langen Gesprächen tastet er die persönlichen Beziehungen des Bittstellers ab – um schließlich anhand von primär sozialen Erwägungen (wen verprellt man, wen verpflichtet man sich) zu einem Beschluß zu kommen.

Um eine Entscheidung zu seinen Gunsten herbeizuführen, brauchte man Vermittler, die für einen tätig wurden, man brauchte »Beziehungen«. Es war dann eher das Gewicht dieser sozialen Beziehungen als das der »Sache«, was die Entscheidung in die eine oder andere Richtung ausfallen ließ. All dies

bedeutet, daß für die Entscheidungsbildung gerade personale Gesichtspunkte – das »Ansehen der Person« – ausschlaggebend waren.
4. Das soziale *Leben* schließlich war bestimmt durch eine Orientierung an sozialen Binnenwelten. Zentral für das Leben war die eigene – in der Regel endogame – Gruppe, ihr war man verpflichtet, ihr galten die primären Solidaritäten. Mit den Angehörigen dieser Gruppe stand man in multideterminierten Beziehungen: Oft war man verwandt, verschwägert, Nachbar und Angehöriger derselben Berufsgruppe. Der Stadt als ganzer dagegen wandte man sozusagen den Rücken zu. Dem korrespondiert eine Wertstruktur, in der sozialen Grenzen eine erhebliche Bedeutung beigemessen wird. Man findet eine hohe Bewertung von Distinktion und Formalität – damit von Mechanismen der Distanzierung und Wahrung der Integrität.
In der Stadtmorphologie drückte sich dies in der Gliederung nach ethnisch-religiösen Vierteln aus. Nicht selten fand man in diesen Vierteln eine Sackgassenstruktur, d. h. eine Form der Straßenbildung, die den Durchgangsverkehr ausschließt und fast von selbst sogenannte »defended neighborhoods« bildet, Straßen, die zu betreten kein Fremder einen Grund hatte (und in denen der Fremde auffiel). In der arabischen Welt konnten diese Viertel oft durch Tore gegeneinander abgesperrt werden.
Das Nebeneinander dieser Binnenwelten mit jeweils unterschiedlichen Regeln war ein kulturelles Pendant zur ökonomischen Nischenbildung. Goldberg erwähnt, daß in Tripolis ein Muslim leichter einen Juden (und umgekehrt) um Kredit angehen oder ihn um Beherbergung bitten konnte als einen Angehörigen der eigenen Gruppe. Gerade in stark ritualisierten Gesellschaften (und das waren die indischen Gesellschaften nicht weniger als die des Nahen und Mittleren Orients) erlaubte das ethnische Miteinander oft einen Zuwachs an Flexibilität. Ein eher charmantes Beispiel für diesen Umgang lieferte bis in die fünfziger Jahre das von Christen und Juden bewohnte Viertel Kuzguncuk in Istanbul: Ein junger Muslim konnte dort mit seiner Freundin spazierengehen, was in den islamischen Stadtteilen nicht möglich war.
Fassen wir zusammen: Die klassische Herrschaftsstadt war – um es mit Barth zu sagen – eine nach ethnisch-religiösen Gruppen klar gegliederte Stadt. Die einzelnen Gruppen hatten ihre ökonomischen, politischen und kulturellen Nischen und nur relativ äußerlichen Kontakt zueinander. Es gab eine Kultur des Achtens und Wahrens von Grenzen. Es war eine vergleichsweise stabile Konfiguration: die Bilanz der Osmanen, was Pogrome betrifft, sei ausgezeichnet, sagt Bernard Lewis. Weitere ethnische Gruppen konnten sich anlagern, ohne daß dies große Probleme aufgeworfen hätte.

Diese Form städtischer Organisation fand im 19. und 20. Jahrhundert ein Ende – und damit auch das ehemals relativ stabile Zusammenleben von Minoritäten. Was indes nur heißt, daß diese Regionen gegenüber den Minderheiten Umgangsformen übernahmen, wie sie für Europa bezeichnend waren. Bevor wir darauf zu sprechen kommen, soll deshalb die europäische Entwicklung charakterisiert werden.

*Die europäische Stadt*

In Europa hat sich eine grundsätzlich andere Form der städtischen sozialen Organisation entfaltet – eine Form, die sich als Kultur des Marktes und der Öffentlichkeit beschreiben läßt. Die Keime der Entwicklung dieser sozialen Organisation (die sich erst in der Neuzeit voll entfaltete) sind wohl bereits in der frühmittelalterlichen Stadt angelegt. Max Weber nennt zwei Faktoren, die von Bedeutung waren: 1. die gesellschaftliche und politische Konfiguration zur Zeit der Stadtgründung und 2. die ethnisch-kulturelle Homogenität der nordeuropäischen Stadt. Wenden wir uns zunächst dem ersten Faktor zu.

Die große Welle der Stadtgründungen erfolgte in einer Zeit staatlicher Schwäche – die Städte wurden zum Teil von Feudal- und Landesherren in Konkurrenz zueinander gegründet, und sie waren oft in der Lage, die verschiedenen herrschenden Gewalten gegeneinander auszuspielen. Gerade dies brachte es mit sich, daß sie von Anfang an mit Privilegien ausgestattet (und damit als Rechtspersonen anerkannt) wurden. »Und eine der ersten ... durch ... Privilegien der Kaiser oder Bischöfe durchgesetzten politischen Errungenschaften war die Schleifung der kaiserlichen, bischöflichen und stadtherrlichen Burgen innerhalb der Stadt« – bzw. ihre Verlegung vor die Stadt, bemerkt Max Weber (*WuG* 751). Damit war die Chance der Emanzipation des Marktes von der Burg gegeben. Die produzierenden Schichten waren hier und nur hier in der Lage, in einem langwierigen und äußerst konfliktgeladenen Prozeß Stadtverfassungen durchzusetzen, die ihren eigenen Interessen entsprachen.

Diese Entwicklung ging Hand in Hand mit dem allmählichen Übergang von einer Standesgesellschaft zu einer Klassengesellschaft. Die mittelalterliche Stadtgeschichte entfaltete sich in den gegensätzlichen Bewegungen zwischen Aufbrechen und Verfestigen von ständischen Festschreibungen. Die Machtverteilung in dieser Gesellschaft basierte immer weniger auf dem Geburtsstatus und immer mehr auf der Fähigkeit, sich auf dem Markt zu behaupten. Dies bedeutete alles andere als Egalität – es ist die »allerelementarste öko-

nomische Tatsache«, bemerkt Max Weber trocken, daß Besitz entscheidenden Einfluß auf die Marktchancen hat und »daher die Grundkategorie aller Klassenlage« ist (*WuG* 532). Es ist die ökonomische Macht, die zählt – und es ist der Zuwachs an ökonomischer Macht, der positiv bewertet wird.
Auf diesem Boden konnte sich schon im Hochmittelalter eine positive Arbeitsethik herausbilden, die im calvinistischen Arbeitsethos ihre letzte und radikalste Ausformung erfahren sollte. Man mag anmerken, daß die Heiligung von Arbeit im Kontext einer Herrschaftsstadt kaum denkbar ist; die herrschende Kultur ist immer die Kultur der Herrschenden, und das bedeutet für die Herrschaftsstadt: eine Kultur der Standesdifferenzen und Standesprivilegien – und eine bezeichnende Abwertung produktiver Arbeit.
Dies impliziert eine grundsätzlich andere Haltung zu Grenzen: Während Grenzen in der Standesgesellschaft eine zentrale Bedeutung haben (sie schreiben Monopole fest und verweisen den Einzelnen in seine Schranken), gelten sie in der Klassengesellschaft als disfunktional – und zwar desto mehr, je reiner der Markt sich verwirklicht. Grenzen stehen im Widerspruch zu dem freien Spiel der Kräfte, das sich immer mehr als Leitbild in dieser Gesellschaft durchsetzt. Anders formuliert: Während das gesellschaftliche Ideal der Herrschaftsstadt die segregierte Gesellschaft ist, ist das Leitbild der Handelsstadt die integrierte Gesellschaft.
Die allmähliche Emanzipation der Gesellschaft vom Staat war ebenfalls Voraussetzung für die Entfaltung der Idee der Öffentlichkeit: Diese ist das politische Pendant zum freien Markt. Sie war vorgebildet in der Eroberung von Sitzen in der Stadtregierung durch alle produzierenden Gruppen. In der entfalteten Form, die sie dann in der Aufklärung erhalten sollte, läßt sie sich folgendermaßen paraphrasieren: Im freien Austausch soll sich die Idee der *volonté générale*, des Gemeinwohls, herauskristallisieren. Das Gemeinwohl besteht zum einen aus der Spielregel, auf die man sich geeinigt hat, um den politischen und ökonomischen Tausch zu ermöglichen, zum anderen aus Gütern, an deren Erhalt oder Schaffung ein Interesse des Ganzen besteht.
Das kulturelle Pendant zur politischen Öffentlichkeit ist, wie Richard Sennett gezeigt hat, die Kultur des öffentlichen Raumes: die Kultur der öffentlichen Parks, Plätze, Boulevards, Theater und Museen – kurz der Orte, an denen man Fremde trifft. Unser Konzept von urbaner Kultur ist entscheidend von diesen Orten geprägt. Wir tendieren dazu, Städte, in denen solche Einrichtungen ganz fehlen oder nur unzureichend vorhanden sind, als große Dörfer zu sehen.
Das Ideal der Vergesellschaftung, das sich in dieser Gesellschaft herausbildet, ist die Dialektik von Individuellem und Allgemeinem. Das Allgemeine, das sich im freien Austausch der Einzelnen herausstellt, ist mehr als die

Summe der Teile: Es ist – gerade weil es die partikularen Interessen überwindet – vernünftig, und deshalb ist es ein Gebot der Vernunft, sich ihm unterzuordnen. Dies funktioniert nur dann, wenn die Einzelnen sich mit dem Allgemeinen und dem Ganzen identifizieren – wenn sie also bereit sind, ihre partikularen Interessen zugunsten des Ganzen zurückzunehmen oder wenigstens zu relativieren. Kurz: Diese Form der Gesellschaft verlangt den Aufbau und die Internalisierung einer universalistischen Ethik – sie verlangt die Realisierung des Allgemeinen im Individuellen.

Dies bedeutet den Durchbruch zu einer anderen Qualität von gesellschaftlicher Organisation. Sie ist beweglicher und weit effizienter als die der Herrschaftsstadt. Es ist eine Organisation, die sich der Fessel primärer Gruppen- und Partikularinteressen (jedenfalls weitgehend) entledigt hat – und die damit in einem unerhörtem Maß die gesellschaftliche und natürliche Umwelt beherrschen kann. Diese Entwicklung fordert jedoch dem Einzelnen einen hohen Preis ab.

Der entscheidende Punkt scheint mir zu sein, daß diese Form der Vergesellschaftung dem Individuum eine Umwertung von primären und sekundären Beziehungen zumutet. Die innere Verpflichtung gegenüber dem Allgemeinen und Vernünftigen bedeutet den Bruch mit der Auffassung, daß primären Gruppen (also der Familie, den gewachsenen Freundesbeziehungen) auch primäre Bedeutung zukommt. Die Loyalität sollte nicht dem konkreten Anderen, mit dem man in gewachsenen Beziehungen steht, sondern der Gesellschaft als ganzer gelten. Oder anders: Gefordert wird das Zurückstellen persönlicher Loyalitäten und Interessen im öffentlichen Austausch. Gefordert wird damit der Bruch mit der präskriptiven Solidarität, der *amity*, deren konstitutive Bedeutung für den Prozeß der Vergesellschaftung Meyer Fortes herausgearbeitet hat. Die Konsequenz dieses Bruchs wird in den klassischen Theorien der Vergesellschaftung formuliert. So postuliert etwa Georg Herbert Meads Theorie der Sozialisation die Aufhebung (im dialektischen Sinn des Wortes) der Internalisierung des konkreten Anderen im Prozeß der Verinnerlichung des verallgemeinerten Anderen. Nicht weniger als in bezug auf Arbeit wird in Europa in bezug auf soziale Beziehungen ein Bruch mit der natürlichen Einstellung verlangt. Es ist diese Umwertung, die die europäische Form der Vergesellschaftung von der der klassischen Handelsstadt unterscheidet. Nun erscheint ein Verhalten, das in der Herrschaftsstadt selbstverständlich ist, als Nepotismus, Seilschaft oder amoralischer Familialismus. Umgekehrt erscheint auch heute noch Personen, die in einer von der Herrschaftsstadt geprägten Kultur aufgewachsen sind, die nordeuropäische Verpflichtung auf das Ganze als kalt, unloyal und – so wurde mir gegenüber argumentiert – geradezu polizeistaatlich.

Der Bruch mit der natürlichen Einstellung war nur unter besonderen Bedingungen möglich – und in diesem Zusammenhang bekommt die zweite Voraussetzung, die Weber nennt, ihre Bedeutung, nämlich die Tatsache, daß die europäische Stadt ethnisch-religiös homogen war. Die mittelalterliche Stadt war *auch* eine Abendmahlsgemeinde, ein Kultverband, und zwar – im Gegensatz zur antiken Stadt – nicht von Sippenkulten, sondern von einer universalistischen Religion, die ihrem »innersten Wesen nach ein konfessioneller Verband der gläubigen Einzelnen« war (*WuG* 747).

Gerade dies dürfte die Voraussetzung für die Selbstwahrnehmung der Bürger der europäischen Stadt als Einheit, als Gemeinde, als Ganzes gewesen sein. Das spielte bereits sehr früh eine Rolle, nämlich zur Zeit der eidgenossenschaftlichen Verschwörungen der Bürger gegen die Stadtherren; es war aber auch später wichtig, weil die Zugehörigkeit zur Kultgemeinschaft es ermöglichte, an der Idee der Einheit festzuhalten, trotz massiver Interessengegensätze und Spannungen, die ansonsten die Stände und Klassen voneinander trennten. Zu den sakralen Zeiten – so könnte man sagen – transformierte sich die im Alltag zerrissene Gesellschaft in eine Brüdergemeinde und konfrontierte sich im Ritual mit dem Ideal ihrer selbst. In dieser Konfrontation mit ihrer *raison d'être* gewann sie, würden wir heute sagen, ein Gefühl ihrer Identität. Der Bruch mit den primären Loyalitäten konnte stattfinden, weil über die Kultgemeinschaft ein Bewußtsein der Gemeinsamkeit gestiftet war.

Die Relevanz dieses Punktes scheint mir gerade ein Blick auf die Herrschaftsstadt zu belegen. In der osmanischen Stadt gab es mit der Institution des *bedesten*, jenes Teils des Basars, in dem die kostbarsten Güter umgeschlagen wurden, durchaus mögliche Kristallisationspunkte für die Entfaltung eines bürgerlichen Selbstbewußtseins. Es dürfte sich indes aus dem einfachen Grund nie aktualisiert haben, weil es eine Koalition von Angehörigen verschiedener ethnisch-religiöser Gruppen vorausgesetzt hätte.

Wenn man so will, war die äußere Situation in Nordeuropa weniger komplex als in den klassischen Herrschaftsstädten. Gerade dies scheint die Voraussetzung für die Herausbildung einer komplexeren inneren Ordnung gewesen zu sein.

All dies hatte besonders weitgehende Implikationen für die größte ethnisch-religiöse Minderheit in Europa, die Juden. Da die europäische städtische Gesellschaft in ihrem Charakter monokulturell war, war der Rechtsstatus der Juden von Anfang an (und im Unterschied zur Herrschaftsstadt) prekär. Dabei scheint mir entscheidend zu sein, daß bei aller Ähnlichkeit der Erscheinungsformen die Grenzziehung zwischen Christen und Juden in Europa einen anderen Charakter hatte als diejenige zwischen Muslimen und

andersreligiösen Gruppen etwa in den islamischen Herrschaftsstädten. In Europa wurde eine ethnisch-religiöse Gruppe von den anderen *ausgegrenzt*, während sich in der Herrschaftsstadt die verschiedenen Gruppen gegeneinander *abgrenzten*. Die europäische Gesellschaft war eine Gesellschaft mit einer Minderheit, während die islamische und hinduistische Herrschaftsstadt eine ethnisch stratifizierte Gesellschaft darstellte. Im Kontext der europäischen Stadt war problematisch, was im Kontext der Herrschaftsstadt selbstverständlich war, daß nämlich der »rituelle Ausschluß der konnubialen und die tatsächliche Behinderung der Tischgemeinschaft, vor allem aber: das Fehlen der Abendmahlsgemeinschaft, die Verbrüderung [hinderte]« (*WuG* 747).

Wenn man die Geschichte der Juden in Europa auf der Folie der Entfaltung der Stadtgemeinde betrachtet, zeigt sich ein bemerkenswerter Zusammenhang: Je mehr sich die Stadtgemeinde herauskristallisiert, desto systematischer (wenn auch nicht unbedingt drastischer) werden die Formen der Ausgrenzung. Die Veränderung der Bedeutung des Gettos scheint mir bezeichnend: Im frühen Mittelalter – so etwa in der Urkunde des Bischofs von Speyer 1084 – wurde das Recht auf ein eigenes ummauertes Viertel als Privileg gewährt: Es diente (ähnlich wie in der Herrschaftsstadt) dem Schutz. Als 1462 dagegen die Juden Frankfurts aus der Nähe des Doms in die Judengasse umziehen sollten, hatte sich der Kontext völlig gewandelt: Es gab zahlreiche Petitionen, in denen die Verzweiflung über diese Maßnahme anklingt. Das Getto war bald das »Neue Ägypten« (Wirth 1982: 43) – der Ort des Exils. In dieser veränderten Einschätzung spiegelt sich die Wandlung, die die Stadtgemeinde erfahren hat. Im spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Kontext bedeutete Gettoisierung bereits Diskriminierung.

Wenn demnach die Voraussetzung der europäischen städtischen Kultur in religiöser Homogenität lag, so war sie doch in sich kein religiöser Verband. Gestiftet war eine säkulare politische Ordnung, deren innerstes Prinzip der freie Austausch und das Aufheben von Grenzen war. Damit war ein Element der Universalisierung gesetzt, des Transzendierens der religiösen Gemeinde. Die Konstruktion machte es nötig, den Andersgläubigen letztlich einzuschließen. Dies erforderte jedoch eine Abstrahierung: Das Allgemeinwohl, auf das der Einzelne verpflichtet wurde – und das er für sich als verpflichtend anerkennen sollte –, konnte nun nicht mehr von einem konkreten Wertekosmos abgeleitet, sondern nur noch als Anerkennung der Verfahrensprinzipien des Willensbildungsprozesses gefaßt werden.

Dies ist objektiv schwierig: Gerade wegen des gemeinschaftsbildenden Prinzips jeder Religion ist die Basis für einen Wertekonsens innerhalb einer religiösen Gemeinde größer als zwischen religiösen Gruppen. Es ist auch

deshalb schwierig, weil, wie man zeigen kann, in die Idee eines akzeptablen und sinnvollen Willensbildungsprozesses bereits Prämissen eingehen, die ihrerseits religiös sind: In der kalvinistischen, lutheranischen, katholischen und islamischen Umgebung haben sich jeweils andere Ideen von herrschaftsfreiem Diskurs herausgebildet.

Nicht weniger wichtig ist es, daß eine so formulierte Allgemeinheit zweifellos vernünftiger, aber auch sehr viel bläßlicher ist. Gerade deshalb verdoppelt sich in dieser Verallgemeinerung die ursprüngliche Zumutung der Gesellschaft an den Einzelnen. Unter Berufung auf ein sehr abstraktes Prinzip wird verlangt, auch dem die gleichen Chancen und Rechte einzuräumen und mit ihm im freien Tausch zu konkurrieren (und ihm damit eventuell zu unterliegen), mit dem einen nichts verbindet, der noch nicht einmal Glaubensbruder ist.

Die Geschichte des Judentums im 19. und 20. Jahrhundert bezeugt mit beklemmender Deutlichkeit, auf welche Schwierigkeiten diese Universalisierung stieß. Es ist bereits wiederholt beschrieben worden, wie die rassistische Ausgrenzung (und der für sie bezeichnende Diskurs) an die Stelle der religiösen Ausgrenzung trat.

Hier scheint mir der Grund für die oben angesprochene Labilität der komplexen Organisation der Gesellschaft zu liegen: Wenn es schwierig wird, tendieren Teile – oder der gesamte Organismus – zur Regression. Diese Regression zeigt sich in der Ikonographie der Fremdenfeindlichkeit: Verschwörungstheorien und Unterstellungen zweifelhafter Solidarität suggerieren, daß die andere religiöse Gruppe noch an primär religiös geprägter Identität festhält, und legitimieren damit den eigenen Rückgriff auf eine religiöse Vergemeinschaftung. Ein sehr junges Beispiel dieser Regression ist die in jüngerer Zeit immer wieder formulierte Position, die die Grenze der Integrationsfähigkeit mit der Grenze zum Islam gleichsetzt.

Überdies wird die Zumutung, mit der diese Gesellschaft den Einzelnen konfrontiert, immer wieder dann aktuell, wenn aus verschiedenen Gründen – etwa in Situationen wirtschaftlicher Regression – die gesellschaftliche Solidaritätsfrage aufgeworfen wird. Der undifferenzierte Haß, dessen Zeuge wir in der letzten Zeit werden, reflektiert die prinzipielle Zumutung, die diese Kultur für den Einzelnen bedeutet: daß die Verpflichtung gegenüber dem Ganzen stärker wiegt als die primären Beziehungen. Er wird aktuell, wenn das Prinzip des Absehens von der Person es verlangt, Angehörigen anderer ethnischer Gruppen die Präzedenz einzuräumen, beziehungsweise – was noch schlimmer ist – wenn einem selbst eine Position verweigert wird, auf die man aufgrund ethnisch-religiöser Solidarität meint, einen Anspruch erheben zu können.

Die weitere Entwicklung der klassischen Stadtstrukturen bestätigt diese prinzipiellen Überlegungen. Zunächst scheint die koloniale Überlagerung die klassischen Strukturen der Herrschaftsstadt gewährleistet und zementiert zu haben. Der entscheidende Bruch kam mit Erkämpfung der Unabhängigkeit. Betrachten wir zwei Beispiele: die indische Stadt und die Stadt des Maghreb.

In Indien – so argumentieren Dumont und Srinivas (1962: 51) – haben die Briten gleichsam den Platz der Kriegervarna, der *kshatriya*, eingenommen: Dies hat tendenziell zu einer Stabilisierung bzw. Verkrustung des Kastensystems geführt.[3] Insgesamt scheinen erst die Auseinandersetzungen um die Dekolonialisierung den klassischen indischen Modus des interkulturellen Zusammenlebens – nämlich weitreichende Toleranz bei gleichzeitiger völliger Isolierung – gesprengt zu haben. Die Fremdheit, die als Folge dieses Prinzips die Beziehungen zwischen der muslimischen und der hinduistischen Bevölkerung trotz jahrhundertelangen Zusammenlebens bestimmte, erwies sich als Problem, als es um die Begründung der demokratischen nachkolonialistischen indischen Gesellschaft ging. Der geregelte Wettbewerb, in den damit die verschiedenen Gruppen der indischen Gesellschaft traten, war offenbar möglich *innerhalb* der verschiedenen Religionsgruppen, war aber *zwischen* den Gruppen fast unmöglich. Der Diskurs zwischen den beiden größten Gruppen – Muslimen und Hindus – war seit den vierziger Jahren von der Angst bestimmt, vom jeweils anderen beherrscht zu werden, von dem Mißtrauen und der Feindschaft, die sich immer wieder gewaltsam entlud. Ein bezeichnendes Detail ist, daß die religiöse Konversion, die jahrhundertelang gang und gäbe war, im nachkolonialen Indien – also einem sich säkular verstehenden Staat – zum Problem wurde.

Im Maghreb wirkte die koloniale Herrschaft ähnlich auf die Struktur der Herrschaftsstadt: Sie überlagerte sie und verfestigte sie.[4] Auch hier kam es im Zug der Befreiung zu einer Zerstörung des klassischen Miteinanders der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. 1945 erlebte Tripolis sein erstes Pogrom in der Geschichte. Goldberg, der dies rekonstruiert, sieht darin einen symbolischen Akt, der besagt: *Power to the Muslims* – eine Äußerung, die nur im Kontext einer Kultur der Öffentlichkeit Sinn macht, wo auf einem Forum verschiedene Gruppen miteinander um die Macht konkurrieren.

Der gleiche Sachverhalt – um ein drittes Beispiel zu nennen – hat in der nachrevolutionären türkischen Gesellschaft zu dem Paradox geführt, daß Religion im Kontext des säkularen Staates wichtiger wurde denn je. Wäh-

rend die ethnisch-religiösen Minderheiten sich im osmanischen Reich einer relativen Sicherheit erfreuten, ist dies in der heutigen Türkei nicht mehr der Fall.

## *Eine Schlußbemerkung*

Wenn diese Thesen zutreffen, dann hieße das, daß die zivile Gesellschaft kein Bollwerk – und schon gar nicht eine Garantie – gegen Fremdenfeindlichkeit und ständige Aggression gegen Minderheiten ist, und zwar deshalb nicht, weil ein problematisches Verhältnis zu Fremden in der Konstitution dieser Gesellschaft selbst angelegt ist. Die Zumutung an den Einzelnen, die in der Umwertung von primären und sekundären Beziehungen gründet, wird immer wieder, dies wäre die Prognose, an der Berührung mit dem ethnisch-religiös Fremden aufbrechen.
Man fühlt sich hier versucht, Adorno und Horkheimer zu paraphrasieren: »Furchtbares hat die Menschheit sich antun müssen, bis die rationale Gesellschaft geschaffen wurde, und etwas davon wird noch in jeder Kindheit wiederholt.«
Es handelt sich bei der zivilen Gesellschaft um eine – im Vergleich mit klassischen Gesellschaften – höhere, aber auch riskantere Form der Vergesellschaftung. Es gibt wohl keine Alternative zu ihr. Wir müssen uns allerdings ihrer Schwäche und Verwundbarkeit bewußt sein, um sie verteidigen zu können.

## *Anmerkungen*

1 In der Realität ist es komplizierter, weil die Klassifizierungsprinzipien heterogen sind: Bei den Kasten handelt es sich um eine Hierarchie, die durch die wiederholte Anwendung von rein/unrein zustande gekommen ist, bei den *varna* um eine funktionale Hierarchie.

2 Am elaboriertesten war das in Indien ausgearbeitete *jajmani*-Prinzip (Dumont 1976: 126 ff.)

3 Srinivas beobachtete eine bemerkenswerte soziokulturelle Zweiteilung, die damit begonnen und verankert wurde. Es setzte nämlich eine kulturelle Dynamik ein, die den Unterschied zwischen den herrschenden *varna*, den Brahmanen und den *kshatriya* einerseits und den beherrschten Kasten (*vishiya*, *shudra* und den Unberührbaren) andererseits verankerte: Während die oberen Kasten die symbolische Strategie der Verwestlichung annahmen, verfolgten die unteren Schichten die Strategie der Sanskritisierung.

4 Abu Lughod hat in einer bemerkenswerten Studie über Rabat untersucht, wie sich die Struktur der Kolonialherrschaft in der »dualen Stadt« ausdrückte: Neben der Altstadt von

Rabat entstand die Europäerstadt, neben der klassischen Stadt mit der Zweiteilung in abgeteilte Wohnviertel und Markt die nach Klassenlagen getrennte Europäerstadt mit Plätzen etc.

## *Literaturhinweise*

Webers Stadtsoziologie findet sich in dem Abschnitt »Die nichtlegitime Herrschaft (Typologie der Städte)« in *Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)*. Ich zitiere nach der fünften Auflage, Tübingen 1972. Wichtig für das Verständnis ist auch Kapitel VIII, § 6 in *WuG*: »Machtverteilung innerhalb der Gemeinschaft: Klassen, Stände, Parteien«. Der in diesem Abschnitt herausgearbeitete Gegensatz von Standesvergesellschaftung und Marktvergesellschaftung wurde entscheidend für die urbane Anthropologie.

Das Schema auf S. 36 findet sich bei einem anderen Leser Webers, bei Ernest Gellner (*Nationalismus und Moderne*, Berlin 1991). Er bezieht es auf die Gesellschaftsstruktur der agrarischen Gesellschaft insgesamt – es läßt sich jedoch auch als optische Umsetzung der Weberschen Beschreibung der Herrschaftsstadt lesen.

Die Skizze der Gliederung der *varna* ist der Versuch, das Bild, das Louis Dumont entwirft (*Gesellschaft in Indien – Die Soziologie des Kastenwesens*, Wien 1976, insbes. S. 92), optisch darzustellen.

Bei der Skizze der islamischen Stadt beziehe ich mich insbesondere auf: Grunebaum, G. E. v.: »Die islamische Stadt«, *Saeculum 6*, 1955, S. 138-45; Mardin, S.: »Power, Civil Society, and Culture in the Ottoman Empire«, in: *Comparative Studies in Society and History*, Vol. 11 Nr. 3, June 1969; Wirth, E.: »Die soziale Stellung und Gliederung der Stadt im Osmanischen Reich des 19. Jahrhunderts«, in: Mayer, Th. (Hrsg.): *Untersuchungen zur gesellschaftlichen Struktur der mittelalterlichen Städte in Europa* (Vorträge und Forschungen Bd. 11), Konstanz 1966, S. 403-426.

Zur Situation von ethnisch-religiösen Minderheiten im islamischen Raum beziehe ich mich außerdem auf Bernard Lewis: *Die Juden in der islamischen Welt*, München 1987, und auf: Goldberg, H. E.: *Jewish Life in Libya – Rivals and Relatives*, Chicago 1990. Die Struktur der Entscheidungsfindung ist dem Buch von Annegret Nippa entnommen: *Soziale Beziehungen und ihr wirtschaftlicher Ausdruck*, Berlin 1982.

Zur aktiven Segregationspolitik seitens des Staates siehe Seni, N.: »Ville Ottomane et Répresentation du Corps Feminin«, in: *Les Temps Modernes*, 41. Jg., Nr. 456-457, Juli-August 1984.

Zur Morphologie der islamischen Stadt siehe Kreiser, K.: »Zur inneren Gliederung der osmanischen Stadt«, in: *XVIII. Deutscher Orientalistentag – Vorträge*, herausgegeben von W. Voigt (*Zeitschrift der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft*, Supplement II), Wiesbaden 1974, S. 199-212.

Der Begriff der »ethnischen Stratifizierung« ist entnommen: Frederik Barth: »Ethnic groups and boundaries«, in Barth, F.: *Process and form in social life. Selected essays of Fredrik Barth vol. 1*, London 1981.

Die Darstellung der europäischen Entwicklung bezieht sich außer auf den angeführten Text von Weber auf Ennen, E.: *Die europäische Stadt des Mittelalters*, Göttingen 1972. Was den Begriff der politischen Öffentlichkeit betrifft, beziehe ich mich vor allem auf die zusammenfassende Darstellung von Petersen, T.: *Volonté Générale und Volonté Particulière – Konsens, Konflikt*

*und Kompromiß in der Demokratie*, Köln 1991 (Walter Raymond Stiftung, Kleine Reihe Heft 50).
Zur Entfaltung der kulturellen Öffentlichkeit siehe vor allem Richard Sennett: *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens – Die Tyrannei der Intimität*, Frankfurt am Main 1983.
Meyer Fortes' Begriff der »amity« wird in seinem großen Werk *Kinship and the Social Order*, London 1969, entfaltet. Ein zentrales Kapitel dieses Werkes enthält der von Fritz Kramer und Christian Sigrist herausgegebene Sammelband: *Gesellschaften ohne Staat, Band 2: Genealogie und Solidarität*, Frankfurt am Main 1978.
Den Hinweis auf die Bedeutung des *bedesten* verdanke ich Klaus Kreiser.
In bezug auf das Getto siehe die klassische Studie von Wirth, L.: *The Ghetto*, Chicago, University of Chicago Press 1982 (1928).
Zur Etablierung des Bürgertums und der öffentlichen Kultur siehe Kocka, J. (Hrsg.): *Bürgertum im 19. Jahrhundert*, 3 Bde., München 1988. Zum langen und mühsamen Prozeß der Ausweitung des Bürgerrechts auf andersreligiöse Gruppen – ein Prozeß, der in Deutschland erst Mitte des 19. Jahrhunderts abgeschlossen war – siehe in diesem Werk vor allem den Aufsatz von Henk von Dijk: »Bürger und Stadt. Bemerkungen zum langfristigen Wandel an westeuropäischen und deutschen Beispielen« (Band 3, S. 447-465).
Srinivas Aufsatz ist unter dem Titel »A note on Sankritization and Westernization« in seinem Aufsatzband *Caste in Modern India and other Essays*, Bombay 1962, enthalten.
Der Satz von Adorno und Horkheimer findet sich in der *Dialektik der Aufklärung*, Fischer-Taschenbuch-Ausgabe (1971) S. 33.

# Was niemand auszusprechen wagt

Russische Juden stellten die Mehrzahl der Gefolgsleute Lenins, aber russische Juden waren auch die Mehrzahl der Altbolschewiken, die Stalin liquidierte. Eine russische Jüdin bedenkt die Geschichte einer tragischen Verwicklung, die jetzt mit einem neuen Exodus zu Ende geht.

Mit ihrem ersten Buch in deutscher Sprache legt Sonja Margolina eine Selbstbefragung des jüdischen Schicksals in der Tradition Hannah Arendts vor.

160 Seiten,
Leinen,
DM 29,80

Soeben erschienen.

Siedler

# Über Karl Marx & Christus & andere Tote

Otto Kallscheuer
GLAUBENS FRAGEN
Über Karl Marx & Christus & andere Tote
Frankfurter Verlagsanstalt

296 Seiten · Kartoniert · DM 36,–
ISBN 3-627-10250-9

Kallscheuers These: Der neue Fundamentalismus der Weltreligionen ist kein vormodernes Relikt, sondern ein Produkt der modernen Weltgesellschaft. Religiöse Toleranz wird zum Prüfstein der zivilen Republik Europa.

# Frankfurter Verlagsanstalt

Sophienstraße 56 · 6000 Frankfurt a. M. 90

# Otto Kallscheuer
# Fremde Götter oder die Grenzen der Toleranz

Ein Vexierbild

## *1. Die Unterwanderer*

Die Unterwanderer Europas kommen aus dem Süden und dem Osten. Längst sind Grenzsteine und Grenzfestungen unterspült, auch wenn die Gebäude von Zoll- und Grenzschutz- und Einwanderungsbehörden noch stehen. Material für archäologische Forschungen über den zwischen Einheimischen und Flüchtlingen, Umsiedlern und Einwanderern, *members of the Commonwealth* und *extracomunitari* hart umkämpften Bürgerrechtsstatus.

Doch legal oder illegal – die Fremden sind längst da. Das ausländerrechtliche ›pays legal‹ bildet die tatsächliche Dynamik der Wanderungsbewegungen nicht mehr ab, und Passierscheine haben noch nie demographische Trends aufhalten können. Die *go-west*-›Flut‹ – aber das Bild stimmt ja nicht: weit eher handelt es sich dabei um ein kapillares, beständiges Tröpfeln, Sickern und Rieseln; dräuende ›Fluten‹ stauen sich nur hinter Hindernissen, Mauern und Barrieren, um dann irgendwann doch durchzubrechen – hat mannigfache Ursachen: die ökonomische Misere im nahen und ferneren Osten ebenso wie die Flucht aus Satrapenregimes, vor Diadochenkämpfen und Stammeskriegen. Große und kleine Fluchten: Auswege aus blockierter sozialer Mobilität (die aktiv Aufsteigewillige zur geographischen Mobilität zwingt) und aus relativer Überbevölkerung in den Herkunftsländern – relativ, d. h. gemessen an den universell gewordenen materiellen Ansprüchen und kulturellen Bildern eines *decent life*, das im Süden und Osten jedoch nur den lokalen Despoten und ihrem Anhang, ihrer Mafia und ihren Haussklaven offensteht.

Denn es ist schließlich der Erfolg des Westens, der ihn zum Magneten macht: der Erfolg seiner Wirtschaftsweise und seiner Lebensformen, seiner stabilen Rechtsordnung und ihrer zivilen Freiräume, nicht zuletzt seiner materiellen Kultur. Sogar die *oliganthropia*, der relative Menschenmangel, also der säkulare demographische Knick durch die Abnahme der westlichen Geburtenraten, ließe sich ja noch als kultureller Erfolg der *open society* interpretieren: sei es als Zunahme der Selbstbestimmung von Frauen und Männern über das Ausmaß, in dem sie der »staatsbürgerlichen Pflicht,

Nachkommen zu zeugen« (Veyne) Folge leisten wollen, sei es als Verlagerung weg von der bürgerlichen Moral zu einer neuen Moral des Einvernehmens zwischen den Ehepartnern (Beck-Gernsheim).
Und: Die eindringenden Menschen kommen nicht im Gefolge von Truppen, sondern – legal oder illegal – auf zivilem Wege, als Antwort auf hiesige Nachrichten und Wachstumsraten (ökonomischer *pull* im Westen, demographischer *push* im Osten), auf ökumenisch gewordene Informations- und Warenströme. Ja, ihre Präsenz innerhalb der reichen und rechtsstaatlichen Zivilisation ist längst ein *fait accompli*; rückgängig machen ließe sie sich nur mit derartigen makrosozialen Amputationen, daß dies gleichzeitig auch das gesamte ökonomische und Rechtsgefüge der westlichen Gesellschaften verwerfen müßte. Denn als Untermieter bei uns eingenistet haben sich die Unterwanderer seit über Jahrzehnten: Gekommen zunächst als Einzelne, bald schon in Familien-, Verwandtschafts-, Gruppen- oder Clanseilschaften vernetzt, sind sie eingesickert; Zehntausende von Familienoberhäuptern haben sich friedlich als Gastarbeiter, Kleinhändler, Restaurantbesitzer etabliert, hinter ihnen eine Warteschlange aus kinderreichen Großfamilien und weitverzweigten Sippen. Ihre Söhne und Enkel wollen ums Verrecken nicht in die Wüsteneien und orientalischen Despotien ihrer Vorfahren zurück. Und die Töchter noch weniger.
Dieser Prozeß des Einsickerns wurde zwar früh bemerkt, anfangs sogar begrüßt, aber damals noch nicht als einschneidender sozialer Wandel wahrgenommen. Nun merken wir, daß die ›Gäste‹ nicht nur Familien haben, sondern auch eigene kulturelle Kontexte mitbringen. Das Faktum der Anwesenheit fremdländischer Inländer läßt sich jetzt schon nicht mehr rückgängig machen – und da ist es dann bald das sichtbare Faktum ihrer kulturellen Fremdheit, vor allem der fremden Religion, der anderen Familien-, Sexual-, Kleidungsmoral, das die Mehrheitsbürger verwirrt und beunruhigt: »Ein Türke liest den Koran, geht aber nicht in die Oper« (Zafer Senocak, *taz* 21.1.92). Der an sich so ordentliche Untermieter könnte ja insgeheim ein fanatischer Glaubenskrieger sein. Scheinbar plötzlich entpuppen sich Gast- und Schwarzarbeiter, Klein- und Zwischenhändler als Fremdgläubige; informelle Märkte als Brutstätte östlich militanter Lehren und Mysterienkulte.
Als auf unsere materielle Zivilisation hungrige Wirtschaftsflüchtlinge *und* gleichzeitig als assimilationsunwillige Barbaren: so erscheinen (uns) viele der Unterwanderer – und das macht ihren Skandal aus. Nicht nur für heimische rassistische Minderheiten und für die zu Razzien und Pogromen (wohlwollend oder gleichgültig) schweigenden Mehrheiten, sondern auch für westliche Pluralisten. Denn viele der neuen Mitbürger weigern sich, am

westlichen öffentlichen Leben nach den hier gültigen Spielregeln teilzunehmen. Ein liberaler Jurist: »Nicht unser politisches System zieht sie an . . ., es ist ihnen fremd und gleichgültig, wenn sie ihm nicht gar als Fundamentalisten feindlich gegenüberstehen. Sie wollen die materiellen Vorteile des Westens, ohne die zu ihrer Verfolgung nötigen politischen Mittel zu akzeptieren: in diesem Widerspruch liegt die Wurzel vieler heutiger Konflikte, die man allzuschnell zu Rassenkonflikten definiert hat« (Losano).
Bald gelten die östlichen Fremdgläubigen als theokratische Fundamentalisten, die unseren kulturellen Code des westlichen Pluralismus nicht akzeptieren wollen, obwohl sie sich doch auf dem Markt der Arbeit, der Rechenmaschinen wie der Gemüseläden in relativ kurzer Zeit äußerst erfolgreich assimiliert haben – und obwohl sie kinderreich an den staatlichen Sozialleistungen partizipieren. Ehrlich gesagt: gerade der erstaunliche Erfolg undurchsichtiger (verschleierter) Clans mit fremdem Ritus und Kultus macht sie doppelt verdächtig: »Ihre Lehre ist geheim« (Celsus); wer weiß schon, was sie in ihren Hinterzimmern treiben? »Sie scheuen das Tageslicht.« Und so macht sich unter den einsässigen Bürgern periodisch die Barbarenhatz breit, es kommt zu Pogromen, Verfolgungen, die dann auch ihre Verbündeten unter den Staatsdienern finden, *hard-liner* in der Administration und um die eigene lokale Klientel besorgte Honoratioren.
Aber ist es denn wirklich nur oder in erster Linie die *kulturelle* oder die *religiöse* Fremdheit, die fromme Andersgläubige zum Sündenbock der örtlichen Plebs stempelt? Was kann schon die gesellschaftliche Mehrheit an den züchtig verschleierten Jung- und Ehefrauen so aufbringen? »Will die Frau sich nicht bedecken, soll sie sich doch das Haar abschneiden lassen«, so eine der für den liberalen *common sense* so anstößigen Regeln aus den Lehrschriften eines der führenden Mullahs aus Tarsus, in der Südtürkei. Sollte man nicht vielleicht eher *soziale* Motive – ökonomische Konkurrenz, verdeckten Klassenkampf – hinter diesem Ärgernis vermuten? Die sozialwissenschaftlichen Erklärungen (oder Rationalisierungen) der periodisch aufbrechenden Verfolgungsjagden gegenüber den Fremden und Fremdgläubigen aus dem Osten und Süden sind sich jedenfalls (wie üblich) nicht ganz einig über ihre Ursachen.

## 2. *Feed back*

Gibt es wirklich, wie die Politiker behaupten, absolute Toleranzschwellen? (Zehn oder zwanzig oder fünfundzwanzig Prozent – und nicht weiter?) In der *scientific community* glaubt niemand mehr so recht daran: Das Problem sei viel komplizierter, heißt es: die Gefahrenschwelle entstehe im Medium

sozio-kultureller Wahrnehmungsmuster. Zur Erklärung sowohl der einheimischen Ablehnung und Verfolgung der Einwanderer bzw. ihrer religiösen *communities* als auch des Aufschwungs der religiösen Fundamentalisten innerhalb der Unterwanderungsgruppen können diverse Faktoren bemüht werden. Die inländische Angst vor den Fremdgläubigen hier und deren religiöse Selbstbehauptung dort haben zudem anfänglich gewiß völlig verschiedene Ursachen; und sie mögen im einen wie im anderen Fall empirisch mehr oder weniger plausibel sein; doch das sei hier nicht das Entscheidende. Die beiderseitigen Wahrnehmungen von Eingeborenen und Fremdgläubigen treten nämlich innerhalb der Einwanderungsgesellschaft in einen gegenseitigen Rückkoppelungsprozeß ein; und die Spirale einer *self fulfilling prophecy* beginnt sich zu drehen und gibt mit jeder Schleife den Radikalen beider Seiten immer mehr recht. Denn ›externe‹ Verfolgungen seitens der einheimischen Mehrheit werden den ›internen‹ Zusammenhalt und die Ausbreitung der radikalen Sekten in der fremdländischen Minderheit natürlich nicht stoppen, sondern eher noch befördern – *et vice versa*.

Auch die zweite, schon im Wirtslande geborene Generation der Immigranten wird durch die öffentliche Fremd-Wahr-Nehmung an ihre Identität als Fremde festgenagelt. »Selbst wenn sie hier Wurzeln schlagen und ihre Herkunft wie eine Pusteblume von sich blasen, müssen sie sich fragen, ob ihre Assimilation den Preis wert ist, um die Reise beenden zu können«, schreibt Zafer Senocak über ihre Zweifel. Vielleicht handele es sich bei dieser Einreise gar »nicht um eine Reise in ein Land (denn geographisch gesehen halten die, die unterwegs sind, sich schon längst – wenn nicht schon von Geburt an – hier auf), sondern um einen Gemütszustand, einen seelischen Raum, der unerreichbar bleibt« (*taz* 21. 1. 92).

Die Akkumulation neuer radikaler Gotteskinder im Milieu der Immigranten folgt einem bekannten Teufelskreis: Jede öffentliche Warnung der Politiker vor ›kultureller Überfremdung‹ – und jede halböffentliche Fremdenhatz aus dem Sentiment einheimischer schweigender Mehrheiten – bedeutet ja umgekehrt einen Extra-Zuschuß für eben das charismatische Kapital, aus dem fundamentalistische Propheten östlicher Heilslehren innerhalb ihrer Anhängerschaft Legitimität und Disziplin alimentieren können. Die Tendenz ihrer Gläubigen, »sich in sich abzuschließen und gegen den Rest der Menschheit abzuschotten« (Celsus), wird darum mit jeder Repression seitens der Ungläubigen wachsen.

Und so füllen sich im Untergrund die militanten Lehrhäuser – und in der Öffentlichkeit die abweisenden Bart- und Schleierträger. Worauf wiederum die öffentliche Meinung mit forciertem Mißtrauen reagiert (usw.) ... bis schließlich sogar ›an sich tolerante‹ Staatsdiener der Volkswut auf die frem-

den Schleierträger und Sektenanhänger durch verschärfte Einwanderungs-, Erziehungs- und Bürgerrechtskriterien den Wind aus den Segeln nehmen müssen (wie es heißt, um Schlimmeres zu verhindern).

### *3. Ursprüngliche Akkumulation*

Doch bleiben wir noch einen Moment bei den radikalen Propheten aus dem Osten und ihren Anhängern. Woher kommt deren untergründig wachsendes Charisma? Anders gefragt: Welcher Art sind die Ressourcen, aus denen sich die erstaunliche religiöse Folgebereitschaft vieler Immigranten speist? Welche Bedürfnisse befriedigt denn ihr demonstrativer Asketismus (Brown)? Jetzt sind die multikulturellen Fachleute gefragt; und da gibt es ja auch schon eine Reihe von Hypothesen. In der aktuellen Forschung lassen sich grob vereinfacht soziologische (und sozialpsychologische), religionssoziologische und politische Faktoren bzw. Hypothesen sowie empirische Fallstudien dazu unterscheiden, die sich natürlich wechselseitig nicht ausschließen müssen, aber hier – der Übersicht halber – einmal der Reihe nach vorgestellt seien.

Eine erste Hypothese kann sich sogar auf die programmatischen Aussagen des bereits zitierten tarsischen Türken berufen, und der ist immerhin einer der erfolgreichsten Missionare der aus dem Osten »emporgekommenen Vielvölkersekte« (Dodds), der in jeder *community* nahöstlicher Immigranten alle Säle füllt. Seine Gläubigen, schreibt er mit asketischem Stolz, hätten weder Bildung noch Macht noch Ansehen, und gerade darum seien sie von Gott erwählt, »damit er zuschanden mache, was [in der gottlosen Welt] stark ist«.

Ins *Soziologische* übersetzt, klingt diese Diagnose dann folgendermaßen: Die Anhänger des östlichen Fundamentalismus rekrutieren sich vornehmlich aus den in den Metropolen an der untersten Stufe der Sozialpyramide eingesikkerten Einwanderern, den Ärmsten der Armen, die naturgemäß dem lokalen Proletariat die Märkte und Preise versauen; gegen diese nun richtet sich der Klassenhaß derjenigen Unterklassen-Einheimischen, die ihre materiellen Besitzstände bedroht (und daher dann auch ihre städtische Heimat immer mehr »überfremdet«) sehen. Umgekehrt wird die prekäre Lage der Immigranten von den Propheten eines multinationalen (Sub-)Proletariats aggressiv gegen die unerreichbaren Werte der Wirtsgesellschaft ausgespielt. Ergo: Wir brauchen eine aktive Arbeitsmarktpolitik auch für Immigranten, um deren Mullahs das Wasser abzugraben ... (und, was die psychischen Kosten angeht, natürlich Streetworker für die interkulturell entwurzelte dritte Generation gefährdeter ausländischer Jugendlicher).

Eine andere Schule der Sozialforscher hingegen vermutet weit eher in den Erfolgen dieser agilen Einwanderer, die sich auf neuen Märkten an den Eingeborenen vorbei rasch in die ökonomischen Nischen der Wirtsgesellschaft einfädeln, das entscheidende Motiv ihrer Verfolgung: also Sozialneid. Schlußfolgerung: Wir brauchen mehr Schutz des einheimischen Gewerbes vor der informellen (Schwarzmarkt-)Konkurrenz der Immigranten, rigidere Ladenschlußzeiten und Reinheitsgebote ... (und für die Entsorgungsfront auf dem Psychosektor mehr Toleranzworkshops unter der gefährdeten einheimischen Jugend).

Jedenfalls: eine geographisch, sozial, kulturell äußerst mobile (und somit, wie die Sozialpsychologen folgern, auf starke Identitätsanker angewiesene) Truppe sind sie unbestreitbar, diese Andersdenkenden aus dem Osten. *Religionssoziologische* Untersuchungen sehen daher in einer verbreiteten juristischen, sozialen und kulturellen »Statusunsicherheit« (Meeks) dieser *self-made*-Ein- und Aufsteigergruppen auch den entscheidenden Faktor für die Erklärung des sprunghaften Aufschwungs ihrer Heilsreligion, vor allem in den Städten. Schon im Osten war übrigens das ›interstitielle‹ (d. h. in den Zwischenräumen wirkende) Kommunikationsnetz von Straße und Bazar gleichzeitig der effektivste informelle Kanal der Verbreitung der neuen Heilslehre gewesen. Wer erinnert sich noch daran? Michel Foucault hat 1978 den Cassettenrecordern der iranischen Mullahs eindrucksvolle Reportagen gewidmet. Jetzt also wird dieses »alternative interstitielle Kommunikationssystem« (Mann) auch in den Metropolen des Westens zum Medium der neuen *message*, nämlich einer östlichen monotheistischen Heilsreligion.

Erste *empirische* Erhebungen zur Zusammensetzung ihrer Gemeinden in einer führenden Handels- und Dienstleistungsmetropole lassen in der Tat eher die zuletzt erwähnte Sozialdiagnose plausibel erscheinen. Wir finden unter den schon früh immer wieder verfemten und später dann periodisch verfolgten Fremdgläubigen einen zunehmend repräsentativer werdenden multinationalen »Querschnitt durch das städtische Leben« (Mann). Die neue Heilslehre verbreitet sich – und zwar offenbar mit in der Sozialpyramide aufsteigender Tendenz (Kyrtatas) – ebenso unter Unterklassen-Handlangern und Gastarbeitern wie unter Zwischen- und Teppichhändlern der *(lower) middleclass*. Der Fundamentalismus wurzelt also sowohl in der »urban working class« als auch unter flexiblen Dienstleistern in einer expansiven Service City, »that attracted immigrants from all over the eastern mediterranean to work in its flourishing manufacturing, marketing and service sectors« (Engels).

»Alles fügt sich in dieser Erklärung«, schreibt Michael Mann in seinem

Literaturbericht zum fulminanten Aufschwung der neuen Sektengemeinden in den Städten: »Die Religion wurde durch und über interstitielle Handelsnetze und interstitielle Völker ... verbreitet. Ein Geschehen, das für den Staat weitgehend unsichtbar blieb. Die Gemeinden entstanden sozusagen über Nacht aus dem Nichts« – und, so fügt er sogleich für die Ängste der einsässigen Bevölkerungsmehrheit hinzu, daher rührten auch »die Furcht vor ›geheimen Gesellschaften‹ und die Gerüchte über Greuel und Abscheulichkeiten. [Die fremden östlichen Fundamentalisten] waren kleine, festgefügte Gemeinschaften, die einander mehr Loyalitäten entgegenbrachten, als dies üblich war zwischen Untergruppen, die im urbanen Herzen des Reiches lebten.«

Diese ungewohnt hohe religiöse Binnenloyalität nun erklärt sich – und damit kommen wir zum letzten und unmittelbar *politischen* Faktorenbündel – nicht zuletzt als Reaktion wachsender Anteile der immigrierten multinationalen Stadtbevölkerungen auf ihren »Ausschluß von der offiziellen Macht«. Die meisten Einwanderer haben schließlich nicht einmal lokales Wahlrecht: »Der Ausschluß aus der politischen Verantwortung betraf jede Form von kommunaler Verantwortung.« Denn die Einwanderer*communities* sind zwar, wie wir sahen, ökonomisch schon bald vergleichsweise erfolgreich, aber ohne politische Gleichberechtigung im städtischen Raum; sie mögen auch schnell Eingang in gut dotierte Berufe funktionaler Eliten finden (Ärzte, Techniker, Marketingspezialisten), doch bleibt ihnen der Zugang zur gesellschaftlichen Elite versperrt. Massen von ausländischen Inländern sind somit »von jedem kollektiven öffentlichen Leben, von jeder offiziell akzeptierten normativen Gemeinschaft ausgeschlossen« (Mann).

### *4. Der Prophet und der Kommissar*

Der Kreis der Faktoren schließt sich zu einem sich selbst verstärkenden Mechanismus: Der blockierte Zugang zur politischen Beteiligung führt bei den sich im Milieu von Einwanderer*communities* ausbreitenden östlichen Religionsgemeinschaften zur Akzentuierung der weltanschaulichen Binnenloyalität. Wenn und soweit die kulturelle und politische Abweisung der Umwelt anhält, wird diese sich früher oder später auch gegen die politischen Spielregeln der Wirtsgesellschaft richten.

Bei der in unserem kurzen Streifzug durch die Literatur als Fallbeispiel herangezogenen nahöstlichen Heilslehre war genau dies der Fall. Ihre Gemeinden »haben sich besonders in den großen Städten mit einer für antike Maßstäbe atemberaubenden Schnelligkeit von kleinen Gruppen ohne vorgegebene, feste Organisationsstrukturen hin zu straff gegliederten Gemeinden

mit einem hierarchisch in viele Stufen gegliederten Klerus entwickelt, die bereits gegen Ende des 2. Jahrhunderts wie z. B. in Karthago mehrere tausend oder um die Mitte des 3. Jahrhunderts in Rom weit über zehntausend Mitglieder zählen können« (Schöllgen).

Die Rede ist, wie die Leserin natürlich längst bemerkt hat, von der Ausbreitung des verfemten und verfolgten Christentums in den städtischen Zentren des römischen Reiches in den ersten drei Jahrhunderten unserer Zeitrechnung. Am Anfang der Reise im östlichen Mittelmeer, in Palästina, Syrien, in den noch »dorfähnlichen Armenvierteln einer großen Stadt wie Antiochien« (Brown) finden wir eine vergleichsweise offene Struktur aus Gemeinden und ihren Lehrern – mit einem diffusen Kranz wandernder Gurus.

Die nächste Etappe der Wanderschaft sind dann die Hafen- und Manufakturzentren, die Handels- und Dienstleistungsstädte wie Ephesus, Korinth, Thessaloniki, die wir aus Paulus' Missionsreisen kennen; und bald kommen Alexandrien, die nordafrikanischen Städte im westlichen Mittelmeer und natürlich Rom hinzu. Vermutlich waren diese urkirchlichen Einwanderer-*communities* aus Griechen, Juden, Syrern in ihrer Binnenstruktur manchen religiösen Netzwerken muslimischer Einwanderer in den heutigen *banlieues de l'Islam* (Gilles Kepel) in Barbès oder Kreuzberg gar nicht so unähnlich. Doch wir wissen ja: auch in den Koranschulen hat längst eine islamistisch-integristische Entwicklung eingesetzt, im Zuge und als Konsequenz der rapide fortschreitenden, sozialökonomisch flexiblen, aber politisch und kulturell blockierten ›negativen Integration‹ der muslimischen Inländer ohne bürgerliche Gleichberechtigung.

Die weitere Entwicklung der christlichen Kirche im römischen Reich mag zeigen, wohin eine politische und kulturelle Ausgrenzung von Einwandererreligionen führen kann. Die vermutlich vom Presbyter Hippolytos in Rom (aber charakteristischerweise auf griechisch!) kodifizierte *Traditio Apostolica* aus dem 3. Jahrhundert zeigt schon eine streng geführte und perfekt immunisierte *ekklesia*: Jetzt ist die Gemeinde hierarchisch aufgebaut, um den ›monarchischen Bischof‹ herum strukturiert. Die Kirche kennt auch schon ein sorgsam kontrolliertes Zweiklassensystem aus zölibatärem Klerus und Laien, mit rigider Überwachung der Rechtgläubigkeit (und strengen Kaderakten für neu eintretende Katechumenen, deren Kandidatenstatus drei Jahre dauerte), mit einem normativ dichten eigenen, von Witwen und Diakonen organisierten ›paraklerikalen‹ Netz sozialer Dienste, das immerhin anderthalbtausend Seelen auch leiblich versorgte. Diese Christenheit reproduziert sich bereits in einer rigiden Abschottung gegenüber der Wirtsgesellschaft, die Georg Schöllgen aus ihrer »sozialen Situation der Minder-

heitskirche gegenüber einer feindlichen Umwelt« erklärt. Und diese *Traditio* sei dann zum »Modell späterer Kirchenordnungen« geworden.
Die rigide Binnenstruktur hat aber nicht allein defensive Funktion, sondern entwickelt natürlich die bekannte demokratisch-zentralistische Eigenlogik: »Wie ihr Name *ekklesia* (ursprünglich der Name für die Volksversammlung in der griechischen Polis) offenbart, war diese private Gemeinschaft und Gemeinde politisch« (Mann) – und die Christengemeinde wird sich auch den politischen Spielregeln des spätantiken Pluralismus der Kulte so lange mit Blutopfern widersetzen, bis sie selber die Regeln diktieren kann.
Dann allerdings werden die christlichen Mullahs – lange physisch gefährdet und moralisch bestärkt durch die »zehn Plagen« der Christenverfolgungen (Orosius, *Hist. adv. paganos* VII.27.4 ff.) – zum rücksichtslosen Gegenangriff übergehen: Nachdem sie einmal mit Konstantins und Licinius' Mailänder Edikt (i. J. 313) den Fuß in die Tür der imperialen Kurie gesetzt haben, werden sukzessive nicht nur alle anderen Religionen und Kulte verboten, sondern von Staats wegen auch konkurrierende innerchristliche »Häresien« verfolgt, die – wie der Arianismus als »juste milieu zwischen Evangelium und Heidentum« (Quinet) – die philosophische Isolation der Christenheit hätten verhindern und vielleicht noch eine Ausdifferenzierung zwischen dem Geschäft des Regierens und dem Gesetz des wahren Glaubens hätten zulassen können.
Nach der ideologischen Machtergreifung darf auch die zuvor abgelehnte *pax Romana* als insgeheime *pax Christiana* gefeiert werden: Schließlich ist ja – wie uns Orosius beweist – Jesus laut Gottes Heilsplan unter der das Imperium vereinenden Herrschaft des *divus Augustus* geboren worden, damit die Jünger des Gottessohns unter »allen verschiedenen Völkern [des Reiches] sichere Freiheit hätten, als römische Bürger unter römischen Bürgern aufzutreten und zu sprechen« (VI.1.8). Schon schreibt die werdende christliche Staatsräson die Heilsgeschichte um – und »wer sich nicht mit der Kirche verbindet, ist ein Fremder ... ein Feind« (Orosius meint hier nicht nur die Heiden, sondern auch die »Juden und Häretiker«, VII.33.17 f.).
Die katholische *oikoumene* ›kolonisiert‹ erfolgreich die weltliche *res publica*. Und am Ende dieses Prozesses steht das Staatskirchentum und die Gesinnungsjustiz in den Codices der allerchristlichsten Kaiser. Kostproben? Constantius II. im Jahre 353 an den Mailänder Verwaltungschef: »Verläßt ein Mitglied der christlichen Kirche dieselbe und wird Jude, ... so sollen alle seine Güter dem Fiskus anheimfallen.« Gratian und seine Mitkaiser im Jahre 381 an den Prätorianerpräfekten Ostroms: »Ketzern soll kein geistliches Amt und keine Möglichkeit offenstehn, den Wahnwitz ihres hartnäckigen Gemütes auszusprechen.« (*Cod. Justin.* I.1.2 und 7.1.)

## 5. *Principiis obsta?*

Die toleranten Nachdenker einer mählich an Einfluß verlierenden städtisch-kosmopolitischen Elite hatten schon relativ früh vor einer solchen fundamentalistischen Gefahr der neuen Heilslehre gewarnt. Es gab ja durchaus eine differenzierte religionspolitische Debatte im römischen Reich des 2. bis 4. Jahrhunderts, selbst wenn uns die meisten dieser Schriften nicht erhalten geblieben sind – eine Konsequenz der Bücherverbrennungen, die man mit dem alten Gibbon oder heute mit Luciano Canfora durchaus als integralen Bestandteil der kirchlich-kaiserlichen »Christianisierungspolitik« des 4. Jahrhunderts ansehen kann.

Wir kennen jedoch die Argumente und Traktate jener Schriften fast nur, wenn sie von christlichen Apologeten extensiv zitiert werden: vor allem Celsus mit seinem um 180 entstandenen (und uns leider allein in den Auszügen der etwa siebzig Jahre später verfaßten Gegenschrift des Origines erhaltenen) Buch über *Die wahre Lehre*; des Neuplatonikers Porphyrios' Schrift aus dem 3. Jahrhundert gegen die Christen ist nur in Fragmenten erhalten; und die Toleranzrede des römischen Senators Symmachus aus dem 4. Jahrhundert wurde uns von seinem politisch siegreichen Widersacher Ambrosius als Dokumentenanhang seiner Korrespondenz mit Kaiser Valentinian überliefert.

Gewiß sind diese toleranten Heiden auch arrogant; sie können über den Glauben *(pistis)* der christlichen Sektierer in der Regel nur lachen; von der Warte ihres philosophischen Projekts vernünftiger Argumentation *(logismos)* blicken sie indigniert auf den, wie sie ihn empfinden müssen, primitiven Aberglauben aus dem Osten. Sieht man von Paulus' Rede auf dem Areopag in Athen einmal ab, die in der kulturellen Elite offenbar keine bleibenden Eindrücke hinterließ, sind die Vertreter dieser Immigrantensekte der gebildeten römischen Elite offenbar zuerst als Problem der Fremdenpolizei aufgefallen: über ihre internen Querelen und Schlägereien, nicht anders als uns heute exilkroatische oder türkische *community*-Querelen anmuten mögen.

Nehmen wir nur unser oben angeführtes und – wie Donald Engels betont – für die weitere Ausbreitung der orientalischen Einwandererreligion auch strategisch entscheidendes Fallbeispiel: die achäische Handelsmetropole und dynamische »service city« Korinth mit ihrer schnell gewachsenen und sozial höchst mobilen christlichen Kultgemeinde. Schon beim ersten Eintreffen des neuen Missionars aus dem Osten kommt es wegen seiner Bekehrungserfolge zu erbitterten Konflikten mit einer anderen, verwandten monotheistischen Gemeinschaft, und Paulus wird von diesen feindlichen

Brüdern im Namen des einen Gottes vor den Kadi zitiert. Doch dieser Kadi ist ein aufgeklärter Mann, Statthalter Gallio, ein Bruder des Philosophen Seneca übrigens, und er erklärt sich für den Glaubensstreit zwischen orientalischen Segelmachern und Teppichhändlern als unzuständig: »Wenn es um einen Frevel oder ein Vergehen ginge, so würde ich Euch anhören, wie es recht ist; weil es aber Fragen sind über Lehre und Namen und das (religiöse) Gesetz bei Euch, so seht ihr selber zu; ich gedenke, darüber nicht Richter zu sein« (*Apg* 18.14 f.). Die multikulturelle Toleranz sprach's und wusch sich die Hände in Unschuld. Unter den Rechtgläubigen aber kommt es sofort zu Handgreiflichkeiten: »Da ergriffen sie alle Sosthenes, den Vorsteher der Synagoge, und schlugen ihn vor dem Richterstuhl.« Später dann soll der so im rechten Glauben Belehrte zum zweiten Bischof von Korinth geworden sein.

Aber noch Ende des Jahrhunderts hält, wie wir aus den Briefen des römischen Bischofs Clemens an die Korinther wissen, der Clinch zwischen lokalen Charismatikern und einer sich erst allmählich festigenden bischöflichen Klerikerhierarchie an. Auch in der Hauptstadt Rom selbst scheinen die Christen erstmalig über Prügeleien bekannt zu werden: laut Sueton haben sich rivalisierende jüdische Dissidentengruppen *impulsore Chresto*, »auf Anstiftung eines gewissen Chrestus«, Straßenschlachten geliefert. Und hier liegt das Problem der heidnischen Pluralisten: Die Fremden können ja gut und gerne ihren eigenen Kultus pflegen und ihren östlichen Dämonen, Heroen (Plutarch), Spezialgöttern oder Propheten opfern; bei Celsus heißt es *angeloi*: Botschafter – denn daß der eine Gott der Philosophen in Fleisch und Blut auf die Erde gestiegen sein könne, erschien ihm als Platoniker völlig absurd: Christus müsse ein *goes*, ein Hexenmeister der übelsten Sorte gewesen sein (nach Origenes, *Contra Celsum*: I.71). Aber sie haben verdammt noch mal die gemeinsamen Spielregeln unserer, der überlegenen griechisch-römischen Zivilisation zu akzeptieren.

Wie können wir mit Leuten zusammenleben (wollen), die unserer *res publica* jede politische Loyalität verweigern? Die am Ende ihre lausigen Religionskonflikte in unseren politischen Raum tragen? Werden sich dann nicht bald einheimischer Kulturrassismus und fremdländisch-militanter Monotheismus wechselseitig hochschaukeln? Wie geht man um mit fanatischen Fremdgläubigen, die sich selbst als Rechtgläubige verstehen und die herrschende Zivilisation, deren materielle Leistungen sie doch in Anspruch nehmen, als gottlose *jahiliyya* ablehnen (Kepel)? »Die Diktatur einer Mehrheit, die sich als Demokratie ausgibt, können wir nicht hinnehmen«, so antwortete am 6. Januar 1992 Kalim Siddiqi, Präsident eines selbsternannten »Muslimischen Parlaments« in Großbritannien, zur Frage nach der Legitimität

der aus islamischen Anti-Rushdie-Aktionsgruppen gebildeten Abgeordneten dieser *ecclesia militans*.

Die meisten staatlichen Christenverfolger (ich rede jetzt nicht von Nero oder Decius) handelten übrigens nicht viel anders als heute Bonner Politiker bei der Diskussion um die Überfremdungsgefahr und den Asylparagraphen. Sie ließen die fremden Staatsfeinde und ihre einheimischen Sympathisanten (meist sinnsuchende Damen aus der höheren Gesellschaft) aburteilen, natürlich ›um Schlimmeres zu verhüten‹: um, wie etwa im Jahre 177 in Lyon, der lokalen Lynchjustiz zuvorzukommen. Viele römische Provinzstatthalter haben sich wahrlich nicht danach gedrängt, die fremdgläubigen Christen, über die man sich an den Stammtischen die wüstesten Horrorstories erzählte, bei der ersten besten Gelegenheit der gesetzlichen Todesstrafe für staatsfeindliche Bandenbildung zu unterwerfen. Sie wurden dazu im 2. Jahrhundert oftmals vom gesunden Volksempfinden in den Städten des Reiches geradezu gezwungen. Sie haben sogar mitunter den Angeklagten der fremdgläubigen Sekte alle denkbaren Brücken gebaut, um für sie einen (im Wortsinne) *modus vivendi* zu finden: ›Wir sind ebenfalls gottesfürchtige Menschen‹, sagten sie, ›und das heißt für uns: wir schwören beim Genius des Kaisers und opfern für seine Gesundheit – und auch ihr solltet das tun.‹ Oder: ›Wenn ihr euren Christus anerkennt, so erkennt doch um Gottes willen unsere Götter auch an, und alles ist erledigt ...‹ (Momigliano).

Die Christen aber lehnten als einzige der im Immigranten-, Händler- und später auch Soldatenmilieu verbreiteten östlichen Religionsgemeinschaften, gnostischen Spinner und mystischen Sekten den politischen Tribut an die Ökumene einer pluralistischen Staatsräson ab. »Sie schließen im Geheimen ihre Bünde« (Orig. I.3) und berufen sich auf »gute Gründe« – schließlich wurden sie ja verfolgt –, aber Celsus läßt das Argument nicht gelten: »Doch Vereinbarungen können öffentlich sein, wenn sie den Gesetzen gemäß abgeschlossen werden, oder sie werden im Untergrund geschlossen, wenn sie sich gegen die herkömmlichen Institutionen richten.« Ergo: Eure geheimen Vereinbarungen »widersprechen der gemeinsamen Rechtsordnung« (Orig. I.1). Und dagegen muß einfach die staatliche Gewalt einschreiten: *Principiis obsta!* Wo soll das hinführen? Wenn nämlich alle religiösen oder ethnischen Gruppen sich so verhielten, »dann bliebe unweigerlich [der Souverän] allein und verlassen und die Welt fiele wilden und gesetzlosen Barbaren anheim«, so wendet der Vertreter des okzidentalen Rationalismus gegen den orientalen Propheten ein. »Und dann bliebe auch von Deiner Religion und der authentischen Weisheit unter den Menschen nicht einmal eine Erinnerung« (Orig. VIII.68).

Ob es nun eher psychologische Gründe (Dodds) waren oder der gut organisierte Korpsgeist der »christlichen Republik« (Gibbon) als strukturierter Gegengesellschaft im Milieu multinationaler Stadtbevölkerungen, die sich wie auch andere östliche Kulte, Mysterienreligionen, gnostische Sekten usw. im römischen Reich über nicht-offizielle, aber universalistische Kommunikationsmedien (Märkte und Schrift) verbreitete: Entscheidend für die institutionelle Physiognomie und Dogmatik der neuen Religion wird der Konflikt mit dem staatlichen Kult. Mit katastrophalen Folgen.

Damit bietet die Frühgeschichte des Christentums ein Musterbeispiel dafür, wie durch falsche staatliche Kultur- und Religionspolitik Fundamentalismen im Milieu interkulturell gefährdeter Identitäten, sozialer Statusinkonsistenzen und kognitiver Dissonanzen geradezu gezüchtet werden können. Dodds sprach 1978 sogar vom Totalitarismus der neuen Vielvölkersekte: »Heidnische Kritiker mochten die christliche Intoleranz verspotten, doch in einem Zeitalter der Angst hat jeder ›totalitäre‹ Glaube eine mächtige Anziehungskraft, man denke nur an die, die der Kommunismus in unseren Tagen auf viele Gemüter ausübt.« (Und in einem Brief an George Devereux hat er den »Niedergang des Heidentums im 3. Jahrhundert mit dem des Christentums im 20. Jahrhundert« verglichen ...)

Man kann jeden Vergleich überstrapazieren – so auch den zwischen heutigem islamischen und damaligem christlichen Radikalismus, zwischen liberalen Demokratien und einer imperialen *res publica*. (»Wenn mein Nachbar meint, es gebe zwanzig Götter oder es gebe keinen Gott, tut er mir nicht weh«, schreibt der »Römer« in der Neuen Welt, Sklavenhalter Jefferson in seinem neoklassizistischen Sitz Monticello.) Das imperiale Rom unterschied eben nicht zwischen geistlicher und weltlicher Autorität – und auch die Christengemeinden taten das nicht. Und längst nicht alle islamischen *communities* sind heute zur Trennung von zivilen und göttlichen Gesetzen bereit, obwohl sich die meisten ihrer Mitglieder an die hiesigen Gesetze halten. Die westlichen Gesellschaften haben diese Unterscheidung zwischen Kirche und Staat erst als Konsequenz von Religionskriegen und religiöser Verfolgung lernen müssen; liberale Staaten fußen kulturell schließlich nicht auf Begründungsverfahren universalistischer Ethik, sondern (in den Worten von John Rawls) auf einem »overlapping consensus« verschiedenster Traditionen über die bürgerlichen Grundfreiheiten inklusive der des Kultus. Es ist aber nicht unwichtig, darauf hinzuweisen, daß solche zivile Toleranz im amerikanisch-republikanischen »Rom« *nicht* aus dem Geiste des Antiklerikalismus stammt – oder gar des französischen Laizismus, der die Religions-

gemeinschaften ausschließlich in die Privatsphäre verbannen will und daher beim ersten Schleier in einer staatlichen Schule von minderjährigen muslimischen Jungfrauen die Proskynesis vor der Göttin *République* verlangt: mit voraussehbaren Konsequenzen.

Eine der Wurzeln der »Bill of Rights« (1791) liegt in der Gewissens- und Religionsfreiheit – entstanden aus der Flucht vieler Einwanderer vor religiöser Verfolgung in Europa. In der Neuen Welt hatte die Demokratie von vornherein mit dem religiösen Pluralismus aller mehr oder minder fundamentalistischen Sekten aus der Alten Welt zu rechnen. Die Demokratie in Amerika, die Alexis de Tocqueville vor anderthalb Jahrhunderten beschrieb, ist eine Demokratie, die in ihrem kulturellen Selbstverständnis weder antireligiös (oder, wie die Tradition des europäischen Liberalismus: antiklerikal) noch staatskirchlich geprägt ist.

Für Michael Walzer ist sogar die Gewissensfreiheit, die Religionsfreiheit von *communities* – weit mehr als das Eigentumsrecht – die Wurzel der amerikanischen Demokratie: »Das Eigentum gehört jemand einzelnem, das Gewissen aber jedermann; das Eigentum ist oligarchischen Typs, das Gewissen demokratisch oder anarchisch« – aber es kann auch fundamentalistisch werden: Die Strömung der »Fundamentalisten« als patriarchalische und konservativ-gesetzesethische Radikalisierung weißer anglo-amerikanischer Unter- und Mittelklassenprotestanten entstand bekanntlich zu Anfang des Jahrhunderts in den USA auch als Reaktion auf den massenhaften Zustrom katholischer (irischer, italienischer, polnischer) und (vor allem ost-)jüdischer Einwanderer in die Großstädte. Amerika verlor einen Teil seiner rein protestantischen Prägung und wurde auch religiös zu einer »Nation von Nationalitäten« (Horace Kallen). Die multiethnische und die inter-religiöse Toleranz wurden erneut zum erbitterten Konfliktfeld und konnten nur in diesen Konflikten neu austariert, erweitert werden: Es kam im Ergebnis natürlich weder zum ethnischen Schmelztiegel noch zum Verschwinden des religiösen Fundamentalismus, sondern die ethnische Vielfalt der USA wurde um einige »Bindestrichidentitäten« erweitert, und die religiöse Konfliktpalette ist noch unübersichtlicher geworden.

Michael Walzer hat eine solche Entwicklung mit der begrifflichen Trias von *articulation, negotiation* und *incorporation* zu charakterisieren versucht. Nicht als zeitliche Sequenz, da z. B. in den USA in der Regel das Bürgerrecht (die »Inkorporation«) erst die Voraussetzung für die Konfliktfähigkeit darstellt; in Europa hingegen sind derzeit die Bürgerrechtskriterien und Einbürgerungsquoten für Einwanderer Gegenstand von Konflikten und Verhandlungen, wobei die Betroffenen gar nicht mit den Beteiligten identisch sind.

Und deshalb (aber gewiß nicht *nur* aus diesem Grunde) erhalten die Religionsgemeinschaften der Einwanderer zusätzliche Funktionen, vor allem die der Artikulation. Natürlich gibt es einen Konflikt zwischen Islam und Christentum (sowie den Fundis und Liberalen in beiden Religionen des Buchs), zwischen einer militant-jakobinischen und einer weltlich-toleranten Einstellung von Agnostikern. Aber noch haben hierzulande die islamischen Kultgemeinden nicht denselben Rechtsstatus wie die – in einigen Fragen genauso fundamentalistischen – christlichen Kirchen.

Auch für die religiöse Demokratie gilt: Der Konflikt muß sich artikulieren können, die konfligierenden Parteien – ethnische und religiöse *communities* – müssen ein Terrain des Aushandelns (er)finden oder besser entwickeln. Und die Voraussetzung für einen solchen Aushandlungsprozeß, bei dem Konflikte die politische Gemeinschaft nicht sprengen müssen, ist die Inkorporation der Gegensätze, anders gesagt: die Mitgliedschaft aller Konfliktparteien. Das Bürgerrecht für Einzelne. Die zivile Gleichberechtigung für Religionsgemeinschaften und Kirchen – im Rahmen rechtsstaatlich garantierter und von allen Beteiligten zu respektierender Grundfreiheiten, *obviously*.

Aber ein Europa mit islamisch-fundamentalistischen Einwanderern aus dem Süden, mit polnisch-katholischen Fundis, orthodoxen Nationalisten verschiedenster slawischer Nationen aus dem Osten? Werden da nicht bald die in der Alten Welt ohnehin schwachen Trennwände von Kirche und Politik, von Gesetz und Gewissen, von freier Wirtschaft und Schwarzmarkt, von Öffentlichkeit und Untergrund überlastet werden? – *Ja:* natürlich werden sie das. – Sollten wir da nicht lieber den Zuzug der Unterwanderer blockieren – oder den schon eingesickerten undurchsichtigen Mullahs wenigstens nicht auch noch unsere Öffentlichkeit zur Verfügung stellen? – *Nein:* Wir können gar nicht – auch wenn wir wollten. (Aber wir sollten auch nicht wollen.) Schon aufgrund der eingangs erwähnten demographischen Entwicklungen, auf die hierzulande Heiner Geißler seine Unionschristen immer wieder hinweist. »Denkt an die Römer« – schrieb Philipp von Makedonien an die Einwohner von Larissa zum Problem der *oliganthropia* –, »sie gewähren sogar ihren Sklaven das Bürgerrecht. Wenn sie sie erst einmal freigelassen haben, nehmen sie sie unter den Bürgern auf und gestatten ihnen, öffentliche Ämter zu bekleiden.« (Er fügte als Köder noch hinzu: »Auf diese Weise haben sie nicht nur ihr Vaterland vergrößert, sondern auch ungefähr siebzig Kolonien gegründet«, ein Argument, das wir heute vielleicht lieber nicht ausreizen sollten.)

Die Festung Europa wird also nicht funktionieren – oder sie wird, wenn sie funktioniert, genau das (in) Europa zerstören, was sie angeblich schützen

soll. Man kann keine Toleranz mit dem Mittel der Verfolgung verteidigen. Die Einwanderungsquoten, die wir gewiß (und möglichst bald) brauchen, sind hier zwar nicht mein Thema: aber auch die wird man nur regulieren können, wenn die öffentlichen – d. h.: an »runden Tischen« (Leggewie) zwischen Ausländerbehörden und Ausländervertretungen, Gewerbe-, Sozial-, Wohnungsämtern und den Religionsgemeinschaften verhandelten – Kriterien und Zahlen nicht von vornherein unrealistisch sind. Das heißt, sie müssen dem tatsächlichen, noch illegalen oder »schwarzen«, unkontrollierten Einsickern hinreichend nahe liegen, um die Einwanderungsbewegungen auch staatlich steuern, filtern, umlenken zu können.

Und die Religionsfreiheit? Die westliche Gewaltenteilung und Sphärentrennung zwischen Religion, Politik, Wissenschaft und Kultur ist ja nicht bloß eine Verfassungsregel, sondern verkörpert selbst eine bestimmte »Lebensform« und zwar eine »historisch kontingente Tradition« (Charles Larmore). Auch die Entkoppelung religiöser Bekenntnisse von der Staatsgewalt, die jetzt ›nur‹ mehr die Aufgabe hat, den freiheitsverbindlichen Rahmen ihrer Koexistenz und Konkurrenz zu sichern – anders gesagt: die Entscheidung, ›letzte Fragen‹ (nach dem guten Leben, dem Namen des Herrn) nicht zum Kriterium der politischen Gemeinschaft zu machen –, mag zwar *weniger* an unmittelbar, ›fraglos‹ geteilten Werten zwischen allen Beteiligten implizieren, aber sie erfordert ein höherstufiges *Mehr* an Bürgeridentität (oder ›ziviler‹ Religion): Die liberale Gemeinschaft ist eine komplexere Sittlichkeit als die Kultgemeinde oder die Staatsreligion, verlangt sie doch von jedem Mitglied auch das Bewußtsein der Differenzen zu anderen *communities*, die das übergeordnete Gemeinwesen gleichwohl verkörpert.

Die liberale Identität von Differenz und Identität ist damit für Störungen in der moralischen Ökologie weitaus anfälliger. Die Frage ist ganz einfach, ob es dem Westen gelingt, unsere Formen des kulturellen Pluralismus gegenüber radikalen östlichen Vielvölkersekten vor dem Schicksal des toleranteren heidnischen Polytheismus zu bewahren, der gegenüber den Anhängern Christi so lange eine radikale Abgrenzungspolitik betrieb, bis diese dann aus dem Untergrund die Macht ergriffen. Die Alternative zum religiösen Untergrund ist der offene Streit – auch um den rechten Glauben. Viele Wege zu dem einen Gott.

Und das ist (erst recht beim monotheistischen Islam) *kein* primär theologisches Problem. »Einer ist Gott, doch trägt er viele Namen«, schrieb, wohl im ersten Jahrhundert, unter dem Namen des Aristoteles ein spekulativer platonischer Eklektiker (*Peri Kosmou* 401a). Doch einzig in der offenen Gleichberechtigung können Fremdgläubige jene pluralistische Toleranz erlernen, deren Wurzeln vermutlich in einer radikalen Transzendenz Gottes

am besten aufgehoben sind, auf die auch Celsus, Philo oder Origenes, neuplatonisierende Heiden, Juden und Christen in der Multikulti-Metropole Alexandria schon verfallen waren, bevor dann das Christentum von Staats wegen kam. »God is so great – he does not have to exist« (Charles Larmore): Gott ist so groß, daß er es gar nicht nötig hat, in der Welt selbst – oder auch nur durch Statthalter, Stellvertreter, Kalifen und Staatsgesetze – einzugreifen. Ein Gott – kein Kaiser, kein Tribun. »Würdiger jedoch und geziemender ist der Gedanke, er throne am höchsten Ort, während seine Kraft ... den gesamten Kosmos durchdringt« (*Peri Kosmou* 389b). Die radikale Transzendenz Gottes setzt die Welt frei. Die Gotteskinder müssen sich dann untereinander streiten.

## *Literaturhinweise*

Von den benutzten Quellenausgaben seien nur erwähnt die exzellente Celsus-Edition von G. Lanata (Celso, *Il discorso vero*, Mailand 1987) und die von G. Schöllgen im 1. Band der verdienstvollen *Fontes christiani* des Herder Verlags zweisprachig hrsg. *Didache* und *Traditio Apostolica* (Freiburg 1991).

Kontrastierende klassische Deutungen: Edward Gibbons *Verfall und Untergang des Römischen Reiches* (Nördlingen 1987) und Edgar Quinets *Le Christianisme et la Révolution Française* (1845, Reprint Paris 1984).

Zum aktuellen Forschungsstand s. die von P. Veyne und P. Brown verfaßten Kapitel im 1. Band der *Geschichte des privaten Lebens* (Frankfurt/M. 1989). Zum Literaturbericht: P. Brown, *Die Keuschheit der Engel* (München 1991); E. R. Dodds, *Heiden und Christen in einem Zeitalter der Angst* (Frankfurt/M. 1985); D. Engels, *Roman Corinth* (Chicago 1990); D. Kyrtatas, *The Social Structure of the Early Christian Communities* (London 1987); M. Mann, *Geschichte der Macht 2: Vom Römischen Reich bis zum Vorabend der Industrialisierung* (Frankfurt/M. – New York 1991), W. Meeks, *The First Urban Christians* (New Haven 1983); A. Momigliano, *On Pagans, Jews, and Christians* (Middletown, Conn. 1987).

Liberale Demokratie und religiöse Toleranz: G. Kepel, *Die Rache Gottes* (München 1991); M. G. Losano, »Contra la società multietnica«, in: *MicroMega* 5/1991; Ch. Larmore, *Beyond Religion and Enlightenment* (Mskr., Columbia University, 1991); J. Rawls, »Justice as Fairness: Political not Metaphysical«, in: *Philosophy and Public Affairs* (1985); M. Walzers Buch zu ziviler Gesellschaft und amerikanischer Demokratie erscheint im Herbst 1992 im Rotbuch Verlag.

# Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag Die neuen Bücher

- Gershom Scholem, Sabbatai Zwi.
  Der mystische Messias
  ca. 1128 Seiten. Leinen. ca. DM 120,–
- Beschreiben des Holocaust. Darstellung und Folgen der Interpretation.
  Von James E. Young
  340 Seiten. Gebunden. ca. DM 38,–
- Wolfgang Koeppen, Jakob Littners Aufzeichnungen aus einem Erdloch
  152 Seiten. Leinen. ca. DM 28,–
- Abraham Sutzkever, Griner Akwarium – Grünes Aquarium
  ca. 160 Seiten. Gebunden. ca. DM 32,–
- Über Juden in Deutschland
  Von Gert Mattenklott
  204 Seiten. Gebunden. ca. DM 34,–
- Margarete Susman, »Das Nah- und Fern-Sein des Fremden«
  Essays und Briefe.
  Hg. Ingeborg Nordmann
  276 Seiten. Gebunden. ca. DM 38,–
- Jüdische Lebenswelten
  Band 1: Ausstellungskatalog
  792 Seiten mit 734 Abb.
  Gebunden. DM 56,–
  Band 2: Essayband
  408 Seiten mit 273 Abb.
  Gebunden. DM 40,–
  Beide Bände in Kassette DM 90,–

# Rainer Joedecke
# Willkommen in Hoyerswerda

Sechs Tage ist es jetzt her, daß man sie weggeschafft hat. Wegschaffen mußte, besser gesagt. Zu ihrer eigenen Sicherheit. Am Montag dem 23. September 1991 hat man sie in Busse verfrachtet, Schwarze aus Ghana, braune Vietnamesen und Rumänen, fast alle weiß, bis auf ein paar Zigeuner. Zweihundertunddreißig waren es insgesamt. Ihr bißchen Hab und Gut konnten sie mitnehmen, ihre Kinder natürlich auch. Dann setzte sich unter dem Beifall einer tausendköpfigen Menge der Konvoi in Bewegung – mit unbekanntem, aus Sicherheitsgründen geheimgehaltenem Ziel.

Obwohl der Abtransport von einer Hundertschaft Bundesgrenzschutz gesichert wurde, flogen bei der Abfahrt doch noch einige Steine gegen die Scheiben der Busse. Aber bis auf einen Vietnamesen, einen »Fidschi«, wie man hier sagt, wurde dabei niemand ernsthaft verletzt.

Heute ist Sonntag der 29. September, der Sonntag danach, und die Hoyerswerdaer feiern ihren Erntedank. Die dreitägigen Festlichkeiten haben schon am Freitag begonnen mit der Eröffnung durch Bürgermeister Ahrendt und Superintendent Vogel, anschließend Bläsermusik des Posaunenchors der evangelischen Kirche. Gestern, so das Festprogramm, war dann um acht Uhr der Beginn des Markts, um zehn Uhr im Bierzelt der Beginn des Ausschanks und auch des Kinderfests, um fünfzehn Uhr gab es »Musik und Bräuche der Sorben mit den Bröthener Blasmusikanten, dem Kinderchor Hoyerswerda und der Trachtengruppe der OS IX«.

Ich bin heute um halb zehn in Hoyerswerda angekommen, zu spät, um den »Festzug mit der Erntekrone zur Johanneskirche« noch mitzuerleben. Der feierliche Gottesdienst hat auch schon angefangen. Superintendent Vogel ist mitten in der Predigt, als ich die Kirche betrete, »... und wir können das nur immer wieder einüben, dieses Leben als Antwort des Dankes. Aber es muß doch in dieser Stadt zu spüren sein, daß hier Christen leben, evangelischen und katholischen Glaubens, diesseits und jenseits der Elster, die eine andere Meinung haben als die, die in diesen Tagen über Hoyerswerda verbreitet wurde. Ein Leben als Antwort des Dankes, Gott zu danken und sein Leben zu teilen ...« Die Kirche ist voll, Alte, Junge, ein paar Sorben in Festtracht.

Durch Kamera und Notizblock als Journalist erkennbar, ernte ich mißtrauische Blicke. Böse Blicke, auch halb böse: etwas ängstlich Angespanntes, Geducktes ist in den Gesichtern und läßt die bösen Blicke verschwimmen. Wenn man zurückblickt, wenden sie sich sofort ab, blicken nach unten, aufs Gesangbuch.

Nach der Predigt verliest der Pastor noch einen Hirtenbrief des Bischofs. »Viele reagieren mit Betroffenheit und Besorgnis auf die immer neuen Nachrichten von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Ausländern. Wir bedauern, daß Ausländer und Asylsuchende bei uns auf soviel Feindschaft stoßen und ihnen mit Gewalt begegnet wird. Wir bitten, in einem jeden Menschen zuerst den Mitmenschen und nicht den Fremden zu sehen. Vorgänge wie die in Hoyerswerda schaden uns allen in den neuen Bundesländern. Sie untergraben das notwendige Vertrauen und setzen unsere Menschlichkeit und Politikfähigkeit in den Augen der übrigen Öffentlichkeit herab.« Superintendent Vogel muß husten, einige Gläubige husten gleich mit. Dann fährt er fort: »Sie werfen aber auch die Frage auf, ob man bei der Unterbringung der Ausländer hier verantwortlich genug vorgegangen ist. War es verantwortlich, fast dreihundert Asylsuchende unterschiedlichster Nationalität inmitten der Wohnblocks unterzubringen?« Der Bischof bittet die Politiker, doch zu bedenken, daß die »Situation« hier in Hoyerswerda eine Belastung durch Ausländer einfach nicht vertrage. »Nicht Mauern und Stacheldraht um Asylantenheime werden Lösungen bringen, sondern nur das sehr sensible Wahrnehmen der wirklichen Situation der Bevölkerung!« Nach diesen tröstlichen Bischofsworten drängt es die Gemeinde fast geschlossen zum heiligen Abendmahl.

Vor dem Kirchenportal steht eine bunte Stelltafel mit dem Festprogramm. Jemand hat noch ein DIN-A4-Blatt dazugeklebt, einen Aufruf zu einer antifaschistischen Demonstration, heute um 14 Uhr in Hoyerswerda. Ein langer Text: »In der letzten Woche erlebte dieses Land in Hoyerswerda faschistischen Terror – getragen von weiten Teilen der Bevölkerung und unter den Augen einer schweigenden Mehrheit. Nun, nachdem ein großer Teil der AusländerInnen aus der Stadt vertrieben ist, glauben die BürgerInnen aus Hoyerswerda wieder in Ruhe und Ordnung zur Tagesordnung zurückkehren zu können ...«

Als die Gemeinde aus der Kirche strömt, gibt es neugierige Blicke auf das Manifest. Die meisten lesen nur bis zur zweiten Zeile und wenden sich dann abrupt ab, ohne ein Wort. Einige bleiben länger stehen, studieren den Text zu Ende. Keiner sagt was dazu. Doch in den Mienen steht manches geschrieben. Man sieht förmlich, was ihnen auf der Zunge liegt. Aber hier vor der Kirche und nach dem Abendmahl ...

Auf dem Platz vor dem Rathaus, hundert Meter von der Johanneskirche entfernt, ist der Markt, ein paar Stände mit Obst, Gemüse, Billigkleidung, Modeschmuck, Kosmetik, zwei Bratwurstbuden. Ein Drückerpaar, im allerwindigsten Schick gekleidet, versucht Versicherungen zu verkaufen: »Entschuldigen Sie bitte, wir machen hier eine Umfrage ...« Im Rathauseingang ist eine Musikanlage aufgebaut und bedudelt den Platz mit Kaufhausmusik. Und von der gegenüberliegenden Seite, aus dem Bierzelt, dröhnen die Bröthener Blasmusikanten. Trotzdem liegt eine bleierne Stille über dem Platz. Im Bierzelt sitzen sie stumm und starr vor dem Bier und der Blasmusik. Und draußen sind diese trostlosen jungen Paare mit Kinderwagen. Um die zwanzig erst und schon verhärmt und verblaßt wie die Rentner.
Kein lautes Wort ist zu hören. Bis auf den Holländer, der Trauben verkauft. In einer Ecke des Platzes hat er seinen Lastwagen stehen, vollgeladen mit Puglia-Trauben. Zwei Paletten mit Kilogebinden stehen auf dem Pflaster vor dem Lastwagen. Der Holländer, Mitte fünfzig, steht daneben und kommandiert in scharfem Rudi-Carrell-Deutsch: »Zwei Mark das Kilo Trauben hier. Und hier das Geld hinlegen! Hier hinlegen das Geld!« Er deutet dabei auf seinen Tisch, auf dem schon ein kleiner Silbersee liegt. Die Trauben sind schön und preiswert, die Leute drängeln sich darum. »Los, Leute! Hier das Geld hinlegen!« ruft der Holländer. Und er schaut auf sie mit einem Blick – vielleicht hat er ja mal etwas erlebt, damals im Reich? »Und abgezählt das Geld! Hier hinlegen!«
Manche möchten ja ein bißchen aussuchen, sich ein extra schönes Körbchen ergattern. Aber da gibt es was vom Holländer: »Finger davon weg!« Es ist nicht mehr der geringste Rest Scherzhaftigkeit in seinem Ton. »Nicht aussuchen! Früher haben Sie doch auch genommen, was da war!« Da zucken sie zusammen, nehmen ganz schnell das nächstbeste Körbchen und legen das abgezählte Geld auf den Tisch des Holländers. Der schaut gar nicht hin auf das Geld. Und durch die Leute schaut er durch, glatt durch.
Und keiner muckst. Und keiner wagt ihm in die Augen zu sehen, dem Holländer.

Sie haben da neulich so ein kleines Pogrom veranstaltet, die Leute von Hoyerswerda. Das heißt, die Leute selbst eigentlich nicht, die Bürger also. Weil, das ist ihnen allen klar, und das bekennen sie auch öffentlich und ungefragt: »Ausländer sind ja auch Menschen!« Und gegen Gewalt sind sie alle, die Bürger hier. Nur, da gibt es eben jetzt diese Rechtsradikalen, die Skinheads, die »Glatzen«. Mal abgesehen von den Modeglatzen sind das, nach zuverlässigen Schätzungen, etwa 20 Mann, die man zum harten Kern zählen kann.

Und diese 20 Mann haben das in die Hand genommen, die Sache mit den Ausländern.
Angefangen hat es am Dienstag dem 17. September, im Zentrum vor dem »Haus der Berg- und Energiearbeiter«. Da haben sie zuerst einmal die Fidschis gejagt, die dort immer geschmuggelte Zigaretten verkaufen. Die kriegten es mit Baseballschlägern und mit Tischbeinen. Und als sie die dann weggeputzt hatten, ohne irgendeine Behinderung durch Bevölkerung oder Polizei, sind sie weitergezogen zur Albert-Schweitzer-Straße, mit Steinen und Brandflaschen bewaffnet, um dort das Ausländerheim zu stürmen. Die Vietnamesen und Moçambiquaner haben sich aus den Fenstern verteidigt, sie hielten dem Angriff zwei Stunden stand. So lange dauerte es nämlich, bis schließlich die Polizei eintraf und in letzter Minute die Erstürmung des Hauses verhinderte. Am nächsten Tag ging der Krieg weiter in der Albert-Schweitzer-Straße, und dann waren auch die Asylanten in der Thomas-Müntzer dran. Eine ganze Woche ging das so, dann hatten die Glatzen gesiegt: Polizei und Bundesgrenzschutz sahen sich außerstande, die Ausländer in Hoyerswerda noch weiterhin zu schützen. So hat man sie eben weggeschafft an einen unbekannten Ort. Von einem kräftigen »Sieg Heil!« begleitet. Da war dann Hoyerswerda praktisch ausländerfrei.
Der unschöne Vorfall brachte die Stadt in die Medien – international –, es wimmelte hier von Journalisten aus aller Welt. Deshalb sah sich die Stadtverordnetenversammlung veranlaßt, eine Presseerklärung herauszugeben, die diese »Ereignisse« (so das Papier) ins rechte Licht rückte. Kernsatz der Erklärung: »Alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung stehen hinter der Entscheidung, die ausländischen Bürger zunächst aus unserer Stadt in Sicherheit zu bringen. Wir sehen es nicht als ein Nachgeben gegenüber den rechtsradikalen Gruppierungen oder gar einen Sieg der Gewalt. Diese in Abstimmung mit allen politische Verantwortung Tragenden in Stadt, Kreis und Land getroffene Maßnahme diente dazu, eine weitere Eskalation zu vermeiden und Ruhe sowie Sicherheit wieder herzustellen.« Das Papier ist unterzeichnet von allen Fraktionsvorsitzenden: CDU/DSU, PDS, SPD, FDP, Grüne ...
Die Bürger von Hoyerswerda haben sich an den Ausschreitungen natürlich nicht beteiligt. Nur Sprechchöre haben sie dazu gemacht: »Brennt die Bude doch ab!« und »Ausländer raus!« und »Kalaschnikow her und reinhalten!« Und geklatscht natürlich. Aber an den eigentlichen Gewalttaten waren die Bürger hier nicht beteiligt. Sie haben sich das Spektakel halt angeschaut. »So eine Randale war ja für die Leute hier was Neues. Sowas gab's ja früher nicht, weil da die Stasi alles im Griff hatte«, sagt Herr Zeidler, Lehrer an der Polytechnischen Oberschule (POS) 23. »Und da sind sie eben alle hingepil-

gert, als das in der Thomas-Müntzer losging, mit Familien und Kinderwagen und Bier, so wie sonntags früher in den Wald.«
Heute, zum Erntedankfest, haben sich die Autonomen angesagt. Und sie kommen auch, gegen halb drei, mit Bahn und Bussen und PKWs, aus Kreuzberg, aus Frankfurt, aus der Hafenstraße. An die dreitausend Leute. Sie ziehen durch die Stadt und sagen diesen Bürgern hier die Meinung, daß es fetzt. »Barbaren seid ihr! Die Ausländer habt ihr beleidigt! Eine Schande ist das!« kommt es über Lautsprecher. »Da denkt mal drüber nach!« Und die Sprechchöre: »Nazis vertreiben / Ausländer bleiben«, »Haut die Naziglatzen / bis sie platzen«. Wie die Racheengel kommen sie über Hoyerswerda, die Autonomen. Und fassungslos hören und sehen die Bürger sich das an, aus den Fenstern hängend, in Hauseingänge gedrückt. Und sie müssen mit ansehen, wie ihre Häuser beschmiert werden mit »Nie wieder Deutschland!« und »Nazis raus!«. Dann wird auch noch Pflaster aufgerissen, als der BGS den genehmigten Zug einfach abblocken will. Da fliegen Steine. Und Autos werden beschädigt. Autos! Und ein paar Glatzen fischt man sich auch aus den Hauseingängen, die kriegen kräftig was auf die Mütze.
Ein wilder Junge um die sechzehn springt auf eine Gruppe Bürger zu, die sich in sicherer Entfernung postiert haben, brüllt sie an: »Was gibt's denn hier zu glotzen! Ihr habt lange genug zugeschaut, ihr Wichser!« Ob die denn wohl diese Demo verstehen, die braven Bürger, frage ich den Jungen. »Das ist doch unwichtig«, sagt er. »Hauptsache, sie vergessen diese Demo nicht. Die sollen da noch lange dran denken!« Irgendwann höre ich, wie eine Zuschauerin in den Vierzigern zu ihrem Begleiter sagt: »Ich verstehe das nicht, Heinz, wieso randalieren die denn jetzt noch? Die Ausländer sind doch jetzt weg!«

Am Montag ist dann wieder Ruhe in der Stadt. Es grummelt nur noch so ein bißchen im Volk, wegen gestern. Hier und da sieht man sie grüppchenweise vor den beschmierten Fassaden stehen, kopfschüttelnd die Schäden begutachtend. »Das darf doch nicht wahr sein«, ist da zu hören, und: »Das sind doch keine Menschen mehr, das sind Tiere! Tiere sind das!« Und von »Totschlagen« ist einige Male die Rede. Aber das sind halt so Reden, unbedacht, im Affekt.
In der Liselotte-Hermann-Straße fotografiere ich ein Verkehrsschild mit Autonomen-Aufkleber. Ein Alter auf dem Fahrrad hält neben mir, starrt mich stumm an. Ich frage ihn, was anliegt. »Die sollten sie alle zum Teufel jagen!« bricht es aus ihm heraus. »Wen zum Teufel jagen?« – »Na die aus Hamburg und Berlin! Was geht denn die das an! Das ist hier unsere Sache.«

Es gibt auch andere. Auf dem Lausitzer Platz sehe ich eine alte (deutsche) Frau, die eine junge Vietnamesin herzlich begrüßt und umarmt. Fünfzig Meter weiter tanzen zwei Dreikäsehochs mit Schulranzen auf einem niedrigen Mäuerchen herum, auf dem ein Fidschi seine Ware ausgelegt hat. »Ausländer raus! Ausländer raus!« krähen sie fröhlich, als wäre das ein gelungener Spaß. Es beachtet sie aber niemand, und so wird ihnen das Spiel bald langweilig.

Am späten Vormittag beginnt man mit der Säuberung der Stadt. Mehrere Putzkolonnen sind unterwegs mit Hochdruckspritzen, Bürsten und »Graffiti-Ex« und säubern die Fassaden von den antirassistischen Parolen. Die Nazi-Sprüche, die Hakenkreuze in Toreinfahrten und an anderen geschützten Orten läßt man da, wo sie sind. Die stören hier niemand groß. Nur in der Einfahrt zum Wohnheim in der Albert-Schweitzer-Straße werden das Hakenkreuz und das »Neger raus!« übertüncht. Aber da treiben sich ja auch den ganzen Tag die Journalisten herum und filmen und fotografieren die verbliebenen Neger vor dem »Neger raus!«.

Nachmittags bin ich im Rathaus mit Ulf Scholz verabredet, dem Pressereferenten der Stadt. Herr Scholz beklagt sich über den »Presserummel« und die »Sensationsberichterstattung«, die dem Ansehen der Stadt schweren Schaden zugefügt hätten. »Überhaupt«, meint Herr Scholz, »wenn da nicht jeden Tag in den Medien so groß und breit darüber berichtet worden wäre, dann wär das alles ganz anders gelaufen. So hat doch der letzte Penner in Berlin gewußt, was hier los ist.« Herr Scholz zählt mir die Schäden des gestrigen Tages auf: Schäden an Verkehrszeichen, Werbevitrinen, Autos, Fassaden, Pflasterung, Grünanlagen – eine halbe Million an Schaden soll insgesamt entstanden sein. Wieviel Schaden denn die Rechten angerichtet hätten, frage ich ihn. »Da kann ich Ihnen jetzt keine Summe nennen«, sagt Herr Scholz. »Jedenfalls sind die Nazischäden verschwindend gering dagegen.«

Dann sprechen wir ein bißchen über Ausländerfeindlichkeit und wie das alles hier so kam. »Es gab hier schon immer Spannungen, schon seit den siebziger Jahren«, sagt Herr Scholz, »Spannungen dahingehend, daß die Bürger durch eine gesetzlich verordnete Ausländerfreundlichkeit gesehen haben, daß Ausländer Privilegien genießen, Privilegien dahingehend, daß sie Visa besaßen und im Westen einkaufen konnten. Und dieser Frust von damals kommt jetzt raus. Die Leute hier sind nicht nachtragend, aber sie können eben nicht vergessen.« Ob er sich denn vorstellen könne, daß wieder einmal Asylanten in Hoyerswerda untergebracht würden? »Selbstverständlich!« sagt Herr Scholz im Brustton. »Ich hoffe sogar, daß wieder welche kommen. Wir sind doch keine ausländerfeindliche Stadt! Es müßten dann

allerdings schon anerkannte Asylanten sein. Und zur Zeit wäre das wahrscheinlich unklug, politisch unklug.«
Die Gemüter müßten sich zuerst beruhigen, meint Herr Scholz. »Wir müssen jetzt einfach mal Ruhe in die Stadt reinbringen. Da muß Ruhe rein, damit der ganz normale Alltag wieder läuft, der ewige Trott.« Ulf Scholz ist zuversichtlich: »Ich bin fest davon überzeugt, in einer Woche hat die Stadt das vergessen, was hier passiert ist.«
Beim Bürgermeister, Herrn Ahrendt, einem Wessi aus Bad Münstereifel, bin ich dann auch noch kurz. Der sagt mir ebenfalls, daß Ruhe die erste Pflicht sei. »Es muß jetzt einmal eine Zeit der Ruhe kommen, wo man sich mit den allgemeinen Aufgaben dieser Stadt beschäftigen kann.« Sonst sagt der Bürgermeister nicht viel. Nur daß das eigentlich niemand so gewollt hat hier.

Am Honoratiorenstammtisch im Ratskeller wird wieder einmal laut über die ganzen Niggers räsoniert. Und über die Fidschis und die Kameltreiber und die Schneebällchen und wie sie hier alle heißen. Jedes ausländische Volk nach seiner Art. Ich sitze am Tresen und bemühe mich, nicht so genau hinzuhören. Da fliegt plötzlich die Schwingtür am Eingang auf, und eine Parfumwolke fetzt in den Raum. Es ist die Superblonde im kleinen Schwarzen, offen bis zum Nabel, die ich vor zwei Tagen schon einmal im City-Hotel gesehen habe, zusammen mit ihrem Kerl.
Der Bezirksschornsteinfegermeister samt der übrigen Schar verstummt auf der Stelle, überwältigt, wie abgewürgt, als die Blonde auf high heels, wiegend und wippend an den Tresen geht und sich auf den Hocker neben mir setzt. Wir kommen ins Gespräch. Lilli heißt sie und ist Grazerin. Ihr Hobby, sagt sie, sind Männer. Und ihr Beruf auch. Sie bestellt sich eine Gulaschsuppe mit einem Glas Schampus und lacht so gurrend und girrend, daß den zwei Jungs neben mir am Tresen fast die Augen rausfallen vor Andacht, und sie müssen ganz trocken schlucken. Lilli hat zuletzt in Pirmasens gearbeitet. Dann ist ihr »Finanzberater«, so nennt sie ihn, weg in die Bautzener Gegend. Und in Pirmasens war's nichts Rechtes mehr, zwanzig Clubs für nur vierzigtausend Einwohner. So ist sie schließlich, vor drei Wochen, hier gelandet, im neueröffneten Beate-Uhse-Laden mit angeschlossenem Puff im ersten Stock eines Einfamilienhauses, in der Altstadt von Hoyerswerda.
Das Geschäft floriert, wie Lilli erzählt. Da wären nur noch Personalprobleme. »Des is a totaler Schmarrn, wie es amal in der Zeitung g'heißen hat, daß mir da drei Thailänderinnen hätten! Solche falschen Berichte in der Presse sind echt geschäftsschädigend. Weil da kommt der Gast und will Gott weiß was erleben, aber da bin nur ich und die Chefin und a Aushilfe am

Mittwoch und am Freitag. Und da ist keine Thailänderin oder a Rumänin, wo's doch so scharf drauf wärn. Das kann man mit dem Gast nicht machen. Weil dann ist der enttäuscht und kommt vielleicht nimmer.«
Die Gäste seien in Ordnung, meint Lilli, »alles liebe, brave Bürger, charmant, zugänglich und liebenswert«. Bessere Leute meist, weil oben im ersten Stock – mangels Konkurrenz – die Preise auf Weltstadtniveau liegen. Die Flasche Sekt kostet 300 Mark inclusive kleiner Gefälligkeiten, und dann geht's weiter ... »Aber«, sagt Lilli, »mir hamm ja unten im Parterr auch was für den kleinen Mann von der Straße. Da haben wir Videokabinen und hinten noch so a Sexkino. Da kann der kleine Mann sich auch fühlen.«

»Es geht doch hier eigentlich gar nicht um die Ausländer, das ist doch nur ein Ventil«, sagt Herr Bialas. Herr Bialas ist Handwerker, 53 Jahre alt. Ich treffe ihn auf der Straße vor dem Ausländerwohnheim, im Gespräch mit einer Bekannten, Frau Streckel, 54, Angestellte bei der Wohnungsgenossenschaft. Beide wohnen seit etwa fünfzehn Jahren hier, Herr Bialas direkt neben dem Wohnheim, Frau Streckel schräg gegenüber.
»Die Ausländer sind doch nicht schuld an der ganzen Misere«, meint Herr Bialas, »es geht doch um viel tiefere Dinge. Die Menschen hier sind in eine Situation geraten, wo sie nicht mehr ein noch aus wissen. Da suchen sie einen Sündenbock, und das sind nun die Ausländer. Und wenn die Ausländer weg sind alle, soll ich Ihnen sagen, was dann kommt? Da kommen die alten Leute dran, dann kommen die Gehbehinderten dran, und wenn man die auch weghat, dann wird man sich andere suchen.«
Ich hätte gehört, sage ich, daß die Ausländer hier die deutschen Frauen und Mädchen belästigt hätten.
»Wie bitte!« sagt Frau Streckel und holt tief Luft. »Wer hat Ihnen denn das erzählt!« – »Eine Gruppe junger Mädchen hier aus dem Viertel«, sage ich. »Ich werd verrückt«, sagt Frau Streckel. »Jetzt wohn ich doch schon an die fünfzehn Jahre hier, und ich hab immer nur gesehen, wie die Mädels den Schwarzen hinterhergekrochen sind. Im Staub sind die gelegen für ne Westmark – *so* ist das doch gewesen! Und jetzt haben sie's auf einmal vergessen!«
Ob sie selber einmal etwas Unangenehmes mit Ausländern erlebt habe, frage ich. »Ein Ausländer ist mir noch nie blöde gekommen«, sagt Frau Streckel, »aber unsere Jugend mehr als öfter! Wenn die da bei uns im Block was kaputtgemacht haben und ich sage: muß das sein, bring das wieder in Ordnung, da krieg ich dann zu hören: ›Halt die Schnauze, Alte, sonst kriegste eene druff!‹ Bei Ausländern, ob's die Vietnamesen sind, ob's die Schwarzen sind, die Polen oder die Tschechen oder die Ungarn – nicht einer! Immer höflich, immer nett!«

»Genau so ist es«, sagt Herr Bialas. »Trotzdem ist dieser Ausländerhaß bei den meisten Leuten hier drin. Das sind doch nicht nur die Neonazis hier, die sind nur die nützlichen Figuren für Herrn Kohl und all die anderen. Weil diese Nazis, diese paar Mann, die tun doch nur für uns die schmutzige Arbeit. Und wenn man wollte, dann könnte man die zertreten wie ne kleene Laus. Warum hat man das hier alles geduldet? Da stand die Polizei, und keiner hat was gemacht. Niemand hat was gemacht dagegen!«
Er lag einmal neben einem Moçambiquaner im Krankenhaus, »und mit dem hab ich mich dann angefreundet. Der hat mir von seiner Heimat erzählt, daß sie dort im Krieg leben, nur Krieg und Hungersnot. Da wurde mir klar, daß wir viel zuwenig von diesen Menschen wissen.«
Vor der Wende lebten etwa tausend Ausländer in Hoyerswerda. Sie teilten sich in zwei Gruppen mit unterschiedlichem Status. Da waren zum einen die »Werksvertragsarbeitnehmer« aus befreundeten Staaten der Dritten Welt, aus Angola, Moçambique, Algerien und Vietnam. Diese Gruppe war in Wohnheimen untergebracht, in der Albert-Schweitzer-Straße etwa, streng kaserniert, mit Ausgangsbeschränkung und Besuchskontrolle durch den Pförtner. Diese Ausländer brauchte man für die Schmutzarbeit in den Phenolbereichen von »Schwarze Pumpe« und im schlimmsten Dreck der Braunkohletagwerke – Arbeiten, für die kein Deutscher zu kriegen war, es sei denn die Jungs aus dem »Haftarbeitslager Schwarze Pumpe«, die mußten auch ran an das Phenol und den Dreck. Ein Teil des Lohns dieser Arbeiter wurde direkt an ihre Herkunftsstaaten gezahlt, so eine Art sozialistischer Sklavenhandel. Die zweite Ausländergruppe bildeten Facharbeiter und Ingenieure aus den »sozialistischen Bruderländern«, vor allem aus Polen und Ungarn. Diese Gruppe unterlag nicht der Kasernierung und konnte auch die Familie mitbringen. Ungeachtet solcher Unterschiede aber hatten alle Ausländer, Dritte Welt wie Bruderländer, Visa für den Westen und somit auch Devisen. Und alle standen unter dem besonderen Schutz des Staates.
»Wenn es da Auseinandersetzungen mit Ausländern gab, dann hat man das ganz schnell unterdrückt«, sagt Frau Hypko, Ausländerbeauftragte des Kreises. »Weil das sonst Verwicklungen gegeben hätte auf Regierungsebene, weil die ja auf Regierungsabkommen hier waren. So hat man versucht, diese Ausländer ein bißchen zu schützen, damit es keinen diplomatischen Ärger gibt.«
Zum Zeitpunkt der »Vorkommnisse« lebten noch etwa 350 Ausländer in Hoyerswerda, 230 davon Asylanten. 350 in einer Stadt von 70 000 Einwohnern – ein lächerlich niedriger Prozentsatz. Gleichwohl waren das anscheinend immer noch 350 Ausländer zuviel für die Hoyerswerdaer, waren die

Einheimischen dieser seelischen Belastung nicht mehr gewachsen, wie der Bischof sagte. Und wie alle Parteien hier einmütig meinen.

Frau Kettwig (nennen wir sie so) klagt über die Schüler, die morgens zum Unterricht ihre Lehrer mit »Sieg Heil« und »Heil Hitler« begrüßen. Frau Kettwig ist Rektorin an einer Oberschule hier und macht sich Sorgen, was da noch alles draus entstehen könnte. »Sicher«, meint sie, »sind das meistens nur dumm nachgeplapperte Sprüche«, aber trotzdem, irgend etwas müsse man schon dagegen unternehmen. Das sächsische Kultusministerium habe sich auch schon dazu geäußert, sagt mir Frau Kettwig, und zwar anläßlich des allgemeinen Rundschreibens an alle Schulleiter zu Beginn des Schuljahres 1991. »Mit Sorge betrachte ich die extremistischen Tendenzen innerhalb der Jugend in Sachsen«, schreibt da die Ministerin Stefanie Rehm. »Dieses Problem muß in aller Öffentlichkeit diskutiert werden. Deshalb habe ich die Durchführung eines Aktionstages zum Thema ›Extremismus‹ an allen sächsischen Schulen für Ende Oktober angeregt. In dieser Angelegenheit werde ich mich in Kürze nochmals an Sie wenden ...«
Das Rundschreiben stammt vom 19. August. Inzwischen ist der 10. Oktober ins Land gegangen. Und allerlei passiert ist hier inzwischen auch. Die Ministerin aber hat sich nicht mehr gemeldet. (Übrigens auch nicht bis zum 8. November, als ich nochmal nachfrage.) Wäre wohl auch »politisch unklug«, jetzt so einen Aktionstag zu veranstalten.
Frau Kettwig fühlt sich ziemlich alleingelassen von ihrem Dienstherrn. Sie würde ja gerne was tun, »gerne mit den Schülern darüber ins Gespräch kommen«, aber: »Wir sind Lehrer, ehemalige DDR-Lehrer noch dazu, und da gibt es so eine Distanz von den Schülern her, die fast unmöglich zu überbrücken ist. Das müßten eigentlich Außenstehende machen, so eine Veranstaltung.«
»Woher, glauben Sie, kommt diese Ausländerfeindlichkeit bei den Bürgern von Hoyerswerda«, frage ich die Rektorin. Frau Kettwig schweigt ein paar Sekunden, und in diesen Sekunden geht in ihr eine sichtbare und dann auch hörbare Verwandlung vor. Aus der papiertrockenen braven Lehrerin Frau Dr. Jekyll wird im Augenblick die Putzfrau Mrs. Hyde, in die unscheinbaren Augen kommt Glanz, in die dünne Stimme Klang. Und sie hebt an:
»Wir haben miterlebt diese Reisefreiheit bei den Ausländern. Ich meine, ICH hab's geschluckt! ICH hab darüber nicht gesprochen. Und dann waren sie auch im Besitz der sogenannten Devisen – WIR nicht! ICH hab's weggesteckt!«
So ganz wohl nicht. Von Satz zu Satz kommt immer mehr der Putzfrauen-O-Ton. Und das alles in das laufende Tonband vor ihr gesprochen, in An-

wesenheit eines Kollegen auch noch. »Ha!« sagt sie, und man ahnt das scharfe »ß«, das sie gerade noch unterdrückt, »was denken Sie, was da mit den Frauen war! Bei mir im Haus, da hat doch eine gewohnt, die ist nur mit denen ins Bette gegangen! Die hat sich die Ausländer haargenau ausgesucht, die über Devisen verfügten. Hab ich ihr auch gesagt. Sie wollt es nicht wahrhaben. Ich sag, Frau Lühe, sag ich . . .« Sie sagt das dann doch nicht, kann's gerade noch verschlucken. »Und dann weiter«, fährt sie fort, »ich wohne seit '64 hier, ich hab das erlebt, wie die Wohnblöcke hochgezogen worden sind. Als da dieser hübsche Wohnblock gegenüber dem »Centrum« fertig war, wer ist da reingesetzt worden?!« Dramatische Pause. »Die *Ungarn*! Mit ihren Familien! Die haben dieses Haus dann später geräumt und übergeben in einem saumäßigen Zustand! Meine Freundin wohnt drinne, also ich weiß, wovon ich spreche. So, das spricht sich rum. Also ich, mein Gott, ich äußere mich in der Familie dazu, aber dann war das ansonsten erledigt irgendwie. Nicht daß ich da gegen diese Ungarn jetzt losziehe! Aber solche einfachen Leute, die als Maschinisten hier arbeiten und jahrelang um eine Wohnung gekämpft haben: Da staut sich was auf!«

Frau Kettwig schaut mich an, und ich schaue sie an. Dann verwandelt sie sich wieder, findet ihre normale dünne Stimme wieder, ihren normalen dünnen Blick. »Ist ja nicht in Ordnung, was hier passiert ist«, sagt sie leise, »aber . . .«

Aber . . . Aber die Mehrheit hier denkt und fühlt so wie Frau Kettwig. Manche können sich nur besser beherrschen, zeigen ihren Haß auf die Ausländer nicht so deutlich. ›Haß‹ muß man schon sagen, ›Feindlichkeit‹ wäre zu wenig. Ausländerfeindlich sind die Deutschen ja schon immer gewesen. In der ehemaligen DDR ist daraus blanker Haß geworden. Und der Grund dafür tritt offen zutage, wird in jedem Gespräch sichtbar: die Privilegien der Ausländer hier zu DDR-Zeiten, die Reisefreiheit, die Kauffreiheit.

Natürlich hätten sie ihren Staat dafür hassen müssen, die Partei, die ihnen diese selbstverständlichen Freiheiten vorenthalten hat. Aber wie soll man einen Staat hassen, so ein amorphes, unfaßbares Gebilde? Und dann noch den eigenen Staat, sich selbst also letztlich? So hat man eben stellvertretend die Ausländer gehaßt. Im stillen und klammheimlich. Denn öffentlich durfte man sie ja nicht hassen damals. Da war die »Völkerfreundschaft« vor und die »internationale Solidarität«.

Dann war dieser Staat hier weg und damit auch alle Dämme, die dreißig Jahre lang diesen Haß mühsam in den Herzen verschlossen hielten. Natürlich nennt hier keiner seinen Haß beim Namen, von ein paar Glatzen mal abgesehen. Man hat inzwischen schon seine ganz sachlichen Argumente, warum man, nicht gegen Ausländer im allgemeinen, aber gegen die Ausländ-

der hier in Hoyerswerda ist. Es sind immer die gleichen Dinge, die da kommen, immer die gleiche Litanei, wie auswendig gelernt: Die Ausländer nehmen uns die Arbeit weg. Die Ausländer leben von unseren Steuergeldern. Die Ausländer sind laut. Die Ausländer sind schmutzig. Die Ausländer sind anders. Die Ausländer stillen ihre Kinder auf der Straße ...
Wenn man dann, ein bißchen nur, dagegen argumentiert, stößt man schnell auf Hilflosigkeit, Gestammel. Doch dann kommt, als letzter Trumpf (wie oft ich das hören mußte hier in Hoyerswerda!): »Sie haben ja keine Ahnung, wie das mit den Ausländern hier war! Die haben doch auf einer Wiese sogar mal Schafe geschlachtet!« Darauf folgt regelmäßig der triumphierende Blick. Und wirklich, was soll man diesen braven Deutschen hier, denen es schon als Sakrileg erscheint, wenn man mit Straßenschuhen ihre Wohnung betritt, was soll man ihnen darauf noch erwidern?

Vor etwa tausend Jahren waren sogar die Deutschen mal Ausländer hier. Sofern ein Deutscher überhaupt Ausländer sein kann. Jedenfalls war dieser Landstrich um Hoyerswerda, die Lausitz (von slawisch ›Luza‹, Sumpfland) vor tausend Jahren im Besitz der Sorben, eines slawischen Volksstamms. Waldmenschen waren das, Heiden, Götzenanbeter. Ihre Götter wohnten in den Wäldern, in den Sümpfen, an silberglänzenden Wasserläufen, in tiefschwarzen Moorseen: »Siwa«, die Lebenspendende, oder »Mara«, die Schwarze, die Todesgöttin. Sie hatten einen Gott der Bienen, einen Gott der Fische und eine – blauäugige – Kuhgöttin.
Dann kamen die Deutschen, Christen mit Kreuz und Schwert. Im Jahre 923 brach ein deutscher Heerhaufen, unter Führung Kaiser Heinrichs I. und des Herzogs von Sachsen, in das Sorbenland ein. Und in einer großen Schlacht, der »Wendenschlacht« am Koschenberg, wurden die Sorben ein für allemal geschlagen. Die »Christianisierung« dauerte dann rund hundert Jahre. Die Kirche hatte ihre Not mit den unterworfenen Heiden, die es immer wieder zu ihren Heiligtümern in Wald und Heide zog. Überliefert ist die Klage des Bischofs Boso von Merseburg: »Ich habe sie das ›kyrie eleison‹ gelehrt. Aber hartnäckig singen sie ›kyrku olsa‹ statt dessen, das heißt in ihrer Sprache ›im Busch die Erle‹.« Um die Mitte des 11. Jahrhunderts war dann »die deutsche Kultur und christliche Religion hier endgültig gesichert«, wie es in einem Heimatbuch aus den zwanziger Jahren heißt. Die eingewanderten – freien – Bauern aus Franken, Bayern, Hessen und Thüringen hatten das Land in Besitz genommen und die Sorben als Leibeigene dazu.
Die Lausitz war deutsch hinfort. Und aus der ehemaligen wendischen Wasserburg Wojerec, an einer sanften Biegung der schwarzen Elster gelegen, wurde das Dorf, der Markt und – 1423 – die Stadt Hoyerswerda. Im Jahre

1293 erließen die Deutschen ein Verbot der sorbischen Sprache. Doch das war nicht durchsetzbar, scheiterte am zähen Widerstand der Wenden, die auch als Leibeigene unbeugsam waren. Auch die Christianisierung der Sorben blieb oberflächlich. Aus Mara, der Schwarzen, wurde eben eine – ebenfalls schwarze – Maria. Und aus Siwa machten sie Sibylla. So bewahrten sie ihre Götter vor den deutschen Christen. Im Busch die Erle.
Die Leibeigenschaft in der Lausitz bestand bis 1832. Dann wurden die Sorben, als letzte im deutschen Raum, schließlich auch zu Freien. Doch richtig deutsch mochten sie trotzdem nicht werden, auch nach 900 Jahren deutscher Herrschaft nicht. Sie hielten an ihrer Sprache fest, einer sanften, wohlklingenden Sprache, behielten ihre Sitten und Gebräuche, trotz der fortdauernden germanischen Repression. Um 1912 hatten sie gar die Chuzpe, hier, in Hoyerswerda, einen Verband der Sorben zu gründen, die Domowina, ›Heimat‹ zu deutsch, mit dem Fernziel, aus der Lausitz wieder Sorbenland zu machen. Doch derlei Bestrebungen wurde bald ein Ende gesetzt. Als 1933 die Nationalsozialisten an die Macht kamen, wurde die Domowina aufgelöst; der Gebrauch der sorbischen Sprache und jedwede sorbische Kultur in Sprache, Schrift und Sitten wurden verboten, die Sorben zum »führerlosen Arbeitsvolk« erklärt und aufs neue germanisiert.
Die – deutschen – Hoyerswerdaer waren so gute Faschisten, wie man es sich nur wünschen konnte. Bis zum bitteren Ende. Wegen des heftigen Widerstandes bombardierten die Russen noch am 18. April 1945 die Stadt und legten ein Drittel der Häuser in Schutt und Asche. Am 20. April wurde Hoyerswerda von den Russen erobert, »brachte die ruhmreiche Sowjetarmee dem deutschen Volk die Befreiung vom Joch der Naziherrschaft«. So die offizielle Geschichtsschreibung. Es gab ein paar Verhaftungen, ein paar Erschießungen von exponierten Nazis, dann war Hoyerswerda nazifrei und – bis zum nächsten bitteren Ende, im Jahre 1989 – »antifaschistisch«. So wie die gesamte sowjetische Besatzungszone, die spätere DDR.
Ein Jahr nachdem so die Russen die Nazis befreit hatten, kriegten die Deutschen hier auch wieder ihre Partei. Eine einzige Einheitspartei, der Einfachheit halber. Wie gehabt und gewohnt. Sie übernahm die Führung des Volkes, Arbeiterklasse jetzt genannt, und das Denken dieser Arbeiterklasse übernahm sie auch gleich wieder.
Nur die Sorben, die »Wendischen«, machten wieder Ärger. Kaum war der Krieg vorbei und der Russe im Haus, da gründeten sie – am 10. Mai 1945 – in Hoyerswerda ihre alte Domowina neu, noch bevor die deutsche Partei wieder Tritt gefaßt hatte. Die Wendischen hatten natürlich gute Karten durch ihre russischen Brüder, da war nichts zu machen diesmal. Als ein Jahr später die deutsche Partei wieder da war, blieb ihr nichts anderes übrig, als die

Domowina anzuerkennen, zu umarmen gar. »Das deutsche Volk beweist hier in der Lausitz, daß es sich losgesagt hat von jeglichem Völkerhaß, zu dem es jahrzehntelang erzogen ward, daß es bemüht ist, gemäß den Prinzipien der Partei der deutschen Arbeiterklasse mit allen Völkern in Freundschaft und gegenseitiger Achtung zu leben.« So sagt es eine Broschüre aus dem Ministerium des Inneren, Hauptabteilung Sorbenfragen.
Am 23. März 1948 erließ die Partei dann, im Gegenzug gewissermaßen, ein »Gesetz zur Wahrung der Rechte der sorbischen Bevölkerung«. Ein gutes deutsches Gesetz. Da heißt es im § 5: »Zur Lenkung und Förderung des sorbischen Kulturlebens wird ein sorbisches Kultur- und Volksbildungsamt mit Sitz in Bautzen errichtet, das dem Ministerium für Volksbildung untersteht.« Vor diesem Gesetz mußte allerdings erst die Führung der Domowina ausgetauscht werden, eine Führung, so die Broschüre, »die ihre Mitgliedschaft zum nationalen Haß gegen alles Deutsche erzog«, eine Führung, die obendrein »nichts aus der Vergangenheit gelernt hatte«. Denn: »Selbst als im Jahre 1927 die Fraktion der KPD im sächsischen Landtag eine Gesetzesvorlage zum Schutz der nationalen Rechte der Lausitzer Sorben einbrachte, reagierte die Leitung der Domowina mit provokatorischen Ausfällen.« So sind sie nun einmal, die Wendischen. Schließlich fand die Partei dann doch den rechten Sorbenführer. Krenz hieß er, Kurt in diesem Fall, nicht Egon. Und der Kurt, der machte das dann. So gut, daß schon im Jahre 1951 der erste Staatspräsident der DDR, Wilhelm Pieck, auf dem Marktplatz zu Bautzen ausrufen konnte: »Es lebe das sorbische Volk!« Auf sorbisch, wie die Broschüre zu bemerken nicht vergißt. Herr Krenz erklärte bei seiner feierlichen Inauguration, daß er »keine separatistischen Ziele« mehr verfolge und in Zukunft bemüht sein werde, »aktiv zum Aufbau unserer gemeinsamen deutschen Heimat« das Seine beizutragen. Und wirklich, die Sorben des Kurt Krenz gaben ihr Bestes. »Zahlreiche Sorben sind Aktivisten und verdiente Aktivisten«, vermerkt die Broschüre von 1955. »Die Brigade ›Kurt Krenz‹ des Schamottewerks Wetro trägt den Titel ›Brigade der ausgezeichneten Qualität‹.«
Jetzt sind ja die Russen weg, die Wendenbrüder. Und die Partei auch. Die Hoyerswerdaer Straßen kriegen, wie überall, neue Namen. Ganz ohne Sorben-Schnickschnack: Mit der verordneten Zweisprachigkeit ist es vorbei. Ich frage die Ausländerbeauftragte der Stadt, ob es jetzt Reibereien gebe mit den Sorben. »Momentan noch nicht«, sagt Frau Hypko. »Aber man weiß natürlich nicht, wer als nächster dran ist.«

»In den Nachmittagsstunden des 10. August 1955 vollzog die Vorsitzende des Rates des Kreises, Genossin Gertrud Grauer, den ersten Spatenstich.« Mit

diesem Spatenstich hatte Genossin Grauer die Ehre, ein »gigantisches nationales Aufbauwerk« symbolisch in Gang zu setzen, den Aufbau der neuen »sozialistischen Wohnstadt« Hoyerswerda, »fest eingebettet in die letzte Entwicklungsetappe der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in unserem Lande«. Der IV. Parteitag der SED hatte nämlich beschlossen, für die bessere Brennstoff- und Energieversorgung das Braunkohleveredelungswerk Schwarze Pumpe zu bauen und die dafür benötigten Arbeiter im benachbarten Hoyerswerda anzusiedeln. »Schöpferische Träume – von Partei und Staat zum Beschluß erhoben – formulierten den Aufbau des Kombinats Schwarze Pumpe und der Wohnstadt Hoyerswerda.« Die schöpferischen Träume wurden in »Großplattenbauweise« realisiert. Gegenüber der Altstadt, am anderen Ufer der schwarzen Elster, entstand – gleichzeitig mit dem 15 km entfernten Energiekombinat Schwarze Pumpe – die neue »Wohnstadt« Hoyerswerda, wurde »erfolgreich der Nachweis erbracht, daß es möglich ist, eine ganze Stadt in industrieller Bauweise zu errichten«.

Genauso sieht Hoyerswerda aus, und so sollte es auch aussehen. Die industriell gefertigte Wohnplattenstadt begeisterte die Führer der Partei. »Ich habe bei Ihnen den Anfang einer neuen Stadt gesehen«, rief Otto Grotewohl am 4. August 1959 den Hoyerswerdaern zu. »Das wird eine glückliche Stadt sein! Was hier wächst, ist auch der Anfang eines neuen menschlichen Glücks!«

1955, vor dem Beginn des neuen Glücks, zählte Hoyerswerda etwa 7000 Einwohner. Fünfundzwanzig Jahre später hatte sich die Einwohnerzahl auf 70 000 verzehnfacht. Die Menschen kamen aus allen Gebieten der Republik, angelockt von den Spitzenlöhnen und der Aussicht auf eine Wohnung mit Bad und Innenklo. Es kamen vor allem junge Leute, wie das Durchschnittsalter zeigt (1966: 26,4 Jahre), Menschen ohne Geschichte, den Trabi und die Wohnung fest im Auge. Die materiellen Anreize reichten allerdings nicht aus, um das Arbeitskräftesoll planmäßig zu erfüllen. Als Lückenbüßer dienten Brigaden aus dem Haftarbeitslager Schwarze Pumpe und, nach 1961, die Aufmüpfigen aus der Hauptstadt, die »Berlinverbot« kriegten und sich hier an der Arbeitsfront bewähren mußten.

Ein paar Probleme gab's dann schon noch auf dem Weg zum neuen menschlichen Glück. Die Scheidungsrate etwa verdoppelte sich von 1958 bis '63, in fünf Jahren. Und in allen Treppenhäusern mußte man Fangnetze installieren, wegen der Todesspringer. Die Partei sah sich sogar bemüßigt, von sich aus auf gewisse Schwierigkeiten hinzuweisen und die Werktätigen sanft zu ermahnen. Ein Artikel in der *Lausitzer Rundschau*, dem »Organ der Bezirksleitung Cottbus der SED«, beklagte 1956 das »Wildwest« in Hoyerswerda:

»In der bis vor kurzer Zeit ruhigen Stadt Hoyerswerda ist die Ruhe gestört. Gestört, weil diese Stadt und ihre nähere Umgebung zum größten Bauplatz unseres Arbeiter- und Bauernstaates geworden ist.
Es gibt Störungen dabei, die nicht zu sein brauchten. Solche Störungen kommen meist an Lohntagen vor und werden hervorgerufen von Radaubrüdern und Halbstarken, die noch nicht erkannt haben, daß die vielen Bauarbeiter, die zur Zeit in Hoyerswerda sind, eine neue Zukunft, ein besseres Leben aufbauen.
So war es Ende Juli, als einige Radauhelden in der HO-Gaststätte ›Bahnhofshotel‹ die Musikbox von ihrem Platz in der Gaststätte hin und her schoben. Sie gingen in skandalöser Weise mit diesem wertvollen volkseigenen Inventarstück um. Ermahnungen und Aufforderungen der Angestellten der HO-Gaststätte fruchteten nichts, Streit, Schlägerei und Zuführung zur VP waren das Ergebnis. Der größte Teil unserer Arbeiter sucht nach angestrengter, schwerer Arbeit Entspannung in unseren HO-Gaststätten. Ist es aber Entspannung, wenn fünf oder sechs solcher ›halbstarken‹ Radaubrüder sich wie die Irren aufführen? Wir sagen diesen Radauhelden, daß die übergroße Mehrzahl der Bauarbeiter solche ›Heldentaten‹ verabscheut.
Einige der anwesenden Gäste machten – als der inzwischen eingetroffene Volkspolizist die Radauhelden aufforderte mitzukommen und diese sich der Aufforderung sogar tätlich widersetzten – die Bemerkung: ›Die Polizei ist ja doch zu schwach, die hat ja Angst.‹ Ich habe diesen Gästen sagen müssen, daß unsere VP immer so stark war und ist, wie sie sein muß! Unsere Volkspolizisten werden nicht auf Arbeiter einschlagen, gerade darin unterscheiden sie sich von der Knüppelgarde Westdeutschlands, die Arbeiterdemonstrationen auseinanderprügelt ...« Gezeichnet »Grähsler«, vermutlich VP Grähsler.

»Willkommen in Hoyerswerda – Witamy Was do Woyerec«. Egal aus welcher Richtung man sich der Stadt nähert, an allen Ortseingängen stößt man auf die Willkommenstafel. Trotz des ansehnlichen Formats von etwa zweifünfzig mal einsfünfzig kann man diese in unauffällig lehmigem VEB-Braun gehaltenen Schilder leicht übersehen. Doch kurz danach, nicht mehr als 50 Meter meistens, taucht dann der erste Cowboy auf, der erste Marlboro-Cowboy. Den kann keiner mehr übersehen. Der knallt schon farblich – Grundfarbe rot –, und der schaut dir so in die Augen, ganz knapp unter dem tiefgezogenen Stetson hervor, die Zigarette zwischen die sonnenverbrannten Lippen geklemmt. Kein blasser Honni, kein Marx mit Bart – das Lied vom Tod ist da zu hören. Und die Zigarette, die Marlboro, ist grad so gut wie ein 45er. Und keinen läßt der neue große Bruder aus dem Westen hier aus den Augen. Im Stadtzentrum steht man alle 50 Meter vor dem Cowboy, und der

ist nicht von Plast und Pappe. Die mannshohen Vitrinen sind in massivem Marmor oder Aluminium gefaßt und wirken hier, in dieser bröselnden Schäbigkeit, eher wie Heiligenschreine als wie Werbeschilder. Nachts gar, wenn die Stadt in trübem Funzellicht versackt, strahlt nur einer hier, von innen hell erleuchtet, da weist nur einer den Weg, gibt Halt im Dunkel: der Marlboro-Mann.

Wie dieser Cowboy über die Stadt kam, will ich von Herrn Böhme wissen, dem städtischen Baudezernenten.

»Tja«, sagt Herr Böhme, »da ist eben so eine Werbefirma an uns herangetreten mit dem Vorschlag, an allen markanten Punkten der Stadt Werbevitrinen aufzustellen, elektrische Wechselvitrinen. In denen sollte im Sieben-Sekunden-Rhythmus für die verschiedensten Produkte geworben werden. Wir haben dann mit denen einen Vertrag gemacht, und die zahlen jetzt der Stadt einen gewissen Betrag.« Die Vitrinen, Stückpreis 17 000 Mark, stehen seit fünf Monaten. Ob denn schon mal gewechselt wurde, frage ich Herrn Böhme. »Eigentlich nicht«, sagt er leicht gequält. »Ich fände es ja auch besser fürs Stadtbild, wenn nicht überall nur der Cowboy zu sehen wäre. Aber da sind uns die Hände gebunden. Was in den Vitrinen gezeigt wird, ist ausschließlich Sache der Werbefirma.« So kam der Cowboy in den Besitz der Stadt, Marlboro City.

Die Marlboro-Cowboys sind nicht die einzigen Freireiter, mit denen die Stadt jetzt ihre Not hat. Da gibt's zum Beispiel die mächtige »Massa«-Gang, die sich hier breit gemacht hat und mit der demnächst ein Show-down ansteht. Auch mit »Massa« hat die Stadt einen Vertrag gemacht, und zwar dergestalt, daß der Konzern drei provisorische »Mobilmärkte« im Stadtgebiet errichten durfte, befristet auf einen Zeitraum von zwei Jahren. Eine dieser riesigen Bauhallen steht auf einer Freifläche mitten im Zentrum und sieht so aus, wie sowas eben aussieht. Die Aggregate für Heizung und Kühlung stehen an drei Seiten des Blechschuppens einfach so offen im Freien, an der vierten Seite ist der Eingang. Und rundum liegt der Müll von »Massa«. Nächsten Herbst muß das alles verschwinden, laut Vertrag. »Nur«, sagt Herr Böhme, »Massa will bleiben! Und da werden wir noch echte Schwierigkeiten kriegen mit denen. Sie haben uns schon angekündigt, daß sie nicht freiwillig gehen werden. Das Spiel wird so aussehen: Die zwei Jahre sind um, sie räumen nicht von alleine; dann werden wir sie auffordern zu gehen, und darauf werden sie nicht reagieren beziehungsweise Widerspruch einlegen. Das hat erst einmal aufschiebende Wirkung, und das geht dann Jahre um Jahre ... Aber«, sagt Herr Böhme schließlich mit einem schlauen Lächeln, »wir werden uns schon was einfallen lassen, wie wir die wieder rauskriegen aus der Stadt. Notfalls nachts, mit der großen Raupe. Die Halle einfach wegschieben über Nacht. Das ist

wohl unsere einzige Chance. Und wenn die Halle weg ist, ist sie weg. Dann geben die vielleicht auf, die Massa-Leute.«
Herr Böhme ist für die Stadtplanung hier verantwortlich. Er klagt ein bißchen, daß er in der Planung nicht den nötigen Vorlauf habe, weil die Politiker unter Erfolgsdruck stünden. »Und dann kommen die Investoren hier an und sagen mir: ›Wir haben den Fuß zwar in der Tür, aber wenn ihr uns nicht bald reinlaßt, gehen wir wieder nach Hause.‹ Die pokern da brutal!« Und mit den besseren Karten, wie Herr Böhme weiß. »Wenn die bei mir 'ne Abfuhr kriegen, weil ich sage, daß wir mit der Planung noch nicht so weit sind, wo gehen die hin? Die gehen in 'ne andere Tür rein. Und von dort aus krieg ich dann wieder eins drauf. So geht das Spiel hier.«
Da darf man nicht so pingelig sein, das ist Herrn Böhme klar. Wichtig ist in erster Linie, die Investoren bei der Stange zu halten, sie nicht zu vergrämen. Da hatte er schon einige Befürchtungen angesichts der letzten »Ereignisse«, wie er das nennt. »Aber dazu habe ich bislang noch keine Negativmeinung von Investoren gehört. Im Gegenteil. ›Braucht man doch jetzt niemand mehr zu erklären, wo Hoyerswerda liegt‹, hat mir gestern ein Investor am Telefon gesagt. Da ist genau das Gegenteil von dem eingetreten, was wir befürchtet hatten. Diese Ereignisse mit den Ausländern haben sich geradezu positiv ausgewirkt. Und wenn das so weitergeht und sich nicht noch irgendwas ändert, können wir eigentlich über diesen Ausgang sehr glücklich sein. Ich hab das auch von Dresden, vom Ministerium und vom Regierungspräsidium her, genauso bestätigt bekommen.«
Nicht nur die privaten Investoren haben auf die Ereignisse hier positiv reagiert, wie Herr Böhme erzählt. »Wir waren ja vorher schon voll im Städtebauförderungsprogramm drin. Und jetzt, durch diese Ereignisse, haben wir große Chancen, auch ins Bund-Länder-Programm reinzukommen. Ich kriegte vor zwei Tagen einen Dringlichkeitsanruf diesbezüglich. Sowas war vor einer Woche noch nicht denkbar!«
»Dann war das also eine positive Reklame, die Ausländerhatz hier?«
»Aber 'ne unbeabsichtigte«, sagt Herr Böhme und lächelt zufrieden. Unbeabsichtigt wohl.

Es gibt hier keine Liebespaare zu sehen. Trotz des traumhaften Spätsommerwetters wird nirgends geknutscht oder geküßt oder auch nur mal einander tief in die Augen geschaut. Lieblos und leer die Gesichter, blicklos, wie abwesend. Selten, daß mal jemand lacht, wirklich lacht, von Herzen. Als mich einmal bei »Massa« im Gang zwischen den Teigwaren und den Gemüsekonserven eine junge Frau anlächelt, einfach nur so anlächelt, haut mich das fast um, dieses Lächeln hier in Hoyerswerda.

»Zukunftsangst?« steht dick auf den signalgelben Plakaten, mit denen ein »Finanzdienstleistungsunternehmen« die ganze Stadt bepflastert hat. Die Jungs von den Finanzen wissen wohl, wovon sie reden, mit der Angst hier lassen sich trefflich Geschäfte machen. »Keine Angst« heißt denn auch eine neue LP, für die hier groß geworben wird. Sie haben vor allem Angst, am meisten vor der Zukunft. Denn Zukunft, im eigentlichen Sinn des Wortes, das hat es bis zur Wende hier gar nicht gegeben. Die Zukunft der werktätigen Massen war, von der Wiege bis zur Bahre, durch die Partei vorgefertigt, vorgeplant, vorprogrammiert. Da mußte sich niemand »einen Kopp machen« um die Zukunft. So etwas wie Arbeitslosigkeit war unbekannt und unvorstellbar. Und viel mehr noch als im Westen war in der DDR die Arbeit Inhalt und Sinn des Lebens der Werktätigen. Die Beschäftigungsquote in Hoyerswerda betrug 1985 bei Männern 99 Prozent und bei Frauen gut 94 Prozent. Da wird dann schon eine bescheidene Arbeitslosenrate von 7,5 Prozent, wie hier in Hoyerswerda, als existentielle Bedrohung empfunden.

Die Ängste kriechen aus allen Ecken. Ängste vor den steigenden Mieten, Ängste vor den Stasi-Akten, Ängste angesichts der schier unendlichen Möglichkeiten des plötzlich ganz real existierenden Kapitalismus, Ängste vor dem neuen freien Leben ganz allgemein. Alle müssen sie nochmals in die Schule gehen, den Kapitalismus büffeln. Draußen vor »Massa« etwa wird das kleine Markeneinmaleins geübt. Die Firma »Kraft« bemüht sich da, einer geduldigen Menge die neuen Produktnamen einzutrichtern, spielerisch. »Jetzt sind die schlauen Füchse dran«, so heißt das Spiel, eine Art Bilderlotto mit den Produkten des Konzerns auf bunten Leuchttafeln. »Miracoli« sollen sie lernen und »Scheibletten« und »Philadelphia« und »Käsevariationen«. Zu gewinnen gibt's auch etwas, Scheibletten oder Miracoli zum Beispiel. Und eine Reise nach Teneriffa wird verlost, für einen ganz schlauen Fuchs.

Die Ängste hier sind allumfassend, der Mangel an Zivilcourage erschreckend. Gut die Hälfte aller Leserbriefe in den lokalen Zeitungen erscheint anonym. »Bei mir gibt's eine Tür, die zerfällt bald. Angeblich haben sie kein Geld dafür. Es wird sich hier wohl nichts ändern« (anonym). – »Nicht so gut ist, daß man jetzt für Kindergartenplätze so viel bezahlen muß. Plötzlich diese Umstellung« (anonym). – »Wir haben nichts gegen Ausländer, wenn sie sich anständig benehmen« (ein etwas älteres Ehepaar) ...

Angst macht Streß, und Streß muß ab und zu mal abgebaut werden, egal wie. Und je größer die Ängste sind, desto mehr ist man darauf bedacht, diesen Abbau risikolos zu bewerkstelligen, damit nicht neue Ängste drohen. Am 4. September 1991 fand hier in Hoyerswerda so ein kollektiver Streßab-

bau statt. Ich weiß nicht, wie viele Male ich diese Geschichte erzählt bekam. Von sich aus fingen sie immer davon an, ungefragt, und fast wie eine Beichte klang es, mit ein bißchen Abscheu in der Stimme, ein bißchen Gruseln. Aber auch mit so einem gewissen Vibrato und einem seltsamen Glitzern in den Augen.

Am 4. September also, nachmittags um fünf, stand auf dem Dach eines Hochhauses in der Schöpsdorfer Straße ein Mann und machte Anstalten, sich in die Tiefe zu stürzen. »Ich war einkaufen gewesen«, erzählt Frau Weinert, »und da sah ich den Menschenauflauf und dachte, was ist denn hier wieder los, kommt hier Prominenz oder was? Und dann seh ich den da oben sitzen, am Rand.« In kürzester Zeit hatte sich vor dem Haus eine vielhundertköpfige Menge angesammelt. »Die saßen da und standen, und reichlich Bier ham'se getrunken und immer wieder geschrien: ›Spring doch!‹ Da war 'ne Stimmung, da hat wirklich nur noch die Bratwurstbude gefehlt, dann hätten die ihr Volksfest gehabt. Und nichts wie Witze gemacht über den da oben, und gegrölt, entsetzlich! Und neben mir so ein Steppke, der sagt zu seiner Mutter: ›Wann springt der denn endlich, Mutti, ich will sehn, wie der aufklatscht.‹ Und immer wieder ›Springen, springen!‹, die wollten den alle springen sehn.«

Das Volksfest dauerte Stunden, Frau Weinert hat bis zum Ende ausgeharrt, obwohl sie eigentlich gleich wieder weg wollte. »Ich wollte den nicht fallen sehn, ganz ehrlich gesagt. Das vergißt man sich ja nicht.« Nach drei Stunden hat die Feuerwehr den Mann irgendwie zu fassen bekommen. »So unmittelbar bedauern konnte ich den ja nicht«, meint Frau Weinert, »das ist doch keene Sache, da raufzugehen und dann runterzumachen. Das ist ja ooch keene Art.«

Das war der Vorgeschmack, die Generalprobe für die »Ereignisse« zwei Wochen später.

»Das ging ja hier alles seinen sozialistischen Gang«, sagt Felix, »und darauf konntest du dich verlassen.«

»Genau!« sagt Winne. »Also ich hatte mein Leben, und ich hab gut gelebt dabei. Und im Betrieb, ob ich da was gemacht hab oder ob ich mir nur den ganzen Tag die Nüsse geschaukelt hab, das war vollkommen egal. Mein Geld hab ich so oder so gekriegt.«

Felix, 63, pensionierter Bauingenieur, und Winne, 51, Rohrleitungsbauer, treffe ich ab und zu abends beim Feierabendbier am Tresen vom »Gästehaus«. Da reden wir über die alten und die neuen Zeiten.

»Ich hab mir da früher keen Kopp gemacht«, sagt Felix. »Wenn das von der Partei aus hieß, das und das ist zu machen – zack! Wurde das eben gemacht,

wurde das abgenickt.« – »Wie abgenickt?« – »Abgenickt eben«, sagt Felix und macht die Kopfbewegung. »Alles was von der Partei kam, das wurde eben abgenickt.«
Ich schau den Felix wohl etwas verwundert an. Das amüsiert ihn, er lächelt nachsichtig. »Gedacht hat man natürlich ganz was anderes, als was man gesagt hat.« Jetzt könne man ja sagen, was man denkt. »Obwohl«, meint Winne, »vor der Wende konnt ich zu meinem Vorgesetzten sagen: du bist 'n Arschloch. Ist mir gar nichts passiert. Der konnte mir gar nichts, solange das nur persönlich war und nichts gegen die Partei. Jetzt kann ich zwar sagen: die Partei ist Scheiße, aber meinem Chef kann ich nicht mehr sagen: du bist ein Idiot. Das kann ich jetzt nicht mal mehr denken!«
»Gab ja doch eigentlich alles Lebensnotwendige hier«, meint Felix, »hungern und frieren mußte hier keiner. Und Bier und Schnaps war auch immer reichlich da.«
»Du mußtest nur den Bogen raushaben, und dann lief das«, sagt Winne. »Ich hab mein Scheiß gemacht, und die konnten mich mal alle am Arsch lecken. Ich hab meine Arbeit gemacht, ich hab mein gutes Geld verdient, mein Auskommen gehabt, also ich konnte nicht meckern.«
»Und wenn da von oben mal was kam, da hat man eben abgeduckt«, sagt Felix. »Und da ging das alles normal weiter.«
So ging das seinen sozialistischen Gang über die Jahre und die Jahrzehnte, abgeduckt und abgenickt. Und dann kamen schließlich die Helden von Leipzig, der Heldenstadt; die haben, immer montags nach Feierabend, laut gerufen: »Wir sind das Volk!« Und siehe, sie *waren* das Volk, waren dann sogar *ein* Volk.
»Vor vier Wochen haben sie ja in Schwarze Pumpe schon mal eine Baracke angesteckt«, erzählt Winne. »In der Nacht war das, ne große Holzbaracke, wo Rumänen drin geschlafen haben mit Kindern und allem Drum und Dran. Also det ist natürlich ooch keene Art und Weise. Und gestern ham'se nen Rumänen abgestochen im Wald. Zwar nich tot, aber in Rücken ham'se den gestochen.«
Es gab damals noch keinen Presserummel, als in der Nacht vom 24. auf den 25. August 1991 die Rumänenbaracke abgefackelt wurde. Ist ja auch mitten im Wald passiert, im Kiefernwald bei Schwarze Pumpe, wo noch das alte Barackenlager steht aus den fünfziger Jahren, das Arbeiterlager. In zwei dieser Baracken waren rumänische Asylanten untergebracht. Eine war aus Holz, die andere, 300 Meter entfernt, ein Ziegelbau. Von der Holzbaracke ist nur noch ein verkohlter länglicher Haufen übrig. Verkohltes Holz, verkohlte Koffer, verkohlte Matratzen.
Herr Hansche, der Heimleiter, erzählt: »Die kamen nachts an, die Glatzen,

generalstabsmäßig organisiert, mit zwei LKWs, mit Personenwagen, mit Krädern. Vierzig Mann etwa, mit Baseballschlägern und Brandflaschen. Und dann sind die rein in die Baracke und die Brandflaschen geschmissen in den Flur. Das brannte ja wie Zunder. Wie durch ein Wunder konnten sich die Leute alle retten. Sind in den Wald gelaufen mit ihren Kindern, in alle Richtungen auseinander. Und die Glatzen waren gottseidank so zufrieden, daß es brannte, daß sie die nicht weiter verfolgt haben.«
Die Ziegelbaracke – zwanzig rumänische Insassen – steht noch, heute am 9. Oktober 1991. »Das Glück, das wir haben«, sagt Herr Hansche, »ist, daß wir hier keine Anwohner im Umfeld haben, die die Geschichte anheizen könnten. Die haben wir gottseidank nicht. Aber wenn sie sich das Gelände hier anschauen, nur Wald ringsum, dann ist das schon eine tödliche Falle.«
Am Montag dem 30. September 1991, einen Tag nach der Autonomen-Demo, gab es Erkenntnisse im Landratsamt, daß die Glatzen hier in Schwarze Pumpe einen Rachefeldzug planten. So kamen dann nachmittags sechs Polizisten an, zum Schutz des Heims. »Die blieben nur nicht lange«, erzählt Herr Hansche. »Nach einer Stunde sagte mir der Einsatzleiter, sie müßten nochmal zurück, um sich Ausrüstung und Verstärkung zu holen. Die ließen sich aber nicht wieder blicken. Da sind dann von den Leuten hier die Hälfte geflüchtet, als es dunkel wurde. Und die anderen haben sich verbarrikadiert mit Schränken und Tischen. Aber was hilft das schon hier, mitten im Wald!« Es ist dann nichts passiert in der Nacht.
Als ich am Gehen bin, wollen mir noch zwei junge Rumänen ihr Zimmer zeigen. »Alles ordentlich, alles sauber!« sagt der eine stolz. Und so ist es. Herr Hansche begleitet mich nach draußen zu meinem Auto. An der Baracke sind zwei große Hakenkreuze aufgemalt. Ich frage Herrn Hansche beiläufig, wann denn die Skins das drangemalt hätten. »Das waren keine Skins«, sagt Herr Hansche, »das waren die Rumänen hier. Die Hakenkreuze haben sie selbst angemalt in dieser schlimmen Nacht. Als Schutz.«

Am Samstag nachmittag ist Teenie-Tanz im Jugendklubhaus. Eine lange Schlange vor dem Eingang, vierzehn bis sechzehn die meisten. Man hat mir gesagt, der Börner würde hier verkehren, der Kopf der Hoyerswerdaer Glatzen. Ich frage den Zapfer am Tresen nach dem Börner. Er sagt, der sei noch nicht da, er werde ihn mir zeigen, wenn er auftauchen sollte. Die Musik ist laut, der Saal ist voll, und alles tanzt. Bis auf eine Reihe Jungs an den Saalrändern, meistens Geschorene. Tanzt sich wohl schlecht in Tom Myer boots.
Ich mache ein paar Fotos von den Teenies beim Tanz. Da kommt eine von

den Glatzen auf mich zu, baut sich breitbeinig vor mir auf und fragt, ob ich ihn fotografiert hätte. »Nicht daß ich wüßte«, sage ich. Aber das könnten wir schon machen, so ein Foto von ihm. »Kein Foto!« sagt er. »Na gut«, sage ich, »aber unterhalten könnten wir uns vielleicht ein bißchen, draußen im Vorraum, wo es ruhiger ist.« Wir gehen in den Vorraum, gefolgt von einem ganzen Trupp seiner Kumpels. Ich ziehe mein Tonbandgerät heraus. »Kein Tonband!« sagt er. »Gut«, sage ich und hole meinen Notizblock aus der Tasche. »Keine Notizen!« sagt er. »Gut«, sagte ich, »wie heißt du denn?« – »Kein Name!« sagt er. Gut, also auch kein Name. Heißt er halt Glatze.

»Ich bin ein Rechter«, sagt die Glatze. Was denn darunter zu verstehen sei, frage ich. »Alle Ausländer müssen raus hier. Die nehmen uns Deutschen die Arbeit weg. Und dreckig sind sie . . .«, und dann kommt die ganze Litanei bis zu dem obligatorischen Schafeschlachten auf der Wiese.

Er ist eigentlich ein hübscher Junge, athletisch gebaut, gutgeschnittene regelmäßige Züge, kantig, männlich. Schöngeschwungene Lippen, fast mädchenhaft. Das Blondhaar auf zwei Millimeter geschoren. Achtzehn Jahre etwa. Weißes T-shirt, Bomberjacke, Kampfanzughosen, Schnürstiefel. Und der Sticker natürlich an der Jacke: »Stolz Deutscher zu sein«. Ich schaue ihn mir genau an, während er seinen Ausländerkanon herbetet, und das macht ihn sichtlich nervös. Er senkt den Kopf immer mehr, spricht fast nach unten, nur ab und zu ein kurzer Blick zu mir hoch. Er ist auch etwas kleiner als ich.

Ich sage ihm dann, was man zu solchem Unfug sagen muß, versuche ihn dazu zu bringen zu argumentieren. Da kommen aber nur Sprüche, wie auswendig gelernt. »Die Ausländer sind einfach anders. Die passen nicht zu uns Deutschen, die müssen weg!«

Sein Gesicht wird immer starrer, während ich ihm meine Vorhalte mache, immer maskenhafter, wobei manchmal kleine Wellen von Unsicherheit über seine Züge laufen, die er kiefermahlend zu unterdrücken versucht. Man sieht förmlich, wie er seine Ohren verschließt und sein Denken dazu, vor Angst, als das zu erscheinen, was er ganz augenscheinlich ist: ein armer, kleiner, unglücklicher Junge. Durch die Glatze wirkt er wie verstümmelt, selbstverstümmelt.

»Wenn wir da nichts gemacht hätten hier, wär nichts passiert. Und wir werden weitermachen. Und wenn wir ein paar abschlachten müssen!«

Jetzt hat er seine Maske im Griff. Aber in die Augen schaut er mir immer noch nicht. Ab und zu wirft er einen schnellen Blick nach links, wo neben mir, stumm und aufmerksam, ein hochaufgeschossener pickelgesichtiger Jüngling steht, in schwarzer Lederjacke und ungeschoren.

»Die Roten werden von einem reichen Kreuzberger bezahlt und kriegen Geld für ihre Demos«, sagt er nach so einem Blick. »Und die Hausbesetzer in Kreuzberg werden von der Polizei gefördert.«
Er muß dann weg, wie er sagt. Ich gehe zurück in den Saal, trinke ein Bier am Tresen und frage dort den Zapfer, ob der Börner inzwischen aufgetaucht sei. »Ja«, sagt er, »schon vor ner Weile. Da drüben steht er, der mit der Lederjacke.« Es ist das Pickelgesicht. Ich gehe rüber und sage, daß ich gerne mal kurz mit ihm gesprochen hätte. »Ich spreche nicht mit der Presse«, sagt Börner. »Die Presse, mit der ich spreche, die gibt es noch nicht.«
Zwei Tage später treffe ich im Kulturzentrum einen Schulkameraden von Börner, aus der POS 14. »Der Börner war mal 'n guter Kumpel früher«, sagt Frank. »Hat sich in der Schule immer gut geführt. FDJ-Vorsitzender war der an der Schule. Und dann ist er wohl auf der falschen Seite geblieben.« – Wieso »geblieben«? – »Na ja«, sagt Frank, »auf der falschen Seite eben. So wie ich das sehe.« Dann sagt Frank: »Der Börner hält sich da raus aus dem Treiben. Der mag keine Gewalt. Der hat noch nie einen Stein geschmissen.«

Die beiden Negerhuren haben Angst, sich fotografieren zu lassen, und sie haben allen Grund dazu. Wir einigen uns dann darauf, daß sie die Arme vors Gesicht legen für das Foto.
So richtige Negerhuren sind sie ja eigentlich nicht, die beiden, Ines (15) und Yvonne (14). Aber das spielt hier keine Rolle. Für ihre Mitschüler in der POS 23 sind sie es eben. Und das reicht.
Ines und Yvonne sind jetzt seit vier Monaten mit Moçambiquanern befreundet. Ines mit Manuel aus Napola, Yvonne mit Albin aus Kaliman. Die beiden Schwarzen sind in der Albert-Schweitzer-Straße untergebracht, gegenüber der Schule von Ines und Yvonne. Sie sind seit vier Jahren hier, arbeiten im Tagebau und müssen Ende Dezember hier weg. Zum neuen Jahr soll Hoyerswerda endlich ausländerfrei sein.
Als eine Freundin die beiden zum ersten Mal in das Wohnheim mitnahm, waren sie sofort »total begeistert von dieser unwahrscheinlich guten Atmosphäre dort«.
Yvonne: »Das war so absolut locker da, und alle waren fröhlich und gut drauf. Im Gegensatz zu unseren Jungs hier, die alle so brav und langweilig sind. Und dann noch diese Wahnsinnsmusik dazu!«
Ines: »Man kann mit den Afrikanern einfach ganz anders reden. Da gibt es viel mehr Gesprächsthemen, über alles kann man mit denen reden. Und richtige Gespräche sind das. Da kommen nicht nur so dumme Sprüche wie bei unseren Jungs.«

Nach einigen Besuchen dort haben Ines und Yvonne ihren Eltern davon erzählt. Da war bei denen zu Hause »die Hölle los«. »War mir natürlich klar, daß das Terror gibt«, sagt Ines, »aber ich wollte das nicht heimlich machen. Weil ich dazu stehe.«

Als dann am Dienstag dem 17. September die »Ereignisse« begannen, waren Ines und Yvonne gerade bei ihren Freunden in der Albert-Schweitzer-Straße. »So um halb sieben fing das an«, erzählt Yvonne. »Da hörten wir plötzlich das Grölen unten. Wir sind ans Fenster, und da standen unten acht Glatzen mit Bierflaschen in der Hand, und die brüllten: ›Ausländer raus!‹ und ›Juden raus!‹. Wieso ›Juden‹, hab ich nicht verstanden, aber das war denen wohl eins. Da standen auch noch total viele Leute rum und haben geguckt und geklatscht. Und dann flogen die Steine durch die Fenster, und wir sind voll in Deckung gegangen.«

Die Moçambiquaner wollten sich das nicht gefallen lassen, »unsere Freunde wollten runter zu den Skins, aber da haben wir die festgehalten und sie angefleht, daß sie da nicht runtergehn. Und total in Tränen sind wir ausgebrochen, wir Mädels. Wir waren total fertig. Das war wie im Krieg.«

Die Moçambiquaner haben die beiden dann über die Feuerleiter aufs Dach gebracht, und Ines und Yvonne sind über die Dächer geklettert, zwei Blocks weiter, und dann wieder über die Feuerleiter in das Treppenhaus und runter auf die Straße.

Am nächsten Tag ging der Krieg in der Schule weiter. »Das war in der ersten Hofpause«, erzählt Yvonne, »da standen wir Mädels, die wir uns kennen von der Schweitzer-Straße, zusammen und haben darüber geredet. Und auf einmal sahen wir da drei Kerle ankommen, die schnappten sich eine von uns, und auf die gingen sie los. Einer hat die festgehalten, die anderen beiden haben geprügelt. Ich wollte mit denen reden, wie sie zu dritt auf ein Mädel losgehen können, aber die haben mich bloß angeguckt, und dann haben sie weiter geprügelt, in den Bauch geboxt und überall hin. Und der ganze Schulhof lief zusammen, weil, das war ja ein willkommenes Ereignis. Und dann fing auch noch alles an zu brüllen: ›Ja, schlagt sie tot!‹ Jeder hat sich hingestellt und hat gebrüllt: ›Schlagt sie tot, die alte Negerhure!‹ Uns haben so die Knie gezittert, wir sind heulend davongerannt.«

Ines und Yvonne haben dann ihre Klassenlehrerin gesucht auf dem Hof, damit die was unternimmt. »Da kam aber gleich alles an, und da ging's weiter mit Negerhure und Totschlagen und so. Unsere Lehrerin hat dann gesagt: ›Macht das bitte außerhalb des Schulgeländes aus!‹ Da haben wir uns schnell verdrückt.« – Wie bitte? – »Sie müssen das richtig sehen«, sagt Yvonne. »Da haben fünfzig halbstarke Kerle rumgestanden, und unsere Lehrerin stand da – was sollte sie denn machen?«

Ines und Yvonne sind bis jetzt noch heil davongekommen. Drohungen aber erhalten sie fast täglich. »Wenn wir dich nochmal in der Schweitzer-Straße sehen, bist du tot!« Ines und Yvonne gehen trotzdem noch in die Schweitzer-Straße. »Wir stehen zu unseren Freunden«, sagt Ines, ein zartes, zerbrechliches Mädchen, ein Kind noch fast. »Nur auf die Straße trauen wir uns nicht mehr mit ihnen, so wie früher. Da haben die Leute zwar auch schief geguckt, aber nie hat jemand was gerufen oder ist tätlich geworden. Nur die Blicke eben immer. Aber jetzt ...«
Jetzt ist Krieg in Hoyerswerda, das Coming-out der Geduckten.

Krieg oder nicht, seit dem Sonntag der Autonomen ist wieder Ruhe eingekehrt in Hoyerswerda, geht das Leben hier weiter in all seiner Harmlosigkeit.
Am Samstag dem 5. Oktober besuche ich die alljährliche Ausstellung des Kreisverbandes der Rassekaninchenzüchter Hoyerswerda und Umgebung e. V. Die Käfige mit den »166 Kaninchen in 22 Rassen und Farbschlägen« sind in der Aula der Pablo-Neruda-Oberschule aufgebaut. Ich komme kurz vor der Eröffnung. Trotzdem will sich der Vorsitzende vorher noch die Zeit nehmen, mir die Karnickelzucht zu erklären. Allerdings möchte er den Bezirksverbandsvorsitzenden Karl Nowak mit dabeihaben, und so ziehen wir uns denn zu dritt in die Garderobe zurück, um dort ungestört reden zu können.
»Ich bin der Vorsitzende des Rassekaninchenzüchtervereins Hoyerswerda und heiße Jürgen Hartmann«, sagt Jürgen Hartmann, »und in Hoyerswerda gibt es nach der Wende nur noch einen Verein, wogegen wir vor der Wende, da hatten wir zwei Sparten, mit ... mit ...« Er schaut hilfesuchend nach dem Bezirksverbandsvorsitzenden, und der greift dann auch helfend ein. »Hör mal, Jürgen, du mußt ihm dazu gleich sagen, daß wir jetzt mit dem Ganzen sind, daß wir jetzt zum Zett De Ka gehören, mit allem Drum und Dran.« – »Natürlich! Danke, Karl, ganz richtig«, sagt Herr Hartmann. »Also wir gehören jetzt dem Kreisverband der Kaninchenzüchter Hoyerswerda an, und dieser Kreisverband gehört dem Landesverband Sachsen an, und dieser Landesverband Sachsen gehört jetzt wieder dem Zett De Ka an, dem Zentralen Kaninchenzüchterverband Deutschlands, also Gesamtdeutschlands, weil ja jetzt wieder alles eins ist. Und unser züchterisches Ziel ist es, den Urtyp zu verbessern, immer wieder, und so ... wie soll ich das jetzt sagen, ist gar nicht mal so einfach ...« Ein Blick zum Bezirksverbandsvorsitzenden. Der hilft auch diesmal wieder: »Also ich werd Ihnen das mal ganz genau sagen: Unser Ziel ist die Verbesserung und die Verbreitung der Kaninchenzucht, insbesondere die Förderung und Verbesserung der Kanin-

chenzucht, insbesondere die Pflege und Liebe zum Tier, und insbesondere die Gewinnung der Jugend, um bei ihr das Verständnis für das Tier und dessen Pflege zu fördern. Das ist unser Anliegen.«

Schon zu DDR-Zeiten hatte Henry Köhler nichts als Ärger, und daran hat sich auch nach der Wende nichts geändert. Henry, 17, »Krücke« genannt, hat sich diesen Ärger immer selber eingebrockt. »Ich wollte den Leuten zeigen, es gibt noch andere Menschen. Ich wollte nie so ein stinknormales Schaf sein.«
Mit dreizehn ist Henry Punker geworden, »Grufti«, mit Irokesenschnitt und den dazugehörigen wilden Klamotten. Dann hat er auch noch seine »Meinung offen gesagt« in der Schule, seine eigene Meinung. »Da bin ich dann in der siebten Klasse von der Schule geflogen. Meine Lehrer haben gesagt, sie wollen mich nicht mehr unterrichten wegen meiner Haare und wegen meiner Einstellung.« Henry hat dann eine Lehre als »Teilfacharbeiter« angefangen. Da ist er aber nach zwei Jahren auch wieder geflogen. Wieder wegen eigener Meinung. Dann war er ein Jahr arbeitslos, und jetzt hat er einen Förderlehrgang am Computer ergattert, mit 135 Mark Taschengeld im Monat.
»Ich war damals gegen die DDR wegen dieser Verfolgung von allen Leuten, die anders waren. Nur wegen der Haare wurdest du ja früher von der Straße gekascht und von den Bullen zusammengeschlagen.«
Henry war nicht links und nicht rechts vor der Wende, Henry wollte nur Henry sein. »Links bin ich erst nach der Wende geworden, als hier diese ganze Nazischeiße hochkam. Da wollt ich was dagegen tun.«
Etwa fünfzig Köpfe zählt die aktive Anti-Nazi-Szene in Hoyerswerda. Halbe Kinder oft noch. Mutige Kinder. Thomas, 14, Freund von Krücke, ein stiller, fast zerbrechlich wirkender Junge, traut sich zum Beispiel in einem T-shirt »Gegen Nazis« auf die Straße zu gehen. Ein wahrlich heldenhaftes Verhalten, wenn man die Verhältnisse hier kennt.
Thomas und Krücke haben nach der Demo am Sonntag, wo sie natürlich dabei waren, ihre Morddrohungen gekriegt, wie andere Teilnehmer auch. »Wenn sie mich umbringen, ist mir egal«, sagt Krücke mit jugendlichem Pathos. »Ich weiß, wofür ich sterbe. Aber ich hab um meine Mutter Angst, wenn sie meine Bude stürmen. Sie waren ja schon da bei mir zu Hause.«
Zu Hause bei Henry, zu Hause bei Mutter Köhler in der Ratzener Straße, sieht es irgendwie anders aus als in den gängigen Hoyerswerdaer Puppenstuben. Bei Mutter Köhler ist man sofort zu Hause, auch als Fremder. Bei Mutter Köhler ist es sauber, aber nicht steril; da darf man die Schuhe anbe-

halten, wenn man die Wohnung betritt. Bei Mutter Köhler sind die Möbel zwar etwas verschlissen, aber dafür wird man gleich zum Essen eingeladen. Als ich sie nach dem Rezept für Thüringer Klöße frage, kocht sie die dann prompt zu Mittag für mich und Henry. Und ein bißchen Braten hat sie auch noch dazu vom Vortag.

Aber vorher unterhalten wir uns. »Wir haben uns ja manchmal ganz schön in der Wolle, der Henry und ich«, sagt Mutter Köhler. »Aber ich hab das immer akzeptiert, in welche Richtung er gegangen ist. Ich weiß, er ist nicht gewalttätig, und ich weiß, er setzt sich für eine gute Sache ein. Und die Dresche, die er dafür gekriegt hat, das hat mir zwar weh getan als Mutter, aber er muß sich halt die Nase selber waschen. Man muß für seine Ansichten eintreten.«

Mutter Köhler ist jetzt sechzig, Frührentnerin mit Herzschaden. Sie kommt aus Barchfeld in Thüringen, ist 1952 mit ihrem Mann hierher gezogen und hat dann in Schwarze Pumpe als Kranfahrerin gearbeitet. Seit 1968 ist sie geschieden, hat ihre fünf Kinder alleine großgezogen, und das alles in Drei-Schicht-Arbeit. Drei Kinder sind jetzt aus dem Haus, Henry und Anja wohnen noch hier. Mutter Köhler schläft auf der Ausziehcouch im Wohnzimmer, Anja und Henry haben ihr eigenes Zimmer. Anja, sie lernt Bürokaufmann, lebt in einer Bonbonsuperplüschhöhle, bei Henry geht's ganz stark zur Sache: ein karges, mönchisches Punkerzimmer, Antifa und Antibla.

Neulich waren also die Glatzen bei Mutter Köhler. »Henry hat mir erzählt, daß sie uns ausheben wollen hier. Da hatte ich schon ein bißchen Angst. Dacht ich, mein Gott, was wird das werden, wenn sie kommen. Aber das nützt nichts, das muß durchgestanden werden. Dann war ich doch erschrocken, als am Mittwoch nachmittag drei vor der Tür standen mit Glatzen und Bomberjacken. Als ich durch den Spion geguckt hab, da dachte ich erst: Nein, da wirst du besser nicht aufmachen, wirst dich nicht rühren. Dann dachte ich: Das ist auch keine Lösung, du wirst aufmachen und wirst fragen, was sie wollen. Hab ich die Tür aufgemacht: Hallo, wo wollt ihr denn hin? Da waren sie erst mal erstaunt, daß ich sie begrüßt habe. Dann fragten sie, ob der Henry da ist, und da sagte ich: Nein, der ist nicht da, der ist arbeiten, der kommt nur am Freitag abend nach Hause und fährt am Sonntag wieder weg. Da wollten sie wissen, wo. Das hab ich aber nicht gesagt. Das heißt, ich hab gesagt: Das ist verschieden. Da wollten sie noch wissen: Stimmt das wirklich, daß der Henry weg ist? Da hab ich gesagt: Na, Jungs, wollen wir nicht mal reingehen und uns drinnen unterhalten? Da läßt sich besser reden als draußen. Sind sie mit reingekommen und haben sich auf die Sessel geflegelt, die Stiefel auf die Couch drauf. Ich hab aber nichts

gesagt, hab mir gesagt: Wirst dich nicht aufregen, man weiß ja nicht, was die vorhaben. Dann hab ich mich eigentlich nett mit denen unterhalten. Sie sagten, sie wären der Meinung, der Henry hätte die Kreuzberger hierhergebracht am Sonntag. Und da hab ich gesagt, das kann gar nicht sein, weil, er ist die ganze Woche nicht zu Hause. Da haben sie untereinander beratschlagt und kamen zu der Ansicht: Dann war's der Henry nicht, müssen wir einen andern suchen. Fragte ich sie, warum sie das alles machen. Ich sag: Ich hab das früher alles mitgemacht, mein Vater war im KZ viele Jahre, und ich bin als Kind im Kreise gelaufen, und das ist schlimm, diese Gewalt jetzt wieder. Sagten sie: Wir sind die stärkste Truppe und die bestorganisierte, und die Ausländer nehmen uns die Arbeit weg, und sie würden jetzt hier in Hoyerswerda für Recht und Ordnung sorgen. Da sind sie nicht abgegangen davon. Schließlich aber haben sie gesagt: Mensch Oma, du fetzt! Solche Omas müßten wir mehr haben. Und da hab ich gesagt: Jeder Jugendliche hat jetzt so seine Sorgen, ihr habt die, und andere haben andere Sorgen. Aber wir wollen doch keine Gewalt haben, die Gewalt ist das Schlimmste. Dann hab ich denen mal erzählt, wie bei uns, bei den Juden, die Synagoge gestürmt wurde und wie viele Tote es gegeben hat. Da haben sie aber nicht mehr zugehört.«
Dann macht Mutter Köhler Thüringer Klöße, leicht wie Watte. Mutter Courage.

Das Ehepaar Berger wohnt unmittelbar neben dem geräumten Asylantenheim in der Thomas-Müntzer-Straße. Mit den Bergers habe ich das erste längere Gespräch hier geführt, am Erntedanksonntag, vor ihrer Haustür. Da bekam ich zum ersten Mal die Ausländersündenliste zu hören, von »laut« und »dreckig« und »Wäsche übern Balkon gehängt« bis zu den abstrusesten Dingen, eine gute Viertelstunde lang. Doch dann, nach ein bißchen Bohren, haben sie auch von den wirklichen Dingen gesprochen, von ihrem Frust und von ihrem Neid auf »Negerarbeiter«, die im Westen einkaufen konnten, und das war sehr ehrlich und offen. Ich habe dann mit ihnen ausgemacht, daß ich sie noch einmal besuche zu einem Gespräch.
Am nächsten Freitag stehe ich vor der Tür und klingle. Zuerst tut sich eine Weile gar nichts, dann sind von drinnen leise, vorsichtige Schritte zu hören, ist ein Auge zu sehen am Spion. Dann verschwindet das Auge, entfernen sich die Schritte wieder leise. Ich klingle nochmal. Wieder die gleiche Prozedur. Diesmal bleibt das Auge etwas länger am Spion. Dann wird schließlich die Tür geöffnet, langsam, zögernd, und Frau Berger schaut mich an, fremd, hilflos, abweisend. Ich erinnere sie an unsere Verabredung, und sie läßt mich ein, resignierend, ohne eine Regung im Gesicht. Wir gehen ins

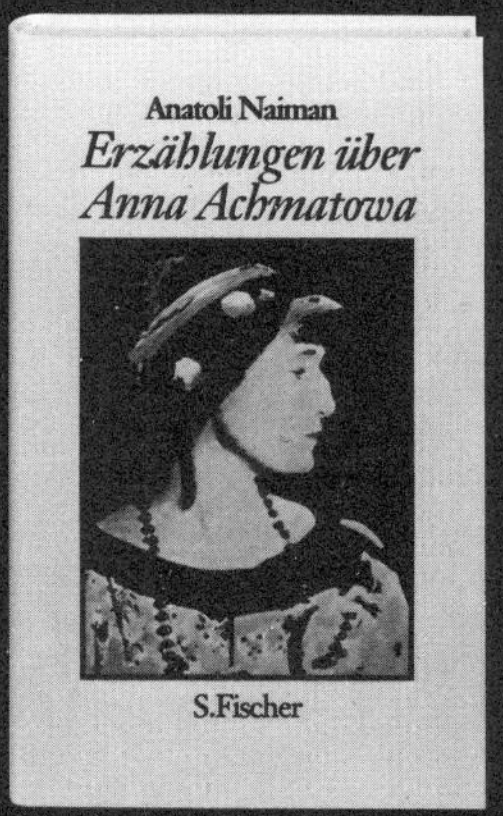
Wohnzimmer. Da sitzt ihr Mann am Tisch, die Ellbogen aufgestützt, den Kopf gesenkt, brütend. Er steht nicht auf zur Begrüßung, zeigt nur auf den Stuhl neben ihm ums Eck, wo ich mich setzen soll. Seine Frau setzt sich neben ihn, auf die andere Seite. Es ist wie Blei alles. Zum Ersticken.
Dieter Berger, 54, geschieden, kommt aus dem Erzgebirge und ist 1970 nach Hoyerswerda gezogen, »weil das lukrativer für mich war«. Er ist Kraftfahrer und hat hier bei Schwarze Pumpe sofort 800 Mark statt wie vorher 500 Mark verdient. Margarete Berger, 53, verwitwet, kommt aus dem Kreis Herzberg. Sie ist Köchin und auch »wegen dem Verdienst« 1980 hierher gezogen. Ihr Verdienst hat sich hier verdoppelt. In der Kantine von Schwarze Pumpe bekam sie statt 430 sofort 900 Mark, in Schicht allerdings. In Hoyerswerda haben sich die beiden dann kennengelernt und sich schließlich 1984 zusammengetan.
Das Gespräch kommt nur schleppend in Gang. Die beiden wirken abwesend, wie gelähmt. »Ich habe seit Montag wieder Arbeit«, sagt Dieter Berger jetzt. »War seit 9. Mai arbeitslos, hab 860 Mark gehabt, wo ich nur hier gesessen bin, nur rumgesessen und zum Fenster rausgeguckt. Oder rumgefahren oder was weiß ich.« Er spricht schwer, wie unter einer Last. Die Worte fallen wie Steine. »Ich möchte richtig ausdrücken, was ich denke«, sagt er, immer wieder stockend, nach Worten suchend. Ganz anders jetzt als neulich, als wir über die Ausländer geredet haben. Das ging fließend.
»Das Rumsitzen ist das Schlimmste«, sagt Frau Berger. »Das bringt den Menschen um. Und dann das Nachdenken.«
Langsam kommt das Gespräch in Gang, ein wirkliches Gespräch. Wir reden dann vier Stunden miteinander, bis eine Stunde vor Herrn Bergers Schichtbeginn um zehn.
Er: »Wir sind doch ganz anders großgeworden, das muß man doch mal sehen. Die waren ja froh, wenn sie uns hatten, die waren froh, wenn wir gekommen sind zur Arbeit. Wenn du mal krank warst, da hat ja schon die Säge geklemmt im Betrieb. Du wurdest immer gebraucht, sie haben immer auf dich gewartet. Und auf einmal bist du ne tote Hose.«
Sie: »Ein Schock ist das für uns.«
Er: »Ist ja nicht nur das Geld, da hängt doch alles dran. Da hängt dein Charakter dran, alles. Man hat kein Ziel mehr, man hat absolut kein Ziel mehr, weil man in der Luft hängt jetzt. Ich habe nichts gegen die Wiedervereinigung, aber ...«
Sie: »Wir haben früher halt so vor uns hingemacht. Wir sind ja nicht dämlich gewesen, aber da war jeder gleichgültig. Ich meine, es hat jeder gearbeitet und Geld verdient, aber es hat sich keener 'n Kopp gemacht über irgendwas.«

Er: »Nur so plapper, plapper, plapper.«
Sie: »Und alles, was vor der Wohnungstür passierte und war, das ging einen nichts an.«
Er: »Wir haben unsere Tür zugeschlossen, wir hatten unsere Schicht gemacht, unsere Arbeit gemacht, und da warst du erst mal innerlich zufrieden.«
Sie: »In der Familie hat jeder gesehen, daß er zurecht kam. Und alles andere hat einen nicht interessiert.«
Ob sie die Freiheit denn nicht vermißt hätten, frage ich.
Sie: »Nee. Weil wir sie doch überhaupt nicht gekannt haben.«
Er: »Wir brauchten uns doch keine Sorgen zu machen, keine Gedanken.«
Ob es sie nicht bedrückt habe, daß sie nicht offen reden konnten?
Er: »Da war schon irgend so ein innerlicher Druck. Da haben wir halt im Schlafzimmer darüber gesprochen.«
Sie: »Ja, das Schlafzimmer war der einzige Ort, wo man offen reden konnte. Mein Schwager, der war Lehrer, der hat mal gesagt: Dasselbe Theater, nur andere Schauspieler. Wie bei Hitler, meinte er.«
Er: »Wir brauchten uns doch gar keine Sorgen mehr zu machen, keine Gedanken. Absolut keine Gedanken.«
Sie: »Nischt! Um nischt brauchten wir uns zu kümmern!«
Er: »Das hast du morgens in der Zeitung gelesen, und dann ging das alles seinen Gang.«
Ob sie da nichts vermißt hätten?
Er: »Nee. Es ging ja alles seinen Gang.«
Sie: »Pfingsten haben sie mal in Schwarze Pumpe ne halbe Banane gekriegt. Eine halbe, braune Banane, am Pfingstsonntag. Und da haben sie sich noch drum gekloppt, um diese vergammelte halbe Banane. Die haben sie gehütet wie nen Schatz und noch mit nach Hause genommen.«
Ob sie sich vorstellen könnten, daß das vielleicht Absicht war, diese halbe Banane?
Sie: »Könnte man meinen. Damit niemand über das Eigentliche nachdenkt. Doch, ich glaub jetzt auch, daß das Absicht war.«
Er: »Wir sind ja so auf Trab gehalten worden durch diesen Mangel, diese Jagd nach allen möglichen Sachen. Wir sind ja gar nicht auf den Gedanken gekommen, uns Gedanken zu machen!«
Sie: »Der Trabi, das war unser Lebensziel.«
Das Gespräch eskaliert von Minute zu Minute. Sie öffnen sich, geben sich rückhaltlos preis, wie auf der Couch des Analytikers. Herr Berger vor allem bemüht sich, mit Händen und Füßen fast, den richtigen Ausdruck zu fin-

den, stockend immer wieder auf der Suche nach dem genauen Wort. »Das ist wie Balsam für mich, so richtig offen mit jemand zu reden, mit jemand von außerhalb«, sagt er. »Immer nur wir beide, die Gretel und ich, das geht nicht.«
Sie: »Wir waren überzeugt, daß unser System Scheiße war. Aber damit haben wir gelebt.«
Er: »Man kann nur nicht das eine denken und das andere tun. Und die Persönlichkeit hat sich ja nicht entwickelt, konnte sich gar nicht entwickeln. Da waren ja so viele da, die dir gesagt haben, was du machen mußt. Persönlichkeit! Was war denn deine Persönlichkeit? Arbeiten gehn! Damit warst du ja auch schon zufrieden.«
Sie: »Und dann gab's ja jede Weihnachten wie gesagt Apfelsinen. Da hat man sich wieder gefreut.«
Er: »Und wissen Sie, und da muß ich jetzt ganz ehrlich sein: So dumm, wie man sich jetzt selber vorkommt, so dumm waren wir auch. Das haben wir doch alles mitgemacht!«
Sie: »Ja, wir haben alles mitgemacht. Stimmt!«
Er: »Und jetzt müssen wir fertigwerden damit. Ich könnte mich ja jetzt hinstellen und schimpfen. Aber ich hab's doch mitgemacht! Ich war selber irgendwie mit dran beteiligt. Denn ohne uns hätte das doch nicht funktioniert.«
»Wir haben ja mitmachen müssen«, sagt Frau Berger, und dann, nach einer kleinen Pause: »Oder wollen.«
Wir sprechen auch nochmal über die Ausländer. Frau Berger gerät wieder in das alte Fahrwasser. Aber da greift ihr Mann ein: »Jetzt muß ich dir mal was sagen, Gretel! Die sind nicht dran schuld, die Ausländer. Aber wir machen denen das Leben heiß, unbewußt, völlig unbewußt. Kannste mir glauben!«
Ich verabschiede mich. Herr Berger bringt mich zur Tür. »Das Gespräch, das wir heute geführt haben, war für mich eine Stütze, das hat mir Luft gemacht«, sagt er dann noch. »Wir müssen ja mal eine Meinung haben, wir können doch nicht ohne Meinung leben. Man muß doch mal das sagen, was man denkt!«
Als ich ihm die Hand schüttle zum Abschied, nimmt er mich plötzlich in den Arm, ungeschickt, linkisch. Drückt mich.
Dann gehe ich.

# »Ein Buch von einzigartiger Autorität...« *Isiah Berlin*

Anna Achmatowas Charisma und ihre natürliche Eleganz, die sie auch in den schlimmsten Zeiten der Repression nie einbüßte, ihr scharfer Verstand und beißender Witz sind von Zeitgenossen immer wieder beschrieben worden.
Anatoli Naiman war während ihrer letzten Lebensjahre einer ihrer engsten Freunde und ihr Privatsekretär. Er erinnert sich an Gespräche über Literatur, an Anekdoten, an Szenen und Vignetten – manche amüsant, manche alltäglich, manche tragisch.




Aus dem Russischen von Irina Reetz
324 S. 17 Abb. Pappband. DM 39,80

»Das Anziehendste an diesem Buch ist, daß es nicht geschrieben wurde, um Achmatowa zu verstehen oder zu interpretieren, sondern aus Liebe zu ihr... Deswegen klingen auf diesen Seiten, ein Vierteljahrhundert später, die Worte Achmatowas, die Kadenzen ihrer Stimme so, als hätte sie gestern gesprochen..«
*Joseph Brodsky in der Einleitung*

In allen Buchhandlungen
S. Fischer

# Die erste vollständige Biographie

**Ein biographischer Essay über die Gradlinigkeit eines verschlungenen Lebensweges. Eine Hommage an einen der bedeutendsten deutschen Historiker.**

Nachwort von Roberto delle Donne
173 Seiten, Linson mit Schutzumschlag, 32,- DM / öS 250,-

Der Lebensweg dieses deutschen Intellektuellen jüdischer Herkunft ist durch zwei deutlich voneinander abgrenzbaren Lebensphasen gekennzeichnet.
Im ersten Weltkrieg kämpft er als überzeugter Soldat an der Front und als Freiwilliger bei den Weißen Bataillonen. Er ist Gegner der Spartakisten und der Münchner Räterepublik. 1927 schreibt der George-Anhänger sein berühmtes Buch »Friedrich II.«, eine akademische Heldensaga.

Dann erfolgt eine plötzliche Zäsur: Der bis dahin angesehene Wissenschaftler verliert als Jude seinen Lehrstuhl und flüchtet in die USA. Mit dem Exil beginnt ein neuer Lebensabschnitt. Kantorowicz, inzwischen Professor in Berkeley, verweigert 1949 den antikommunistischen Loyalitätseid. Sein zweites großes Werk erscheint: »Die zwei Körper des Königs«. Diesmal handelt es sich um eine minutiöse Studie zur mittelalterlichen Monarchie.
Der französische Mediävist Alain Boureau zeichnet dies an Widersprüchen reiche Leben anschaulich und einfühlsam nach. Dabei entwirft er ein schillerndes Bild von Ernst Kantorowicz, ergänzt um literarische Zeugnisse des intellektuellen Umfelds.

Bei Klett-Cotta lieferbar:

Ernst Kantorowicz:
**Kaiser Friedrich II.**
652 Seiten, kart.,
42,- DM / öS 327,-

Klett-Cotta

# Anti/Rassismus

»... daß diese Sprache des Hasses
genährt wird durch ein
unaussprechliches Begehren ...« Stuart Hall

# Argument

*Zu unseren Publikationen über Rassismus und Nationalismus*

Seit 1987 veröffentlichen wir Aufsätze und Monographien, die sich mit neuen Formen des Rassismus auseinandersetzen. Dazu gehört vor allem der alltägliche Rassismus, dem nicht mit Umerziehungsmaßnahmen und Strafaktionen, sondern nur mit einer Perspektive der Selbstbefreiung beizukommen ist. Deshalb legen wir das Schwergewicht auf Beiträge, die den Zusammenhang zwischen individuellem Handeln und sozialer Herrschaft untersuchen und die rassistische Denk- und Handlungsweisen als widersprüchliche Formen der Selbst/Unterwerfung begreifen. Uns interessieren Analysen, die den Zusammenhang von Rassismus und Sexismus untersuchen und nach der Bedeutung fragen, die dem Prozeß der Entstehung von Nationen bei der Genese rassistischer Phänomene zukommt. Wir wollen die Ergebnisse internationaler Forschung für die hierzulande beginnende Diskussion verfügbar machen und ebenso empirische Arbeiten aus der Bundesrepublik vorstellen.

---

## Bestellschein

Hiermit bestelle ich folgende Publikationen:

| | |
|---|---|
| ___ Rassismus und Migration (Argument-Sonderband AS 195) | DM 38,00 |
| ___ Miles, Rassismus | DM 24,00 |
| ___ Balibar/Wallerstein, Rasse Klasse Nation | DM 28,00 |
| ___ Hall, Ausgewählte Schriften | DM 28,00 |
| ___ Theorien über Rassismus (Argument-Sonderband AS 164) | DM 18,50 |
| ___ Leiprecht, »da baut sich ja in uns ein Haß auf« | DM 34,00 |

*Aus dem Zeitschriftenprogramm bestelle ich:*

___ Das Argument 191/Europa, Postkommunismus und Rassismus
___ Das Argument 175/Rassismus — Kulturelle Identität
___ Das Argument 163/Geschlecht und Rassismus
Je Band DM 14,00 (DM 11,00 f. Stud.)
Versandkosten DM 4,—; ab DM 60,— Bestellwert versandkostenfrei.

___ Ich möchte die Zeitschrift *Das Argument* ab sofort/ab Nr. ___ abonnieren. (6 Bde. pro Jahr; DM 79,80/DM 64,80 f. Stud., inkl. Versandkosten.)

. . . . . .
Name, Vorname

. . . . . .
Straße PLZ/Ort

☐ berufstätig ☐ Studierende/r

Ich erteile Einzugsermächtigung:

. . . . . .
Bank

. . . . . .
Konto-Nr. BLZ

. . . . . .
Datum/Unterschrift

1 2 3 4 5 6 7 8 9 0 A B

Bestellen Sie über Ihre Buchhandlung oder wenden Sie sich an:
Argument-Verlag, Rentzelstr. 1, 2000 Hamburg 13

# Alexander Smoltczyk
# Der Rasta und die Marseillaise

## Frankreich und seine Ausländer

### *1. Saga Francia*

Zwei Wochen im französischen Herbst. Zum ersten Mal seit 59 Jahren gewinnt Frankreich den Davis-Pokal. Noch dazu gegen den Favoriten USA. Das Publikum im Lyoner Sportpalast hat sich heiser gebrüllt, die Trainer weinen vor Glück, der Nation wird von den Fernsehreportern erklärt, daß sie die größte sei und französischer »esprit d'équipe« sich gegen den amerikanischen Individualismus durchgesetzt habe. Dann erscheint ein Rasta auf dem Bildschirm. Das ist Yannick Noah, geboren in Yaoundé, der Hauptstadt Kameruns. Noah ist der Kapitän der französischen Nationalmannschaft. Und noch bevor die Marseillaise intoniert wird, sieht man die glückseligen Helden des Tages in einer Art Reggae-Polonaise über den Center-Court swingen, Arm in Arm und vorneweg Rasta Yannick, der über die Sportpalast-Lautsprecher seinen Song intoniert: »Saga Africa«. Das trikoloreschwenkende Publikum im Sportpalast hört den Rasta singen und – singt mit, aus Leibeskräften.

Genau zwei Wochen zuvor, am 16. November 1991, wird in Marseille ebenfalls gesungen. Die Marseillaise natürlich. Auch hier in Sportpalast-Stimmung. In der »Transit«-Stadt hat Bruno Mégret, der Chefideologe der Front National, soeben seine »50 konkreten Maßnahmen zur Lösung des Einwanderungsproblems« verkündet. Eine Maßnahmenliste, die nicht nur radikal mit der republikanischen Maxime der Egalité bricht. Es ist zugleich das umfangreichste Diskriminierungsprogramm, das in Frankreich seit den Judengesetzen Vichys aufgestellt wurde – von einer Partei, mit deren immigrationspolitischen Zielen sich laut einer Umfrage in *Le Monde* vom 5. 10. 1991 nicht weniger als 38 Prozent aller Franzosen einverstanden erklärten. Weil, so Bruno Mégrets »Saga Francia«, »die Bevölkerung unseres Landes seit ihren Ursprüngen homogen geblieben ist«, müsse die »französische Identität gleichfalls an das Blut gebunden« werden. Das »materialistische und widernatürliche« *jus solis* im Einbürgerungsrecht solle durch das *jus sanguinis* ersetzt werden. Wobei sich die Front National explizit auf das »Modell Deutschland« beruft. Und weiter geht's: »Ethnische Gettos« müßten von der Polizei aufgelöst, die Illegalen in Abschiebelagern konzentriert

werden. (Nicht-EG-)Ausländer sollen bei Berufseinstellungen Franzosen den Vortritt lassen, bei Entlassungen jedoch die ersten sein, verspricht die Front National und fordert: Abschaffung sämtlicher Sozialleistungen für Ausländer, getrennte Sozialkassen, Sondersteuern für die Beschäftigung von Arbeitsmigranten, Ausländerquoten in Schulklassen und Säuberung der Schulbücher von allem »Kosmopolitischen«. Des weiteren Verbot der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit, Verbot des Neubaus von Moscheen, Verbot des Besitzerwerbs für alle Ausländer, die nicht mindestens zehn Jahre in Frankreich leben. Dazu Rückgängigmachen aller Einbürgerungen seit 1974. Ein derart rückwirkendes Gesetz gab es zuletzt im Juli 1940.

»Es fehlt nur noch der gelbe Stern«, wird am nächsten Tag ein Abgeordneter kommentieren, und der Popularität Le Pens wird es wieder keinen Abbruch tun.

Zwei Wochen eines französischen Herbstes, zwei Pole ein und derselben Realität. Die »Schönheit des Mestizen« (Guy Hocquenhem) wider die kulturell-ökologisch begründete Pflicht zur Differenz. Beides kennzeichnet das Frankreich der neunziger Jahre. Kein anderes Land Europas läßt sich bei internationalen Chanson- und Schlittschuhwettbewerben so gerne von Immigrantenkindern vertreten; in keinem anderen Land werden gebürtige Togolesen zu »Bretonen des Jahres« und zu Bürgermeistern gewählt (so der Staatssekretär für Integration Kofi Yamgnane), werden Jugendästhetik und -kultur so sehr von der »Zweiten Generation« bestimmt wie in Frankreich. Und nirgendwo sonst in Europa liegt die Macht so sehr in Reichweite einer neorassistischen Bewegung wie im Land der universellen Menschenrechte.

Ein Zusammenhang? Für die Front National und ihre neurechten Ideologen besteht daran kein Zweifel: Es sind zu viele Ausländer im Land, ergo werden die Franzosen ausländerfeindlich. Im »melting pot« könne sich nichts Gutes zusammenbrauen, jede Mischung sei vom Teufel.

Doch auch der linksliberale Jean Daniel antwortet auf die Frage, weshalb die Front gerade in Frankreich entstehen und erstarken konnte: »Weil es bei uns einen Mann mit einem bestimmten Temperament gegeben hat, der nur eine entsprechende Situation brauchte, um von ihr getragen zu werden. Das Zusammentreffen von Le Pen und den Problemen, die mit den Immigranten aufkamen, war für den Führer der Front National eine wunderbare Fügung« (*Le Nouvel Observateur*, 28. 11. 1991).

Nach der Volkszählung von 1990 leben 3,58 Millionen Ausländer in Frankreich, das entspricht 6,3 Prozent der Bevölkerung. 64 Prozent davon stammen aus dem nichteuropäischen Ausland. Jedes Jahr kommen rund 100 000 neue Einwanderer nach Frankreich. Ein Drittel davon aus dem Maghreb, ein Fünftel aus Asien. Wobei es sich in 60 Prozent aller Fälle um nachziehende Familien handelt. Die Anerkennungsquote bei Asylverfahren liegt mit 15 Prozent recht hoch (sofern es den Bewerbern gelingt, die famosen »internationalen Zonen« in Orly und Roissy zu passieren); durch Einbürgerung erhalten jährlich rund 80 000 Menschen ihre »Carte d'identité«.
Ist das eine »Invasion«, wie der Ex-Präsident Giscard d'Estaing am 21. 9. 1991 im *Figaro-Magazine* schreibt? Eine »Besatzung wie unter den Deutschen«, wie sein ehemaliger Innenminister Poniatowsky erklärte (er selbst Sproß eines polnischen, wenn auch blaublütigen Immigranten)?
Der Ausländeranteil, so halten Bürgerrechtsgruppen derartigen Invasions-Demagogen entgegen, sei in Frankreich seit den dreißiger Jahren konstant geblieben. Das ist ebenso richtig, wie es der Alltagserfahrung von Madame und Monsieur Dupont widerspricht. Denn die Ausländer haben sich verändert. Sie sind kenntlicher geworden, fallen durch ihre Hautfarbe deutlicher auf. Der Anteil der Afrikaner unter der ausländischen Bevölkerung hat sich in den letzten zwanzig Jahren auf 40 Prozent verdoppelt. 1990 wurden zum ersten Mal mehr Afrikaner als Europäer naturalisiert. Und, verwirrender noch: immer mehr Franzosen sehen aus wie Ausländer. So fragt sich mancher: wenn der im Burnus dort ein Franzose ist – was bin dann ich?
In der Tat ist der Blick auf den Fremden ein Blick in den Spiegel. Keine andere Gesellschaft hat soviel Erfahrung mit der erfolgreichen Integration von Einwanderergenerationen wie die französische. Um die Jahrhundertwende kamen die Piemontesen und Flamen, dann die Polen, die Armenier, die spanischen Republikaner. Später die Algerier, die Malinesen, Togolesen und Boat people. Jeder vierte Franzose hat mindestens einen Ausländer unter seinen Großeltern.
Daß es im Einwanderungsland Frankreich nicht zur Bildung ethnischer Gettos wie in Großbritannien und den USA gekommen ist, werten Demographen als Erfolg des »französischen Integrationsmodells«, Politiker zugleich als Beweis für den real existierenden Universalismus der französischen Kultur, wie er vor gut zwei Jahrhunderten proklamiert wurde.
Denn alles begann, wieder einmal, mit der Französischen Revolution. In der Nacht des 4. August 1789 wurden sämtliche Privilegien abgeschafft. Damit

entstand die Nation als Gemeinschaft der Gleichen, ohne Rücksicht auf ihre jeweilige Abstammung, auf blaues oder sonstwie fremdes Blut. Die Nation als »tagtägliches Plebiszit«, wie es Ernest Renan 1882 in seiner Sorbonne-Vorlesung formulieren sollte, die Nation als die Gemeinschaft derer, die an einem Ort zusammenleben wollen. Unterprivilegiert waren damit künftig nur noch diejenigen, die nicht zur Nation gehörten – die Ausländer. Die konnten dagegen – unter der Maxime des Universalismus – rasch in die Gemeinschaft der Citoyens aufgenommen werden.

Das heute noch gültige Prinzip der Einbürgerung stammt aus den Anfängen der III. Republik. Angesichts der enttäuschenden demographischen Leistungen ihrer Landsleute befürchtete die revanchistische Rechte 1889, gegenüber Preußen ins Hintertreffen zu geraten, was das Gebären von künftigen Soldaten anbelangte. Durch die Wiedereinführung des von Napoléon unterdessen abgeschafften *jus solis*, so errechneten sie, würde Frankreichs Armee über Nacht um 100 000 Soldaten anwachsen. Die in der Regel jüngeren Nicht-Franzosen müßten also tunlichst nationalisiert werden, zumal es sich die Republik nicht leisten könne, »daß seit achtzig Jahren Generationen von Ausländern auf unserem Gebiet aufeinander folgen und ihre Autonomie beibehalten, die nicht die gleichen Interessen an der nationalen Verteidigung haben wie die Franzosen«, wie ein Deputierter ausrief, und das Protokoll vermerkte »très bien!«-Rufe auf allen Bänken.

So geschah es dann auch. Noch heute erhält jedes Kind, das von Ausländern in Frankreich geboren wurde, automatisch mit der Volljährigkeit die französische Staatsbürgerschaft. Falls ein Elternteil in Frankreich geboren wurde, bekommt das Kind ebenfalls automatisch die Staatsbürgerschaft, schon am Tage der Geburt. So wächst Frankreichs Bevölkerung jedes Jahr um etwa hunderttausend Jungbürger an – angesichts der immer noch schwachen Natalität ein wahres Manna für die Nation.

Und damit nicht genug. Um dem Prinzip der »einen und unteilbaren Republik« zu entsprechen, war französischen Statistikern bis in die Nachkriegszeit hinein die Verwendung ethnischer Kriterien wie gesprochene Sprache, Religion oder Rasse untersagt. Und bis heute verbietet es der *Code civil*, Nachforschungen über die Vaterschaft einer Person anzustellen.

### *3. Randgärung*

Der Topf, in dem die »brassage«, die große Vermischung stattfinden soll, steht ganz am Rande der Polis: die Banlieue. Nur ist er etwas leck geworden. Nicht zuletzt deshalb scheint das französische Modell »heute von der Zer-

störung bedroht zu sein«, wie der Soziologe Michel Wievorka konstatierte (*Libération*, 13.4.1990).
Die Bannmeile ist das ganz Andere. Früher wurden hier vor den Toren der Stadt die Irren und Aussätzigen untergebracht. »La zone«, so nannte man das Gebiet vor den alten Festungswällen vom preußisch-französischen Krieg, in dem nicht gesiedelt werden durfte; aber natürlich gesiedelt wurde. Zuerst kamen die Proleten aus den Pariser Autofabriken und schnürten einen »roten Gürtel« um die Kapitale. Nach dem Krieg mischten sich die jungen Landflüchter aus Auvergne und Normandie noch mit hinein, dann kamen die Arbeitsmigranten aus Nordafrika. Das heißt, bis Mitte der siebziger Jahre gab es eigentlich keine *Immigranten*. Es gab nur *Arbeitskräfte*, die nach der Schicht in ihren Wohnheimen und ihren Araber-Cafés in Barbès und Belleville verschwanden.
Die Probleme begannen mit dem offiziellen Anwerbestopp am 4. Juli 1974. Denn nun brach der Mythos der möglichen Heimkehr zusammen: die Arbeitsmigranten mußten befürchten, nach einer Heimreise nicht wieder nach Frankreich gelassen zu werden. Also blieben sie. Und holten ihre Familien nach, in die Banlieue, dieses amöbenhafte Gebilde aus wuchernden Flächennutzungsplänen, dieses unübersichtliche Gewoge aus Hypermarchés, falschen Chalets, falschen normannischen Chateaux, falschen Landsitzen und wahrhaftigen Sozialblöcken.
In allen diesen Cités gibt es einen »Place des Cosmonautes«, ein festungsartig gesichertes Einkaufszentrum als Fokus des Soziallebens in der Mitte und ein diskret verborgenes Kommissariat am Rande. Eine *petit monde* aus gestaltetem Beton, wie sie in allen französischen Städten zu finden ist – überall dort, wo die Proletarier aller Länder und unterdrückten Völker schnell und effizient auf geringem Wohnraum vereinigt werden mußten.
Das sind soziale, keine ethnischen Gettos. In diesen Türmen leben 30 bis 40 Nationen Tür an Tür, verdammt zum täglichen Nahkampf, aus dem laut Hobbes Sozialität entstehen soll. Bei den Chinesen im dritten Stock laufen Tag und Nacht die Nähmaschinen; ein Senegalese hat seine Dreizimmerwohnung gleich am Flughafen an zehn Studienkollegen untervermietet; und die Türkin von oben wirft ihren Müll aus dem Fenster; der Mann aus Mali brachte letzte Woche seine zweite Frau mit in die Cité – mit den Papieren der ersten; sobald sie in einer französischen Klinik ein Kind zur Welt bringt (das damit Franzose wird), hat sie Anrecht auf Aufenthalt, usw. usf. – Leidensgeschichten eines Hausmeisters aus Grigny.
Die Franzosen, die es sich leisten konnten, haben diese Cités längst verlassen, leben in ihren Pavillons gleich nebenan. Sie erleben die Jugendlichen nur

als Kleindelinquenten und Krachmacher. Die (schwarz-braun-gelbe) Schlange vor den Postschaltern, die (schwarz-braun-gelben) Gören, die mittags ihre Bälle gegen die Wände treten. Den Behörden wird dann Laxismus vorgeworfen. Und nicht wenige machen im stillen Winkel der Wahlkabine ihr Kreuz bei der Front National. Die *vox populi* im Idealtypus: »Ich bin kein Rassist, aber weshalb wurde ich nach Algerien geschickt, um dort zwei Jahre lang mein Leben zu riskieren? Heute habe ich den Eindruck, nicht mehr in Frankreich zu leben. Zuviel ist zuviel! Früher haben sie malocht, da sah man sie nicht. Jetzt sieht man im Einkaufszentrum nur noch sie. Die haben jede Menge Kinder gemacht, die jetzt alles kaputtschlagen«. Rassismus *tout court*? Oder ein Anti-Schlechtes-Leben-Rassismus?

Noch 1983 entstanden in einer dieser Cités, in den Minguettes bei Lyon, die Ansätze einer »Civil Rights«-Bewegung. Die zweite Generation wollte nicht wie ihre Väter außerhalb der Fabriken und Baustellen unsichtbar sein. Sie wollte im Lande bleiben und forderte ihren Platz als gleichberechtigte Citoyens. Organisationen wie »SOS Racisme« verbreiteten das Bild des guten Wilden, die Pariser entdeckten, daß es auch jenseits des Boulevard Périphérique ein Leben gab. Prompt wurden in den letzten fünf Jahren eine Milliarde Francs in die Cités gesteckt, ein zuständiger Minister ernannt und – nach jedem Gettoaufstand – neue Renovierungsprogramme erstellt.

Damit ist es vorbei. Im November 1990 kommt es zu Jugendrevolten in Vaulx-en-Velin bei Lyon, im März 1991 in Sartrouville, dann in Ermont, in Mantes, Toulouse, Montfermeil. Immer sind es Konflikte mit der Polizei oder privaten Wachmannschaften, die den Anlaß zu Cité-Schlachten geben. Mal sind es Zulus, mal Beurs, mal die Nachkommen der Harkis, der frankreichtreuen Algerier. Immer sind es Jugendliche aus der »Zone«. Und: am schlimmsten sind die Aufstände dort, wo sozialistische Bürgermeister eine als vorbildlich bezeichnete Stadtteilarbeit praktiziert haben.

Aber mit Grünanlagen und staatlicher Fürsorge scheint es nicht mehr getan zu sein. Von 700 000 jährlichen Schulabgängern bekommt nur die Hälfte eine Arbeit. Der Rest wartet. Meistens recht lange, manchmal ewig. Der Banlieue-Soziologe François Dubet schätzt diese neue Klasse in Frankreich auf etwa eine Million Menschen: Leute, die in den schlimmsten Cités wohnen und von Mindesteinkommen, Kleindelinquenz, den Eltern oder Gelegenheitsjobs leben. Sie fühlen sich – wie auch nicht? – als Ausgeschlossene, durch den Boulevard Périphérique oder irgendeinen Zubringer von »La douce France« getrennt. Vor allem aber: meist ohne die Aussicht, jemals einen Platz jenseits dieser Grenze ergattern zu können.

Kids, die teilweise noch nie in Paris gewesen sind. Für sie sind die Grands Boulevards genauso fremd und unerreichbar wie der Mars. Wenn man sie

fragt, woher sie kommen, sagen sie: Aus meiner Cité. Sie verdrehen die Silben, sagen *Repé* statt *Père*. Und sie haben sich in diverse Stämme aufgeteilt, die ihre Reviere mit hieroglyphenartigen *tags* und sich selbst durch kaum erkennbare Nuancen der Hosen- oder Blousonmarke identifizieren. Nicht immer lassen sich die Jugendbanden ethnisch unterscheiden. Natürlich gehört zum Zulu-Look die Hautfarbe. Aber oft finden sich Boat people-Kids und Bulgaren, Juden und Araber in den Cité-Stämmen zusammen. Der Journalist Farid Aichoune kommt zu dem Ergebnis: »Paradoxerweise sind sie (die Banlieuebanden) gleichermaßen Orte der Vermischung und der ethnischen Selbstbestätigung. Zumindest ihr Diskurs ist in den allermeisten Fällen scharf anti-rassistisch.«

In der Bundesrepublik noch immer mystifizierte Organisationen wie »SOS Racisme« haben längst keinen Zugang mehr zu diesen Vierteln und ihren Stämmen. Für die Jugendlichen sind die »Kumpel« im besten Fall eine andere Art von Sozialarbeitern, im schlechtesten eine Bande von Stimmviehjägern der Sozialistischen Partei.

Ein Trost: den Islamisten geht es auch nicht besser. Obwohl es in einigen Banlieue-Siedlungen sehr aktive Islamistengruppen gibt, ist ihr Einfluß unter den Jugendlichen gering. Ihr Glaube beschränkt sich für die meisten auf die Einhaltung der bekanntesten Gebote, aufs Fasten am Ramadan, den Verzicht auf Alkohol und Schweinefleisch. Aber die wenigsten haben den Koran tatsächlich gelesen. Seit Mitte der siebziger Jahre ist die Zahl der Moscheen und sonstigen islamischen Kultstätten in die Höhe geschnellt. Heute sind es tausend. Ein Beweis, wie die Gegner der multikulturellen Gesellschaft meinen, daß sich die Immigranten gegen eine Integration sperren? Gilles Kepels minutiöse Untersuchung *Les banlieues de l'Islam* kommt zu einem anderen Ergebnis. Die buchstäbliche Explosion der islamischen Vereine interpretiert er als »fait social«: gerade weil die Immigranten in Frankreich bleiben, als neue Citoyens ihre Rechte geltend machen und dem Islam einen größeren Platz in der französischen Gesellschaft eingeräumt wissen wollen, gründen sie Islamvereine: »Man wird die Hypothese aufstellen dürfen, daß das Bekenntnis zum Islam für eine gewisse Zahl von Moslems eine Art der Seßhaftwerdung in der französischen Gesellschaft ist«, schreibt Kepel.

Entgegen allen Unkenrufen hat auch der Golfkrieg nicht zu einem Aufstand der islamischen Communities in Frankreich geführt. In La Goutte d'Or und der Porte d'Aix war der Bürgerfrieden den Menschen wichtiger als das lautstarke Parteiergreifen. Die Parteinahme verlief im stillen. Ein Hinweis darauf, wie weit die französische Realität immer noch von der angelsächsischen entfernt ist. Trotz alledem.

Wenn der Banlieueforscher François Dubet dennoch schätzen kann, »daß zwei von drei jungen Maghrebinern sich in einem Prozeß sozialer Integration befinden« (*tageszeitung*, 13.6.1991), dann ist dies nicht zuletzt das Verdienst von ebenso unerschrockenen wie unterbezahlten Schulmeistern: die öffentlichen Schulen der Vorstädte, mit ihren Ausländeranteilen von bis zu 90 Prozent, sind die wahren Integrationsmaschinen in Frankreich. Vor allem die maghrebinischen und schwarzafrikanischen Mädchen können sich hier vom strengen, oft brutalen Regime ihrer Väter und Brüder abnabeln.

»Schule« ist in Frankreich nicht nur ein Wort. Seit den Anfängen der III. Republik wurde die republikanische Identität in jahrzehntelangen Kämpfen gegen die Konfessionsschule herausgebildet. Die »Ecole républicaine« mit ihren im ganzen Empire identischen Schuluniformen und -büchern wurde zum wichtigsten Werkzeug des Universalismus cartesianischer Vernunft. So ist es kein Wunder, daß sich an den Schulen auch eine der großen Debatten der letzten Jahre entzündete.

Im Herbst 1989 spaltete die »Kopftuch-Affäre« Intellektuelle und Parteien über Wochen hinweg in sich erbittert befehdende Lager. Darf eine republikanische Schule das Tragen des *Hijab* verbieten? Oder *muß* sie es nicht gerade, um den Raum der Integration im Namen des Universalismus gegen die Integristen beider Seiten zu schützen? Bunte Multi-Kulti-Toleranz versus Prinzip des *citoyen du monde*. Schließlich schlichtete der Verfassungsrat. Zwar bleibe das Prinzip der Laïzität vorrangig, doch habe der Schulleiter mit den Betroffenen eine einvernehmliche Lösung zu suchen.

Die Debatte hat nicht nur die intellektuellen Meinungsführer in neue Lager geteilt. Sie war auch in anderer Hinsicht eine Wende. Bislang war es unter der Linken Konsens gewesen, daß dem Rassismus nur mit sozialen Mitteln beizukommen sei. Mit Urbanismus, Arbeitsbeschaffung, Busverbindungen und funktionierenden Fahrstühlen. Zwar hatten einige Genossen erstaunt vermerkt, daß bei Talbot 1984 u. a. für die Einrichtung von Gebetsräumen gestreikt wurde – doch ein »Problem Immigration« jenseits der sozialen Frage gab es nicht, durfte es nicht geben.

Die Appelle von Régis Debray, Alain Finkielkraut, Bahman Nirumand, Elisabeth Badinter et al. forderten die Linke nun zum Kulturkampf auf. Einen Zweifrontenkrieg »au nom de la République« gegen die Kulturrelativisten und gegen die konfessionellen Fundamentalisten aller Schattierungen.

»Neu ist«, so kommentierte Alain Touraine am 13.3.1990 in *Le Monde*,

»das Auftreten einer Scheidungslinie, die nicht mehr die Verwaltung der Gesellschaft, sondern die Zukunft der Nation betrifft. Die nationale Frage ersetzt die soziale Frage als Zentrum des politischen Lebens.« Touraine, Soziologe der neuen sozialen Bewegungen, fügt hinzu, daß die Sorge um die (durch die Internationalisierung von Ökonomie und Kultur) gefährdete »nationale Identität« von »einem wichtigen Teil der Franzosen« empfunden werde. Rechte und Linke, weit davon entfernt zu verschwinden, hätten sich in sich geteilt in ein Lager der »Identität« und eines der »Bewegung«. Und: »Es scheint also logisch, daß über kurz oder lang Sozialisten und Liberale, die gleichermaßen zur Partei der Bewegung zählen, sich zusammenfinden, während sich eine große rechte Partei um das Thema der Verteidigung der nationalen Identität organisieren und so einen großen Teil der Front-National-Wählerschaft absorbieren wird.«

Das semantische Feld, auf dem diese Neuformierung stattfinden wird, ist die Immigration, das Verhältnis zum Fremden. Ein Feld leider, auf dem ein Jean-Marie Le Pen schon wichtige Brückenköpfe besetzt hält. Bei allen Debatten um »Identität« und »Toleranzschwellen« ist er der große Referent im Off. Daran wird auch das Beschwören einer anderen nationalen, einer »republikanischen Identität« nichts ändern. Oder doch? Auch Rastas können die Marseillaise.

# Emilio Galli Zugaro
# »Die Barbaren kommen«

## Ein Gespräch mit Piero Bassetti über Einwanderung und Invasion

Am 8. August 1991 bat der albanische Frachter »Vlora« um Einlaß in den italienischen Hafen von Bari. Die Hafenbehörden lehnten ab. An Bord waren über 11 000 aus ihrem Heimatland geflüchtete Albaner, die die Besatzung der kurz zuvor aus Cuba gekommenen »Vlora« zwangen, sie nach Italien überzusetzen. Das Frachtschiff hatte einen Motorschaden und konnte nur vorwärts manövrieren. Die Wasservorräte waren aufgebraucht, die hygienischen Verhältnisse an Bord »katastrophal« nach den Worten des Kapitäns Halim Milaqi, so daß dieser beschloß, die Blockade im Hafen von Bari zu durchbrechen (deshalb steht ihm in Italien ein Prozeß bevor). Auf dem Quai warteten Polizisten, Fernsehteams, Zeitungsreporter und Krankenwagen. Als die Albaner an Land gingen, prügelten die italienischen Polizisten auf sie ein – vor laufenden Kameras. Die Auseinandersetzungen endeten damit, daß die 11 000 Albaner in das Fußballstadion von Bari gesperrt wurden, wo man sie durch Hubschrauber mit Nahrungsmitteln versorgte. Nach langwierigen Verhandlungen wurde der Großteil der Albaner wieder mit Schiffen in ihr Heimatland zurückgebracht. Den letzten – teilweise bewaffneten – Widerspenstigen versprachen die italienischen Behörden die Aufnahme in Italien. Einige Tage später hat man sie nachts geweckt und ihnen gesagt, sie würden auf verschiedene italienische Regionen verteilt. In Wahrheit lud man sie in Militärflugzeuge und flog sie zurück nach Tirana. Die Europäische Gemeinschaft bezeugte der italienischen Regierung Verständnis für diese Lösung. – Im September 1991 entsandte Italien auf Ersuchen der albanischen Regierung eine Truppe Soldaten, die die Bevölkerung Albaniens logistisch unterstützen sollte, um die Versorgungsprobleme, vor allem bei Nahrungsmitteln, zu bewältigen. Die Mission scheint erfolgreich zu sein: auf Druck der Bevölkerung hat die albanische Regierung Rom gebeten, den Aufenthalt der Soldaten zu verlängern.

So weit das Ereignis von Bari, das auf allen Bildschirmen der Welt zu sehen war. Darüber sprechen wir mit Piero Bassetti, dem Präsidenten der Unioncamere, der Dachorganisation der italienischen Industrie- und Handelskammern. In Italien ist er als weitsichtiger Politiker bekannt. Als Christdemo-

krat bereitete er in den frühen sechziger Jahren im Mailänder Stadtrat die erste Mitte-Links-Koalition Italiens vor, den Centro-Sinistra mit Sozialisten und Christdemokraten, eine Formel, die bis heute Bestand hat. In den siebziger und achtziger Jahren leitete Bassetti das Ipalmo (Istituto per le relazioni fra Italia, Africa, America Latina e Medio Oriente), das Institut für die Beziehungen zwischen Italien, Afrika, Lateinamerika und dem Mittleren Osten. Während dieser Zeit verabschiedete das italienische Parlament, dem Bassetti zwei Legislaturperioden lang angehörte, das Entwicklungshilfegesetz, das seine Handschrift trägt. Der Sohn einer alten Mailänder Unternehmerfamilie der Textilbranche und langjährige Vorsitzende des Familienkonzerns ist außerdem Gründungsmitglied der Trilateral Commission, eines privaten Zusammenschlusses von Unternehmern, Politikern, Gewerkschaftern und Intellektuellen aus Nordamerika, Europa und Japan; er leitet den Unterausschuß für Entwicklungspolitik und Migrationsfragen.

*Beginnen wir mit dem »Fall Bari«. Kurz danach fand ein Treffen der Trilateral Commission statt. Wie bewertete dieser Teil der internationalen Elite die italienischen Zwischenfälle?*
Bei der Trilateral Commission gab es unbedingte Bewunderung. »Nur ihr schafft so etwas«, war der einhellige Kommentar. Jemand muß ihnen erzählt haben, daß unsere Regierung zuerst das Fernsehen gerufen hat und dann auf die Albaner einschlagen ließ, um diejenigen, die noch in Albanien waren, abzuschrecken. Es ist ja bekannt, daß die meisten albanischen Haushalte das italienische Staatsfernsehen empfangen. Das war nach der Meinung dieser ausländischen Elite eine »machiavellistische Lösung«. Wir Italiener hätten demnach eine szenische Veranstaltung durchgeführt, sehr theatralisch und übrigens typisch italienisch.
*Glauben Sie, daß es tatsächlich so war?*
Ja. Aber wie solche Sachen in Italien fast immer geschehen: mit einer Art »Eigenintelligenz« – aus der Situation heraus. Man könnte natürlich ein einfaches Muster unterstellen: Die Regierung hat nichts geplant, ist übertölpelt worden, hat in Panik reagiert und somit unbeabsichtigt das gleiche Ergebnis erzielt, nämlich die in Albanien Gebliebenen abzuschrecken, damit sie nicht ihren Landsleuten nach Italien folgen. Wie immer, sind die Dinge bei uns etwas komplizierter.
Wir befinden uns hier auf der Schwelle zwischen »Einwanderung« und »Invasion«. Ich will das an der römischen Geschichte veranschaulichen, am Hadrianswall oder am Limes. Wir haben in der Schule gelernt, daß die alten Römer von einer »barbarischen« Invasion sprachen, wenn es um bewaffnete

Auseinandersetzungen ging. Aber wenn man zum Beispiel Edward Gibbon liest, dann merkt man, daß die Dinge weit komplexer waren. Die Römer waren nämlich einer kontinuierlichen, Jahrhunderte währenden »Unterwanderung« ausgesetzt. So kamen viele Sklaven aus Griechenland – das war eine elitäre Einwanderung, denn die Eingewanderten gehörten zur Schicht der Gebildeten.

Anfang Dezember 1991 war ich in Caracas, wo man öffentlich über eine Einwanderungspolitik speziell für russische Wissenschaftler diskutierte. In einem Kontext des Wachstums und der Entwicklung wie in Venezuela, aber auch wie im alten Rom, entsteht das Bedürfnis nach einer Führungsschicht. Rom importierte Gelehrte, die seine Kinder ausbildeten, so wie die Amerikaner es im letzten Jahrhundert in Harvard machten, das sie durch englische Professoren veredelten. Es gibt also nicht nur die »Unterwanderung«, es gibt auch eine Art »Überwanderung«, will sagen: von »oben« her. Dementsprechend fällt auch die »Abwehrpolitik« aus. Wenn man eine Elite-Einwanderung verhindern will, handelt man anders, als wenn man armen Leuten die Tür weist. Ein Beispiel sind wiederum die USA: die Eliten der amerikanischen Universitäten wollen sich vor der jetzt möglichen asiatischen Unterwanderung schützen – durch die Green card.

Das ist eine substantiell andere Situation als bei den Albanern in Bari. Wenn die »Masse« kommt, und das hat kaum jemand in Europa realisiert, haben wir den Sprung von der Einwanderung zur gewaltsamen, gesetzwidrigen Invasion. Es ging in Bari um den Versuch einer »Besetzung«, das ist der korrekte Begriff. Nicht zufällig wurde der italienischen Regierung die volle Solidarität der EG zuteil. In Bari wurde versucht, eine Bresche in die EG zu schlagen. Man kann das mit dem vergleichen, was Anfang Mai 1989 in Ungarn geschah, als die österreichisch-ungarische Grenze und damit der Eiserne Vorhang geöffnet wurde. Dort allerdings wurde die Bresche vom Westen akzeptiert, weil das eine Chance war, ein politisches System, den Kommunismus, aus den Angeln zu heben.

Italien hat tatsächlich im Sinne der EG gehandelt. Man hätte ja durchaus ein Alibi gehabt: Da wir auf diese Menschen nicht schießen können, müssen wir sie hereinlassen. Das wäre die »Bresche von Bari« für den Sturm auf die Festung EG gewesen. Die Slawen hätten durch diese Bresche die EG überfluten können. Ich möchte das möglichst wertfrei formulieren, denn es geht hier um die Erkenntnis, daß wir vor einem qualitativ neuen Phänomen stehen, das man nicht gleichsetzen kann mit den bisher bekannten Einwanderungen. Die Italiener mußten sich aus dem Stand heraus vergegenwärtigen, daß es galt, eine »Invasion« zu verhindern. Einwanderung ist ein gradueller Prozeß, Invasion ist ein plötzliches, überwältigendes Ereignis.

*Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Form die richtige war. Das italienische Fernsehen strahlt nach Albanien aus, sendet somit Signale des Konsums und der Freiheit. Die Leute kommen – und dann wird ihnen vorgelogen, daß sie nur auf verschiedene Aufnahmelager in Italien verteilt werden sollen. In Wahrheit werden sie in Flugzeuge geladen und gegen ihren Willen in ihre Heimat zurückgeschafft. Die Frage ist: darf ein Rechtsstaat lügen?*

Diese Frage betrifft die moralische Dimension. Wir sollten uns vorher vielleicht den Tatsachen und ihrer Deutung widmen. Wir sprachen von einer Penetration, die sich in eine Invasion zu verwandeln droht. Es gibt Grenzfälle, bei denen eine Ein- oder Unterwanderung schon einer Invasion nahekommt. Zwei solcher Fälle haben wir in der jüngsten Vergangenheit erlebt: das erste Mal, als die Ostdeutschen »mit den Füßen abstimmten«, das zweite Mal im vergangenen August in Bari. Im ersten Fall hat Europa beide Augen zugedrückt, aus politischen Gründen.

Wir sollten uns heute andere Szenarios vorstellen. Nehmen wir an, morgen kämen 2000 Russen mit ein paar Nuklearwaffen unterm Arm und sagten: »Hier sind wir. Wir wollen zu euch rein. Laßt uns verhandeln.« Das ist genau das, was die Barbaren gegenüber den Römern machten. Sie kamen mit ihren Schwertern und sagten zu den Römern: »Gebt uns ein wenig Land, wo wir siedeln können, sonst machen wir Krieg.« Nicht von ungefähr schickten die Römer ganze Legionen in die Grenzgebiete – um dort die Erde nicht nur zu bewachen, sondern zu besetzen.

*Was machen wir also heute mit den Ukrainern und Weißrussen, die in den Westen kommen wollen?*

Das ist genau die Frage, die man sich vorbehaltlos stellen muß. Meine Kollegen in der Trilateral Commission haben das vielleicht unbewußt getan, als sie sagten: Schaut mal, die Italiener haben das Problem der Invasion in Angriff genommen, zwar mit einem Betrug, aber sie haben es wenigstens *getan*. Das sind Vertreter der Elite oder, wenn Sie so wollen, der Macht. Wenn man ihnen aber die Frage nach der Einwanderung billiger Arbeitskräfte stellt, reagieren sie ganz anders.

*Wo liegt denn nun die Grenze zwischen Einwanderung und Invasion?*

Die *Form* macht den Unterschied. Wenn die Leute es akzeptieren, durch die Maschen des Netzes zu schlüpfen, handelt es sich um Einwanderung. Wenn sie das Netz kaputtmachen, ist es eine Invasion. Wenn ein Ostdeutscher pro Minute durch das Brandenburger Tor geht und der Polizist ihn durchwinkt, ist es Einwanderung ...

*Also eine Frage der Legalität?*

Mehr noch, eine Frage der Kontrolle. Es wird brisant, wenn beispielsweise in einem Stadion die Menge der Menschen das Gitter zerbricht und durch

das Gedränge eine Katastrophe mit 200 Toten entsteht, weil man die Tore nicht aufmacht. Oder man macht die Tore auf, dann wird aber das Spiel unterbrochen.
Was ist nun im August in Bari passiert? Die italienische Regierung hat gesagt: Stop! Darauf reagierten die Albaner an Bord des Schiffes, indem sie sich ins Wasser stürzten und an Land schwammen. Da gab es nur die Alternative, entweder auf sie zu schießen oder sie zu verprügeln, aber vor laufenden Kameras, damit *alle* Albaner es verstanden. So brauchte man nicht auf 11 000 Menschen zu schießen. Es sollte nicht vergessen werden, daß es keinen einzigen Toten gegeben hat!
Das ist natürlich eine Ex-post-Rationalisierung. Denn in Wahrheit waren die italienischen Behörden auf eine solche Situation nicht vorbereitet, genausowenig wie die Tschechoslowaken und die Ungarn auf die Flucht der Ostdeutschen vorbereitet waren. Auf eine plötzliche Herausforderung wurde eine plötzliche Antwort erteilt. Wie immer, kann man solche improvisierten Lösungen nicht bis zu ihrer letzten Konsequenz verteidigen. Trotzdem muß man nachträglich sagen: Die Italiener haben es in Bari geschafft, die Invasion aufzuhalten, ohne Menschen zu töten, allein indem sie Bilder verbreiteten. Das würde ich nicht unterschätzen.
*Hat es heute noch Sinn, nach Legalität und Illegalität zu unterscheiden?*
Wenn wir in diesem Zusammenhang von Legalität sprechen, haben wir meistens die Mikroebene im Auge. Wir meinen praktisch den blinden Passagier, den illegalen Einwanderer, den wir vom legalen unterscheiden. Wir müssen uns aber daran gewöhnen, in Makrodimensionen zu denken. Da kann man nicht so einfach zwischen legal und illegal unterscheiden. Das ist auch meine Kritik am Schengener Abkommen und damit an der EG-Einwanderungspolitik. Sie setzt eine Situation voraus, in der es um die Einwanderung einzelner Personen geht. Wir sind nicht vorbereitet auf eine Masseneinwanderung oder gar eine Invasion. Europa hat aber eine Heidenangst vor der »slawischen Invasion«. Man befürchtet, daß heute auf internationaler Ebene das wieder geschieht, was sich um 1960 auf deutsch-deutscher Ebene ereignet hat, bis die DDR 1961 die Mauer baute.
Es gibt zwei Formen der Legalität: *de jure* und *de facto*. Außerdem gibt es das Recht des Stärkeren, des Siegers. Das römische Reich ist nicht an den illegalen, sondern an den übermächtigen Barbaren zugrundegegangen. Sie kamen einfach und blieben, wo sie waren. Die Grenze zwischen Legalität und Illegalität ist die Grenze zwischen Macht und Ohnmacht. Es ist keine Barriere zwischen der Regel und der Regelverletzung, sondern zwischen der Möglichkeit und der Unmöglichkeit, eine solche Regelverletzung zu ahnden

oder zu verhindern. Es geht heute nicht mehr um die Frage, wie man die verschiedenen Raster benutzt, um Fremde draußenzuhalten, sondern ob unsere Raster überhaupt noch etwas taugen. Wir stehen also vor einer neuen Völkerwanderung – wie am Ende der Römerzeit, als die Raster oder Filter nicht mehr funktionierten.

Wenn dem so ist, wenn wir vor ähnlichen Problemen stehen wie die Römer, die sich vor barbarischen Invasionen schützen mußten, dann können wir Lösungen nicht im formalen Bereich der Legalität suchen, die doch voraussetzen, daß die Raster, die Filter halten. Es können also weder formal-legale Lösungen noch militärische Antworten sein. Sonst stellt sich tatsächlich die moralische Frage. Soviel ich weiß, zeigt sich das auch in Deutschland sehr deutlich. Die alte Unterscheidung zwischen Asylant und Wirtschaftsflüchtling versagt unter dem Druck der vielen Menschen, die ins Land drängen.

Und mehr noch: Man denke nur an die Kommunisten in Osteuropa – sind das keine politisch Verfolgten? Ist Erich Honecker kein politisch Verfolgter? Man muß sich immer wieder hüten vor dem »Vae victis«, dem »Wehe den Besiegten«. Sicher, es gibt gute und böse politisch Verfolgte. Aber man muß auch zugeben, daß für viele Menschen in Osteuropa heute die Luft sehr dick geworden ist. Ist jemand, der keinen Job findet, weil er ein Kommunist war, kein Fall für politisches Asyl? Wer nicht integriert wird, hat der nicht Anspruch auf christliche Caritas?

Das ist der erste Punkt. Der zweite ist die meiner Meinung nach irreführende Frage nach der Legalität. Denn Legalität funktioniert nur kurzfristig und bei geklärten Machtverhältnissen. Kurzfristig, weil nur in kurzen Zeiträumen mit einer gegebenen Legalität argumentiert werden kann, man nimmt sie ja nur in kurzen historischen Zeiträumen als gegeben hin, ohne sie in Frage zu stellen. Und bei klaren Machtverhältnissen, weil sie nur durchzusetzen ist, wenn man den Hadrianswall hat und stark genug ist, ihn zu verteidigen.

Nehmen wir nur mal den enormen Druck, dem die Südflanke der Europäischen Gemeinschaft ausgesetzt ist. Vergegenwärtigen wir uns die demographische Entwicklung Nordafrikas: Im Jahre 2012 wird die Bevölkerung der südlichen Mittelmeerländer, von Marokko über Ägypten bis zur Türkei, genau so groß sein wie die der gesamten EG und der EFTA-Länder, rund 370 Millionen Menschen. In Italien werden im Jahre 2010, also in weniger als zwanzig Jahren, nur etwa elf bis zwölf Millionen Menschen jünger als zwanzig Jahre sein, während es etwa vierzehn Millionen über sechzig Jahre geben wird. In Ägypten, das heute 52,4 Millionen Einwohner hat (Italien: 57,2 Millionen), wird es im Jahre 2010 etwa 28 Millionen Jugendliche unter zwanzig Jahre geben, aber nur rund zehn Millionen Menschen über sechzig.

Soviel zur Demographie. Damit das Problem klarer wird, möchte ich zwei Szenarien anführen, die kürzlich auf einem Seminar vorgestellt wurden.
»Das erste Szenario basiert auf einem schnellen Wachstum der Nachfrage nach Arbeitskräften aufgrund eines beschleunigten Wirtschaftswachstums, das neue Entwicklungsmöglichkeiten schafft. Das bedeutet für die Einwanderungsländer, daß Einwanderung zwar notwendig ist, aber in einem begrenzten Maß. Das hat politische, soziale und kulturelle Ursachen und liegt auch an dem Vorhandensein von unterbezahlter Arbeit (Frauen, Jugendliche und ältere Menschen).
Das zweite Szenario rechnet mit einer schwachen Nachfrage nach Arbeitskraft infolge von arbeitssparenden neuen Technologien im Dienstleistungssektor sowie von Stagnation und Inflation. Bei diesem Szenario gibt es keinen Bedarf an Einwanderern.
In den Auswanderungsländern sehen die Szenarien anders aus: Bei einem schwachen Wachstum des Arbeitsbedarfs wegen eines schwachen Wirtschaftswachstums gibt es einen großen Überhang an Arbeitsangebot, politische und wirtschaftliche Spannungen, ein negatives Importwachstum und einen starken Auswanderungsdruck.
Im Falle eines schnellen Wachstums der Nachfrage für Arbeitskräfte aufgrund eines beschleunigten Wirtschaftswachstums haben wir eine Verminderung des Arbeitskräfteüberhangs, weniger politische und wirtschaftliche Spannungen, ein starkes Importwachstum und ein sehr schnelles Entstehen von ›neuen Märkten‹, weniger Auswanderungsdruck und eventuelle Süd-Süd-Wanderungen.«
Zusammenfassend schreiben die Autoren: »Allein unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Faktoren würde es in beiden Szenarien für die Auswanderungsländer einen zusätzlichen Auswanderungsdruck geben, und wir hätten, wenn wir die Beschaffenheit der südeuropäischen Grenzen bedenken, mit der Durchbrechung des ›cordon sanitaire‹ zu rechnen. Auswanderung kann aber nicht als Lösung für die Probleme der Unterentwicklung gesehen werden, schon deshalb nicht, weil durch sie den betreffenden Ländern die qualifizierteren Arbeitskräfte abhanden kämen, wodurch sich die wirtschaftliche Situation nur verschärfen würde.«
Wir stehen also vor dem Bruch der Raster, der Filter, der Abschottungen. Wenn aber die Raster kaputtzugehen drohen, muß man an neue Taktiken denken. Die Römer beispielsweise haben die Invasion abgefedert, indem sie eine zweite Widerstandslinie bildeten. Sie ließen die Barbaren herein und verhandelten mit deren Führern. Das Ergebnis war, daß die Barbaren sich ansiedelten unter der Bedingung, daß sie ihre Kinder römisch erzogen. Ähnlich haben es die Deutschen mit den Türken gemacht, oder?

Wenn man sich jene Zahlen ansieht, erkennt man den enormen Druck auf Italien. Ich glaube aber, daß das Problem in Deutschland zur Explosion kommen wird. Denn dort kommt der Druck von den Slawen, und die Slawen sind weiß und christlich. Die Abwehr dieser Menschen läßt sich also nicht durch eine Stimmungsmache organisieren. Denn so »anders« sind sie eben nicht. Man kann zwar grob vereinfachend sagen, daß es Deutsche gibt, die die Polen genausowenig mögen wie manche Italiener die Schwarzen. Aber die Dinge liegen doch anders, gerade heute, bei einem polnischen Papst, der das christliche Europa predigt: wie sollte man da den slawischen Brüdern und Schwestern die christliche Nächstenliebe verweigern? Es ist deshalb wahrscheinlich, daß man den Wall mit größerem Erfolg in Richtung Afrika errichten wird; auch weil es da das Meer gibt, das eine Umwanderung schwierig macht. Allerdings könnte dann ein neues Boat-people-Problem entstehen.

*Nutzen uns denn diese Einwanderer oder nicht?*

Wie wir an den Szenarien gesehen haben, ist das eine Frage der Quantität. Wenn es wenige sind, gibt es keinen Zweifel: natürlich brauchen wir sie, vor allem in der Bauwirtschaft und für andere einfache Arbeitsprozesse. Die Soziologie kennt die Kennziffer von 12 Prozent, die auch in Tierexperimenten erhärtet wurde: Sobald 12 Prozent Fremde in eine Gemeinschaft kommen, ist eine Schwelle erreicht, jenseits derer das Zusammenleben schwierig wird. Es gibt also durchaus eine Beziehung zwischen Quantität und Qualität. Wenn man diese Zahl akzeptiert, dann ist ein Schwarzer auf acht Weiße noch unproblematisch, aber bei einem Schwarzen auf vier Weiße würden die Weißen ausrasten. Ich weiß nicht, ob das stimmt, aber es liegt im Bereich der Wahrscheinlichkeit.

Bisher sind wir mit der multikulturellen Gesellschaft ja recht gut gefahren. Das Neue an der heutigen Situation ist, daß die sogenannte fünfte Kolonne innerhalb Europas, die die Einwanderung befürwortet hat, schwächer wird. Ich spreche von den Unternehmern, zum Beispiel in der Baubranche, die Algerier einstellten. Jetzt, wo die weißen Arbeiter sich gegen die Algerier stellen, muß der Arbeitgeber Farbe bekennen, und diese Farbe ist weiß, weil er es nicht mit seinen ausgebildeten Fachkräften verderben will. Ob das nun unter dem Deckmantel einer Rechtfertigung im Sinne Le Pens oder anders geschieht: was zählt, ist, daß die fünfte Kolonne schwächer wird.

Die Interessen scheinen sich eher auf einer höheren Ebene zu organisieren, auf der Ebene des General Agreement of Tariffs and Trade (GATT) beispielsweise. Ich meine damit eine mögliche Zweiteilung der Intervention. Auf der einen Seite die Förderung des Systems der Maquilla-Plants, das heißt der Produktion von nördlichen Firmen in der südlichen Hemisphäre,

um vor Ort die Probleme besser zu lösen – in Verbindung mit einer entschiedenen Abwürgung der Einwanderung in den Norden.

*Das erscheint doch als Makulatur, wenn man sich das grundsätzliche Versagen der Entwicklungshilfe anschaut, der sogenannten »Hilfe zur Selbsthilfe«. Die funktioniert doch nur in ganz kleinen Nischen, und immer öfter gibt es eine fast kriminelle Kooperation von westlichen Firmen mit den Regierungen von Entwicklungsländern zu Lasten der westlichen Außenpolitik und letzten Endes des Steuerzahlers, vor allem aber der Bevölkerung in diesen Ländern, die von der Hilfe sehr wenig abbekommt.*

Wenn man sich die demographischen Daten ansieht, kann man tatsächlich nicht mehr an die Entwicklungshilfe glauben. Aber die Frage reicht viel weiter. Sie rührt an die Existenz des Kapitalismus. Bei dem heutigen Verhältnis von Kapital und Technologie gibt es nicht genügend Arbeitsplätze für die Weltbevölkerung. Mit dem Fall der Mauer ist auch das Alibi erledigt, daß man mit Hilfe von Gosplan (der zentral geleiteten Planwirtschaft) den Kapitalismus etablieren könnte. Jetzt stehen wir vor der Herausforderung einer realistischen Beurteilung des Kapitalismus. Wir sehen die Gegensätze eines Systems, das nur aufgrund der Unterschiede zwischen den Menschen leben kann. Die alte Frage der Grenzen des Wachstums, die vor zwanzig Jahren vom Club of Rome unter falschen Vorzeichen aufgegriffen wurde, wird wieder aktuell.

*Das wird aber von vielen Wachstumsforschern bestritten, die behaupten, das Wachstum des Nordens ermögliche eine globale Umverteilung, die die Probleme entschärfen könne.*

Das ist eine legitime Hypothese. In einer entmaterialisierten Welt der Dienstleistungen ist es theoretisch denkbar, daß der Norden eine Art Gleichgewicht schafft, ähnlich wie das britische Empire in den Kolonien, wo England entstehende Spannungen vor Ort zu lösen versuchte. Wie ist denn das Nord-Süd-Problem entstanden? Doch dadurch, daß man nicht mehr wie im Merkantilismus die Kolonien entwickelte und dort für Wachstum sorgte, um es im Interesse des Kolonialstaats zu nutzen, sondern statt dessen – im Industriezeitalter – den Kolonialstaat entwickelte und hier für Wachstum sorgte, um die Kolonien auszubeuten. Das Problem wurde durch die Errungenschaften der modernen Medizin noch verschärft. Sie ermöglicht hohe Geburtenraten, die wiederum die demographische Explosion verursachen.

Aber wie gesagt, es ist eine wunderbare, obschon rein theoretische Prämisse. Denn keiner kann mir weismachen, daß sich in fünf oder sechs Jahren in der südlichen Hemisphäre genügend Arbeitsplätze schaffen lassen, um eine Angleichung von Norden und Süden zu erreichen. Die Entwicklungspolitik

hat nicht funktioniert, weil es keine (Welt-)Regierung gab, die imstande gewesen wäre, das Problem zu lösen. Ich bezweifle auch, daß das heutige Europa bei den gegenwärtigen Produktionsbedingungen imstande ist, die Südküste des Mittelmeers oder gar die ganze unterentwickelte Welt auf den Weg des Wachstums zu bringen.

Ich sehe drei verschiedene Einstellungen. Zunächst die bürokratische, die der Meinung ist, man könnte alles mit einem neuen Visumrecht regeln. Womöglich sollte man noch die Kontrollen an der Grenze verschärfen, um die illegale Einwanderung einzudämmen. Dann gibt es den progressiven, aber eher kurzsichtigen Wirtschaftsexperten, der meint, die Einwanderungswelle könne über mehr Entwicklungshilfe vor Ort eingedämmt werden. Und schließlich der epochale Beobachter: er mutet zwar etwas zu weitsichtig an, aber ich möchte eine Lanze für ihn brechen, denn die Zahlen der Demographen gelten für Zeiträume und Szenarien von zwanzig bis dreißig Jahren. Bei langfristigen Prognosen kann man sich schnell vertun, wie der Club of Rome bei seinen Energieprognosen. Das gilt aber nicht für demographische Berechnungen. Wenn nämlich – unvorhergesehenerweise – alle Menschen in den Entwicklungsländern von heute an bei hundert Prozent ihres Geschlechtsverkehrs Verhütungsmittel benutzen würden, behielten die heutigen demographischen Prognosen dennoch für zwanzig Jahre ihre volle Gültigkeit. Die epochalen Beobachter setzen voraus, daß das Problem explodiert, und zwar in nicht so ferner Zukunft.

*Ist das nicht ein Schreckensszenario?*

Diesen Tatsachen kann man mit Zittern begegnen oder mit Gelassenheit, man kann sie sogar befürworten. Denken wir zurück an die Langobarden, im frühen Mittelalter. Die westliche Zivilisation konnte sich retten dank der Kirche, die nicht, wie die unterlegenen Römer, Legionen gegen die Barbaren ins Feld schickte, sondern ihre Priester. Sie hat auf diese Weise die Barbaren »vereinnahmt«. Wenn wir nun mit den epochalen Beobachtern der Meinung sind, daß allen Zahlen zufolge der Deich bald bricht, dann bleibt uns nur eines: Wir müssen das Problem unter dem kulturellen Aspekt diskutieren. Wir können uns dann nicht länger den zwei Illusionen hingeben: einerseits der Illusion der Maquilla-Unternehmen in den Entwicklungsländern, andererseits der Illusion, wir könnten dem Problem mit Legionen begegnen. Wir müssen uns darauf vorbereiten, diese Menschen zu »christianisieren«: Wir lassen sie entweder Kapitalisten und Verbraucher werden, oder wir lassen sie »gut« werden, indem wir sie in Christen verwandeln oder indem wir mit dem Islam Verhandlungen aufnehmen.

*Klären wir doch noch einmal die Gründe für das Versagen der Entwicklungshilfe.*

Tatsache ist doch, daß es keine Unterentwicklung gibt, sondern nur unterentwickelte Bevölkerungen, die keinen Zugang zur Kultur, zur Technologie, zum Know how haben. Denn erst damit läßt sich Wachstum erreichen.
Unser Wirtschaftssystem hat die anthropologische Dimension des Ungleichgewichts explodieren lassen. Die Anthropologie läßt sich aber nicht auf die Wirtschaft reduzieren, weil sie weit umfassender ist als die rein ökonomische Dimension. Das ist das, was passierte, als die 11 000 Albaner kamen. Die EG hat ja den Italienern nicht gesagt: Gebt ihnen Geld, sondern sie hat ihnen beigestimmt, als sie die Grenzen versperrten. Das Problem ist jetzt aus der Politik herausgewachsen, seit der Kommunismus tot ist. Es ist aber auch aus der reinen Wirtschaft herausgewachsen. Denn einem Zigeuner einen festen Arbeitsplatz anzubieten, macht keinen Sinn: er ist anthropologisch kein »Arbeitsmensch« in unserem Sinn, wogegen ein Senegalese diese Bedingung schon eher erfüllt.
Man braucht nur die Hierarchien des Arbeitsschwarzmarktes in Italien zu beobachten. Wenn morgens früh die Schwarzarbeiterorganisationen Arbeitskräfte einstellen, dann kriegen die Senegalesen sofort einen Job, die Marokkaner aber nicht. Das begreifen die Bosse der Schwarzarbeiter früher als die Polizei oder die Behörden mit ihrer Visapolitik. Seltsamerweise werden jetzt aber Überlegungen angestellt, die Visa nach eben diesen Kriterien zu vergeben. Ich war kürzlich in Casablanca: die Marokkaner sind dort – zu Recht – empört über dieses Vorurteil. Das hängt aber damit zusammen, daß »Marokkaner« diejenigen Soldaten sind, die im Dienste der Franzosen während des Zweiten Weltkriegs einige unangenehme Erinnerungen bei Teilen unserer Bevölkerung hinterlassen haben.
*Wie muß man das Entstehen von rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Bewegungen in Europa bewerten, zum Beispiel Le Pen in Frankreich, die Leghe in Italien, die Skinheads und die Rechtsparteien in Deutschland?*
Als eine Gefahr für die Demokratie. Denn Phänomene wie die Einwanderung kann man nun mal nicht mit demokratischem Konsens, rein quantitativ bewältigen. Das Risiko ist zu groß, daß Le Pen und die Leghe gewinnen, wenn man die Frage der Fremdenfeindlichkeit offen stellt. Wer das Problem der Einwanderung rational lösen will, sollte wissen, daß er Schwierigkeiten haben wird, die Zustimmung der Bevölkerung zu bekommen. Paradoxerweise läßt sich die Demokratie nur mit einer Mauer, durch Abschottung gegen die Fremden aufrechterhalten. Man wird natürlich nicht sagen, daß man eine Mauer errichtet, um den Kapitalismus und die eigenen Privilegien zu schützen; man rechtfertigt es mit dem Schutz der Demokratie.

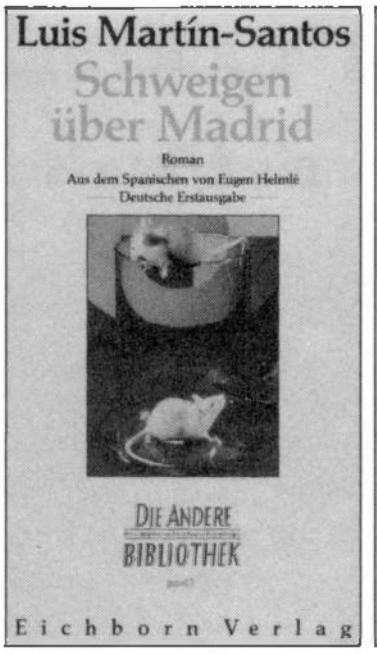
# Hans Magnus Enzensberger

# DIE ANDERE BIBLIOTHEK

(04084) 44,– DM

## Wider den Despotismus

»Diese Schrift wird viele Leser finden.« Der dies schrieb, hieß Johann Wolfgang Goethe und behielt Unrecht. Leider – denn Schlabrendorfs Abrechnung mit Napoleon war einzigartig, denn sie ist gänzlich frei von chauvinistischen und reaktionären Zügen. Das früheste Beispiel von radikaler demokratischer Kritik an Diktatur und Personenkult.




(04081) 44,– DM

## Gefangen im Labyrinth

Ein junger Biologe begibt sich auf eine absurde Odyssee, die ihn durch die Salons und Bordelle, die philosophischen Zirkel und die wüsten Slums einer erstickten Metropole führt. Der Forscher verirrt sich in einem Labyrinth, aus dem es kein Entkommen gibt.
Mit diesem Roman Martín-Santos' hat sich die spanische Prosa aus dem Staub des Bürgerkrieges und aus der literarischen Einöde der Franco-Zeit erhoben.

(04066) 44,– DM

## Der vergessene Klassiker

Fontenelle, dieser freie Geist ist der vergessenste aller Klassiker. In seinen Dialogen bricht die Morgenröte der Aufklärung an. Vielleicht war er zu gescheit für seine Zeitgenossen, vielleicht ist er zu früh geboren.
Die vierundzwanzig *Totengespräche* sind dem Andenken Lukians gewidmet, und der ganze Witz des großen Vorgängers zeichnet sie aus.

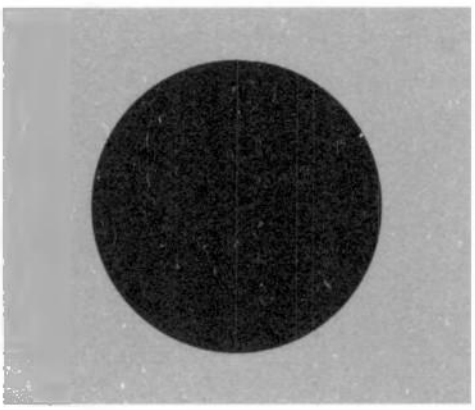
HANAUER LANDSTRASSE 175
W-6000 FRANKFURT AM MAIN 1

EICHBORN

TELEFON (0 69) 4 05 87 80
FAX (0 69) 40 58 78 30

# DAN DINER

## Der Krieg der Erinnerungen und die Ordnung der Welt



Die Welt des Kalten Krieges liegt in Scherben. Konflikte, die das atomare Patt der Supermächte eingefroren hatte, brechen mit ungeahnter Macht wieder auf. Die überkommenen Ordnungsvorstellungen der Politik greifen nicht mehr. Die endgültige Gestalt einer neuen Staatenordnung liegt noch im Dunkeln, doch lassen sich erste Prinzipien bereits erkennen. Ihnen geht *Dan Diner* in geschichtlichen Analysen nach, die den Krieg am Golf und den Zerfall der Sowjetunion ebenso einbeziehen wie die Rückkehr Mitteleuropas. Brennpunkt seiner kritischen Betrachtungen ist die zukünftige Stellung des vereinten Deutschlands in einem zivilgesellschaftlichen Europa.

**136 Seiten, DM 14.-**

**Rotbuch Taschenbuch 50**

# Richard Wagner
# Der nationale Wanderstiefel

## Minderheiten in Osteuropa

1

Es war im Jahr 1985. Im Frühjahr, im Pannonia-Expreß, einem Zug, der von Berlin-Ost über Prag, Preßburg, Budapest und Bukarest nach Sofia fuhr. Er fuhr am Vormittag in Berlin-Lichtenberg ab, fuhr nachts durch die Tschechoslowakei und war mit langen Grenzaufenthalten am frühen Morgen des nächsten Tages in Budapest. Nachts, in der Tschechoslowakei, wurde von den jungen Ost-Reisenden der Schlafwagengang besetzt gehalten, sie drängten zur Minibar des bulgarischen Schaffners. Dieser verkaufte ihnen Schnäpse und Wein und zuletzt, als die Vorräte verbraucht waren, bulgarisches Bier, das nach Aluminium schmeckte. Die jungen Leute sprachen in Hochstimmung alle ungarisch miteinander, unter ihnen waren mehrere in tschechoslowakischer Armee-Uniform, Angehörige der ungarischen Minderheit in der Südslowakei. Sie waren nach der kommunistischen Regelung am anderen Landesende, im Tschechischen, stationiert und fuhren nun auf Urlaub nach Hause. Je mehr getrunken wurde, desto lauter wurde das Ungarisch dieser jungen Leute. Ich war in der Runde akzeptiert, obwohl ich aus Rumänien kam. Ich wurde als Angehöriger der deutschen Minderheit aus dem Banat vorgestellt. Er ist aus Temesvar, sagte der junge Mann aus Budapest, der in der DDR auf dem Bau arbeitete und nun zu seiner Familie fuhr, er versteht ungarisch, sagte er und klopfte mir auf die Schulter. Die Flasche ging im Kreis. Plötzlich nahm der eine der jungen Uniformierten eine Rolle aus der Tasche und zog langsam ein Band heraus. Zahlen waren darauf, der Countdown der noch abzuleistenden Tage in der tschechoslowakischen Armee. Er zog das Band mit gleichmäßiger Langsamkeit von der Rolle ab, und als er bei der Eins angekommen war, machte er eine winzige Pause, um dann weiterzuziehen. Nach der Eins erschienen unter dem mitternächtlichen Jubel der jungen Leute die Farben der ungarischen Fahne.

2

Der Sozialismus hat kein einziges der osteuropäischen Probleme gelöst, auch das Minderheitenproblem nicht. In der Minderheitenfrage zogen sich die Kommunisten auf den Internationalismus zurück, propagandistisch, in

der Praxis aber betrieben sie in aller Stille die nationale Homogenisierung. Die sozialistische Nation bedeutete in Osteuropa die Fortsetzung der nationalstaatlichen Bestrebungen der Zwischenkriegszeit. Die extremsten Formen dieser Bestrebungen wurden auf dem Balkan durch den Nationalkommunismus erreicht, dessen Ziel der totalitäre Nationalstaat war. Am deutlichsten läßt sich das an der rumänischen Entwicklung im Ceauşescu-Staat ablesen. Aber eine gegen die Minderheiten gerichtete Politik oder mindestens eine diese ignorierende Politik wurde auch in den anderen Ostblock-Staaten durchgeführt. Auch in Ungarn betrieb man traditionsgemäß die Assimilation, nicht zu reden von Polen, das nicht nur für die deutsche Minderheit kein Interesse zeigte, sondern auch für die ukrainische nicht.

3

Osteuropa ist eine Region der ethnischen Begegnungen. Seine Bedeutung ist gerade aus der Begegnung und durch das Zusammenwirken der Völker historisch gewachsen. Die Verwirklichung der Nationalstaatsidee, vor allem im Ergebnis des Ersten Weltkriegs, hat diese Begegnungsform wie einen gordischen Knoten zerschlagen. Der Nationalstaat der zwanziger Jahre hat in Osteuropa Regionen willkürlich zerschnitten und Metropolen ausgelöscht. Gewiß, die multikulturelle Situation in Osteuropa war stark von den Imperien bedingt. Das Zusammenwirken von Deutschen und Juden in Osteuropa vor dem Ersten Weltkrieg ist ein Beispiel dafür. Gleichzeitig aber waren sie Mitträger des ökonomischen und kulturellen Gleichgewichts der Region, unverzichtbare. Die Zerstörung dieses Gleichgewichts setzte mit dem nationalstaatlichen Anspruch der zwanziger Jahre ein und wurde dann mit dem Zweiten Weltkrieg durch das Zusammenwirken von Nationalsozialismus und Stalinismus sozusagen vollendet; es gipfelte in den Umsiedlungsaktionen, Deportationen und Vertreibungen, die von den Nationalsozialisten, den Stalinisten und der osteuropäischen Politik am Ende des Zweiten Weltkriegs durchgeführt wurden. Wenn in der Tschechoslowakei in den zwanziger Jahren 59 Prozent Tschechen und Slowaken lebten und 41 Prozent Minderheiten, so sind es heute 94 bzw. 6 Prozent. Der Nationalstaat ist fast am Ziel, zu dem Preis, daß ganze Regionen vor allem im böhmischen Grenzgebiet verödet sind und ihre Bedeutung verloren haben und daß nun der tschechisch-slowakische Konflikt heftiger denn je aufbricht.

4

Die Entfremdung der Minderheiten begann praktisch mit der Durchsetzung des Nationalstaats. Die neuen Grenzen der Pariser Vorortverträge nach dem Ersten Weltkrieg rissen Regionen auseinander, teilten Bevölkerungsgrup-

pen, ließen andere von der Staatsnation zur ethnischen Minderheit abstürzen. Das Banat, das bis 1918 zur habsburgischen Monarchie gehörte, zuletzt zum ungarischenTeil, wurde danach zwischen Rumänien und Jugoslawien aufgeteilt. Die schwäbische Bevölkerung der Region wurde durch eine Staatsgrenze in zwei Gruppen geteilt. Die ungarische Bevölkerung wurde nach dem Ende der Monarchie zur nationalen Minderheit in drei Nachfolgestaaten: Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien. Sie hat sich mit ihrem Absturz aus der Staatsnation nur sehr schwer abgefunden. Lange beherrschte, ähnlich wie bei den großen deutschen Minderheiten, z. B. den Sudetendeutschen, der Revisionismus ihr Weltbild. Weiter haben zur Entfremdung die Vertreibungen, Umsiedlungsaktionen und Deportationen in der Zeit des Zweiten Weltkriegs beigetragen. Ganze Bevölkerungsgruppen sind entwurzelt worden, ihre Angehörigen wurden in Europa verstreut. So zog Hitler am Vorabend des Zweiten Weltkriegs den Großteil der deutschen Minderheiten aus dem von ihm den Sowjets zugestandenen Einflußbereich ab. Baltendeutsche, Bukowinadeutsche, Bessarabiendeutsche, Dobrudschadeutsche, Wolhyniendeutsche wurden heim ins Reich geholt, viele von ihnen in den eroberten polnischen Gebieten angesiedelt, von wo sie dann nach '45 vertrieben wurden. Das Nachkriegspolen siedelte die Ukrainer in die neuen Westgebiete um, so wie die aus der Westukraine von Stalin ausgesiedelten Ostpolen. Den noch fehlenden Rest für die totale Entfremdung brachte die kommunistische Enteignungs- und Kollektivierungspolitik. Die Politik der kulturellen Isolation. Minderheiten orientieren sich kulturell und ideell stets auf das Zentrum, das das Herkunftsland ist. Sie beziehen von dort auch ihre sprachliche und kreative Kraft. Der kommunistische Zentralismus und Isolationismus hat in diesem Punkt nachhaltiger gewirkt als die Nationalstaaten vorher. Er war bestrebt, die identitätsmäßige Verankerung der Minderheiten aufzulösen. Sie sollten ihre Sprache nur noch zur Formulierung der ideologischen Parolen gebrauchen. Die Sprache ist aber nicht nur Kommunikationsmittel, sie bildet auch die Identität ab. Die Wanderungsbewegungen heute haben eine lange Geschichte.

5

Osteuropa kennt zweierlei Minderheiten. Es sind solche, die im Soge der imperialen Ausdehnungen sich in den Regionen und Metropolen niederließen, wie Deutsche, Juden und Russen, und andere, die zu Minderheiten wurden, weil ihre Siedlungsgebiete sich nicht in die nationalstaatlichen Grenzen integrieren ließen. Ihre historischen Wanderungsbewegungen hatten entweder keine staatlichen Konsequenzen, wie im Falle der Ukrainer und Weißrussen, oder sie sind verlorengegangen, wie bei Litauern und Po-

len. Zwei der Minderheiten, die direkt oder indirekt mit den imperialen Ausdehnungen verbunden waren, die Deutschen und die Juden, befinden sich seit dem Zweiten Weltkrieg auf dem Rückzug. Für die deutschen Minderheiten in Osteuropa bedeutete die ideelle und organisatorische Verstrikkung in den Nationalsozialismus das Ende. Sie leben in Osteuropa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nur noch in Restformen. Allein in Rumänien hatte sich eine lebendige deutschsprachige Kultur der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben bis in die Gegenwart halten können. Sie ist dann ein Opfer von Ceauşescus Wahn geworden. Der verunsicherte Rest verließ nach der Revolution von 1989 fluchtartig das Land. 1990, im ersten postsozialistischen Jahr Rumäniens, kamen mehr als 100 000 Rumäniendeutsche in die Bundesrepublik. In den Jahren davor waren es bis zu 15 000 gewesen, die der Diktator für Kopfgeld in die Bundesrepublik entließ.
In Rumänien selbst wird eine kleine Gruppe von meist älteren Leuten bleiben, eine Gruppe, die kulturell und politisch schon heute weitgehend bedeutungslos ist. Völlig bedeutungslos ist die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei, dazu noch politisch gespalten zwischen ehemaligen Kollaborateuren der Kommunisten und Erneuerern. Eine Regeneration wird in den deutschen Minderheiten in Polen und Ungarn versucht. Die Polendeutschen sind seit den ersten freien Wahlen vom Oktober 91 mit sieben Abgeordneten parlamentarisch vertreten, sie können auch eine gewisse politische Rolle in Polen spielen. Welches diese Rolle ist, sollte uns nicht egal sein, zumal der größere Teil dieser Minderheit mit der schlesischen Region verbunden ist. Man darf diese Minderheit nicht den Sprüchemachern aus der Alt-Vertriebenenriege überlassen. In Ungarn waren die nach '45 dort verbliebenen Deutschen einem starken Assimilationsdruck ausgesetzt. Sie haben vieles von ihrer Identität, zum großen Teil sogar die Sprache verloren. Inwieweit es da überhaupt noch eine Bindung an die deutsche Kultur gibt, muß sich erst herausstellen. Jedenfalls ist es eine ruhige Minderheit, die weder dem ungarischen Staat noch der Bundesrepublik Sorgen bereiten wird. Die Auswanderungsbewegungen in den deutschen Minderheiten Osteuropas, die in den letzten Jahrzehnten unter den Namen »Aussiedler« und »Spätaussiedler« firmierten, gehen ihrem Ende zu. Es handelt sich nur noch um statistisch bedeutungslose Gruppen. Auch für sie sollte die Aussiedlerregelung beibehalten werden. Mit der Rückwanderungsbewegung dieser Gruppen seit '45 nach Deutschland wird die Konsequenz aus der Beendigung der imperialen deutschen Ausdehnungen in Osteuropa gezogen. Es ist eine für viele überraschende Dimension des »Drangs nach Osten«, für viele Bundesdeutsche ein völlig unverständliches Problem.

6

Bleibt als Schwergewicht die Frage der Deutschen in der ehemaligen Sowjetunion. Gegen die schlichte Parole: Alle in die Bundesrepublik! steht schon die Zahl: geschätzte zwei Millionen. Vielleicht sind es etwas weniger, vielleicht auch viel mehr, wer kann das schon sagen. Ein großer Teil von ihnen lebt seit dem Anfang des Zweiten Weltkriegs am Deportationsort: Kasachstan, Usbekistan, Kirgisien, Sibirien. Die meisten dieser Menschen stammen aus dem Wolgagebiet, wo sie im 18. Jahrhundert von Katharina der Großen angesiedelt worden waren. Lenin gab ihnen eine autonome Republik, in der auch Ernst Reuter, der spätere Bürgermeister von West-Berlin, zeitweise als Volkskommissar tätig war. Diese autonome Republik hat Stalin angesichts des hitlerschen Überfalls von 1941 auf die Sowjetunion ausgelöscht. Sozusagen prophylaktisch, um den Nazis ein mögliches Hinterland zu nehmen. Viele der Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion begreifen sich als Deutsche, obwohl sie gar nicht mehr deutsch sprechen. Es ist ähnlich wie mit vielen Deutschen aus Polen, die in den siebziger und achtziger Jahren als Aussiedler in die Bundesrepublik kamen. Sie kamen in das Land der ökonomischen Verheißung. Aber viele kamen auch, weil die Desorganisation in den betreffenden Ländern, die Korruption und die Unbeweglichkeit der von den Kommunisten durchgesetzten Staatsstrukturen das Arbeiten, wie sie es wollten, nicht mehr zuließen. Beispiele sind ja die Erfolge dieser Aussiedler in der Bundesrepublik. Hinzu kommt bei den Sowjetdeutschen, daß sie von außen immer als Deutsche betrachtet wurden, selbst in ihren Ausweisen war »Deutsch« als Nationalität vermerkt. Sie wurden über Jahrzehnte als Deutsche von bestimmten Bereichen der Gesellschaft ausgeschlossen, hatten geringere Aufstiegsmöglichkeiten. Im Alltag wurden sie immer wieder als Faschisten bezeichnet. Nun verspricht man diesen Leuten seit der Perestroika die Wiedererrichtung der Autonomen Wolgarepublik. Geschehen ist auch 1991 nichts. Während die sowjetischen und russischen Politiker der Bundesrepublik taktische Versprechungen machten, um an Gelder zu kommen, hat sich die Führung der Sowjetdeutschen gespalten, und die Zahl der in die Bundesrepublik Ausreisenden wächst. Wir haben es hier mit einer Bevölkerungsgruppe zu tun, die eigentlich niemand haben will. Die Politik, die diese Menschen in Not gebracht hat, findet sie jetzt lästig.

7

So wie die Ausländerfeindlichkeit und der Neofaschismus in den neuen Bundesländern nicht Ergebnis der Vereinigung, sondern später Ausdruck der von der SED gestifteten moralischen Verwirrung ist, sind auch der Nationalismus und der Antisemitismus in ganz Osteuropa nicht durch das

Ende des Sozialismus entstanden, sondern durch die Krise öffentlich geworden. Die Kommunisten hatten sowohl Nationalismus wie Antisemitismus kontrolliert und manipuliert. Jetzt irren die freigelassenen Begriffe durch die chaotische Öffentlichkeit. Der Antisemitismus ist fast überall präsent, ohne daß es in den einzelnen Ländern noch nennenswerte jüdische Gruppen gäbe. Der jüdische Faktor, der eine wesentliche Rolle in der ostmitteleuropäischen Kultur gespielt hat, ist von den Nationalsozialisten und ihren Verbündeten in den einzelnen Ländern vernichtet worden. Der Antisemitismus wurde nicht von der nationalsozialistischen Politik in die osteuropäischen Länder hineingetragen. Er hat dort eine viel ältere Tradition, die von Polen bis Rumänien von den Nazis genützt werden konnte. Die nationalistischen Strömungen in Osteuropa hatten traditionell auch eine antisemitische Dimension. Sehr deutlich zu sehen ist das an den rechten nationalen Bewegungen in Rumänien seit den zwanziger Jahren. Der traditionelle Nationalismus empfand die Juden als Gegner der nationalistischen Emanzipation. Sie standen der nationalen Homogenisierung im Wege. Ihre Verknüpfung mit einer kritischen Kultur störte die Verklärer der nationalen Werte sehr. Nationalismus verträgt keine Respektlosigkeit. Er ist ebenso humorlos wie der Kommunismus.

Heute hat der Antisemitismus in Osteuropa aber eine weitere Dimension. Er ist Teil der nationalen Ausrede, der Verdrängung. Die osteuropäischen Völker wollen ihre Kollaboration mit dem Kommunismus nicht zugeben, sie können den Gedanken der Mitverantwortung offenbar nicht ertragen. Es ist ähnlich wie mit dem Faschismus, für den sie die Verantwortung bis heute den Deutschen anlasten. Ihre Kollaboration, gerade bei der Vernichtung der Juden, wird in den meisten Ländern verharmlost oder geleugnet. Rumänien hatte eigene Lager für die Vernichtung der Juden in Transnistrien eingerichtet, lobte sich dann aber in nationalkommunistischen Zeiten, die Juden nicht den Deutschen für Auschwitz überlassen zu haben. Auch heute findet man kaum jemand in der rumänischen Öffentlichkeit, den diese Problematik ernsthaft beschäftigen würde, auch in der demokratischen Opposition nicht. Was den Juden heute vorgeworfen wird, ist ihre Beteiligung an der kommunistischen Machtübernahme und Machtausübung. Nun ist es tatsächlich so, daß viele Juden schon in den dreißiger Jahren in den osteuropäischen KP's wirkten, eben als Reaktion auf den Nationalismus in der dortigen politischen Öffentlichkeit. Nach dem Krieg haben sich in einer zweiten Welle viele junge Juden, die durch den Holocaust gegangen sind, in den die Macht an sich reißenden KP's engagiert. Die Rote Armee hatte sie schließlich vor den Nazis gerettet. Nun würden die Nationalisten am liebsten die Gesamtheit des stalinistischen Verbrechens den Juden anlasten, um die Verklärung

der eigenen Nation weiter betreiben zu können. Jene Juden aber, die in Osteuropa an den stalinistischen Verbrechen, vor allem der fünfziger Jahre, beteiligt waren, waren dort nicht als Juden, sondern als Stalinisten eingemischt, genau wie alle anderen.
Solange die Öffentlichkeit in Osteuropa nicht bereit ist, den kritischen Blick auf die eigene Nation auszuhalten, werden Antisemitismus und Chauvinismus nicht zu überwinden sein. Auch die letzten Juden werden die Region aus Angst und Unbehagen verlassen, so wie das seit Jahren in der Sowjetunion geschehen ist, und sie werden ein sichtbares Loch in der dortigen Kultur hinterlassen. Je stärker sich die Homogenisierung in den osteuropäischen Nationalstaaten durchsetzt, desto ärmer wird die Kultur dieser Länder sein.

8
Es gibt in Osteuropa keine einzige Nation, die nicht in einem oder gar mehreren Nachbarländern als Minderheit auftauchen würde. Trotzdem ist das Verständnis für die Minderheitenfrage überall auffallend gering. Die Politik der einzelnen Länder sucht auch heute wieder von dem Status der Minderheit im Nachbarland viel Aufhebens zu machen und im eigenen Land die gleiche Problematik zu marginalisieren. Minderheiten werden weiterhin als Pfand in den zwischenstaatlichen Disputen und Konflikten benützt. Verknüpft wird die Minderheitenfrage zum Teil schon wieder, mindestens propagandistisch, mit der Territorialfrage. Wo diese Verknüpfung stattfindet, ist es für die betroffene Minderheit fatal. Ihre wirklichen Probleme lassen sich so nicht lösen. Die Territorialfrage ist das Lieblingsthema des Nationalstaats. Sie lenkt in Friedenszeiten ab und schafft in Kriegszeiten die nötige Legitimation. Für beide Varianten haben wir aktuelle Beispiele. Die Ungarn in Rumänien und die Serben in Kroatien. Die einen lieferten der rumänischen Politik die Möglichkeit, die Demokratisierung zu hintertreiben, die anderen dienten der serbischen Politik als Vorwand, einen Eroberungskrieg in Kroatien zu veranstalten. Interessant ist, daß sich in beiden Fällen ehemals nationalkommunistische Nomenklatura-Gruppen dadurch an der Macht halten konnten.
Für die großen, in kompakten Gruppen lebenden Minderheiten in Osteuropa müssen übernationale Lösungen angepeilt werden. Da nach dem Ende des Kommunismus überall in Osteuropa die Fortführung des durch Jalta abgebrochenen Nationalstaats angestrebt wird, kann nur eine übernationale Initiative, garantiert von internationalen Gremien, UNO, KSZE und ähnlichen, Fortschritte in dieser Frage bringen. Als Modell kann für die großen Gruppen Südtirol genommen werden, beispielsweise für einen Teil der Un-

garn in Siebenbürgen, die Szekler, denen die rumänische Politik auch heute wieder die Autonomie verweigert, die ihnen von Ceauşescus Nationalkommunismus genommen worden war, die Polen im litauischen Wilna-Gebiet oder die Albaner im Kosovo, dessen Autonomie von Milošević 1989 annulliert wurde. Für die verstreut lebenden Angehörigen urbanisierter Minderheiten bieten sich eher Formen der kulturellen Autonomie an, wie sie seinerzeit von den Austromarxisten Bauer und Renner gedacht wurden. Ein Mitspracherecht in den Minderheitenfragen muß jeweils den Staatsnationen zugestanden werden, auf die die Minderheiten sich beziehen. Sie haben ein doppeltes Bezugssystem: das zum Herkunftsland und das zum Land, in dem sie leben. Sie können so zu einer Verknüpfung der Kulturen produktiv beitragen und die zwischenstaatlichen Konflikte entschärfen. Einmischung muß erwünscht sein, gegenseitige.

9

Gut haben es die Minderheiten, könnte man sagen, die sich auf ein starkes Herkunftsland beziehen können, wie die Deutschen. Gut haben es auch die Minderheiten, die sich auf ein Herkunftsland beziehen können, in dem die demokratischen Strukturen sich zu festigen beginnen, wie die Ungarn. Was aber geschieht mit denen, deren Herkunftsland und ideelles Zentrum sich in der tiefen Krise befindet und hilflos bis verrückt agiert? In einer solchen Lage sind die Albaner im Kosovo, die Rumänen in der Moldau-Republik. Was dann passieren kann, hat sich mit den Serben in Kroatien gezeigt. Und was geschieht mit den Roma überall? Sie haben kein den anderen vergleichbares kulturelles Zentrum. Große Teile dieser Minderheit, vor allem auf dem Balkan, aber auch in der Slowakei und in Ungarn, sind extrem verelendet und kriminalisiert. Sie sind der sichtbar gewordene Teil des Elends in den Ländern, in denen sie leben, und als solcher dort zunehmend dem öffentlichen Haß ausgesetzt. Pogrome in Rumänien und das Desinteresse der dortigen Politik an der Problematik sind deutliche Belege. Am liebsten wäre man sie los. Viele von ihnen irren bereits ziellos in Osteuropa herum, suchen die Ufer des Westens zu erreichen. Sie waren unter den ersten, nach der Öffnung von 1989, die die Flucht antraten. Ihnen folgten russische Juden, politisch Verfolgte, Arbeitslose, Abenteurer, Kriegsflüchtlinge, Hoffnungslose, Naive, Opfer der westlichen Propaganda, Opfer der östlichen Propaganda, Künstler, Lebenskünstler, Hungernde, Kriminelle, Aussiedler. Je mehr sich die Krise verschärft, desto mehr werden es sein. Zuletzt alle. Der Westen kann nicht zuschauen. Durch den Verfall der Sowjetunion und den Zusammenbruch des kommunistischen Systems ist in Osteuropa ein Vakuum entstanden, ein Ort der Hoffnungslosigkeit und des Sich-Aufgebens.

Der Westen muß die Kontrolle über diesen Ort übernehmen, immerhin hat er das propagandistisch über mehrere Jahrzehnte angestrebt. Mindestens ein Teil der Kalten-Kriegs-Versprechungen muß eingelöst werden.

10

Ein sehr schwieriges Problem sind die nach dem Zerfall der Sowjetunion entstehenden russischen Minderheiten. Sie haben Züge einer kolonialen Elite, in manchem vielleicht mit den deutschen Minderheiten früher vergleichbar, in anderen Aspekten gar nicht. Sie müssen den Bewußtseinswandel von der Kolonial-Elite zur ethnischen Minderheit durchmachen. Die Frage ist, ob sie dazu bereit sind. Ein Teil von ihnen wird sich sicherlich nach Rußland zurückziehen, vor allem jene aus dem kommunistischen Verwaltungs- und Denunziationsbereich und aus der Roten Kolonialarmee. Andere, Arbeiter, Angestellte, Intellektuelle, werden bleiben. In vielen dieser Gebiete, vom Baltikum bis zur Moldau-Republik, gab es ja auch traditionelle russische Bevölkerungsgruppen, die von den kolonialen Verwaltungseliten später überlagert wurden. Bisher haben ihre politischen Organisationen allerdings sich fast ausschließlich auf das sowjetische Machtzentrum bezogen, sie stellten zuverlässige Kolonnen der Moskauer Reaktionäre aus dem Macht- und Militärapparat dar. Die Politik in diesen Minderheiten muß sich erneuern. Sie müssen sich auf die Realitäten in den neu entstehenden Nationalstaaten einstellen. Davon, ob sie das schaffen, hängt ihr zukünftiger Status als nationale Minderheit in entscheidendem Maße ab. Sie müssen die Fundamental-Opposition in den neuen Staaten des Baltikums und in der Moldau-Republik aufgeben und eine Position der Akzeptanz erreichen. In den anderen osteuropäischen Regionen, wie Weißrußland und der Ukraine, kann das Problem entschärft werden, solange es in irgendeiner Form eine Union zwischen diesen Staaten und Rußland gibt.

11

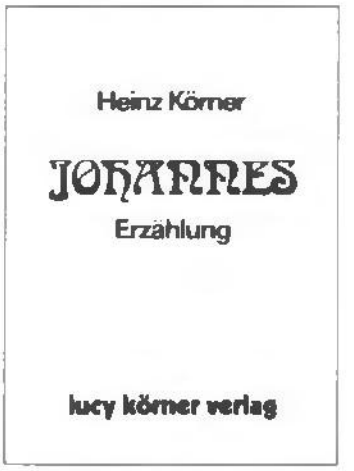
Osteuropa hat den Tunnel des Nationalstaats betreten. Nach den kommunistischen Verwüstungen ist kein anderer Weg in Sicht. Für die ethnischen Minderheiten muß ein ausreichender gesamteuropäischer Gesetzesrahmen geschaffen werden, durch den sowohl individuelle als auch kollektive Rechte garantiert werden. Vertreibungen hat es in diesem Jahrhundert genug gegeben.

# Bücher
# für eine bessere Welt

**Ein Spiel mit dem Feuer – eine „heiße" Geschichte voller Überraschungen!**

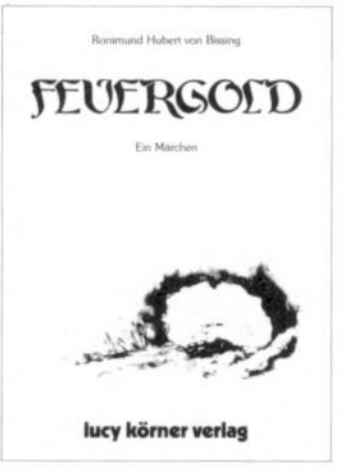
Die märchenhafte Geschichte einer jungen Frau, die Klarheit für ihr Leben sucht. Stattdessen...
208 Seiten, kart. 16,– DM

**Eines der erfolgreichsten und am meisten diskutierten Bücher der letzten Jahre!**




Eine provozierende Aufforderung, mit der Verbesserung der Welt erst einmal bei sich selbst anzufangen.
104 Seiten, kart. 14,– DM

**Nur ein Märchen? Oder eine Reise ins Innere der Seele?**




Ein zutiefst spirituelles Märchen von der Suche nach dem legendären See Feuergold – und nach sich selbst.
96 Seiten, kart. 14,– DM

**Wenn man sich einmal so richtig verzaubern lassen will...**

Ein Märchen von einem Buch mit magischen Kräften – hintergründig, spannend und voller Denkanstöße!
96 Seiten, kart. 14,– DM

Postfach 1106 | 7012 Fellbach Tel. 07 11/58 84 72

**lucy körner verlag**

# Barbara Kerneck
# Pension Olympia – zwischen Heimat und Heimat

»Was kann denn ich als Phänomen schon groß für Eigenschaften repräsentieren? Schließlich bin ich ja ein Waisenkind!«
(aus: Wenedikt Jerofejew, *Moskwa – Petuschki*)

Oft bin ich mit meinem kleinen VW-Diesel diese Strecke abgefahren. Immer um die Jahreswende herum. Zwischen 1990 und 91, zwischen 1991 und 92. Bei Tag und bei Nacht und ein denkwürdiges Mal auch um 5 Uhr früh. Immer das windungsreiche Flüßchen Jausa entlang. Dann den Hügel hoch in die Krasnoarmejskaja-Uliza, die »Rotarmee-Straße«, die nicht erst seit sowjetischen Zeiten so heißt, sondern schon seit Jahrhunderten, weil im russischen Volksverständnis seit Urzeiten bis vor kurzem das »Rote« immer auch das Großartige und Schöne war. In der Rotarmee-Straße gibt es ein kleines Häuschen mit originellen Fenstersimsen. Dort prangt jetzt in schnörkeligen Großbuchstaben auf weißem Grund der Name: »Anna Mons« – das Lokal ist neuerdings als Ausflugsziel der Moskauer ausländischen Kolonie »in«. Vom Flußufer aus kann man aber auch genausogut die Hospital-Straße hochfahren. In beiden Fällen sichtet man ein spitzgiebeliges Tor wie aus Hauffs Märchen und landet schließlich auf dem Hospital-Platz, von dem der Hospital-Wall abgeht. Das hiesige Militär-Hospital, das heute den Namen »Burdenko« trägt, war das erste moderne Krankenhaus in Rußland. Peter der Große gründete es 1707 und damit gleichzeitig die erste medizinische Lehrstätte des Landes. Der Zar und Neuerer war hier zu Hause. In einem Schuppen an einem benachbarten See fand er als Junge ein vorsintflutliches Boot, mit dem er das Flüßchen Jausa entlangschipperte. Als der Zar in Holland das Zimmermannshandwerk erlernte, bezeichneten Historiker das Boot bereits als die »Mutter der russischen Flotte«. Wer sich nicht der gewundenen, aber sicheren Führung der Jausa-Uferpromenade anvertrauen mag, kann vom Zentrum aus auch über die Baumann-Straße hierhergelangen. Die Baumann-Straße hieß früher »Deutsche Straße« und führte auf den »Deutschen Markt«. Und die ganze Gegend hier war seit den siebziger Jahren des 16. Jahrhunderts bekannt als die »Deutsche Vorstadt«. Zwischen Deutschen, Holländern, Flamen und Schweizern bestand für die damaligen Russen – genauso wie für die heutigen – kein allzu großer Unterschied. Am Hospital-Wall liegt die Pension »Olympia«. In ihr finden die Nachfahren jener damaligen Deutschen eine letzte Bleibe, ehe sie heute das

Land wieder verlassen. Auf einem eleganten Schild neben dem Eingang des vierstöckigen schmutzig-gelben Hauses leuchtet die Aufschrift »Modus Vivendi«.

In der Pension »Olympia« gibt es keine Spiegel, und das ist auch gut so. In der sowjetischen Welt – und nicht nur in dieser Hinsicht ist auch die post-UdSSR-Welt noch sowjetisch – existiert eine Einrichtung, die »Obschtscheschitie« genannt wird. Die Übersetzung »Wohnheim« gibt das Wesen dieses Phänomens nur ungenau wieder. Obschtscheschities dienen nämlich gerade nicht dem »Wohnen«, sondern der »Unterbringung«, sozusagen der »Verstauung« der Bevölkerung und der Kakerlaken. Die meisten Sowjetmenschen verbringen als Studenten, Praktikanten oder im Verlauf von Dienstreisen einen Teil ihres Lebens in Obschtscheschities. Genaugenommen gehört die Pension »Olympia« in diese Kategorie. Einfache Menschen begnügen sich in derartigen Gebäuden mit einfachen, plumpen Kommoditäten. Die Toiletten sind selbst für nichtkorpulente Bewohner gewöhnlich zu eng, um darin zielgerichtet zu urinieren, und in einem entsprechenden Zustand. Mit Erstaunen sehe ich im »Olympia«, wie eine Frau es sogar fertigbringt, gemeinsam mit ihrem siebenjährigen Sohn in einer derartigen Toilette zu verschwinden. Sie hält das Kind dabei fest umklammert. Einige Toiletten sind ständig zugeschlossen. Und sonst: das übliche Bild. Etagenbetten – im Durchschnitt sechs pro Zimmer –, Wäscheleinen mit Strumpfhosen, Gemeinschaftswaschräume auf jeder Etage, in denen sich Männlein und Weiblein schichtweise reinigen, eine Dusche im Keller, Menschen, die auf den Korridoren flanieren, um der Enge der Zimmer zu entfliehen. Ein Geruch nach Urin, Müll, Kunstleder, Knoblauch und Alkohol. Das »Olympia« wäre eben ein ganz normales Obschtscheschitie, wenn ... wenn es in den Waschräumen wenigstens Spiegel gäbe und wenn sich in seinem Zentrum kein hochmodernes, computergespicktes Reisebüro befände.

Marina Zwonkowa gefällt mir. Die zierliche grauhaarige Dame mit der akkuraten Hochfrisur spricht fließend Deutsch. Sie repräsentiert die Firma »Olympia-Reisen« und steht dem Reisebüro im Hotel Olympia vor. Sie entschuldigt sich für den schlichten Zustand des Wohnheimes: »Wissen Sie, in diesen Zeiten sind auch die einfachsten Gebrauchsgegenstände bei uns schwer zu erwerben.« Da ich seit Monaten wesentliche persönliche Energieressourcen darauf verwende, ein paar Bretter für ein Regal in meinem Büro zu ergattern, verstehe ich sie nur allzugut. Madame Zwonkowa bewirtet mich mit Gebäck, Tee und einem Schlückchen Wodka. Die Managerin hat für mich sehr, sehr viel Zeit. Die Existenz der Pension »Olympia« macht sie mir historisch und juristisch plausibel. Noch vor drei Jahren lagerten die

ausreisenden Sowjetdeutschen mit Sack und Pack tagelang auf dem Flughafen Scheremetjewo. Ihre Anwesenheit dort führte zu »unhaltbaren Zuständen«. Da hatte die Firma »Olympia-Reisen« eine geniale Idee. Die Bundesregierung zahlte ihr für jeden ausreisenden Sowjetdeutschen den Lufthansa-Tarif. Was wäre, so überlegten die Olympia-Chefs, wenn wir einen Teil der Leute mit der sehr viel billigeren »Aeroflot« ausflögen und ihnen von dem gesparten Geld eine Bleibe schüfen? Gedacht, getan. Mit dem Verlag »Modus Vivendi«, dem das Haus am Hospital-Wall gehört, schloß man einen entsprechenden Vertrag. »Olympia-Reisen« und die Direktion des Hotels »Olympia« sind voneinander unabhängige und völlig selbständige juristische Strukturen. Das Joint-Venture »Modus Vivendi«, erläutert mir Marina Zwonkowa, geht erfolgreich vielfältigen geschäftlichen Tätigkeiten nach und gibt in Italien eine interessante Illustrierte heraus. Der Aufenthalt in der Pension »Olympia« für ausreisende Sowjetdeutsche ist unentgeltlich, ihre Ticket-Formalitäten können sie direkt hier im Haus erledigen – in der Lieblingskleidung jedes sowjetischen Obschtscheschitie-Bewohners: Schlafrock und Pantoffeln. Ich bin der Bewunderung voll und frage Madame Zwonkowa eher routinemäßig: »Halten Sie sich für eine erfolgreiche Frau?« – »Ja«, antwortet sie, ohne mit der Wimper zu zucken. Und dann stelle ich noch eine zufällige Frage: »Organisieren Sie auch den Transit zum Flughafen?« – »Nein«, antwortet Frau Zwonkowa ganz entschieden: »Damit haben wir überhaupt nichts zu tun!«

Der Soziologe Lew Gudkow hat in einer breitangelegten Enquete das russische Selbstverständnis im Kontrast zu dem anderer ehemaliger Sowjetnationalitäten untersucht.[1] Er kam zu dem Schluß, daß Russen sich eher als andere Sowjetbürger mit dem sowjetischen Staat und seinen Helden identifizieren. Ihre historischen Wurzeln führen sie auf das Jahr 1917 zurück. Der Durchschnittsrusse hält sich für »einfach, offen und gastfreundlich«; früher fühlte er sich eher der gesellschaftlichen Mittelschicht zugehörig, im Zuge der wirtschaftlichen Krise sieht er sich nun als Mitglied der Unterschicht. Auf dem Korridor der Pension »Olympia« starte ich einen »Testballon«: »Wen halten Sie für eine große historische Persönlichkeit?« frage ich ein Grüppchen von Leuten, die es sich auf zwei gegenüberstehenden Gartenbänken bequem gemacht haben. Ratlosigkeit breitet sich aus. »Früher dachten wir immer: Lenin, aber jetzt wird alles so anders dargestellt«, erklärt schließlich ein Mann. »Halten Sie sich eher für einfach und offen oder für diskret und verschlossen?« – »Einfach, einfach«, nicken alle freudig. Im Unterschied zum Durchschnittsrussen hält sich allerdings der Durchschnittssowjetdeutsche immer noch für eher wohlhabend und den

Mittelschichten zugehörig. Viele der Anwesenden beteuern, daß sie schöne Häuser und Grundstücke zurückgelassen haben – oft einfach verschenkt.

Die meisten der täglich etwa sechshundert Insassen der Pension Olympia kommen aus Mittelasien: Dschambul, Taschkent, Alma-Ata sind Namen, die immer wieder fallen – die größeren Städte, in deren Nähe die Heimatorte liegen. Viele passieren das »Olympia« mehrmals. Sie kommen jeweils, um die Fragebögen in der Deutschen Botschaft zu holen, um sich in die Warteschlangen vor der Deutschen Botschaft einzureihen und schließlich um auszureisen. Während noch im Dezember 1990 das strahlende Lächeln der Ausreisenden der weihnachtlichen Honigkuchenpferd-Zeit durchaus entsprach, macht sich jetzt Sorge breit. Die sozialen Kosten der Wiedervereinigung haben sich herumgesprochen. »Braucht ihr uns wirklich dort?« fragt ein älterer Mann. Während die Leute über fünfzig noch eine Art gebrochenes Altschwäbisch palavern und Frieda oder Hans heißen, sprechen die jungen fast nur noch russisch, heißen Jurij oder Katja und haben russische Ehepartner. »Wird mein Junge dort nicht diskriminiert werden?« fragt mich eine begleitende russische Mutter und bricht in Tränen aus. Die »ungewisse Zukunft« in den mittelasiatischen Republiken geben die meisten als Hauptreisegrund an und daß sie es »nicht für sich selbst, sondern der Kinder wegen« tun. In der Großstadt Moskau fällt ihnen die Orientierung schwer. Davon, daß dies hier die »Deutsche Vorstadt« war und daß der Friedhof am Hospital-Platz früher »Deutscher Friedhof« hieß, hat noch keiner gehört. Sie freuen sich sehr. Sie möchten so gern ein bißchen deutscher sein. »Sie müssen schon verstehen, daß wir wenig hinausgehen«, entschuldigt eine junge Frau die eigene Immobilität: es ist wegen der Kinder – »wir halten sie hier immer ein bißchen fester an der Hand«.

Einfache Menschen sind mit einfachen Bedingungen zufrieden. Niemand beschwert sich über das »Olympia« mit Ausnahme von drei jungen Männern, die in einer Fensternische einer bierähnlichen Flüssigkeit zusprechen und ihre Situation als ausgesprochen »schlecht« bezeichnen: »Nicht einmal ein Obschtscheschitie ist das, das ist kein Platz, an dem Menschen leben, das ist ein Güterumschlagplatz! Als meine Mutter kürzlich gestorben ist, war ich hier gerade damit beschäftigt, meine Dokumente zu vervollständigen. Ich konnte nicht einmal dorthin fahren, um sie auf dem Friedhof zu beerdigen, wenn ich nicht alles aufs Spiel setzen wollte.« Dies klagt mir ein junger Vater, der seine blonde kleine Tochter auf dem Arm schaukelt: »Sechs Monate bin ich schon mit Ausreisen beschäftigt! Wenn du keine Verwandten hast, drehen sie dir aus allem einen Strick.« – »Wenn du hast viel Geld«, fällt sein Nachbar plötzlich auf deutsch ein und fährt auf russisch fort: »dann ab

mit der Post. Hast du aber weder Geld noch Verwandte, dann machen sie Kompost aus deinem Gehirn.« Muß man denn etwa Bestechungsgelder bezahlen, um auszureisen? »Na was denn sonst«, ertönt es lachend aus vielen Mündern: »Nicht nur die Ausreise, schon jede Durchreise durch das Land kostet extra Geld. Schon die Sammlung der notwendigen Dokumente, die die Deutsche Botschaft von uns verlangt, wird bezahlt und überbezahlt. Wenn man im sibirischen Omsk lebt, hat man noch Glück, da kostet ein Auslandspaß nur fünfhundert Rubel, zusätzlich zu dem offiziellen Gebühren-Tausender, aber einer, den es in die kasachische Provinz verschlagen hat, kann gut noch einmal zweitausend hinblättern. Wenn bekannt wird, daß du nach Deutschland ausreist, dann sind sie bereit, dich bis zum letzten zu fleddern, dir sogar noch den Anzug auszuziehen.«

»Viel nehmen wir eh nicht mit«, klärt mich der Dritte auf, »höchstens ein paar Sachen, von denen wir hoffen, daß sich unsere Verwandten in Deutschland darüber freuen werden: ein paar russische Löffelchen und Schatüllchen. Meine Schwester hat versucht, ein paar Goldsachen aus dem Land zu schmuggeln. Das hat die Mafia auf dem Flughafen Scheremetjewo gleich gerochen. Eine Stunde vor Abflug haben sie ihr das Töchterchen entführt, bis sie ihnen alles herausgerückt hatte!« Und dann gibt mir der junge Vater einen wertvollen Rat: »Wenn Sie wissen wollen, was hier wirklich vorgeht, dann kommen Sie einmal morgens um sechs und sehen Sie, was sich tut, ehe die Busse abfahren!«

Das Leben der »Olympia«-Betreuten wird durch eine große Anzahl von Schildern an den Wänden stimuliert. Diese kündigen die Abfahrt der Busse zum internationalen Flughafen Scheremetjewo an, drohen mit Geldstrafen für das Rauchen und weisen auf die Existenz einer Kantine und zweier Büffets hin – die allerdings während meiner zahlreichen Besuche stets geschlossen waren. Vor dem Zimmer des Hoteldirektors macht ein großes Schild darauf aufmerksam, daß jeglicher Versuch, für den Aufenthalt im Hotel Geld zu kassieren, ungesetzlich ist. Gegenüber klebt ein kleiner handschriftlicher Zettel, der verkündet, daß die Übernachtung 25 Rubel kostet. Im ersten Stock informiert ein ebenfalls handschriftlicher Zettel über das Programm des Video-Salons im Dachgeschoß. Abends bietet es durchaus Erotisches. Spielautomaten für kleine und große Gäste sind dort auch vorhanden. Schon professioneller prangt im zweiten Stock folgende Ankündigung mit dem Hinweis auf eine bestimmte Zimmernummer: »Das medizinisch-ärztliche Konsultationszentrum bietet allen folgende Arten von Diensten an: wenn Sie Ihre körperlichen Unzulänglichkeiten beseitigen und Ihr Äußeres vervollkommnen wollen, es anziehender gestalten und sich selbstbewußter fühlen wollen, Erfolg in der Gesellschaft und Harmonie in Ihrem

Privatleben erzielen wollen, sind unsere Spezialisten bereit, Ihnen zu helfen!« – »Wollen Sie sich nicht noch schnell eine bundesbürgerlichere Nase zulegen?« frage ich ein paar fröhliche Umstehende. Ein junger Mann kontert schlagfertig: »Gibt es das Kabinett etwa wirklich?« Während ich das Schild noch studiere, spricht mich eine zierliche Sekretärin an: »Haben Sie den Hoteldirektor gefunden?« – »Ich habe ihn gar nicht gesucht!« – »Er aber Sie!« nickt sie bedeutungsvoll. Ich folge ihr, vorbei an einem Kiosk im Erdgeschoß, in dem Lederjacken und Kognak zu 300 Rubel die Flasche verkauft werden. Eigentlich ist auch das Trinken von Alkohol im »Olympia« mit einer Geldstrafe bedroht.

Wegen ihrer Trinkfreudigkeit waren die Bewohner der »Deutschen Vorstadt« den Vertretern der orthodoxen Kirche ein Dorn im Auge. Ansonsten streichen alte Reiseführer die außerordentliche Gepflegtheit der deutschen Anwesen heraus. Die soliden deutschen Häuser waren von gestutzten Hekken umgeben – eine damals in Rußland noch ungewohnte Erscheinung –, und da der Gartenzwerg noch nicht erfunden war, lagen in den Blumenbeeten zwischen Kieswegen große Glaskugeln. Weil die Gegend als chic und von »hoher Kultur« galt, errichteten zu Beginn des 17. Jahrhunderts immer mehr Adlige hier ihre Paläste. Einen der schönsten davon schenkte Peter I. dem aus Genf stammenden jungen General Franz Lefort, der auch vordem schon in der Ausländervorstadt gelebt hatte. Lefort war der beste Freund des Zaren und sein »Vertrauter in Amouren«. Nach ihm heißt der Stadtteil heute: Lefortowo. Im Haushalt Leforts lernte Peter der Große als Achtzehn- oder Neunzehnjähriger 1691 die »deutsche Demoiselle Anna Mons« kennen. Sie wurde seine erste feste Geliebte, und zehn Jahre lang hielt er ihr in einem weitläufigen Sinne die Treue. Die Weinhändlerstochter Anna Mons, in Wahrheit wohl eher eine Flamin, wohnte in einem kleinen Haus mit originellen Fenstersimsen in der Rotarmee-Straße. Zeitgenossen heben hervor, daß die Demoiselle Mons »besonders sauber und adrett« war, außerdem von heiterer Natur. In ihrem Häuschen empfing sie Menschen aller Nationalitäten und verstand mit ihnen »mondäne Gespräche« zu führen. Franz Lefort starb 1699 im Alter von 43 Jahren. Er wurde auf dem deutschen Friedhof am Hospital-Platz beerdigt. Zu Beginn unseres Jahrhunderts erhielt der Friedhof ein neues, großes Tor im Stil der Neo-Gotik. Die ältesten erhaltenen Grabüberdachungen und Statuen auf den deutschen Gräbern stammen aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Moskauer Presse beklagt, daß sie zunehmend zum Gegenstand des Raubes und der Plünderung werden.

Ungeschminkt und sowjetprovinziell gekleidet betrete ich an einem Wochentag früh um fünf, begleitet von meiner russischen Freundin Xenija, das Areal des Hospital-Platzes. Unser Diesel-Mobil mit der Korrespondenten-Nummer haben wir in einem entfernteren Innenhof versteckt. Auf den Bänken in den Olympia-Korridoren lagern Neuankömmlinge mit Koffern und Kisten, Plastiktüten, Kopftüchern und Pelzmützen. Eine Putzfrau trägt symbolisch Eimer durch die Gegend. Etwas später taucht eine Beschließerin auf, die einige Abreisende auffordert, unglaublich fleckige und zerrissene Bettwäsche auf das stumpfe Linoleum zu werfen. Sie fährt eine Frau an, die ihr Laken nicht fachgerecht geworfen hat. Xenija, die selbst einmal in einem Obschtscheschitie gearbeitet hat, klärt mich darüber auf, daß die Beschließerinnen in allen derartigen Einrichtungen die hauseigene Wäsche stehlen bzw. sie gegen ihre und ihrer Bekannten alte Wäsche austauschen. Um sieben Uhr fährt ein Personenwagen mit vier Männern vor, deren Physiognomien an Kater Carlo gemahnen. Dann ein Toyota-Kleinbus mit einem Jeans-Typen am Steuer. Schließlich, gegen halb acht – die pensionseigenen Busse zum Flughafen Scheremetjewo sind für acht Uhr fünfzehn angesagt – taucht ein vorsintflutliches Gefährt im Frühnebel auf: ein blau-weiß gestreifter Omnibus mit quadratischer Schnauze. Xenija vermutet in ihm ein Vorkriegs-Militärfahrzeug und identifiziert die Kater-Carlo-Gang anhand ihrer Uniform – Nutria-Mützen, Mohairschals und Schaffelljacken über unglaublich dicken Bäuchen – als Mafia der Breschnew-Ära. Lange verhandeln die aufgeregten abfahrwilligen Deutschen über die Transportpreise. Sie kennen die »Tarife« für den Transfer schon: nicht weniger als 1500 bis 2000 Rubel pro Familie – drei durchschnittliche Monatsgehälter. Sie sind im Prinzip bereit zu zahlen. Sie wollen »nur noch weg«. Gegen neun Uhr kreuzen zwei Busse der Firma »Modus Vivendi« auf. An den einen treten die Mafiosi heran, seine Türen bleiben geschlossen. Endlich setzen sich ein einziger Modus-Vivendi-Bus und der Toyota in Richtung Flughafen in Bewegung. Die Kater-Carlo-Typen ziehen sich wieder in ihren Personenwagen zurück. Schließlich liefert ihnen der Chauffeur des vorsintflutlichen Gefährts seine »Fahrgeld-Einnahmen« ab. Dann setzt sich auch die blau-weiß gestreifte Schnauze in Bewegung. Bei ihrer Abfahrt wird deutlich, daß dieses Fahrzeug weder vorne noch hinten ein Nummernschild trägt. So fährt es fast täglich – gefüllt mit Passagieren – quer durch eine Zwölfmillionenstadt. Bei unserer Rückkehr in die Pension erwartet uns ein humoriger Alter mit Charakterkopf und großer Nase. Er ist hier »Schweizer«, was auf russisch soviel wie Pförtner heißt. Er ist zuständig für die »Ordnung«, also auch für die Strafen auf den Korridoren, und bechert schon um halb zehn Uhr früh fröhlich mit den zurückbleibenden »Deutschen«.

Ein befreundeter Fotograf macht mich mit dem Kriminalschriftsteller »S.« bekannt. S. hat vor zwei Jahren über die Pension »Olympia« recherchiert, aber das Material wollte ihm niemand abnehmen. Damals lernte er eine Angestellte kennen, die bereit war »auszupacken«. »Alles ist dort wohldurchdacht und so organisiert, daß den Sowjetdeutschen, die nach dem Verkauf ihrer Habe über nicht wenig Geld verfügen, auch noch die letzte Kopeke abgeknöpft wird«, behauptet er. »Alle Angestellten der Pension, von der einfachsten Putzfrau bis zum Direktor, sind unglaublich reich. Daß Informationen nach außen dringen, wird durch das Strafsystem verhindert, wodurch alle, die Angst haben, ihre Ausreise zu verzögern, in Schach gehalten werden. Seltsam, daß eine Firma wie ›Olympia-Reisen‹ ihre Mitarbeiter in einer solchen Umgebung wirken läßt.« Vor zwei Jahren, so versichert S., sei bisweilen auch für die Benutzung der Toiletten im »Olympia« bezahlt worden. Die Mafia, die die Leute damals vom Inlandsflughafen Domodjedowo abholte, habe ihnen vor der Pensionstür nocheinmal Geld abgenommen, damit sie überhaupt eintreten konnten.

Fest steht, daß es zumindest für die beiden letztgenannten Bräuche heute keine Anhaltspunkte mehr gibt. Dafür stellt mir Xenija einige Fragen: »Warum werden wir bei jedem Besuch von aufgeregten Sekretärinnen verfolgt, die uns früher oder später zur Geschäftsleitung bitten? Warum verspäten sich die Busse von ›Modus Vivendi‹ systematisch? Warum benehmen sich die Putzfrauen und die Beschließerin gegenüber den ›Gästen‹ so herrisch? Warum betrachtet die Geschäftsleitung offenbar mit großer Toleranz die Tatsache, daß die Putzfrauen nicht putzen, die Beschließerin die Wäsche stiehlt und der ›Schweizer‹ mit den zu beaufsichtigenden ›Deutschen‹ trinkt? Warum sind die beiden Räume, von denen aus man das Geschehen vor der Tür am besten beobachten oder fotografieren könnte, identisch mit den beiden fest verschlossenen Toiletten?«

Der junge Redakteur Victor Weiz der deutschsprachigen Moskauer Wochenzeitung *Neues Leben* hat einige sowjetdeutsche Familien vom Moskauer Inlandsflughafen Domodjedowo bis ins Lager Friedland begleitet. Er bezeichnet in seiner Reportage den Transport von Domodjedowo zum »Olympia« als »himmelschreiende Ungerechtigkeit« und »Verbrechen«. Er schreibt: »Ich sehe, daß sie schon ›abgeholt‹ werden, von Kerls in Lederjakken, die einen dezenten Parfümgeruch verströmen. Einer von ihnen, der Eindruck zu schinden vermag, baut sich vor dem Familienoberhaupt auf: ›Ich möchte Ihnen gleich sagen, daß es für Sie praktisch unmöglich ist, von Domodjedowo mit Ihrem Gepäck und Ihren Kinderchen wegzufahren, aber wir sind bereit, Ihnen zu helfen ... Wir haben einen festen Tarif, für weniger wird Sie niemand fahren, wir kontrollieren hier das ganze Terrain.‹«[2] (Sept.

1991) Daß die Transport-Organisation bis nach Mittelasien reicht, schließt Weiz bei einem Gespräch in der Redaktion nicht aus. Die Mafia reagiere auffallend flexibel auf Umfang und Anzahl der zu erwartenden Familien.

Die Staatsanwaltschaft in der Gribojedow-Straße empfängt die Bevölkerung freitags zwischen drei und sechs. Die Bevölkerung scheint darauf nicht erpicht zu sein, denn alle Kunstleder-Stühle in den Hallen sind leer. Mir kommt ein jüngerer, leicht angeheiterter Angestellter entgegen – offenbar hatte er schon Feierabend gemacht. Auf meine Bitte, mit dem Mitarbeiter zu sprechen, der die Gegend um den Hospital-Platz betreut, reagiert er mit einem verstehend aufblitzenden Schmunzeln. Die Staatsanwältin Lidija-Michailowna telefoniert erst noch einmal, ehe sie aus ihrem Kabinett zu mir kommt. Sie bedauert, daß im Zuge der territorialen Neugliederung Moskaus die Akten über das betreffende Viertel gerade an die künftig zuständige Staatsanwaltschaft abgeschickt worden seien: »Und dort sind sie noch nicht angekommen.« Auf die Frage, welches Polizeirevier bisher zuständig war, erteilt sie mir bereitwillig Auskunft: »Aber die haben jetzt gerade eine interne Sitzung.« Auf meinen überraschten Blick hin erklärt sie lächelnd: »Ich habe vor zehn Minuten dort angerufen.«

Spät abends werde ich in einem der Olympia-Korridore Zeugin eines Gespräches unter Nachbarn über Nachbarn: Die Deutschen in Kasachstan sitzen mit den dortigen Russen in einem Boot. Für die Russen in Sibirien sind die dortigen Deutschen Menschen zweiter Klasse und für die Deutschen in Deutschland – das wissen sie nur allzu gut – Russen. Einige der älteren Menschen treten die große Reise in die Bundesrepublik nach zwei oder drei Zwangsumsiedlungen an. Manche, vor allem die, die nach Bildung oder Karriere strebten, sind im Zuge der erwachenden mittelasiatischen Nationalbewegungen wirklich diskriminiert worden. Die Kasachen beerdigen ihre Verwandten in Plastik-Tüten, weil es keinen Stoff mehr zu kaufen gibt, und haben für christliche Särge kein Verständnis. Emma Karlowna möchte ausreisen, weil ihr die Vorstellung, in einer Plastiktüte begraben zu werden, zuwider ist. Die meisten Anwesenden stört es erheblich, daß demnächst Kasachisch, Tadschikisch und Usbekisch Amtssprachen sein sollen und daß diese Republiken vielleicht ihr eigenes Geld drucken werden. Wer einfach gut leben wollte, hat dagegen – vor allem in Kasachstan – einfach gut gelebt. »Verglichen mit uns Kasachstan-Deutschen sind sogar die Ukrainer arme Schweine«, schwört mir ein munterer junger Mann. »Als ich dort zum Militärdienst war, wollten sie mir nicht glauben, daß es Honig-Melonen gibt, die so lang wie mein Arm sind.« Die meisten Sowjetdeutschen sind davon

überzeugt, daß sie sich vor allem durch ihren Arbeitseifer vor anderen Nationalitäten auszeichnen, aber der Muntere meint, daß es doch eher das »Köpfchen« sei. Er ist der erste, der mir zu erklären vermag, weshalb auch die ehemaligen Wolga-Deutschen auf Einladung von Verwandten hin ausreisen, obwohl sie seit Jahrhunderten mit ihrem Ursprungsland keinen Kontakt mehr hatten. In der vor allem im Ural situierten »Arbeitsarmee« – dem Gulag der Nachkriegszeit – haben sie deutschstämmige Ehepartner aus der Ukraine und den baltischen Staaten gefunden, die erst von der Hitler-Armee repatriiert und dann wieder von der Roten Armee zurückgeholt worden waren. Aus kürzlich veröffentlichtem KGB-Material geht hervor, daß es unter diesen, genau wie unter der Bevölkerung der betroffenen Gebiete, tatsächlich Kollaborateure gab. Ganz im Gegensatz dazu wurde im Wolga-Gebiet bis zur Zwangsevakuierung der dortigen Deutschen im Herbst 1941, selbst unter stalinistischen Verhältnissen keine einzige Person wegen Spionage verurteilt, nur drei oder vier wurden angeklagt. Sogar in den Berichten, die 1941 und 1942 aus den von der Wehrmacht okkupierten Gebieten nach Berlin gingen, bemängelte man mangelnde deutschnationale Aktivitäten an Ort und Stelle: »Die einheimischen Deutschen haben, selbst wenn sie keine Kommunisten sind, völlig verdrehte Vorstellungen von Zusammenhängen im Reich und von den nationalsozialistischen Führern. Den Vertretern der Intelligenz ist das Gefühl der Diskriminierung unverständlich. Ihre Einstellung zu den Juden ist normalerweise neutral.«[3]

Trotzdem hält sich das Gerücht von der »Fünften Kolonne« hartnäckig. »Mein Sohn ist Hauptmann und wird häufig versetzt«, klagt ein älterer Herr aus Tomsk. »Neulich hört er, wie nach seiner Ankunft der Kommandeur aufgeregt telefoniert: ›Wie könnt ihr mir nur so einen Faschisten in den Pelz setzen, wo soll ich den nur hinstecken, wenn wirklich ein Krieg ausbricht?‹« – »Und mein Schwager ist Russe«, fällt ein schrägäugiger Jüngling ein. »Neulich hat er im Streit meine Schwester mit dem Kopf an die Wand geschlagen und verkündet: ›Wir sind 1945 mit dem Faschismus fertig geworden, und in unserer Familie werden wir das auch noch schaffen!‹« Das sei kein Nationalitätenkonflikt, gibt der ältere Mann salomonisch zu bedenken: »Deine Schwester muß ihren Russen, den sie sich eingebrockt hat, privat auslöffeln. Ein Herr in der Deutschen Botschaft hat mir ganz richtig erklärt, daß unsere Angewohnheit, mit zwanzig oder noch jünger zu heiraten, völlig unterentwickelt ist.« Trotz der Angst, in der neuen Welt als minderwertig und unterqualifiziert zu gelten, fahren die meisten einfach, »weil die anderen fahren«, weil die Schwester, Großmutter oder Tante schon »dort« ist. »Ich möchte eigentlich gar nicht weg«, erklärt mir ein bedrückter Mann um die vierzig, der heute hier nur seine Verwandten verabschiedet:

»Aber in meinem Dorf bin ich jetzt der letzte Deutsche. Jeden Tag kommen irgendwelche Kasachen und fragen, wann ich mein Haus verkaufe. Sie glauben mir nicht, daß ich es nicht vorhabe, und denken, ich bluffe nur.«
Ein rundlicher Mann mit Halbglatze in einem schwarz-gelb gestreiften Hemd und einer Art weinroter Smoking-Jacke nähert sich plattfüßig unserer heftig diskutierenden Gruppe. Ist es Assasello, der Assistent Volands aus Bulgakows Roman *Der Meister und Margarita*? Nein, er ist nur der Assistent des Hoteldirektors. Mit diesem, dem ebenfalls rundlichen Jurij Wladimirowitsch, führe ich endlich ein nächtliches »mondänes Gespräch«.
»Hier«, erklärt er mir, »ist eine Etappen-Station, ein Aufenthaltsort zum Arbeiten und kein Erholungsheim. Die Leute, die hier leben, stehen den ganzen Tag Schlange, entweder vor der Botschaft oder für Fahrkarten, oder um Geld vor der Abreise zu wechseln.«
»Beschäftigt sich die Firma ›Olympia-Reisen‹ unter Ihrem Dach nur mit Fahrkarten?«
»Ja, mit Fahrkarten!«
»Und warum übernimmt sie nicht auch den Transfer?«
»Weil dies nicht in ihren Kompetenzbereich fällt. Dafür ist eben gerade unsere Organisation zuständig. Nur Eisenbahnen und Flugzeuge fallen in die Kompetenz von Reisebüros.«
»Aha«, frage ich erleuchtet, »können Sie mir dann vielleicht erklären, warum die Busse, die die Leute zum Flughafen bringen, sich regelmäßig verspäten?«
»Das kann ich: Wie Sie sehen, beschäftigt sich bei uns jeder mit seinem ›Business‹. Es gibt Leute, die sich Transportlizenzen kaufen. Sie können für Passagiere praktisch jeden beliebigen Preis festsetzen. Diese Leute sehen, daß es hier eine ganze Reihe Abreisender gibt. Daß sie diese Menschen befördern, daran ist eigentlich nichts Kriminelles, und dafür kann man sie nicht bestrafen. Aber sie behindern eben unsere Autobusse, so daß diese häufig nicht rechtzeitig vor unserem Hotel vorfahren können. Wir bemühen uns, für Ordnung zu sorgen. Schon in allernächster Zeit werde ich mich wieder an den Chef der zuständigen Polizeiwache wenden! Und wir werden gemeinsam ein Projekt in Angriff nehmen, das die Anreisebedingungen vor unserem Hotel verbessert und werden auf die eine oder andere Weise diese ›Straßengesellschaft‹ vertreiben.«
Zur Erklärung der Ausreisemotive seiner Gäste hat der Direktor seine eigene Theorie: »Natürlich erzählt hier jeder seine Geschichte so, daß sie mehr oder weniger ›anziehend‹ wirkt. Wenn man sich die Angelegenheit näher anguckt, sieht es doch so aus: daß sie alle im Grunde nur ein bißchen besser leben wollen. Sie versuchen zuerst ihre alten Leute aus dem Land zu

schleusen, die in Deutschland noch direkte Verwandte haben, dann fährt die jüngere Generation nach. Und die Alten fahren jetzt nur den Jungen zuliebe. Viele sitzen hier und weinen und wollen gar nicht weg: die Enkel liegen ihnen in den Ohren. Bei uns im Land gibt es zur Zeit nur Tohuwabohu, und die Jugend hat es eilig, etwas Schönes zu Gesicht zu bekommen. Ihnen geht es gut, deshalb zieht es die Leutchen zu Ihnen, und wenn es eines Tages uns gut gehen sollte, dann wird es sie auch wieder zu uns ziehen.«
Beim Abschied sehe ich den rundlichen Jurij Wladimirowitsch mit neuen Augen. Tatsächlich ist er ein Pionier, ein Herold der durch die Jahrhunderte ihrem Wesen nach immer gleichen Art von »ursprünglicher Akkumulation«. In diesem Falle könnte also aus dem Kapital, zu dessen Anhäufung die in verschiedenem Grade deutschen ehemaligen Sowjetbürger so ganz und gar unfreiwillig beitragen, einst jenes blühende Rußland erwachsen, das ihre Nachfahren wie einen Magneten freiwillig wieder anstreben werden.
Zu mitternächtlicher Stunde betrete ich die etwa fünfhundert Meter entfernte Polizeiwache in der Hospital-Straße. Das dunkelrote Ziegelhäuschen mit zuckerwattig-weißen Fenstersimsen könnte gut noch aus der Zeit des großen Zaren stammen. Das Flair von Urin, Kunstleder, Müll und leichter Alkoholfahne webt ein unsichtbares Band zwischen diesem Ort und der Pension »Olympia«. In der Eingangstür torkelt mir ein jugendlicher Randalierer entgegen – klebrige Blutfäden ziehen sich über seine Stirn. Nach Prüfung meiner Dokumente führt man mich höflich zum stellvertretenden Hauptkommissar. Dieser sitzt im ersten Stock in einem Kabäuschen am Ende des »Lenin-Zimmers«. Durch feierliche rote Stuhlreihen schreite ich an Tafeln entlang, die den augenscheinlich strahlenden Alltag der Miliz eines bereits nicht mehr existierenden Landes illustrieren. Die Umgebung steht dem Kommissar gut zu Gesicht. Er ist drahtig, um die vierzig, offenbar ein Scharfmacher. Jetzt hat er Angst. Auf meine Frage antwortet er blinzelnd, aber mit fester Stimme: »›Olympia‹ – ein Hotel dieses Namens gibt es nicht!«

Noch ein paarmal kreist mein kleiner Diesel-VW eifrig prustend durch diese Nacht: von der Ufer-Promenade entweder in die Rotarmee-Straße oder in die Hospital-Straße, über den Hospital-Platz auf den Hospital-Wall. Der Schnee zieht feine Fäden im Wind, wie das Blut auf der Stirn des jugendlichen Randalierers. Das neogotische Friedhofstor dräut als Eingang zu einer Geisterbahn, gegenüber suggerieren die geduckten dickwandigen Flügel des Hospitals Heilung und Schutz. Die Straßenbahnschienen sind so unterspült, daß die altmodischen Wagen praktisch durch die Luft fahren. Die Worte

»Modus Vivendi« markieren die Pension »Olympia«, die die gesamte sowjetische Welt in sich widerspiegelt: einen Kosmos im Wassertropfen. Die spärlich gesäten Straßenlaternen leuchten milchig, wie die mit der Wurzelbürste gescheuerten Brüste der Anna Mons, wie die Glaskugeln in »kulturell hochstehenden« deutschen Vorgärten. Durch das Schneetreiben kurvt, dem fliegenden Holländer gleich, ein vorsintflutlicher Autobus mit einer quadratischen Schnauze, der weder vorne noch hinten ein Nummernschild trägt. Völlig recht hat er gehabt, jener ausreiseentschlossene »Olympia«-Bewohner, der mir versicherte: »Eines weiß ich genau: Deutschland, das ist nicht wie im Kino!«

P.S. Auf dem Terrain der ehemaligen UdSSR existieren heute nach offiziellen Angaben etwa zwei Millionen Sowjetdeutsche, tatsächlich sind es aber wohl doppelt so viele. In den Jahren 1991 und 1992 sind jeweils etwa 147 000 von ihnen in die Bundesrepublik ausgereist.

*Anmerkungen*

1 »Das Phänomen der Einsamkeit« in der Zeitschrift *Tschelowek*, Nr. 1, 1991.
2 *Neues Leben*, Nr. 39, 25. Sept. 1991.
3 Konstantin Issakow: »1941: Die anderen Deutschen«, in: *Neue Zeit*, Nr. 17, 23. April 1990.

# Barbara Dietz
# Der Drang aus dem Osten

## Völkerbewegung in der ehemaligen Sowjetunion

In Europa wächst die Furcht vor einer unkontrollierbaren Völkerwanderung aus Osteuropa und aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion. Besonders bedrohlich wirken die etwa 280 Millionen Menschen mit einem – bisher noch – sowjetischen Paß. Würde sich nur ein kleiner Teil von ihnen in Bewegung setzen, genügte dies bereits, um die Aufnahmekapazitäten der europäischen Staaten zu sprengen. Die in jüngster Zeit immer wieder auftauchenden Meldungen über potentielle Emigrantenströme aus der zerfallenen Sowjetunion sind nicht nur extrem unterschiedlich, sondern klingen – obschon aus durchaus seriösen Quellen – in manchen Fällen reißerisch. Um nur zwei Eckwerte zu nennen: Von künftig einer halben Million Auswanderungswilligen pro Jahr spricht das sowjetische Innenministerium, von 25 Millionen, die nur auf die erste Gelegenheit warten, um für immer in den Westen zu ziehen, die Flüchtlingskommission der Vereinten Nationen. Hinter diesen Zahlen versteckt sich eine Reihe von unterschiedlichen Annahmen und möglichen Szenarien. Werden diese nicht offengelegt, wirken die genannten Zahlen als Bürgerschreck.

Daß jetzt die Emigrationsbereitschaft der ehemaligen Sowjetbürger beschworen wird, hat natürlich einen aktuellen Hintergrund. Letztlich sind dafür zwei zeitlich zusammentreffende, aber voneinander unabhängige Ereignisse verantwortlich. Während die Teilrepubliken der ehemaligen Sowjetunion dem sozialen und wirtschaftlichen Zusammenbruch ins Gesicht sehen, fällt der eiserne Vorhang, der die Emigrationsmöglichkeit bisher massiv eingeschränkt hat. Das auch im Westen viel zitierte Paßgesetz, das zu Beginn des Jahres 1993 in Kraft treten soll, schafft völlig neue Ausgangsbedingungen. Es sieht vor, daß jeder Sowjetbürger das Recht hat, das Land kurz- oder langfristig, aber auch für immer zu verlassen. Wie dieses Land dann politisch geordnet sein wird, ist heute noch fraglich. Es ist jedoch zumindest für die europäischen Republiken kaum wahrscheinlich, daß das restriktive Paßgesetz der alten Sowjetunion übernommen wird. Das Zusammentreffen dieser neuen Freiheit mit der desolaten Situation in den jetzt unabhängigen Staaten läßt eine hohe Emigrationsbereitschaft erwarten. Das tatsächliche Ausmaß

der potentiellen Emigrantenströme ist allerdings nicht vorhersehbar. Es kann nur im Lichte verschiedener Szenarien und Ausgangshypothesen imaginiert werden. Aus der bisherigen Emigrationsbewegung lassen sich zwar bestimmte, vermutlich weiterhin ausreisewillige Bevölkerungsgruppen identifizieren, aber sie liefern nur wenige Anhaltspunkte für andere, im sowjetischen Recht bislang noch nicht vorgesehene Wanderungsbewegungen, wie z. B. die Arbeitsemigration. Weiter bleibt es im Bereich der Spekulation, welche Folgen die »Freizügigkeit für alle« bei einem möglicherweise gleichzeitig erfolgenden wirtschaftlichen und sozialen Ruin hat.

*Ein Blick zurück*

Seit der Errichtung des Sowjetsystems haben etwa 15 Millionen Menschen das sowjetische Territorium verlassen bzw. wurden wegen veränderter Grenzziehungen oder wegen der Aushandlung neuer Einflußbereiche (Hitler-Stalin-Pakt) umgesiedelt. An tatsächlichen Emigrationsbewegungen werden heute rückblickend drei größere Wellen unterschieden, von denen eigentlich nur die letzte in gesetzlich geregelten Bahnen verlief. Der erste Emigrationsschub (die »weiße Emigration«) fand unmittelbar nach der Revolution statt, als teilweise überstürzter Exodus aufgrund des politischen Umsturzes, des Bürgerkrieges und der Hungersnöte. Nicht wenige im Zarenreich privilegierte Personengruppen befanden sich darunter, aber auch eine ganze Reihe systemkritisch eingestellter Intellektueller. Ihre Spuren verloren sich im Paris und Berlin der Zwischenkriegszeit, wo Zentren des russischen Geisteslebens und eine schillernde »Emigrantenszene« entstanden. Mindestens 1,5 Millionen Menschen, so wird heute geschätzt, hatten damals ihrer Heimat den Rücken gekehrt. Während zu Beginn der zwanziger Jahre den Sowjetbürgern noch eine Reihe von Schlupflöchern – wenn auch nicht immer legal – zum Ausland offenstanden, wurden die Grenzen in der Stalinzeit bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges fast undurchlässig. Die Ausreise versiegte beinahe vollständig – nicht einmal die Heirat mit einem Ausländer gab den Weg über die Grenze frei. Die Wirren während und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg riefen die zweite größere Emigrationsbewegung aus der Sowjetunion hervor. Sie war allerdings ebensowenig rechtlich legitimiert wie die erste: Es handelte sich hier um Menschen, die ihr Land in meist panikartiger Flucht verließen oder die durch die Kriegsereignisse bedingt bereits im Westen lebten und nicht mehr zurückkehren wollten. Etwa zwei Millionen Sowjetbürger unterschiedlicher Nationalität und Herkunft teilten dieses Schicksal.
Legal sanktioniert war erst die sogenannte »Dritte Welle«, die nach dem

Zweiten Weltkrieg im Rahmen der Familienzusammenführung von 1948 bis Ende 1990 insgesamt 1 136 000 Sowjetbürger in den Westen entließ. Zum ersten Mal wurde es sowjetischen Staatsbürgern im Rahmen einer gesetzlichen Regelung zugestanden, außer Landes zu gehen. Diese auf der »Familienzusammenführung« basierende Gesetzgebung galt allerdings nur für relativ wenige Bevölkerungsgruppen, deren Familien durch die Kriegsereignisse auseinandergerissen waren und für die sich westliche Regierungen einsetzten. Vornehmlich Juden, Deutsche und Armenier kamen in den Genuß der Bestimmungen. Es gab jedoch auch eine Reihe von Sonderregelungen, so daß zusätzlich Angehörige bestimmter religiöser Gruppen (z. B. Pfingstler) und politisch Andersdenkende sowie eine Gruppe von Griechen am Ende der achtziger Jahre ins westliche Ausland gelangten. Um den insgesamt gesehen fast ausschließlich »ethnischen« Exodus zu verstehen, ist ein kurzer Blick auf die sowjetische Nachkriegspolitik notwendig.

Die Sowjetregierung hielt zwar bis zu ihrer Auflösung grundsätzlich daran fest, daß ein Verlassen des Landes für Sowjetbürger unmöglich ist, ließ aber gewisse, rechtlich fixierte Ausnahmeregelungen zu. Kernpunkt dieser Bestimmungen war es, Familien, die durch die Kriegsereignisse getrennt wurden und die nun teilweise im westlichen Ausland lebten, wieder zusammenzuführen. Daß diese Familien ihre künftige Heimat durchgängig im Westen sahen, wurde von der Sowjetregierung – wenn auch widerstrebend – zur Kenntnis genommen. Dieser »Drang nach Westen« erwuchs bei den beteiligten Personen natürlich nicht von ungefähr. Er hat seine Wurzeln in der sowjetischen Nationalitätenpolitik und der teilweise damit verbundenen massiven politischen und sozialen Repression bestimmter nationaler Gruppen. Obschon auf unterschiedliche Weise, hatten sowohl Juden als auch Deutsche darunter zu leiden.

Im Westen wird manchmal mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, wie weitgehend die ethnische Zugehörigkeit in den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion auch heute noch – trotz aller gegenteiliger offizieller Versicherungen – im Alltagsleben präsent ist. Das hat eine lange Geschichte: Als Erbe des Zarenreiches übernahm die Sowjetregierung einen Vielvölkerstaat mit spürbarem ethnischen Sprengstoff. Ganz zu Beginn wurde zwar eine Reihe von Anstrengungen unternommen, um das nationale Konfliktpotential zu entschärfen. Das gelang – wie heute wieder sichtbar wird – nur äußerst begrenzt. In manchen Jahren schienen nationale Konflikte in den Hintergrund zu treten, und in der offiziellen Politik waren die verschiedenen Volksgruppen bereits zu Sowjetbürgern verschmolzen. Dennoch wurden einzelne nationale Gruppen nie gleichwertig behandelt, und manche – wie z. B. die deportierten Völker – haben eine langandauernde Geschichte

der Diskriminierung hinter sich. Schon durch die offizielle Politik und durch den »Blick der anderen« war es den meisten Sowjetbürgern nicht möglich, ihre nationale Herkunft zu vergessen. Hier spielte auch der sogenannte »Punkt fünf« im sowjetischen Paß eine herausragende Rolle, der die nationale Zugehörigkeit vermerkte. Die Nationalitätenzugehörigkeit offenbarte sich somit im offiziellen Auftreten und blieb im Alltagsleben immer präsent. Dies war ein Stachel, der bei den Angehörigen bestimmter, immer wieder diskriminierter nationaler Gruppen zu dem Wunsch führte, die Sowjetunion zu verlassen, um auf dem Staatsgebiet der eigenen Nation als »Gleiche unter Gleichen« zu leben.

Die Emigrationspolitik des sowjetischen Staates nach dem Zweiten Weltkrieg wurde bestimmt durch eine Reihe von Faktoren, vordringlich jedoch durch die Außenbeziehungen zu den Regierungen, die sich für die ausreisewilligen Familien verwendeten – die Bundesrepublik für die Deutschen, Israel und die USA für die Juden und Frankreich sowie die USA für die Armenier. Auf einen, zumindest für die siebziger Jahre gültigen, gemeinsamen Nenner gebracht: Je besser die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den entsprechenden Staaten waren, desto günstiger gestalteten sich die Ausreisebedingungen. Zudem beeinflußten der Druck der beteiligten Personengruppen, die interne sowjetische Situation und die westliche »öffentliche Meinung« die Durchlässigkeit der sowjetischen Grenzen. Ein weiterer Faktor bei der Erteilung der Ausreisevisa war immer auch der Ermessensspielraum der Behörden, die sich manchmal mehr und manchmal weniger großzügig zeigten. Hier gab es tatsächlich große regionale Unterschiede, was in manchen Jahren zu einem regelrechten Andrang der Ausreisewilligen hin zu solchen Republiken (z. B. Moldawien, Estland, Lettland und Litauen) führte, die mit der Bewilligung der Emigration weniger geizten.

Die Ausreise der Armenier hat eine völlig eigenständige Geschichte, während die der Juden und Deutschen in manchen Punkten ähnlich ist. Dennoch gibt es fundamentale Unterschiede, was den Hintergrund, die Zielrichtung und die künftige Bedeutung dieser Emigrantengruppen für die Bundesrepublik und Europa betrifft.

### *Die Emigration der Armenier*

Die Emigrationsbewegung der Armenier ist ein einzigartiges Phänomen, das mit keiner anderen Ausreisewelle im Zusammenhang steht. Es handelt sich bei den emigrierten Armeniern hauptsächlich um Personen, die überhaupt erst nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund einer speziellen Regelung der sowjetischen Regierung in die armenische Sowjetrepublik eingewandert wa-

ren und die, enttäuscht über die dort vorgefundenen Bedingungen, wieder in den Westen zu gelangen versuchten. Als Frankreich Mitte der fünfziger Jahre für sie bei der Sowjetregierung intervenierte, ergriffen zahlreiche neuzugezogene Armenier die Gelegenheit, die Sowjetunion via Frankreich zu verlassen. Später nutzten einige Armenier ihre weitverzweigten Familienbeziehungen und die bis Ende der achtziger Jahre großzügigen Aufnahmebedingungen der USA für Sowjetbürger, um dorthin zu emigrieren. Bis heute haben etwa 84 000 Armenier der Sowjetunion den Rücken gekehrt. In der jüngsten Zeit waren darunter zunehmend auch Armenier, die zwar aus der Sowjetunion stammen, aber nicht in ihrer Unionsrepublik, sondern z. B. in Aserbaidschan lebten.

### *Der jüdische Exodus*

Bisher waren in der Sowjetunion lebende Juden die größte Emigrantengruppe, die das Land seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges offiziell verlassen hat. Die Gründe dafür sind in ihrer stetigen, latenten Diskriminierung zu suchen, die gegen Ende der achtziger Jahre in teilweise massive antisemitische Attacken umschlug. Zwar haben die Juden in der Sowjetunion ein eigenes Autonomes Gebiet, das aber weit davon entfernt ist, ihnen eine Heimat zu bieten. Es liegt – ein Paradox der sowjetischen Politik – weit ab von den traditionellen jüdischen Wohngebieten, im Fernen Osten nahe der chinesischen Grenze. Kaum erstaunlich, daß dort weniger als ein Prozent aller sowjetischen Juden leben, die heute noch etwa 1,4 Millionen Menschen umfassen. Die jüdische Bevölkerung ist eine überdurchschnittlich ausgebildete Gruppe mit städtischem bzw. großstädtischem Hintergrund. Wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit war ihr jedoch immer eine Reihe von beruflichen Karrieren verwehrt, oder sie wurde auf die Rolle der ewig Zweiten festgelegt. Neben anderen Formen der Diskriminierung war auch dies ein Motiv, das Land zu verlassen.

Der erste Ausreisestrom – kurz nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Beginn der siebziger Jahre – wurde jedoch vornehmlich von tiefreligiösen Juden gebildet, die ausschließlich nach Israel zu ihren bereits dort lebenden Familienangehörigen zogen. Später, in den siebziger Jahren, als die Ausreisebedingungen etwas gelockert wurden, befanden sich unter den Emigranten auch eine Reihe von Personen, die der alltäglichen, z. B. der beruflichen Diskriminierung entgehen wollten. Viele unter ihnen wanderten – wenn sie dort Verwandte besaßen – in die USA aus, einige nach Europa, Australien oder Kanada. Seit dem Ende der achtziger Jahre verschärfte sich die Situation der Juden in der Sowjetunion: der offene Antisemitismus nahm be-

drohliche Ausmaße an, ohne daß von staatlicher Seite dagegen vorgegangen würde. Zugleich besteht die Gefahr des sozialen und wirtschaftlichen Chaos, eine Situation, in der die jüdische Bevölkerung immer befürchten muß, zum Sündenbock zu werden. Die Emigrationsbewegung ist daher ungebrochen. Nur die Richtung hat sich geändert; da die USA die Einreisebedingungen für sowjetische Bürger seit dem Jahre 1990 erheblich verschärften, ist Israel wieder zum wichtigsten Aufnahmeland geworden.

*Die deutsche Ausreisebewegung*

Die Deutschen in der Sowjetunion, die heute weit verstreut über das gesamte ehemalige Staatsgebiet leben, sind die Nachfahren bäuerlicher Kolonisten, die seit einem Aufruf Katharinas II. (1763) über mehr als ein Jahrhundert hinweg nach Rußland kamen. Ihre Geschichte in Rußland und in der Sowjetunion spiegelt das wechselhafte Schicksal einer ethnischen Minderheit als Spielball der Obrigkeit wider: sie reicht von der zeitweiligen Privilegierung im Zarenreich bis hin zur vollständigen Entrechtung im Sowjetsystem während des Zweiten Weltkrieges und danach. Bis zum Beginn dieses Krieges konnten die Deutschen in der Sowjetunion ihre Sprache und kulturelle Identität noch weitgehend bewahren, wobei ihnen zugute kam, daß sie bereits 1924 eine Autonome Republik an der Wolga und später Autonome Gebiete in anderen Regionen zugesprochen bekamen. Im Gegensatz zum jüdischen Autonomen Gebiet fiel die deutsche Autonomie tatsächlich mit traditionellen deutschen Siedlungsgebieten zusammen. Der Beginn des Zweiten Weltkrieges setzte dieser Entwicklung ein Ende. Als Antwort auf den deutschen Überfall löste die sowjetische Regierung die Wolgarepublik auf und beschuldigte die Deutschen in der Sowjetunion kollektiv der Kollaboration mit dem faschistischen Deutschland. Alle Deutschen, die nicht in bereits von deutschen Truppen besetzten Gebieten lebten, wurden ausnahmslos nach Sibirien, in den hohen Norden oder nach Kasachstan deportiert. Bis 1955, dem Zeitpunkt ihrer offiziellen Entlassung, befanden sie sich rechtlos in Lagern oder in der Arbeitsarmee; erst 1964 wurden sie rehabilitiert, das heißt, die Kollaborationsbeschuldigung wurde zurückgenommen. Zu diesem Zeitpunkt lebten die Deutschen weit verstreut über Westsibirien, Kasachstan und Mittelasien. Durch die langen Jahre der Rechtlosigkeit standen sie sozial im Abseits und wirtschaftlich vor dem Nichts. Es war ihnen auch nicht gestattet, in ihre ehemaligen Siedlungsgebiete zurückzukehren, und bis heute steht – jetzt ganz aktuell – zur Debatte, ob es wieder eine Wolgarepublik geben wird, die für viele Deutsche zum wichtigsten Symbol ihrer vollständigen nationalen Rehabilitierung ge-

worden ist. Vor dem Hintergrund ihres nationalen Schicksals wird verständlich, warum so viele Deutsche die Sowjetunion verlassen haben bzw. dies noch wünschen. Obschon sie heute nicht mehr gesellschaftlich ausgegrenzt sind, wirken die Folgen der Vergangenheit nach. Gerade in Kasachstan und in Mittelasien, wo mehr als die Hälfte der Deutschen leben, befürchten sie, zwischen die Fronten der dort ausbrechenden Nationalitätenkonflikte zu geraten. Die wirtschaftliche, politische und soziale Zerrüttung der auseinandergebrochenen Sowjetunion weckt zudem die Angst, im beginnenden Verteilungskampf erneut an letzter Stelle zu stehen.
Die Deutschen aus der Sowjetunion reisten, bis auf wenige Personen, die zunächst in die DDR emigrierten, ausschließlich in die Bundesrepublik aus. Das hat sowohl mit ihren verwandtschaftlichen Beziehungen zu tun als auch mit der Tatsache, daß sie hier Aufnahme fanden. Zudem sehen zahlreiche Deutsche aus der Sowjetunion die Bundesrepublik als ihre – nicht selten idealisierte – Heimat an, in die sie zurückkehren wollen. Bei vielen Bundesbürgern hat diese Haltung Argwohn und Ablehnung hervorgerufen, da die Aussiedler aus der Sowjetunion oft weder die deutsche Sprache beherrschen noch eine Vorstellung vom modernen Nachkriegsdeutschland haben. Es bleibt jedoch eine tragische Folge des Zweiten Weltkrieges, daß die Deutschen in der Sowjetunion bis weit in die sechziger Jahre hinein allein aufgrund ihre Nationalitätszugehörigkeit unter massivsten Diskriminierungen zu leiden hatten, während sie gleichzeitig von ihren nationalen Traditionen und ihrer Sprache abgeschnitten wurden.

### *Ein Blick in die Zukunft*

In den letzten vier Jahren griff die Perestroika auch auf die Emigrationspolitik über, was dazu führte, daß die sowjetischen Behörden das Paßgesetz weitaus großzügiger als früher handhabten. Dies hat zusammen mit den überall anwachsenden Schwierigkeiten in der Sowjetunion zu einer enormen Zunahme der Ausreisen geführt. Um nur zwei Zahlen zu nennen: 1989 verließen 228 600 Personen das Land, 1990 wanderten bereits 377 200 in eine neue Heimat aus. Auf die gesamten Ausreisen in der Nachkriegszeit berechnet, bedeutet dies, daß weit mehr als die Hälfte aller Emigranten in den letzten beiden Jahren der Ausreisewelle der Sowjetunion den Rücken kehrten.
Für manche Personen unter den bislang zur Ausreise berechtigten Gruppen wird inzwischen eher die Einreisegenehmigung des gewünschten Landes zum Problem. Das betrifft allerdings weder Juden, die nach Israel, noch Deutsche, die in die Bundesrepublik auswandern, obschon die Schwierig-

keiten für sie zweifellos auch in diesen beiden Aufnahmeländern zugenommen haben. Aber alle Ausreisewilligen, die in die USA oder nach Kanada wollen, so z. B. einige Juden und Armenier, stehen dort zunehmend vor verschlossenen Toren. Auch die Bundesrepublik erweist sich für Sowjetbürger nichtdeutscher Nationalität als schwer zugänglich. So war es zwar in den Jahren 1989/90 noch für etwa 6000 Juden aus der Sowjetunion möglich, auf die ursprüngliche Einladung der letzten DDR-Regierung nach Deutschland zu kommen. Die Bundesrepublik knüpfte jedoch nicht an die damaligen Regelungen an, sondern verwies alle künftig einreisewilligen Juden in die Gruppe der Kontingentflüchtlinge.

Die bisher am stärksten durch Ausreise reduzierten Gruppen, die Juden und die Deutschen, sitzen heute in den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion zum großen Teil auf gepackten Koffern. Sie haben aus den verschiedensten Gründen resigniert, und sie haben wenig Hoffnung auf eine Zukunft im zerfallenen Sowjetreich. Der weiter anhaltende Exodus der Juden aus der ehemaligen Sowjetunion – nach zurückhaltenden Schätzungen wird von mindestens einer Million Auswanderungswilligen in der nächsten Zukunft gesprochen – ist wohl nicht mehr aufzuhalten, zumal die Regierung Israels die Ausreise der Juden aus dem Bereich der Sowjetunion besonders fördert und heute sogar in engem Kontakt mit den dort zuständigen Behörden steht. Auch die Deutschen orientieren sich zunehmend in Richtung Bundesrepublik. Natürlich ist der Ausreisewunsch regional sehr verschieden und hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Dennoch dürfte sich mindestens die Hälfte der noch etwas über zwei Millionen zählenden Deutschen in den neunziger Jahren in die Bundesrepublik aufmachen. Zum panikartigen Ansturm käme es vermutlich dann, wenn der Artikel 116 des deutschen Grundgesetzes abgeschafft und damit die deutschen Grenzen für Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion dichtgemacht würden.

Die weitere Emigrationstendenz der Armenier ist schwer einzuschätzen. Es gibt Informationen darüber, daß eine Reihe unter ihnen ausreisewillig ist, wobei es für sie zunehmend schwieriger wird, ein Aufnahmeland zu finden. Allerdings bietet die Unabhängigkeit Armeniens auch neue Chancen und Möglichkeiten des persönlichen Engagements. Emigrieren wollen heute vor allem Armenier, die nicht in Armenien leben und die in anderen Unionsrepubliken, vornehmlich Aserbaidschan, schärfsten nationalen Anfeindungen ausgesetzt sind. Bevor sie nochmals auf früher sowjetischem Territorium ihr Glück versuchen, wagen sie lieber gleich einen vollständigen Neubeginn.

Sollte das Paßgesetz ab Januar 1993 gültig werden, könnten noch einige andere nationale Gruppen, die außerhalb der ehemaligen Sowjetunion eine eigene Staatlichkeit besitzen, den Wunsch verspüren, dorthin zu emigrieren,

so z. B. Griechen, Polen, Türken, Finnen und Koreaner. Ob sie sich tatsächlich in Bewegung setzen werden, hängt sowohl von ihren Zukunftschancen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion als auch von der Möglichkeit ab, im Staat ihrer Vorfahren Aufnahme zu finden.

*Von der Binnenwanderung zur Emigration?*

Zwischen den Republiken der ehemaligen Sowjetunion gab es aus den unterschiedlichsten Ursachen schon immer eine beträchtliche Migration. Zum Teil wurde diese von staatlicher Seite geradezu gefördert, so z. B. während der fünfziger und sechziger Jahre die Wanderung von Arbeitskräften aus europäischen Gebieten des Sowjetreiches in die mittelasiatischen, nicht zuletzt um die nationalen Blöcke aufzubrechen. Seit dem Ende der siebziger Jahre hat sich diese Bewegung umgekehrt. Heute ist ganz allgemein zu beobachten, daß die europäische Bevölkerung aus den moslemisch geprägten Unionsrepubliken abwandert. Das wiedererwachte Nationalitätsbewußtsein, das sich überall ausbreitet, führt zu ethnischen Spannungen, teilweise auch zu massiven, gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die Parole »Russen raus!« wird in einigen nichtrussischen Gebieten, allen voran in mittelasiatischen, offen ausgegeben. Im Wunsch, die »Russen« loszuwerden, drückt sich nicht selten der Drang nach Abrechnung mit dem sowjetischen System aus und in den asiatischen Gebieten das Gefühl der Überfremdung durch die europäischen Völker.
Für die außerhalb ihrer Republik lebenden Russen, 25 Millionen insgesamt, wird die Zukunft einiges an Problemen mit sich bringen. Sie finden sich recht plötzlich – auch offiziell – in einer anderen Staatlichkeit wieder, was neben einer Reihe potentieller Konflikte unter anderem auch bedeutet, daß sie die künftige Staatssprache der jeweiligen Republiken erlernen müssen, eine Mühe, der sich bisher nur wenige unterzogen. Aus einer Meinungsumfrage des Allunionszentrums für Meinungsforschung in Moskau geht zwar hervor, daß die außerhalb Rußlands lebenden Russen zu einem recht großen Teil weiterhin dort leben wollen. Bei sich verschärfenden ethnischen, sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten dürften jedoch einige diese Entscheidung revidieren. Fraglich ist auch die Zukunft all jener ehemaligen Sowjetbürger, die außerhalb ihrer Unionsrepublik oder ihres autonomen Gebietes leben (etwa 80 Millionen). Generell zieht es viele in die Heimat zurück, was sich durch die Unabhängigkeitserklärungen der ehemaligen Unionsrepubliken und vieler Autonomer Gebiete noch verstärken dürfte. Trotzdem ist es ganz ausgeschlossen, daß alle Nationalitäten wieder in ihre ursprünglichen Herkunftsgebiete zurückkehren.

Neben diesen mehr oder weniger überlegten Wanderungen finden gleichzeitig überstürzte Fluchtbewegungen aus allen Teilen des zerfallenden Sowjetreiches statt. Über eine Million Menschen, so wird in der sowjetischen Presse berichtet, mußten ihre bisherige Heimat wegen ethnischer Verfolgung oder ökologischer Katastrophen verlassen. Zahlreiche, auch kleinere ethnische Gruppen sind darunter, so z. B. Osseten, die in Südrußland Zuflucht vor der nationalen Unterdrückung in Georgien suchen.
Werden nun diese Fluchtbewegungen über die Grenzen der ehemaligen Sowjetunion hinausdrängen? In manchen Fällen ist dies durchaus wahrscheinlich, zumindest dann, wenn die beteiligten Personen Anknüpfungspunkte im Ausland haben, so z. B. Armenier, die Aserbaidschan verlassen, in den USA. Zunächst aber werden sich die Flüchtlinge erst einmal dort in Sicherheit bringen, wo keine nationale Verfolgung und keine ökologischen Katastrophen drohen. Im Falle nationaler Unterdrückung wählen daher viele die Rückkehr in ihre nationalen Gebiete. Außerordentlich problematisch wird das dann, wenn die Verbindungen dorthin abgerissen sind oder gar nie bestanden haben. Zahlreiche Flüchtlinge drängen daher in die russischen Großstädte, vor allem nach Moskau, die auf die Versorgung zusätzlicher Menschen nicht eingestellt sind und in der gegenwärtigen Notlage kaum etwas zu teilen haben. Nicht wenige unter den Heimatlosen versuchen von dort aus einen Weg ins westliche Ausland zu finden. Die Chancen dafür sind jedoch nicht sehr groß, und die Mehrzahl der Flüchtlinge strandet ohne soziales Netz und Zukunftsperspektiven irgendwo im ehemaligen Sowjetreich.

### *Auf der Suche nach Arbeit*

Der Wunsch, zumindest eine Zeitlang im westlichen Ausland zu arbeiten, ist unter Sowjetbürgern schon seit langem verbreitet. Dabei handelte es sich meistens um hochqualifizierte Spezialisten oder Künstler, die mit den Arbeitsbedingungen oder der Entlohnung in der Heimat zutiefst unzufrieden waren. Die Möglichkeiten zu einem Auslandsaufenthalt hielten sich jedoch sehr in Grenzen und hingen von einer Vielzahl von Faktoren, nicht zuletzt vom Wohlwollen der Behörden ab. Mit dem wirtschaftlichen Niedergang und der drohenden Massenarbeitslosigkeit hat sich diese Situation nun geändert. Im Ausland zu arbeiten – vornehmlich im westlichen, aber auch im osteuropäischen – ist für zahlreiche ehemalige Sowjetbürger zum Wunschtraum geworden. Selbst die Behörden sehen den ausländischen Arbeitsaufenthalt inzwischen mit anderen Augen. Mit der Aussicht auf möglicherweise 35 Millionen Arbeitslose in den nächsten Jahren verhandelte der Vor-

sitzende des Staatskomitees für Arbeit und Soziales, W. Schtscherbakow, im Sommer 1990 mit ausländischen Arbeitsministern über die potentielle Aufnahme sowjetischer Gastarbeiter. Heute haben auch diese Absprachen eine neue Dimension erhalten, da es kein übergreifendes Unionsministerium für Arbeit mehr gibt. Jede Republik wird die Frage des Arbeitsaufenthalts ihrer Bürger im Ausland künftig in eigener Regie lösen müssen, was vermutlich vor allem eine Angelegenheit der europäischen Republiken sein wird.
Bislang kristallisieren sich zwei Gruppen heraus, die im Ausland um Arbeit nachsuchen und Arbeit erhalten. Das sind hochqualifizierte, meist sehr engagierte junge Akademiker und Arbeiter, die bereit sind, jede Tätigkeit zu übernehmen. Letztere sind nicht selten in osteuropäischen Ländern, z. B. in Polen, zu Niedrigstlöhnen tätig.
Um die Abwanderung der akademischen Elite und der Künstler war bereits in der ehemaligen Sowjetunion eine heftige Diskussion entbrannt. Das verschärft sich heute zunehmend, da anscheinend jeder, der nur irgend kann, das sinkende Schiff zumindest kurzfristig verläßt. Die Ausreise der »Besten und Klügsten« hat durchaus mehrere Dimensionen. Zunächst einmal ist von Bedeutung, ob es sich um einen beschränkten Arbeitsaufenthalt handelt oder um einen Abschied für immer. Unter den bisher emigrierten Personen befand sich eine ganze Reihe hochqualifizierter Akademiker und ausgezeichneter Facharbeiter. Während dies in der Sowjetunion empfindliche Lücken riß, war es den Emigranten in den wichtigsten Aufnahmeländern, so der Bundesrepublik und Israel, nur von begrenztem Nutzen. Anders sieht es bei der Einreise in die USA, nach Kanada oder nach Australien aus. Diese Länder nehmen ohnehin bevorzugt solche Emigranten auf, die besonders gut qualifiziert und am heimischen Arbeitsmarkt vermittelbar sind. In der Sowjetunion hat diese Praxis erhebliche Verärgerung hervorgerufen, da das Gefühl entstand, das westliche Ausland wolle sowjetische Spitzenkräfte aufkaufen. Ganz anders sieht die Situation natürlich dann aus, wenn Spezialisten nach einem befristeten Arbeitsaufenthalt wieder ins Land zurückkehren. In den meisten Fällen bringen sie nicht nur Devisen, sondern auch Kontakte und Fachwissen zurück. In naher Zukunft wird diese Form des Arbeitsaufenthalts vermutlich nur für einen sehr kleinen Teil der ehemaligen Sowjetbürger bedeutsam werden, und sie wird auch den Arbeitsmarkt nicht spürbar entlasten, da Spezialisten, die im Ausland arbeiten können, auch in der Sowjetunion gesucht sind.
Der offensichtlich unter vielen ehemaligen Sowjetbürgern verbreitete Wunsch, jenseits der Grenzen eine Beschäftigung zu finden, dürfte sich für die meisten – mangels Nachfrage – nicht erfüllen. Mit Deutschland, Belgien und Finnland hatte das vormalige Unionsministerium für Arbeit noch Quo-

ten für Gastarbeiter aus der Sowjetunion ausgehandelt, wobei Deutschland 15 000 Arbeitsplätze bereitstellen wollte – wenig angesichts der enormen Nachfrage. Das ergab zumindest eine Mitte 1990 durchgeführte repräsentative Umfrage des Allunionszentrums für Meinungsforschung in Moskau. Ein Viertel aller Befragten wäre damals – bei einer entsprechenden Möglichkeit – uneingeschränkt bereit gewesen, in Deutschland zu arbeiten, und jeder Fünfte hätte diese Chance in Erwägung gezogen. Der hier offenbarte Wunsch nach einer Tätigkeit in der Bundesrepublik muß jedoch zuallererst als Verlust der Perspektive im eigenen Land interpretiert werden. Die tatsächlichen Chancen für einen Arbeitsaufenthalt in Deutschland sind letztlich gering, unter anderem weil den meisten ehemaligen Sowjetbürgern die Anforderungen im Westen völlig unbekannt sind.
Bei mehreren Meinungsumfragen zeigte sich jedoch ein für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der sowjetischen Nachfolgestaaten ungünstiger Trend. Der Drang, im Ausland zu arbeiten, ist demnach um so größer, je jünger und besser ausgebildet die Befragten sind. Ebenfalls eine Rolle spielt der Herkunftsort: fast alle an einem ausländischen Arbeitsplatz Interessierten sind Städter und Großstädter. Die Motive für eine angestrebte Abwanderung bringen wenig Überraschungen: höhere Löhne und die Möglichkeit zur Realisierung ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten ziehen die Menschen in die Fremde.

### *Wunsch und Wirklichkeit*

Eine repräsentative Umfrage unter Sowjetbürgern ergab Mitte des letzten Jahres, daß jeder Sechste auswandern möchte. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme sowie der nationalen Konflikte erscheint dies durchaus glaubwürdig. Mit Blick auf den Januar 1993 sah sich die in Panik geratene Bevölkerung Europas bereits einem Massenansturm aus der ehemaligen Sowjetunion ausgesetzt. Dieser wird jedoch, aus den verschiedensten Gründen, aller Wahrscheinlichkeit nach zunächst einmal ausbleiben. Im Wunsch, das Land zu verlassen, äußert sich hauptsächlich Resignation und Frustration. In diesem Land, so scheint es vielen, gibt es keinen Aufschwung, und wenn, dann nur in ferner Zukunft. Deshalb entsteht bei zahlreichen Personen unterschiedlichster Herkunft das Bedürfnis, irgendwo einen neuen Anfang zu machen, wobei die wenigsten eine realistische Möglichkeit dazu haben.
Wer nach Westeuropa will, wird damit konfrontiert, daß sich die meisten europäischen Länder nicht als Einwanderungsländer verstehen und daher auch keine entsprechenden Gesetze haben. Im Fall der Bundesrepublik

und einiger anderer europäischer Länder können so gut wie alle Einreisewilligen ihren Wunsch nur über das Asylrecht realisieren. Daß dieses Schlupfloch wahrgenommen wird, zeigt die zunehmende Zahl in Deutschland stationierter sowjetischer Soldaten, die hier um politisches Asyl nachsuchen.

Bei Ländern wie den USA, Kanada oder Südafrika, die für einwanderungswillige ehemalige Sowjetbürger zumindest bestimmte Quoten bereithalten, ist der Andrang groß. Genauer bekannt ist dies für Amerika: 1,5 Millionen haben bei der amerikanischen Botschaft Einwanderungsanträge abgegeben, und auf diese sind bereits die Bestätigungen von Verwandten oder Bekannten aus den USA eingegangen, was als Voraussetzung für eine Einreise gilt. Dennoch erhalten – gemäß der festgelegten Quote – nur 50000 Personen jährlich das begehrte Visum.

Was aber würde im Fall von Hungersnöten in der ehemaligen Sowjetunion oder – ebenso schlimm – von Bürgerkriegen geschehen? Wäre es dann wahrscheinlich, wie vor allem in Polen befürchtet wird, daß Russen, Weißrussen, Ukrainer und Angehörige anderer Volksgruppen die westlichen Grenzen überrennen? Eine solche Entwicklung ist nicht völlig auszuschließen, wenngleich sie – schon wegen fehlender Transportkapazitäten – ziemlich unwahrscheinlich ist. Vor allem wäre sie das Resultat politischer Versäumnisse, auch in den west- und osteuropäischen Staaten, sowie eine Bankrotterklärung humanitärer Hilfeleistungen. Auch ohne die schlimmsten Gefahren für die zerbrochene Sowjetunion – Bürgerkriege und Hungersnot – zu beschwören, ist seit längerem abzusehen, daß die Erben dieses Imperiums auf Hilfe von außen angewiesen sind. Diese Hilfestellung darf sich keineswegs in – kurzfristig sehr nötigen – Nahrungsmittelspenden erschöpfen. Entscheidend sind, trotz aller Rückschläge und Fehlentscheidungen, technische Hilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit, wobei bei der Auswahl der Kooperationspartner die Prozesse der Regionalisierung und Demokratisierung berücksichtigt werden sollten. Wenn durch Europa nicht erneut ein, diesmal vom Westen errichteter, eiserner Vorhang gehen soll, dann müssen sich die Länder der europäischen Gemeinschaft den wirtschaftlichen und sozialen Problemen der auseinandergebrochenen Sowjetunion stellen. Durch den politischen Wandel der letzten Jahre ist Europa Schritt für Schritt größer geworden, nach Osten reicht es wohl weiter, als bisher vermutet.

Dieser Aufsatz wurde im Dezember 1991 abgeschlossen, als sich die Nachfolgestaaten der Sowjetunion noch nicht endgültig konstituiert hatten.

# Neuerscheinungen Frühjahr '92

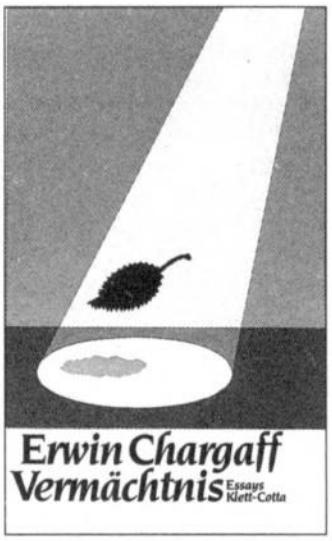
## Eine Auswahl aus unserem literarischen Programm.

Geschichten. 135 Seiten,
Leinen, 28,– DM / öS 218,–
ISBN 3-608-95852-5

Nach der Frau in den Kissen, der »gewaltigen Imagination von Leben und Welt« (Heinrich Vormweg) nun kürzeste Geschichten: skurril, belustigend, alltäglich. Der Held der 25 neuen Texte heißt: K. R. Schnurrer.
Wir lesen von Schnurrers Reise unter den Küchentisch und einem gedankenreichen Blick aus dem nächtlichen Fenster. Von Schnurrers Begegnung mit einem Elefanten und einer Liebesgeschichte ohne Geliebte. Von einem Spaziergang, auf dem jeder Meter eine Sensation ist. Schnurrer in Italien und vor Gewitterlandschaft. Zum Schluß dieser Serie – springt Schnurrer dem Tod von der Schippe.
Um komisch triviale Erkenntnissprünge geht es hier, um heftige Reaktionen auf einen Anblick. Von einer Geschichte zur anderen geraten wir in eine hellsichtige Verwirrung über das, was auf der Hand liegt: das Chaos und die Ordnung, die jede Sekunde von Schnurrers Leben darstellen.

Roman. Aus dem Englischen übersetzt von Wolfgang Krege
320 Seiten, Linson,
38,– DM / öS 296,–
ISBN 3-608-95753-7

Wenn Kimo und seine Freunde Matt und Hena aus einem kleinen afrikanischen Dorf zu einer nächtlichen Wanderung aufbrechen, um die große Geisterkirmes im Nachbarort zu besuchen, scheint ein wohliges, überschaubares Abenteuer zu winken. Aber die Kinder ziehen in eine Welt hinaus, in der ihnen Schlimmeres begegnen kann als Dämonen und Hexen.
Es ist eine Welt, vor der auch das Verständnis der Erwachsenen versagt, eine Verkettung von Krieg, Hunger und Massenvertreibung, in der die Kinder nicht wachsen, sondern schrumpfen. Kimo und seine Freunde geben nicht vor, etwas davon zu begreifen. Und eben deshalb vermögen sie davon zu erzählen, mit Neugier, Sachlichkeit und jener Naivität, die auch im Schrekken den genauen Blick für die Details nicht verliert. Mögen ihre Leiber die Erde für die Hungrigen fruchtbarer machen.




Essays. 304 Seiten, Leinen,
38,– DM / öS 296,–
ISBN 3-608-95851-7

Gelehrter von Weltrang und Kassandra, Moralist und Apokalyptiker, glänzender Stilist und einer der wenigen wirklich kompetenten Kritiker der naturwissenschaftlichen Hybris – Erwin Chargaff legt in diesem Buch die Quintessenz seines Denkens vor. Seine Themen: Die Goldrausch-Mentalität der gegenwärtigen biologischen Forschung, aber auch die Möglichkeit einer alternativen Wissenschaft. Die Aktualität Blaise Pascals und die Verarmung der Sprachen. Das Lob des Widerstands gegen den Fortschrittsglauben. Und immer wieder die Warnung vor der größten aller Gefahren, mittels der Gentechnologie »im Apparat der Vererbung herumzupfuschen«.

Klett-Cotta

*Postfach 10 60 16, 7000 Stuttgart 10*

# »Hier sind neue Ideen, hier sind neue Köpfe.«

*Frankfurter Allgemeine Zeitung*

»Eine große Anstrengung, die Depression der Intellektuellen zu überwinden, sich vom Geschwätz durch Ernst und Eindringlichkeit zu unterscheiden und die Meinungsführerschaft zurückzugewinnen, macht die hundertjährige, aber seit kurzem neu konzipierte *Neue Rundschau*. Das bisherige Ergebnis verdient allen Respekt. Hier sind neue Ideen, hier sind neue Köpfe. Hier wird nicht mehr ein Potpourri zufällig eingegangener Manuskripte serviert, sondern ein gut komponiertes Heft mit eigens bestellten Artikeln.« *FAZ*

»Die *Neue Rundschau*, neu gestaltet, bewegt sich auf einem Terrain, das den Verdacht einer bloßen Verlagszeitschrift gar nicht erst aufkommmen läßt: Die Autoren sind sorgsam ausgewählt und klingen vielstimmig zusammen. ›Die andere Seite der deutschen Literatur‹, hier ist sie auf dem Sektor einer anspruchsvollen Kulturzeitschrift heimgeholt.«

*Stuttgarter Zeitung*

»Dieser Zeitschrift, die hundert Jahre auf dem Buckel hat, wäre zu gönnen, daß sie doppelt so alt wird.«

*Jochen Köhler, HR*

Die *Neue Rundschau* erscheint vierteljährlich im S. Fischer Verlag, Postfach 70 03 55, 6000 Frankfurt/M. 70. Einzelheft DM 15,– Jahresabonnement DM 56,– inkl. Porto.

In allen Buchhandlungen

S. Fischer

# Nadežda Čačinovič-Puhovski
# Jugoslawien – ein Nachruf

extra

Für Jugoslawien schlägt die Stunde der Trauerarbeit. Doch längst nicht alle Einwohner des Landes wären bereit, sich dieser Arbeit zu unterziehen. Für viele von ihnen ist der Zerfall Jugoslawiens kein Verlust. Andere wollen den Zerfall nicht wahrhaben, selbst jetzt, da er nicht mehr zu leugnen ist. Jugoslawien hätte vielleicht die Verfeindung seiner Völker überleben können, keineswegs aber, daß in seinem Namen die letzte intakte Institution, die Armee, eines seiner Völker angreift.

Die kleine Gemeinde der Trauernden ist buchstäblich ein trauriger Haufen. Die meisten von uns schaffen es nicht, ein melodramatisches Gehabe abzulegen. Wenn wir nicht unmittelbar bedroht sind, schwelgen wir in der ansonsten der Trivialkunst vorbehaltenen, stets zu Tränen rührenden Stimmung: »es hätte anders kommen können« und »jetzt ist es zu spät«. Unaufhaltsames, Unwiederbringliches – und Tränen, die den Blick auf die Wirklichkeit verschleiern. Aber auch ganz nüchtern betrachtet: Es *hätte* anders kommen können. Im geopolitischen Rahmen Jugoslawiens, der auf geographischen Karten noch immer deutlich eingezeichnet ist, hat man es nie mit so einfachen Dingen wie Demokratie, Öffentlichkeit und so weiter versucht. Nicht für das ganze Jugoslawien. Und jetzt ist es zu spät. Jugoslawien gab es als Traum, als Illusion, als Legitimation, als ein angeblich einzigartiges gesellschaftliches Experiment. Auf der anderen Seite, der der nüchternen Tatsachen, gab es Jugoslawien als Umschlagplatz für Schmuggler, und zwar im vollen Sinn des Wortes: Man nutzte die Vorteile einer Grenzlage, der Grenze schlechthin zwischen Ost und West.

Daß die Anzahl der Trauernden so klein ist, läßt fast vergessen, daß für die meisten Einwohner Jugoslawiens die Nachkriegsgeschichte doch eine Erfolgsgeschichte war. Nicht für alle: da es kein Rechtsstaat war, konnte einem die falsche Herkunft und Familienangehörigkeit das Leben verpatzen, obschon nicht so gründlich wie in anderen realsozialistischen Staaten, und man konnte immerhin ausreisen. Auch wer offiziell verpönte Überzeugungen vertrat, wurde an den Rand gedrängt. Es existierte aber eine starke Bindung: Man lebte von Jahr zu Jahr besser, es gab mehr zu kaufen.

Es gab mehr zu kaufen: dieser einfache Satz bedeutet alles mögliche. Nicht unbedingt einen wirtschaftlichen Aufschwung; entgegen den üblichen Beteuerungen war Produktion nie das vorrangige Ziel. Die Planwirtschaft wurde bald aufgegeben, die Zwangskollektivierung ebenfalls. Angeblich wurde die Eigengesetzlichkeit der Ökonomie respektiert, man sprach viel vom Markt. Mit der Zeit entwickelte sich ein wahrlich labyrinthisches System aus selbstverwalteten Betrieben, Kommunen, Teilrepubliken und dem Staat. Dieses System war so unübersichtlich und widersprüchlich, daß nur der eigentliche Sitz der Macht, die Partei sowie die Parteien der einzelnen Republiken, die sich diese zentrale Macht teilten, eine Art von Ordnung herbeiführen konnten. Was die Führung produzierte, waren Rechtfertigungen für sich selbst: Beschreibungen des Fortschreitens. Und wie gesagt, man lebte jedes Jahr ein wenig besser.

In den fünfziger und sechziger Jahren war alles noch einfach und übersichtlich. Da gab es zum Beispiel das Jahr der Regenmäntel aus dünnem Kunststoff; die Obrigkeit bekam sie nur ein paar Monate früher als die anderen. Später wurden das Angebot und die Ansprüche größer, die Führung mußte sich immer wieder anstrengen, die günstige Lage Jugoslawiens voll auszunutzen: Es kamen die Gelder der Gastarbeiter, der Touristen und die günstigen Kredite. Wie es heute aussieht, ist alles auf eine ganz vormoderne Art einfach verbraucht worden: verpraßt, verpulvert, aber auch verteilt. Die gemeinsame jugoslawische Weltanschauung war das Recht auf ein gutes Leben, und das bedeutete eine gemütliche kleinbürgerliche Existenz. Tito, die Partisanen, die Partei und alles, was damit zusammenhing, hatten doch dafür gesorgt, daß man sich nicht so plagen mußte wie die im Westen, aber mehr hatte als die im Osten (und auch mal verreisen konnte). Alles war sehr vereinfacht und geschichtslos, auch kulturlos. Ideologien waren nur für den Schulgebrauch da, und das marxistische Erbe wurde mehr und mehr den Linksoppositionellen überlassen.

Der Vergleich ist vielleicht weit hergeholt, aber man kann ihn wagen: Die Jugoslawen der ruhigen Jahrzehnte lebten in einer Welt wie der des deutschen Heimatfilms der Nachkriegszeit, wo Geschichte und Politik nicht vorkommen können, wenn es heiter und humorig zugehen soll. Die meisten schienen zufrieden. Schwierigkeiten hatten die, die privat oder beruflich zu kritisch oder zu humorlos waren, um die Freiräume zu nutzen und die Spielregeln einzuhalten. Unzufrieden mußten auch jene sein, deren Lage man angeblich dauernd verbessern wollte. Der Abstand zwischen den armen und den reichen Gebieten wuchs trotz aller Abgaben für Entwicklungshilfe: Da nur geringe Teile der Wirtschaft auf ein »Erwirtschaften« eingestellt waren, versickerten diese Abgaben und Kredite – wie im ganzen Land.

So erzählt, klingt die Geschichte kleinlich und lieblos. Man muß auch davon erzählen, wie sehr man sich für Jugoslawien begeistern konnte. Zur richtigen Zeit und in einer einigermaßen privilegierten Familie geboren, konnte man leicht glauben, Jugoslawien sei überhaupt das Beste. Keine Kapitalisten, keine Stalinisten. Einige dunkle Kapitel (Verbote, Gefängnisstrafen) der eigenen Geschichte bedauerte man, oder man kannte sie nicht so genau. Der herrschende Optimismus war so groß, daß man die Sorgen der westlichen Jugend eher lächerlich fand: Wir hatten keine schlaflosen Nächte wegen der kubanischen Krise, keine Angst vor dem Atomkrieg. Untergangsstimmung war nicht gefragt, auch nicht auf höherer Ebene. Wenn in einem philosophischen Seminar Horkheimer und Adorno zum Thema wurden, war die Grundstimmung sozusagen konstruktiv; daß »die Philosophie nicht verwirklicht worden« sei, meinte nicht etwa Trauer über den verpaßten Augenblick, es bedeutete nur, daß man weiter philosophieren durfte.
Man lebte also immer besser und fühlte sich als Teil des Weltgeschehens. Man wurde zwar nicht nach seiner Meinung gefragt, die Machthaber im Land ließen sich weder kontrollieren noch abwählen, aber sie spielten eine Rolle in der Welt. Schulkinder und Idealisten nahmen die neuen Verbündeten der Dritten Welt auch ernst, und die anderen meinten, es sei ein gutes Geschäft. Jugoslawien bewegte sich in eine Richtung, es gab Ziele, Frieden, einen gewissen Wohlstand und immer mehr westliche Waren.

Das hier Gesagte ist mehr Erfahrungsbericht als Analyse. Denn die Frage, was eigentlich schiefgegangen sei, trifft jeden Einwohner Jugoslawiens hautnah, vor jeglichem Bemühen um Erkenntnis. Sie geistert durch unsere Träume und begleitet jede wache Minute. Wir hatten einen Staat, in dem es sich angenehm leben ließ, und jetzt sind wir ein Beispiel für menschenunwürdiges und unverständliches Benehmen. Wir dienen zur Abschreckung, zur Warnung vor etwas, das viele im Westen am liebsten als Seuche betrachten, als einen Ausbruch irrationaler Kräfte, die man isolieren muß.
Isoliert aber war Jugoslawien eben nicht. Was mit uns geschah, war Teil eines globalen Prozesses. Der Schwebezustand ließ sich nicht aufrecht erhalten. Die Dritte Welt versank in Schulden, der Ostblock zerbröckelte, und Jugoslawien war nicht länger Umschlagplatz und Drehscheibe. Ob eingestanden oder nicht, der Westen wurde zum Leitbild.
Auch das hätte noch gutgehen können, obwohl der West-Vorsprung der westlichen Teile Jugoslawiens immer mehr ins Gewicht fiel. Aber die Selbsterhaltungsbemühungen der Machthaber setzten auf Dezentralisierung anstatt auf eine vom Zentrum ausgehende Demokratisierung. Die Besonderheit Jugoslawiens schwand, aber die Einwohner Jugoslawiens wurden nicht

zu Bürgern, abstrakt und gleichberechtigt, sie wurden auf ihre überkommene Identität zurückverwiesen. Auch innerhalb des Systems konnte man politisch nur noch als Serbe, Kroate usw. tätig sein, durch Parteien, die den entsprechenden Namen trugen und angeblich miteinander verbündet waren. Die ersten freien Wahlen fanden in diesem schon vorgegebenen Rahmen statt, aber natürlich nicht gleichzeitig. Die Logik des Geschehens war Abgrenzung, Betonung der Verschiedenheiten und nicht das für Ausländer so eindeutige gemeinsame Interesse.

Wer am meisten zu verlieren hat, wird aggressiv. Wenn es sich dabei um eine sehr gut versorgte Armee handelt, steht die Katastrophe ins Haus. Die jugoslawische Armee ist ihrem Selbstverständnis nach direkt aus dem heroischen Befreiungskrieg herausgewachsen, kein untergeordnetes Werkzeug, sondern die Quintessenz Jugoslawiens. Sie mißtraute dem Westen wie dem Osten und lieferte Waffen in den Süden. Als die Welt nicht mehr wie gewohnt aussah, reagierte die Armee regressiv: Für die Offiziere und ihre Anhänger war wieder 1941. Das bedeutete für die Kroaten, daß sie nicht nur als Nationalisten und Separatisten betrachtet wurden, sondern als Verbündete der deutschen Nationalsozialisten. Die Regression war leider nicht vollständig: Im Zweiten Weltkrieg hatten die Partisanen kroatische und serbische Nationalisten mit gleicher Strenge behandelt; heute aber betrachtet die Armee die serbische Seite als sozialistisch und jugoslawienfreundlich, ja sie duldet sogar serbo-monarchistische Abzeichen. Das schlechte Gewissen, das sich dabei regt, macht die Offiziere nicht gerade friedlicher.

In Serbien leben Millionen von Albanern und Ungarn. Trotzdem betont die serbische Führung immer wieder das heilige Recht aller Serben, in einem Staate zu leben. Dieses Recht ist ganz offensichtlich nicht als verallgemeinerungsfähig gedacht, sondern als ein besonderes Privileg der Serben in Jugoslawien. Wenn aber Jugoslawien das Werk, das große Verdienst Serbiens, sein Geschenk an andere Völker war, dann kann man nur immer wieder darauf hinweisen, daß es im Interesse aller ist zu überleben. Aber die Kriegführenden wollen sich nicht herablassen, über Interessen zu reden. Sie wollen auf der Seite der Engel sein, wollen recht haben, besonders dann, wenn sie angreifen. Und solange der Krieg auf kroatischem Boden geführt wird, kroatische Städte angegriffen werden, dürfen wir nur die Opfer beweinen.

Man hat es uns unmöglich gemacht, ruhig und mit Würde dem nachzutrauern, was Jugoslawien hätte sein können. Wir wissen selbst nicht mehr, ob wir unseren jugendlichen Erwartungen einer sinnerfüllten Welt nachtrauern oder nur der Möglichkeit, den Tod und das Leiden abzuwenden. Die Deutschen sprachen vor Jahrzehnten vom »geteilten Himmel«, von »zwei An-

sichten«. Seit es nur noch ein Deutschland gibt, tragen auch sie schwerer an der deutschen Geschichte, die nicht mehr seit 1945 gerechnet wird.
Sich als Jugoslawen zu betrachten, war anders. Einige dachten dabei an eine Über- oder Ersatznationalität, als ob es noch, auf gewaltlose Art, zu einer Völkerverschmelzung kommen könnte, nachdem zum Beispiel die Sprachen schriftlich fixiert und durch allgemeine Schulung kanonisiert worden waren. Für andere lag die mögliche jugoslawische Identität auf einer anderen Ebene. Aber auch ohne die in einer Föderation niemals legitime Schmelztiegel-Idee war es für die meisten ein inhaltlich bestimmtes Projekt, eine Vision – anstatt nur ein selbstverständlicher Rahmen, innerhalb dessen man Entscheidungen über öffentliche Angelegenheiten trifft oder widerruft, Meinungen verbreitet, Geschäfte macht und die Vielfalt der Sprachen und Kulturen als gegeben hinnimmt, nicht als Aufforderung, Brüderlichkeit zu beweisen, und natürlich auch nicht als Hindernis, dies zu tun. Völlig reduziert aber war das jugoslawische Programm in der ständigen Warnung der herrschenden Kommunisten, daß mehr Pluralismus zu einem Blutbad führe, weil die neuen Parteien nationale Parteien seien. Was in ihrem Fall eine »self fulfilling prophecy« war, da ja die ersten nationalen Parteien die kommunistischen waren. In den ersten freien Wahlen konnten sie sich nur in Serbien und Montenegro halten, und das mußte auch so kommen: Wenn man schon national wählt, dann richtig und nicht aus zweiter Hand. Wieso es die Kommunisten in Serbien und Montenegro dennoch schafften, ist schwer zu erklären. Zum Teil wohl einfach durch Repression, durch Kontrolle der Öffentlichkeit – aber nicht nur. Sie waren vielleicht überzeugender als die nationalistische Opposition, die sich teils ernsthaft bemühte, serbische und großserbisch-jugoslawische Optionen gegeneinander abzuwägen.

Alles, was hier erwähnt wurde, sind Gemeinplätze, alltägliche Dinge. Man könnte viel differenzierter vorgehen, die lange und verwickelte Geschichte verschiedener Gebiete darlegen oder die ebenfalls ziemlich verwickelte Geschichte der innerparteilichen Streitigkeiten im Nachkriegsjugoslawien, das schon seinerseits eine gigantische Vereinfachung verwirklichen wollte. Aber im Grunde sucht man nur nach diesem einen Augenblick, wo aus einfacher Dummheit und Unvernunft eine mörderische wird.
Das ist es wohl, was Unbeteiligte und Ausländer so fasziniert und zugleich abstößt. Ähnliches gab es auch zu anderen Zeiten und an anderen Orten, und im alltäglichen sorglosen Leben fragt man sich wohl ab und zu, was da eigentlich geschieht, und denkt sich, daß es gut wäre zu wissen, wie man dergleichen verhindern kann. Aber man möchte nicht, daß eine etwaige Ratlosigkeit auch das eigene Leben verunsichert. Es ist noch zu früh, aus

dem Zerfall Jugoslawiens eine Lehre zu basteln. Man hält sich an das Allereinfachste: Der Krieg muß aufhören, das Schießen und Zurückschießen muß ein Ende haben. Die Einwohner Jugoslawiens, wie immer sie heißen, sollen weiterleben können. Wenn sich Jugoslawien nur durch Mord und Totschlag erhalten läßt, dann darf es nicht erhalten werden.

Es mag verschiedene Ansichten darüber geben, wie weit Opfer verpflichten, ob man ihretwegen eine ansonsten nicht besonders ernst genommene ethnische Identität auf sich nehmen muß. Aber es darf keinen Zweifel darüber geben, daß niemand verpflichtet ist, sich der Macht zu beugen, wenn er angegriffen wird; von Angreifern muß man sich lossagen. Wie es jetzt steht, kann man sich in keinem unbelasteten Sinn noch als Jugoslawe betrachten. Jugoslawien war nie eine einfache Tatsache, und als Programm ist es kompromittiert. Staatsgebilde sind in der Regel Tatsachen, Ergebnisse von Machtverhältnissen. Jugoslawien jedoch war, der offiziellen Ideologie zufolge, das Resultat des erklärten Willens aller in ihm vereinigten Völker. Sobald eines oder mehrere dieser Völker den Vertrag aufgekündigt haben, gibt es diese Rechtfertigung für Jugoslawien nicht mehr. Wer jetzt noch Jugoslawien will, muß eingestehen, daß er es aus Eigennutz will, so wie auch die neuen Staaten deutlich sagen sollen, daß sie meinen, ohne Jugoslawien besser zu fahren. Selbst wenn man überzeugt ist, daß ein Bündnis für alle gut wäre: Wer dürfte es am Ende dieses Jahrhunderts wagen, anderen Lösungen aufzuzwingen, es besser wissen zu wollen als die Betroffenen?

Was immer noch geschehen mag, und selbst wenn es gelingen sollte, den Namen Jugoslawien für ein neues Gebilde zu retten: er wird nur eine traurige Erinnerung sein. Eine nicht allein für ehemalige Jugoslawen traurige Erinnerung daran, wie weit wir noch davon entfernt sind, die Bedingungen, unter denen wir leben, zu beherrschen. Als Trost bleibt nur, daß es auch »anders hätte kommen können«.

# Harald Schumann
# Selbstentmachtung der Politik

## Die programmierte Krise des EG-Systems

extra

Am späten Abend des neunten Dezember vergangenen Jahres überraschte Helmut Kohl, sichtlich gezeichnet vom Streß eines langen Verhandlungstages beim Euro-Gipfel im holländischen Maastricht, vor laufender Kamera Gegner und Freunde mit einem scheinbar unmodernen Bekenntnis: Auch wenn man ihn wieder des falschen Pathos bezichtigen werde, so Kohl vorbeugend, er bleibe dabei. Seine wichtigste Aufgabe sei es zu verhindern, daß jemals wieder »von deutschem Boden Krieg und Unheil« über Europa komme. Und, D-Mark hin und Souveränitätsverzicht her, der Vertrag über die (west)europäische Währungsunion leiste eben dazu einen entscheidenden Beitrag.

Friedenssicherung durch transnationale wirtschaftliche Integration, mit dieser einfachen und einsichtigen Formel aus den fünfziger Jahren, so mag Kohl gehofft haben, müßte doch auch heute noch, trotz allen Zanks über Kohäsion und Konvergenz, über qualifizierte Staaten und qualifizierte Mehrheiten, der Kritik an seiner EG-Politik zu begegnen sein. Doch die Hoffnung trog gründlich, der Griff in das Ideen-Schatzkästchen der Adenauer-Ära verfing nicht. Nicht als der gefeierte Chef-Architekt des Europäischen Hauses kehrte Kohl vom voreilig zum »historischen Durchbruch« stilisierten EG-Gipfel nach Bonn zurück. Statt dessen brandmarkte ihn eine bis dahin ganz und gar ungewöhnliche Allianz von Leitartiklern, Wirtschaftswissenschaftlern und pensionierten Politikern als »Kanzler, der die D-Mark hergab«. Selbst die sonst willfährigen medialen Wasserträger so konservativer Organe wie der *Frankfurter Allgemeinen* oder des *Rheinischen Merkur* verweigerten die Gefolgschaft. Die »Mark über den Tisch gezogen« (*FAZ*) und »... in der Falle« *(Süddeutsche Zeitung)* lauteten die Vorwürfe, denen sich der Historiker im Kanzleramt trotz seiner diesmal durchaus glaubwürdigen Verbeugung vor der deutschen Geschichte ausgesetzt sah.

Ist nun also auch Deutschland ins Fahrwasser der »gefährlichen Re-Nationalisierung Europas« geraten, wie der Europäer vom Dienst Hans-Dietrich Genscher vermutete? Riskieren die »DM-Nationalisten« *(Die Zeit)* leicht-

fertig die Bändigung des deutschen Riesen in der Mitte Europas, wie sie dem Kanzler in weitsichtiger Friedensliebe vorschwebt? Nichts davon ist wahrscheinlich. Wohl aber demonstriert der kollektive Aufschrei über den drohenden Verlust der deutschen Geldwert-Stabilität, daß entgegen den Erwartungen der Bonner EG-Strategen das Projekt »Europäische Union« nun auch in der deutschen veröffentlichten Meinung auf tiefes Mißtrauen stößt, und das zu Recht.

Denn schon seit langem betreiben Westeuropas Regierende die EG als eine Art privates Politik-Unternehmen mit beschränkter Haftung, in dem auf breiter Front die demokratischen Verfassungen der Mitgliedsländer ausgehebelt werden und die Verantwortung der Beteiligten sich im Nirgendwo eines undurchsichtigen, transnationalen Institutionengeflechts verliert.

Man stelle sich vor, in der Bundesrepublik würde nicht der Bundestag, sondern der Bundesrat, also die Abgesandten der Länder-Regierungen und Ministerien, alle Gesetze beschließen. Die jeweiligen Vertreter wären jedoch gegenüber den Länderparlamenten weder weisungsgebunden noch rechenschaftspflichtig. Zudem würden alle Verhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, selbst die Positionen der einzelnen Vertreter bei den Verhandlungen blieben meist geheim. Damit nicht genug, auch auf die Gesetzentwürfe und Beschlußvorlagen hätten die Parlamentarier keinen Einfluß. Statt dessen würden die Gesetze von einer zentralen, mehrere tausend Beamte starken Behörde verfaßt, die keiner öffentlichen Kontrolle unterliegt, dafür aber von einer ganzen Heerschar Industrie-Lobbyisten regelmäßig beraten wird. Ein Vorschlag, die Bundesrepublik nach diesem Modell umzubauen, würde sicher mit dem Etikett ›verfassungswidrig‹ versehen werden. Gleichwohl erfolgte ein gutes Drittel der deutschen Gesetzgebung der vergangenen vier Jahre nach eben diesem Prinzip – in Brüssel.

Mehrmals im Monat versammeln sich dort, sortiert nach den jeweiligen Ressorts, führende Ministerialbürokraten der EG-Mitgliedsländer mal mit, mal ohne ihre Chefs zu den sogenannten Ministerräten und werden so automatisch Mitglied des einflußreichsten Gesetzgebungsorgans in Europa. Was dann, nach nichtöffentlicher Beratung und Abstimmung, verharmlosend als »Richtlinie« oder »Verordnung« bezeichnet, diese Gremien verläßt, ist entsprechend den EG-Verträgen bindendes Recht in allen zwölf EG-Staaten. Und dies gilt gänzlich unabhängig vom Willen der nationalen Parlamente, die bei der Umsetzung in nationales Recht zu bloßen Akklamationsorganen reduziert werden. De facto schreibt sich so die vereinte Exekutive der zwölf EG-Länder einen großen – und wachsenden – Teil ihrer Gesetze selbst.

Dieser, wie Hans Magnus Enzensberger schon vor Jahren schrieb, »vorkonstitutionelle Zustand« der EG wurde seit je beklagt und war doch bis vor

kurzem selten Gegenstand ernsthafter öffentlicher Debatten, weil sich insbesondere in der Bundesrepublik hartnäckig das Vorurteil hält, in Brüssel gehe es um wenig mehr als die Agrarpolitik oder die Verteilung von Produktionsquoten für das EG-Stahl-Kartell. Doch spätestens seit 1985 hat sich das Macht- und Bedeutungsgefälle zwischen den EG-Ministerräten und ihrer Zentralbehörde, der »Kommission«, auf der einen und den nationalen Parlamenten auf der anderen Seite dramatisch umgekehrt.

Damals ließ, kurz nach seiner Ernennung, der ehrgeizige Kommissionspräsident Jaques Delors seine Beamten ein wirtschaftspolitisches Mega-Projekt auflegen, das in der Geschichte ohne Beispiel ist: Die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes der EG-Staaten. Bis zum 1. Januar 1993, so forderte es das »Weißbuch« der EG-Kommission, sollte mit knapp 300 EG-Gesetzen die national-staatliche Regulierung allen wirtschaftlichen Handelns so weit »harmonisiert« werden, daß künftig spezifisch nationale Zulassungsprozeduren für alle Arten von Unternehmen und die Kontrolle der Warenströme an den EG-Binnengrenzen entfallen können. Es war die Zeit des neoliberalen Höhenfluges in Wirtschaftswissenschaft und -politik, und schon im Juli 1987 ließen sich die EG-Regierungen mit Inkrafttreten der »Einheitlichen Europäischen Akte« (EEA) die notwendigen Kompetenzen auf ihre exclusiven Brüsseler Gesetzgebungszirkel übertragen.

Zur propagandistischen Absicherung des Unternehmens erfanden die Euro-Visionäre zugleich die Parole von den »vier großen Freiheiten« im grenzenlosen EG-Europa: Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen sollen ohne Beschränkungen beweglich sein. Im Gegenzug, so versuchte eine unter Leitung des Italieners Paolo Cecchini erstellte, 6000 Seiten umfassende Auftragsstudie zu beweisen, sollen den 340 Millionen EG-Bürgern ein Wachstumsschub von fünf bis sieben Prozent, zwei bis fünf Millionen neue Arbeitsplätze und sinkende Verbraucherpreise beschert werden.

Dieser sogenannte Cecchini-Bericht war schon von der Methode her wissenschaftlich wenig glaubwürdig. So klammerten die Propheten des Euro-Booms die vier ärmeren EG-Länder Portugal, Spanien, Griechenland und Irland bei der Datenerhebung kurzerhand aus, verallgemeinerten aber die Ergebnisse. Ebenso fielen jene Millionen von Arbeitsplätzen unter den Tisch, die bei Eintritt gerade der anvisierten Kostenvorteile der vereinheitlichten europäischen Massenproduktion in Klein- und Mittelbetrieben zwangsläufig verlorengehen.

Trotzdem verfehlten die phantastischen Verheißungen ihre Wirkung nicht. Die seit 1987 mit enormer Geschwindigkeit vorangetriebene »größte Deregulierung der Wirtschaftsgeschichte« (so der deutsche EG-Kommissar Schmidthuber) stieß mit Ausnahme von Dänemark nirgendwo in der EG

auf nennenswerte Opposition. Und dies, obwohl es von Anfang an kein Geheimnis war, wessen Interessen da zuallererst bedient werden sollten: die der EG-weit operierenden transnationalen Unternehmen.
Schließlich war es deren Management-Elite selbst, organisiert im »Round-table of European Industrialists«, von der die eigentliche Initiative ausgegangen war. Wisse Dekker, der damalige Chef des Elektronik-Konzerns Phillips, hatte dem kleinen, aber feinen Gremium der Spitzenmanager von Europas 40 führenden Konzernen Anfang 1985 ein Thesen-Papier mit dem Titel »Europe 1990« vorgelegt, in dem die Kostenvorteile einer einheitlichen Normung und uneingeschränkter Transport-Möglichkeiten in einer EG ohne Grenzen beschworen wurden. Zur Veranschaulichung dienten ihm die Kosten für die vielen verschiedenen Anschlußstecker, mit denen die Geräte aus den Phillips-Fabriken wegen der Normen-Vielfalt der EG-Staaten ausgestattet werden mußten.
Nur wenige Monate später wurden die Forderungen des Round-table-Papiers inclusive der Begründung in Form des »Weißbuchs« der EG-Kommission zur fortan gültigen Maxime der EG-Politik von Kopenhagen bis Lissabon erhoben. Dabei machten sich Delors' Beamte nicht einmal die Mühe, eine durchgehend neue Formulierung zu erfinden. Die gravierendste Veränderung gegenüber der Vorlage aus den Chefetagen der Konzerne war die Verlängerung des Planungszeitraums um zwei Jahre, und dies auch nur im Sinne der Karriere-Planung ihres Chefs; seine zweite Amtszeit endet 1992.
So demonstrierte schon die kurze Entstehungsgeschichte der Planskizze für »Europa '92«, was der Preis der Aufrüstung der EG-Staaten für die kommenden Weltwirtschaftsschlachten mit Japan und den USA sein würde: die fast bedingungslose Anpassung der Wirtschaftsgesetzgebung an die Strategien und Interessen der ideellen Europa AG. Folgerichtig kamen soziale und ökologische Fragen in dem Binnenmarkt-Entwurf gar nicht erst vor.
Man mag einwenden, daß dies auf der Ebene der einzelnen Mitgliedsländer ohnehin gang und gäbe ist. Die aberwitzige deutsche Energieverschwendungs-Politik entsprechend dem Diktat des Stromkartells (*Kursbuch* 85/1986) oder die italienische Nebenregierung im Fiat-Konzern sind nicht gerade Belege für das Primat der nationalstaatlichen Politik über die Ökonomie. Doch im Zuge der Kompetenz-Erweiterung für die EG-Gremien bekam derlei Abhängigkeit der Politik von gutorganisierten Wirtschaftsinteressen eine ganz andere Qualität. Sie erhielt praktisch Verfassungsrang, mit dem sich sozial oder ökologisch motivierte Opposition fortan weitgehend ausschalten ließ.

So wäre es vermutlich in der Bundesrepublik nach anderthalb Jahren Streit um Bequerel-Grenzwerte und Strahlen-Molke kaum möglich gewesen, willkürlich die zulässige radioaktive Vergiftung der Nahrung um ein Vielfaches zu erhöhen. Erklärtes Ziel der EG-Kommission war es aber, im Interesse der Atom- und Lebensmittelindustrie die Folgekosten zukünftiger Nuklear-Unfälle im kalkulierbaren Rahmen zu halten. Folglich legte sie die Verordnung Nummer 3954/87 vor, um, so die Begründung, »ein dauerhaftes Verfahren zu bestimmen, das es der Gemeinschaft ermöglicht ..., Höchstgrenzen für die radioaktive Kontamination von Nahrungsmitteln festzulegen« und so »die Einheit des Gemeinsamen Marktes zu wahren« sowie »einzelstaatliche Beschränkungen auszuschließen«. Die anschließend aufgeführten Grenzwerte sind so hoch, daß, wären sie schon ein Jahr zuvor gültig gewesen, die Lebensmittelvernichtung im Gefolge der Strahlenwolke aus Tschernobyl rechtlich gar nicht zulässig gewesen wäre. Zwei Tage vor Weihnachten 1987 verschaffte dann der Außenministerrat in Brüssel dem Machwerk Gesetzesrang. In wenigen Minuten führte so eine fachlich inkompetente und politisch nicht haftbare Beamtenversammlung die mit hohem wissenschaftlichen und sozialen Engagement geführte Strahlendebatte in Deutschland gänzlich ad absurdum.

Auf einzelstaatlicher Ebene würde vermutlich auch keine Regierung eine Sondersteuer auf Fernsehgeräte in Höhe von 300 bis 700 Mark verfügen, die unmittelbar an die Hersteller abzuführen ist. Genau das aber fordern die beiden Konzerne Thomson und Phillips, um sich ihre bisher gescheiterten Entwicklungsarbeiten für den hochauflösenden Bildschirm finanzieren zu lassen. In trauter Ergebenheit legte deshalb die EG-Kommission, namentlich deren Kommissar für Forschung und Technologie Filipo Pandolfi, eine Richtlinie vor, die ab 1993 zwingend einen Adapter für den Empfang der sogenannten D2-Mac-Norm in allen Geräten vorschreiben soll. Die damit erreichbare Verbesserung der Bildqualität ist zwar nur für Fachleute erkennbar, auch erzwingt sie von den Sendeanstalten eine Milliarden-Investition in eine schon heute veraltete Technik, doch als »lebensrettende Maßnahme« (ein Thomson-Direktor) für die europäische Industrie der Unterhaltungselektronik geht sie vermutlich trotzdem durch.

Einen ähnlich dreisten Coup landete auch der französische Staatskonzern Rhône-Poulenc, als die Bundesregierung nach Jahren des oft verzweifelten Kampfes von mehreren tausend Opfern des dioxinhaltigen Holzschutzmittels Penta-Chlor-Phenol die von Hamburgs Umweltsenator so bezeichnete »Horror-Chemikalie« endlich verbieten wollte. Als letzter verbliebener PCP-Hersteller in der EG wandte sich die Konzernleitung in einem Schreiben an die von keiner Umweltbewegung drangsalierte belgische Regierung

und forderte sie auf, bei der Kommission Widerspruch einzulegen. Brav reichte der belgische Wirtschaftsminister den Schriftsatz mit neuem Briefkopf weiter, und prompt versagte die Kommission der deutschen Verordnung die zwingend vorgeschriebene Notifizierung. Der Markt war gerettet, die Vergiftung geht weiter.

Nicht eben volksnah gebärden sich die EG-Gremien auch, wenn es um die sozialen und rechtlichen Belange der von ihnen regierten Bürger geht. So setzten sie etwa die zulässigen Lenkzeiten für LKW-Fahrer kurzerhand auf elf Stunden hoch; auf der Tagesordnung steht auch die faktische Aufhebung des deutschen Mitbestimmungsrechts durch eine Richtlinie über die Verfassung der europäischen Aktiengesellschaften. Und auch das Recht auf freie Niederlassung der EG-Bürger fiel nicht so frei aus, wie die Propaganda glauben machen will. Wer von Italien nach Deutschland zieht, muß seinen gesicherten Lebensunterhalt nachweisen können. Andernfalls kann ihm die zuständige Ausländerbehörde – unter Berufung auf EG-Recht – die Aufenthaltsgenehmigung versagen. Sozialhilfe und Bafög sollen den Deutschen vorbehalten bleiben.

Solche und Hunderte anderer möglicher Beispiele dokumentieren, daß der EG-Apparat alles andere als ein »bürokratischer Wasserkopf« ist, wie bundesdeutsche Leitartikler so gerne schreiben. Ganz im Gegenteil entfalten die EG-Beamten einen geradezu beängstigenden Fleiß beim Abfassen von Gesetzentwürfen, und dies mit dem erklärten Ziel, den nationalen Parlamenten und Regierungen möglichst zuvorzukommen.

Daß dabei in erster Linie Industrie-Interessen zum Zuge kommen, kann man den einzelnen Kommissionsmitarbeitern kaum zum Vorwurf machen. Ursache dafür ist vielmehr die EG-Verfassung selbst, die einer Behörde von der Größe einer mittleren Stadtverwaltung das Recht und die Pflicht gibt, exclusiv die gesamte EG-Gesetzgebung zu entwerfen. Ohne die Hilfestellung der Wirtschaftsverbände und ihrer Unternehmen wäre diese Aufgabe überhaupt nicht zu bewältigen. So entstehen die Rohentwürfe der großen Mehrzahl aller Richtlinien und Verordnungen zunächst bei Consulting-Firmen, die ihrerseits zum größten Teil von Industrie-Aufträgen leben. In vielen Bereichen übersteigt die Zahl der extern beschäftigten Experten mittlerweile die der Beamten. Zudem obliegt die gesamte praktische Ausgestaltung des EG-Rechts auf der Ebene der unmittelbar gültigen Verordnungen einer Unzahl halbamtlicher und zwischenstaatlicher Gremien, die gleichfalls zum größten Teil durch Industrie-Experten gestellt werden. Die 3277 A-Beamten der Kommission müssen nicht weniger als 1240 verschiedene Ausschüsse betreuen. Hinzu kommen rund 5000 in Brüssel stationierte Lobbyisten aus allen Branchen, die bei den Dienststellen der Kommission ein und aus gehen

und für ihre hohen Gehälter ganze Arbeit leisten. Demgegenüber kommen alle europäischen Umweltverbände gemeinsam in Brüssel nicht einmal auf 20 Mitarbeiter, der Europäische Verbraucher-Verband hat 15, der Europäische Gewerkschaftsbund 30 Angestellte.

Die Diskriminierung sozialer, umwelt- und verbraucherpolitischer Interessen auf EG-Ebene ist jedoch nicht nur der zahlenmäßigen und finanziellen Unterlegenheit ihrer Vertreter geschuldet. Noch schwerer wiegt, daß ihnen gerade in Brüssel das einzige Instrument fehlt, das diese Schwäche ausgleichen könnte: die Ausübung von politischem Druck durch die Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit. Denn selbst wenn es mit großem Aufwand gelingt, wenigstens in der Hälfte aller Mitgliedsländer gleichzeitig ein gerade in Arbeit befindliches EG-Gesetz auch nur kritisch zu thematisieren, so prallt im politischen Niemandsland der EG-Gremien derlei Kritik seitens der gesellschaftlichen Basis völlig wirkungslos ab. Eine schlechte Presse ist für die Eurokraten etwa so unangenehm wie schlechtes Wetter.

In dieser Abschottung gegen die Öffentlichkeit wurde es auch möglich, daß heute die mächtigste EG-Institution eine informelle Beamtenversammlung ist, die in keiner Verfassung und keinem Vertrag auch nur Erwähnung findet. Dies ist der Rat der Ständigen Vertreter, der sich aus den führenden Mitarbeitern und der wachsenden Zahl von Fachbeamten der Brüsseler Botschaften rekrutiert. Sie sind es, die meist lange vor der formalen Verabschiedung eines Gesetzes im trauten Kreis gut 80 Prozent aller Regelungen unter sich aushandeln. Ganz unverhohlen werden dabei die Interessen ihrer jeweilig zu vertretenden Industrie-Klientel oder der heimischen Ministerialbürokratie zum vermeintlich nationalen Interesse erklärt. Heraus kommen jene typischen EG-Kompromisse, die nur noch die Interessen etwa der Daimler-Benz/BMW-Fraktion mit denen von Fiat und Renault vermitteln oder die Verteilung der milliardenschweren Forschungs- und Regionalfonds den Wahlkampfterminen der Minister anpassen. Für soziale oder umweltpolitische Vorhaben, die nur im offen ausgetragenen politischen Streit gegen die Industrie durchsetzbar wären, bleibt in solchen Verhandlungen zwangsläufig wenig Spielraum.

Erreicht eine Vorlage dann schließlich einen Ministerrat, so verstehen die angereisten Minister oder Staatssekretäre meist gar nicht, worum es überhaupt geht. Alle Fragen, für die der Brüsseler Beamtenklüngel schon eine Einigung gefunden hat, werden ohnehin als sogenannte A-Punkte ohne Debatte sofort verabschiedet. Den Verhandlungskurs für die noch offenen Streitpunkte entnehmen die vermeintlichen Chefs sodann einem präzise formulierten Sprechzettel sowie den soufflierten Anweisungen des EG-Botschafters oder seiner Fachleute. In seltener Ehrlichkeit bekannte denn

auch einmal die damalige Gesundheitsministerin Rita Süßmuth, der EG-Apparat degradiere die Minister »zur Sprechmaschine wohlmeinender Beamter«.

Die conditio sine qua non solcher Gesetzgebung auf Teppichhändler-Niveau ist selbstverständlich die Geheimhaltung. Folglich ist die Verschwiegenheit der Beteiligten fester Bestandteil des Brüsseler Korpsgeists; wer dagegen verstößt, muß mit drastischen Disziplinarmaßnahmen rechnen. Ungefährdet können deshalb die eigentlich politisch Verantwortlichen in ihren jeweiligen Heimatländern über ihr Verhandlungsgeschick in Brüssel erzählen, was sie wollen. Mag das Ergebnis auch noch so dürftig sein, im Zweifelsfall liegt die Verantwortung bei den uneinsichtigen europäischen Partnern.

So spinnt etwa die Presse-Abteilung des deutschen Umweltministers seit Jahren unentwegt an der Legende von der Vorkämpferrolle ihres Ministers an der Euro-Front, obwohl natürlich auch seine Leute in Brüssel stets nur dann die Hand heben, wenn die heimische Industrie die Nase schon vorn hat. Dies war zum Beispiel der Fall bei der verspäteten Aufrüstung der EG-Auto-Flotte mit Abgaskatalysatoren. Die in anderen Ländern geforderte Verminderung des zulässigen Benzinverbrauchs hätte schneller und billiger zur Reduzierung der transeuropäischen Abgasfahnen beigetragen, nur hätte dies die Umsätze der deutschen Hersteller von Großkarossen mit Rennwagen-Motoren gedrückt.

Nicht anders war es auch bei der Vorbereitung des politischen Terrains für den breiten Einsatz von gentechnisch manipulierten Organismen in Industrie und Landwirtschaft. Zwar beeilte sich der Minister gemäß den Beschlüssen einer von allen Bundestagsparteien getragenen Enquete-Kommission, hohe Sicherheitsanforderungen zu versprechen. Gleichzeitig ließen aber die deutschen Verhandler in Brüssel einen ganzen Satz von Richtlinien passieren, der allen Forderungen der Enquete Hohn spricht. Unter dem Eindruck der zwingenden Harmonisierung in Europa verwandelte sich schließlich auch im deutschen Gentechnik-Gesetz die Risiko-Vorsorge für 90 Prozent aller Gentechnik-Anwendungen zur bloßen Meldepflicht.

Ganz ähnlich agieren auch die anderen Ressorts. Da verlangt der Verkehrsminister die dringende Förderung des Gütertransports mit der Bahn, aber im Ministerrat stimmt auch er für die EG-weite Liberalisierung des Speditionsgewerbes, mit der Folge einer drastischen Kostensenkung für den LKW-Transport und einer weiteren irrationalen Benachteiligung der Staatsbahnen. Da klagt der Sozialminister über die Kostenlawine infolge der überhöhten Preise des deutschen Pharma-Kartells, doch in Brüssel genehmigen

auch deutsche Beamte die Verlängerung der Patent-Laufzeiten für Pharmaka, die solcherart Preistreiberei erst richtig anheizt.
Gemeinsam ist all dieser banalen Klientel-Politik, daß sie sich, ohne auf Widerspruch zu stoßen, als Tribut an Europa verkaufen läßt, indem die Industrie-Interessen als übernationaler Sachzwang ausgegeben werden, der keiner Rechtfertigung bedarf. Weil letztlich immer alle Länderregierungen gemeinsam die Verantwortung für die jeweiligen Gesetze tragen, ist am Ende niemand verantwortlich.
Doch so bequem diese Praxis im Alltag der Regierungsbürokratien auch sein mag, so groß ist langfristig das Risiko, das damit für die Regierbarkeit der beteiligten Länder heraufbeschworen wird. Denn die schleichende Entmachtung der nationalen Parlamente und Behörden läßt ganze Politikbereiche außer Kontrolle geraten und treibt die EG-Staaten Schritt für Schritt in die Reformunfähigkeit.
Ein Warnzeichen ist zum Beispiel die ungeheure Hilflosigkeit, mit der deutsche Politiker gleich welcher Couleur der Verkehrslawine gegenüberstehen, für die selbst die beste Verkehrsinfrastruktur in Europa nicht mehr ausreicht. Entgegen der landläufigen Meinung trägt daran die Auto-Verliebtheit der Deutschen nur den geringeren Teil der Schuld. Weitaus schneller als die Fahrleistung der privaten Autobenutzer wächst seit einigen Jahren der Gütertransport. Und die endlosen LKW-Trecks durch das Transitland Bundesrepublik sind, anders als manche Debatte in den Parlamenten glauben machen könnte, keineswegs ein natürliches wirtschaftliches Phänomen, sondern eine der ganz handfesten Folgen des europäischen Binnenmarkt-Projekts. Schließlich treiben die Euro-Visionäre systematisch die Konzentration der Produktion und die Vereinheitlichung der Märkte voran. Konsequenterweise stieg die Zahl der grenzüberschreitenden europäischen Fusionen und Übernahmen von unter hundert im Jahr 1980 auf weit über tausend zehn Jahre später. Entsprechend arbeitsteilig organisieren die Unternehmen die Produktion. Immer weiter liegen Zuliefer- und Hauptwerke auseinander, immer größer werden die Transportwege bis zum Verbraucher. Ergebnis dieses fragwürdigen Fortschritts ist dann die Verwendung holländischen Schweinefleischs zur Herstellung von Bauernschinken in Südtiroler Räuchereien oder die Verlagerung der Lagerhaltung auf die Straße im Rahmen der »just-in-time«-Produktion. Und die heutige LKW-Flut ist erst der Anfang. Auch unabhängige Prognose-Institute sagen nach Inkrafttreten des gesamten Binnenmarkt-Paketes eine Steigerung des Güterverkehrs um noch einmal bis zu 40 Prozent voraus.
So ist es den Bauherren des geeinten Europa zwar gelungen, systematisch Verkehr zu erzeugen, für die Bewältigung des Problems haben sie jedoch

keinerlei Instrument in der Hand. Weil die einzelnen Länder sehr unterschiedlich betroffen sind, wird eine gemeinsam durchgeführte drastische Besteuerung des Güter-Transports zu dessen Eindämmung lange Zeit nicht konsensfähig sein. Die Einführung einer Schwerverkehrsabgabe nur in der Bundesrepublik verbieten aber die Regeln des Gemeinsamen Marktes.

Vergleichbare Liberalisierungsfallen drohen in beinahe allen Politikbereichen. So wird etwa die Aushöhlung der Kartellgesetzgebung durch die Übertragung der Fusionskontrolle auf die EG-Kommission sich schon in der nächsten Krise als gefährliche politische Zeitbombe entpuppen. Weil eine Verbotsverfügung für Unternehmensfusionen erst ab einer Umsatzsumme von 10 Milliarden Mark und dann auch nur von allen 17 Kommissaren einstimmig erlassen werden kann, sind dem Bau von immer neuen, immer größeren europäischen Unternehmenskonglomeraten praktisch keine Grenzen mehr gesetzt. Den Preis für dieses Laisser-faire werden die EG-Steuerzahler immer dann bezahlen müssen, wenn die herbeifusionierte Schwerfälligkeit die Großunternehmen und ihre Kartelle der Fähigkeit zur schnellen Anpassung beraubt. Denn, wie der Präsident des Bundeskartellamts, Wolfgang Kartte, aus alter Erfahrung schrieb, »wer viele zigtausend Arbeitsplätze verwaltet, braucht die Rache des Marktes nicht zu fürchten. Seine stille Reserve ist der Subventionstopf.«

Undurchführbar wird auch schon bald die gerade erst im Bundestag gegen den Willen des Wirtschaftsministeriums erzwungene Exportkontrolle für militärisch nutzbare Technologien. Wenn die Güterkontrollen an den EG-Binnengrenzen von 1993 an wegfallen, müssen sich die Exporteure nicht einmal mehr die Mühe machen, ihre Todestechnik falsch zu deklarieren; für die Zöllner im Hafen von Marseille oder Genua haben deutsche Gesetze keine Bedeutung.

Erst recht hilflos stehen die Apologeten des freien Binnenmarkts vor dem Problem des drohenden »social dumping«. Eine Angleichung der gänzlich unterschiedlichen Arbeitsschutz- und Sozialsysteme der EG-Länder auf hohem Niveau ist auf absehbare Zeit gar nicht finanzierbar. Aber von 1993 an wird es ganz legal sein, zum Beispiel in den Niederlanden oder der Bundesrepublik spanische oder portugiesische Baukolonnen ohne teure Sozialabgaben zu beschäftigen.

Solche Perspektiven sind es, die aus der westeuropäischen Integration ein unkalkulierbares, riskantes Unternehmen machen. Dabei ist die vielzitierte Formel vom vermeintlichen »Souveränitätsverzicht« der Nationen zugunsten der Gemeinschaft grob irreführend. Sie suggeriert, daß die staatliche Interventionsgewalt von der nationalen auf die supranationale Ebene übertragen wird. Genau das geschieht aber nicht. Übertragen werden lediglich

die Gesetzgebungsbefugnisse. Die Kommission ist eben keine »Europa-Regierung«, sondern nur ein ernanntes Beamtengremium ohne tatsächliche exekutive Vollmachten, das Europa-Parlament ist kein Parlament, sondern nur ein Diskussionsforum, und ebenso ist der Europäische Gerichtshof kein wirkliches EG-Gericht, denn Sanktionen können die Straßburger Richter nicht aussprechen.

Folglich versagt der EG-Apparat immer dann, wenn es darauf ankäme, mehr statt weniger staatliche Kontrolle auszuüben. Wenn es um die Durchsetzung der wenigen handfesten EG-Umweltgesetze und der Arbeitsschutz-Richtlinien oder auch nur um den Schutz des EG-Etats gegen die Plünderung durch international organisierte Subventionsbetrüger geht, sind die EG-Beamten völlig machtlos.

Die Fortsetzung dieser Entwicklung wird deshalb nicht die Vereinigten Staaten von Europa hervorbringen, sondern einen Markt ohne Staat, in dem die Selbstentmachtung der Politik zugunsten der Wirtschaft auf die Spitze getrieben wird. Drastisch warnte der sicher nicht wirtschaftsfeindliche Kartellamtspräsident Kartte darum schon 1989 vor der drohenden »Einebnung« Europas zu einem »Rollfeld für Multis«, dessen Erbauer »einäugig auf die Interessen der Großunternehmen oder, was der wirklichen Interessenlage wohl näher kommt, auf den Machtanspruch ihrer Manager fixiert« seien.

Doch auch diese Warnung verhallte in der politischen Duty-free-Zone europäischer Halbstaatlichkeit praktisch ungehört. Die programmierte Krise des EG-Systems wurde erst offenbar, als auch solche scheinbar marktunabhängigen Kernbereiche staatlichen Handelns wie die »Innere Sicherheit« und erhebliche Teile der Außenpolitik gegenüber Nicht-EG-Ländern in den Binnenmarkt-Strudel gerieten.

Die geplante Aufhebung der Grenzkontrollen, erst recht aber der schrankenlose internationale Kapitalverkehr räumen natürlich auch illegal operierenden Multis ganz neue Möglichkeiten ein. Immer drängender fordern darum Polizeistrategen wie Horst Zachert, Präsident des Bundeskriminalamts, die Einführung einer zentralen, mit allen Vollmachten ausgestatteten EG-Polizeibehörde gegen die »Europäische Gemeinschaft des Organisierten Verbrechens«. Vorbei sind auch die Zeiten, da im Auswärtigen Amt nach Gutdünken über die Erteilung von Besuchs-Visa für die Bürger dieses oder jenes Landes entschieden werden konnte. Bei Wegfall der Binnengrenzen gelten Visa zwangsläufig entweder für alle oder keines der EG-Länder. Und nicht zuletzt untergräbt die von Spanien bis Dänemark verbreitete Angst vor der steigenden Zahl von Flüchtlingen mehr und mehr die Popularität des Konzepts der offenen Grenzen.

Für die gemeinsame Lösung der daraus resultierenden Probleme fehlt jedoch jede Grundlage. Zwar gibt es die außenpolitische Koordination in der »Europäischen Politischen Zusammenarbeit« (EPZ) und die informelle Koordination der Innen- und Justizministerien in den sogenannten Trevi-Gruppen (»Terrorism, Radicalism, Extremism and Violance International«). Aber anders als die offiziellen EG-Institutionen können diese Gremien schon mangels Vertragsgrundlage nicht an den Parlamenten vorbei vollendete Tatsachen schaffen. Vor allem aber gibt es für diese Fragen keine Euro-Manager und -Verbände, die ein entsprechendes politisches Klima in den Mitgliedsstaaten erzeugen könnten. Schon der ernstgemeinte Vorschlag, deutsche Polizisten dürften ausgestattet mit dem Ausweis eines europäischen FBI in Amsterdam auf Verbrecherjagd gehen, könnte den zuständigen niederländischen Minister sein Amt kosten. Die Vorstellung, der britische Außenminister müßte für seine Aktionen in Brüssel um Erlaubnis nachsuchen, ist erst recht abwegig. Die britische Presse geißelte schon die Aufforderung der Kommission zur Einhaltung der EG-Richtlinie für die Trinkwasser-Reinhaltung als dreiste Einmischung.

Dementsprechend blieben über Jahre alle Vereinbarungen über polizeiliche Zusammenarbeit, über eine gemeinsame Außenpolitik und ein übereinstimmendes Kontroll-Regime an den EG-Außengrenzen Stückwerk. Noch ist nicht einmal klar, wann und ob überhaupt der versprochene freie Personenverkehr möglich wird.

Erheblich verschärft hat sich der Problemdruck noch, als die ehedem so bequeme Abschottung der Ostgrenzen mit dem Zusammenbruch der mitteleuropäischen KP-Diktaturen plötzlich wegfiel. Aus dem EG-Binnenland Bundesrepublik mit den Pufferstaaten Schweiz und Österreich sowie vier Übersee-Häfen an Nord- und Ostsee wurde plötzlich die offene Ostflanke der Gemeinschaft vor einem Abgrund von Wohlstandsgefälle und wirtschaftlichem Chaos.

Quasi über Nacht wurde damit die Schwäche der EG zu einem Kernproblem gerade der deutschen Politik, und prompt überraschte der deutsche Kanzler seine EG-Kollegen im Frühjahr 1990 mit der fast ultimativ vorgetragenen Forderung, die geplante Wirtschaftsunion müsse mit der Schaffung einer politischen Union einhergehen. Probleme der Inneren Sicherheit und des Asylrechts, die Außen-, Sozial- und sogar die Verteidigungspolitik sollten künftig gemeinsam gestaltet werden. Und jetzt, fünf Jahre nach Verabschiedung des »Weißbuchs«, bekannten auch Kohl und sein Außenminister, daß es der Brüsseler Räte-Herrschaft für ein solches Programm dann doch an demokratischer Legitimation mangelt. Das Straßburger Parlament müsse mit tatsächlichen Kontrollbefugnissen gegenüber der Kommission und ei-

nem Veto-Recht gegenüber dem Rat ausgestattet werden, die Wahl rechtloser Parlamentarier sei »den Bürgern nicht mehr zuzumuten«.
Doch das Kohl-Konzept traf auf wenig Gegenliebe. Schnell stellte sich heraus, daß die Idee vom vereinten Europa jenseits der Unternehmensvorstände nirgendwo eine gesellschaftliche Basis hat. Jetzt rächte sich die jahrelange, schleichende Demontage der demokratischen Kultur durch die Brüsseler Hinterzimmer-Politik. Denn um der Umwandlung der Straßburger Versammlung in ein Parlament zustimmen zu können, hätten die Parteien und Parlamentarier der EG-Länder zunächst einmal öffentlich eingestehen müssen, daß es da überhaupt ein ernsthaftes Problem gibt. Mehr noch, neben dem Eingeständnis des längst eingetretenen Bedeutungsverlusts hätten sie auch noch ihre weitere Entmachtung zugunsten des EG-Parlaments betreiben sollen. Insofern mußte der Kohl-Vorschlag auf breiten Widerstand stoßen. Der bizarr anmutende Kampf der britischen Torys für eine Souveränität, die es im EG-System gar nicht mehr gibt, war da nur das Extrem. Auch die einigen Demokraten des Bundestages ziehen es vor, den eigenen Machtverlust zu ignorieren, statt ernsthaft für eine demokratische EG-Reform zu streiten.
Nach anderthalbjährigen Verhandlungen, nach unermüdlichen Versuchen, mit Übergangs- und Stufenregelungen den Partnerländern den Einstieg in ein vereintes Europa zu erleichtern, kehrte Kohl denn auch in Sachen politischer Union mit leeren Händen aus Maastricht zurück. Wohl soll das Zinsdiktat der Bundesbank über die EG-Währungen zur Jahrtausendwende der Einrichtung einer europäischen »Währung ohne Staat« *(Süddeutsche Zeitung)* und einer von allen Mitgliedsländern getragenen Zentralbank weichen; für die sich auftürmenden Zukunftsprobleme der Gemeinschaft kamen dagegen kaum mehr als vage Absichtserklärungen heraus. Der versprochene »historische Wurf« geriet zum historischen Flop.
Schadenfreude ist dennoch kaum angebracht. Denn der westeuropäische Einigungsprozeß, da hat Kohl sicher recht, ist angesichts der schon vollzogenen wirtschaftlichen Verflechtungen »unumkehrbar«. Wenn es aber nicht gelingt, diesen Prozeß demokratisch zu kontrollieren, dann wird der Preis für diese Art Friedenssicherung ein Europa sein, in dem die soziale und ökologische Vernunft keine Chance hat.

## *Anmerkungen der Redaktion*

*Christian Bommarius*, geb. 1958, Journalist, lebt in Karlsruhe.

*Mario Erdheim*, geb. 1940, Psychoanalytiker und Privatdozent für Sozialpsychologie an der Universität Frankfurt/Main, lebt in Zürich. Zuletzt erschien von ihm *Psychoanalyse und Unbewußtheit in der Kultur* (1988).

*Werner Schiffauer*, geb. 1951, Ethnologe, arbeitet als Hochschulassistent am Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie der Universität Frankfurt/Main.

Von *Otto Kallscheuer* (geb. 1950) erschien zuletzt *Glaubensfragen. Über Karl Marx & Christus & andere Tote* (1991).

*Rainer Joedecke*, geb. 1940, arbeitet als freier Journalist für *Stern* und *Geo*. Lebt in Berlin. Die Fotos in seiner Reportage stammen von ihm.

*Alexander Smoltczyk*, geb. 1958, lebt als freier Journalist in Paris und schreibt regelmäßig für *Geo* und die *taz*.

*Emilio Galli Zugaro*, geb. 1960 in Neapel, Deutschlandkorrespondent von *L'Indipendente* (Mailand) und *Finanz und Wirtschaft* (Zürich).
*Piero Bassetti*, geb. 1928 in Mailand, Unternehmer und Politiker, Präsident des Dachverbandes der italienischen Industrie- und Handelskammern, Mitglied der Democrazia Cristiana.

*Richard Wagner*, geb. 1952, reiste 1987 aus Rumänien aus und lebt seither als Schriftsteller in Berlin. Im April erscheint von ihm *Völker ohne Signale. Zum Epochenbruch in Osteuropa.*

*Barbara Kerneck*, geb. 1947, ist Journalistin und lebt in Moskau.

*Barbara Dietz*, geb. 1949, lebt in München und ist dort wissenschaftliche Mitarbeiterin am Osteuropa-Institut.

*Nadežda Čačinović-Puhovski*, geb. 1947, lehrt Philosophie an der Universität Zagreb; arbeitet gegenwärtig an einem Buch über Ausdruck und Einbildungskraft.

*Harald Schumann*, geb. 1957, Journalist für Wirtschafts-, Umwelt- und EG-Themen; lebt in Berlin.


Kursbuch 108 **Heroisierungen** Juni 1992

Kursbuch 109 **Deutschland, Deutschland** September 1992

Vorschauen auf diese Nummern enthält der Beihefter in dieser Ausgabe zwischen den Seiten 64 und 65.

# *Das Gesetz der Männer*

## Eine wahre Geschichte aus dem heutigen Iran

Die 24jährige Soraya Manoutchehri, Mutter von neun Kindern, vorzeitig gealtert, erschöpft, wehrlos, wird von ihrem Mann betrogen. Um sie loszuwerden schmiedet er mit den Ältesten des Dorfes einen Komplott und behauptet, seine Frau hätte ihn hintergangen. Das «Gesetz der Männer», das seit dem Machtantritt des Ayatollah Chomeini im Iran herrscht, kommt ihnen dabei zugute.
Die Männer des Dorfes bezichtigen Soraya des Ehebruchs und bringen so das ganze Dorf gegen die hilflose Frau auf. Sie verurteilen sie zum Tode. Soraya wird Opfer jenes grausamen islamischen Gesetzes, das den Tod durch Steinigung vorsieht, wenn der Ehemann sich betrogen fühlt.
Freidoune Sahebjam hat diese wahre Geschichte 1986 im Iran recherchiert und aufgeschrieben.

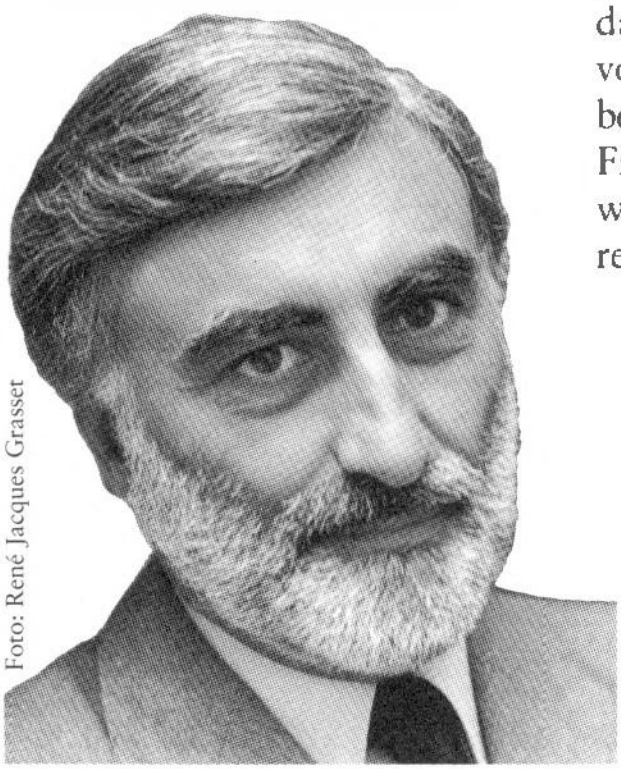


Foto: René Jacques Grasset

Freidoune Sahebjam
Die gesteinigte Frau
Die Geschichte der Soraya Manoutchehri
Aus dem Französischen von Renate Heimbucher
160 Seiten. Gebunden
DM 29,80

Rowohlt

## Noch nicht gelesen?

VICTOR ZASLAVSKY
***Das russische Imperium unter Gorbatschow***
*Seine ethnische Struktur und ihre Zukunft*
»Zaslavsky erspart dem Leser die Ausdeutung aller politischen Winkelzüge en detail und beliefert ihn statt dessen mit solidem, belegbarem Material, er erklärt die Krise der Nationalitätenpolitik aus der ökonomischen und sozialen Krise.«
Gregor Ziolkowski, Berliner Zeitung
KKB 30. 80 Seiten, DM 21.–

DJUNA BARNES
***Solange es Frauen gibt, wie sollte da etwas vor die Hunde gehen?***
*Acht Porträts*
Acht Porträts von selbständigen, selbstbewußten und unabhängigen Frauen, die »leichter eine Gewohnheit durchbrechen, als eine annehmen.«
*SALTO*. Rotes Leinen. 96 Seiten, DM 19.80

ERICH FRIED
***Einbruch der Wirklichkeit***
*Gedichte aus dem Nachlaß bei Lebzeiten*
»Es ist ein Fried-Band, der Texte aus ganz verschiedenen Zeitaltern mischt, so daß der Reichtum der Töne voll wahrnehmbar wird.«
Alexander von Bormann, NZZ
Hrsg. von Volker Kaukoreit
Quartheft 177. 144 Seiten, DM 24.80

PETER BURKE
***Offene Geschichte***
*Die Schule der ›Annales‹*
Die erste Gesamtdarstellung einer Revolution in der Geschichtswissenschaft: Die Mentalitäten-Geschichte der »Annales«, ihre größten Köpfe und die wichtigsten Werke in einem konzentrierten, kurzen Überblick.
Englische Broschur. 160 Seiten, DM 32.–

CARLO GINZBURG
***Der Richter und der Historiker***
*Überlegungen zum Fall Sofri*
»Ginzburgs Buch rollt den Prozeß gegen Sofri und seine Mitangeklagten neu auf, in einer minutiösen, juristisch-quellenkundlichen Lektüre sämtlicher Protokolle und der Urteilsbegründung. Das Ergebnis ist niederschmetternd.«
Gustav Seibt, FAZ
WaT 189. 128 Seiten, DM 16.80

HANNAH ARENDT
***Israel, Palästina und der Antisemitismus***
*Aufsätze*
Eine Sammlung mit exemplarischen Essays zu den großen Themen ihres Werkes: Die politische Verantwortung des einzelnen, die ›Banalität des Bösen‹ und der Antisemitismus.
WaT 196. 128 Seiten, DM 15.80

# Wagenbach

# Amsterdam 1942...

Die Lebensgeschichte eines holländischen Juden, der als Kind mit seiner Mutter die Nazizeit in Amsterdam überlebt.

Ammann

FRANS POINTL
*Das Huhn, das über die Suppe flog*
184 Seiten. Gebunden
DM 34.–

ROWOHLT
BERLIN

## Wer gab den Völkern die Signale?

Eine enzyklopädische Studie über das bedeutendste Ereignis unseres Jahrhunderts: die Russische Revolution.

**Band 1**
schildert und analysiert das ausgehende 19. Jahrhundert bis zur Revolution 1917.

Aus dem Amerikanischen von Udo Rennert.
672 Seiten mit Abbildungen.
Gebunden. DM 58,-
Erstverkaufstag 10.4..

## Können Sie noch hoffen, Heda Kováły?

Die bewegende Geschichte der lebenslangen Verfolgung der Prager Jüdin Heda Margolius Kováły ist zugleich ein Dokument unseres von Ideologien gezeichneten Jahrhunderts.

Aus dem Amerikanischen von Hans-H. Harbort.
256 Seiten. Gebunden.
DM 36,-

## Wie entstand der BND?

Enthüllend rekonstruiert und spannend geschrieben:

Die Zusammenarbeit der CIA mit dem ehemaligen Wehrmacht-General Reinhard Gehlen beim Aufbau des deutschen Geheimdienstes.

Aus dem Amerikanischen von Walle Bengs.
304 Seiten. Kartoniert.
DM 34,-